Schriften des Vereins für Socialpolitik

Band 115/XVII

Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XVII

Von

Willem Albeda, Jürgen Backhaus,
Gottfried Eisermann, Karl Häuser, Nadine Jeserich,
Gerrit Meijer, Michael North, Heinz Rieter

Herausgegeben von Erich W. Streissler

Duncker & Humblot · Berlin

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 115/XVII

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 115/XVII

Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XVII

Duncker & Humblot · Berlin

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XVII

Die Umsetzung wirtschaftspolitischer Grundkonzeptionen in die kontinentaleuropäische Praxis des 19. und 20. Jahrhunderts, II. Teil

Von

Willem Albeda, Jürgen Backhaus,
Gottfried Eisermann, Karl Häuser, Nadine Jeserich,
Gerrit Meijer, Michael North, Heinz Rieter

Herausgegeben von Erich W. Streissler

Duncker & Humblot · Berlin

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie. – Berlin : Duncker und Humblot
(Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ; N.F., Bd. 115)
Erscheint unregelmäßig. – Früher mehrbd. begrenztes Werk. – Aufnahme nach 11 (1992)

17. Die Umsetzung wirtschaftspolitischer Grundkonzeptionen in die kontinentaleuropäische Praxis des 19. und 20. Jahrhunderts
Teil 2. – 1998

Die **Umsetzung wirtschaftspolitischer Grundkonzeptionen in die kontinentaleuropäische Praxis des 19. und 20. Jahrhunderts /** hrsg. von Erich W. Streissler. – Berlin : Duncker und Humblot
(Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie ; ...) (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ; ...)
Literaturangaben

Teil 2. / Von Willem Albeda ... 1998
(Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie ; 17) (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ; Bd. 115)
ISBN 3-428-09610-X

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten
© 1998 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme und Druck:
Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0505-2777
ISBN 3-428-09610-X

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ♾

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorwort

Bei seiner 17. Tagung setzte der Dogmenhistorische Ausschuß des Vereins für Socialpolitik das Thema der 16. Tagung, *„Die Umsetzung wirtschaftspolitischer Grundkonzeptionen in die kontinentaleuropäische Praxis des 19. und 20. Jahrhunderts"*, in einem zweiten Teil fort. Auf Einladung von *Jürgen G. Backhaus* als örtlichem Tagungsleiter tagte der Ausschuß im März 1996 in Maastricht in den Niederlanden. Der örtliche Tagungsleiter war beispielhaft um das leibliche Wohl der Teilnehmer besorgt und vermochte auch, gemeinsam mit dem Dekan *W. Albeda* der örtlichen Fakultät und seiner verehrten Frau, in die historischen Schönheiten der Stadt Maastricht einzuführen. Die Räumlichkeiten der Reichsuniversität Limburg boten einen herrlichen Rahmen. Herr *Albeda* ehrte den Ausschuß durch seine ständige Anwesenheit und präsentierte spontan einen Beitrag, den er freundlicherweise zum Druck bereitstellte. Ihnen allen sei auf das verbindlichste gedankt.

Die Wahl der Thematik wurde im Vorwort zum 16. Tagungsband eingehend begründet. Auf dieses sei diesbezüglich verwiesen. Bedauerlicherweise konnten die dort angekündigten Publikationsvorhaben jedoch nicht verwirklicht werden. Ein schweres und nachhaltiges Leiden macht es *Harald Scherf* unmöglich, sein faszinierendes, ohne Unterlagen vorgetragenes Referat zu Anfang und Ende keynesianischer Wirtschaftspolitik in Deutschland im Druck vorzulegen. Aus diesem Grund wird auch der bloße Ergänzungsbeitrag des Ausschußvorsitzenden und Verfassers dieses Vorwortes zum Keynesianimus in Österreich nicht publiziert. Nur der selbständig für sich stehende Gastkommentar von Dekan *Albeda* über den Keynesianismus in den Niederlanden gelangt zum Druck.

Der Reigen der Beiträge wird durch einen weitausholenden Essay des Seniors des Ausschusses, *Gottfried Eisermann,* zum umfassenden Thema „Wirtschaft und Politik" eröffnet. Von den Tagen des Merkantilismus bis heute demonstriert *Eisermann* das stete Wechselspiel zwischen Politik und Wirtschaftswissenschaft oder, in seinen Worten, „die politischen Implikationen der Theorie und die theoretischen Aspirationen der Politik". *Eisermann* ortet ein besonderes Ausmaß der Beeinflussung der Wirtschaftspolitik durch theoretische Konzeptionen in den Vereinigten Staaten der 1960er bis 1980er Jahre, institutionalisiert vor allem im Council of Economic Advisers des Präsidenten. Er zeigt, daß seit den 1970er Jahren insbesondere die Notenbankpolitik stark theoriebeeinflußt ist.

Die Einführung einer neuen gemeinsamen europäischen Währung legt natürlich die Befassung mit der Einführung der deutschen Reichswährung im wiedergegründeten Reich nach 1871 nahe. *Michael North* als Gast des Ausschusses untersucht

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vor allem die Vorgeschichte der Reichswährung im noch zersplitterten Deutschland des 19. Jahrhunderts. Er demonstriert weit mehr den Einfluß parteipolitischer als wirtschaftstheoretischer Konzeptionen auf Währungsentwicklung und Notenbankpolitik sowie „ein hohes Maß an Pragmatismus des Gesetzgebers", noch nach 1871. „Sowohl die Reformen 1844/46 als auch die Novellierung der Preußischen Bankordnung 1856 vollzogen sich, bevor der eigentliche Diskurs" – im Anschluß an englische Entwicklungsanstöße – „in Gang kam". Interessant ist auch sein Hinweis, daß sich der maßgebliche akademische Theoretiker, Adolph Wagner, in seinen grundlegenden Vorstellungen durch den Lauf der Ereignisse wandelte, so daß man hier eher behaupten könnte, die Umsetzung hätte die theoretischen Konzeptionen geprägt und nicht umgekehrt.

Karl Häuser diskutiert eingehend die wissenschaftlichen Grundlagen der deutschen Währungsunion vor 1871 - 1876. „Für welche Probleme konnte Theorie überhaupt gefragt sein? Offenbar nur für solche, deren man sich bewußt war und deren sich die Theorie annehmen konnte." An grundlegenden geldtheoretischen Vorstellungen mangelte es jedoch bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts, und insbesondere in Deutschland. Karl G. A. Knies' großes Werk, „Geld und Credit" (1873 und 1879), kam für die gegenständliche Gesetzwerdung zu spät. „Die Namen jener beiden Ökonomen, die im Zusammenhang mit der späteren sog. Währungsfrage immer wieder genannt werden, sind jene von Georg Adolf Soetbeer und von Adolph Wagner", ersterer zur Frage Gold- oder Silberwährung, letzterer zur Notenbankkonstruktion. Die erstgenannte Frage war jedoch durch das „Meisterstück (einer) politischen Entscheidung" schon von Anfang an präjudiziert: Bereits 1871 wurden Goldmünzen zu 10 und 20 Mark ausgegeben. Ganz so wenig Theorie gab es freilich doch nicht: *Häuser* zeigt interessante, sich in Langzeitprognostik übende Debatten auf, welches Währungsmetall wertstabiler sein werde, Diskussionen, die höchst apropos zu heutigen Euro-Reflexionen anmuten. (Anders geartet war der Gang von Diskussion und Entscheidung bei dem Übergang Österreich-Ungarns zur Goldwährung im Jahre 1892 beziehungsweise 1894: hier spielten sehr bekannte Ökonomen, Böhm-Bawerk und insbesondere C. Menger, welch letzterer ja gerade der führende deutschsprachige Geldtheoretiker um 1900 war, eine dominierende, durch eine öffentliche Enquete abgesicherte Rolle.) Bei der deutschen Gesetzwerdung war der Einfluß der ökonomischen Theorie stärker bei der Notenbankkonzeption: „Das ‚Bankgesetz' vom 14. März (1875) deckte sich zu einem nicht geringen Teil, aber eben nur zu einem Teil, mit den Vorschlägen Wagners."

Der umfangreichste Beitrag des vorliegenden Bandes stammt von *Heinz Rieter.* Seine Thematik ist „*Der deutsche Volkswirt* 1926 bis 1933. Eine Fallstudie zur publizistischen Umsetzung wirtschaftspolitischer Konzeptionen." Charakteristisch ist hier der Versuch einer bedeutenden Gruppe von Wirtschaftstheoretikern und Publizisten, geführt von Gustav Stolper und tatkräftig unterstützt von Schumpeter, theoretische Grundkonzeptionen für die Politik anzubieten. *Rieter* zeichnet die bemerkenswerten Vorschläge höchst anschaulich nach. Sie übten Einfluß auf das Denken von Hochbürokraten, Notenbankmanagern und großen Politikern aus. Letztlich er-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wuchs jedoch aus ihnen politisch nichts. Insbesondere blieb Gustav Stolpers viel akklamierter „Ein Finanzplan“ unfruchtbar. War man Liberaler und obendrein noch „Jude“, so war 1933 leider nicht der beste Zeitpunkt, um in Deutschland politikprägend zu wirken. Mit der Demokratie verwehten auch die für den demokratischen Willensbildungsprozeß geschaffenen Konzepte. Erstaunlich ist freilich, wie wenig die Wirtschaftspolitik der deutschen Nachkriegszeit den geistig hochstehenden, die Berliner Intelligenz faszinierenden Überlegungen des „Volkswirts“ verdankte. Die Politik der Bundesrepublik scheint bislang keine preußische Vorgeschichte, weder nationaler noch liberaler Prägung, zu reflektieren.

Der kurze Beitrag von *Willem Albeda* und *Gerrit Meijer,* „Keynes in den Niederlanden“ gemahnt an die leider nicht zur Publikation kommenden Diskussionen des Ausschusses zum Keynesianismus der Nachkriegszeit. Wie in vielen Ländern (z. B. auch in Österreich) war der niederländische Keynesianismus eine Mischung aus Vorkriegstraditionen und der Botschaft des englischen Orakels, wobei in der unmittelbaren Nachkriegszeit zuerst jedoch „die sozialistische Idee von Planung und (der) Korporatismus“ dominierten. Doch die 1950er, 1960er und 1970er Jahre waren „in der Praxis der Finanzpolitik (durch) Keynes' Gedankengut“ geprägt, wobei die Niederlande eine ungewöhnlich große Zahl von akademischen Ökonomen aufwiesen, die Minister und Notenbankpräsidenten wurden. Ab etwa 1980 „kann von einem Ende der permanenten (und nicht allzu gerechtfertigten) Berufung auf Keynes gesprochen werden“. Die Probleme hatten sich evidentermaßen gewandelt.

Als Anhang publiziert der Ausschuß die ernüchternde Erhebung von *Jürgen Backhaus* und *Nadine Jeserich* „Der augenblickliche Stand der dogmenhistorischen Lehre an deutschsprachigen Universitäten“.

Erich W. Streissler

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inhaltsverzeichnis

Wirtschaft und Politik

Von *Gottfried Eisermann,* Bonn 11

Die Umsetzung monetärer Grundkonzeptionen in der Notenbankpolitik Preußens / Deutschlands im 19. Jahrhundert

Von *Michael North,* Greifswald 49

Dogmengeschichtliche Betrachtungen zur deutschen Währungsunion von 1871 - 1976

Von *Karl Häuser,* Kronberg / Ts. 67

Der deutsche Volkswirt 1926 bis 1933. Eine Fallstudie zur publizistischen Umsetzung wirtschaftspolitischer Konzeptionen

Von *Heinz Rieter,* Hamburg 95

Keynes in den Niederlanden

Von *Willem Albeda* und *Gerrit Meijer,* Maastricht 155

Anhang

Der augenblickliche Stand der dogmenhistorischen Lehre an deutschsprachigen Universitäten (1976 - 1995): Fortführung einer Erhebung

Von *Jürgen Backhaus* und *Nadine Jeserich,* Maastricht 161

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wirtschaft und Politik

Von *Gottfried Eisermann,* Bonn

„Die Menschheit ist bedingt durch Bedürfnisse".
Goethe

Um sich über die engen Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik oder zwischen Wirtschaftstheorie und politischen Zielsetzungen zu vergewissern, braucht man keineswegs etwa bis auf Aristoteles und den Attischen Seebund und seine Verflechtung von imperialistischer Politik und wirtschaftlicher Ausbeutung zurückzugreifen.[1] Allerdings erfolgte bereits 750 Jahre zuvor der Übergang von ideogrammatischer Schrift zu einer alphabetischen Lautschrift, die es ermöglicht, Wissen und Erkenntnis zu thesaurieren und tradieren, und der noch folgenschwerere vom geprägten Metallbarren zur geprägten Münze, analog etwa der Ersetzung des Gebrauchswertes durch den Tauschwert. Näher liegt es schon, an den Merkantilismus mit seinem Postulat des Vorrangs des Exports vor dem Import zu erinnern oder besser gesagt an seine „Theorie" der ausschlaggebenden aktiven Zahlungsbilanz. Viele glauben sogar, daß sein bedeutendster Vertreter, nämlich Turgot, dieser oft beschworene „weitblickende Reformer", der ebenso wie Leibniz oder Galiani die Französische Revolution voraussah, diese hätte verhindern können, wenn sein König ihn nicht davongejagt hätte. Er forderte übrigens damals bereits vom König eine Verfassung, während Leibniz zuvor in Wien Gelegenheit hatte, dem Kaiser seine Gedanken über Münzreform, Neuordnung des Geldwesens, Verbesserung des Handels und der Leinenmanufaktur, Einrichtung einer Versicherungskasse und Erhebung einer freiwilligen „Christlichen Türkensteuer" vorzutragen. So hat der Merkantilismus keine ökonomische Schule hervorgebracht, sondern die Wirtschaft als Mittel betrachtet, um die politische Potenz des Staates zu steigern. Er war „in seinem innersten Kern nichts anderes als Staatsbildung" (G. Schmoller).

Wir können indes besser an den großartigen Entwurf der philosophes économistes, wie sie sich nannten, oder Physiokraten, wie sie später genannt wurden, hier anknüpfen. Jedenfalls setzte mit ihnen die Entwicklung der systematischen und analytischen Wirtschaftstheorie ein. Jenes „ewig denkwürdige Jahrhundert" der Aufklärung, das mit dem ancien régime dann 1789 bis 1799 für immer versank,

---

[1] Vgl. *Aristoteles,* Der Staat der Athener, Stuttgart 1993; *B. Schefold,* Platon und Aristoteles, in: Klassiker des ökonomischen Denkens, Bd. I, hrsg. v. J. Starbatty, München 1989: *A. Pichot,* Die Geburt der Wissenschaft, Paris / Frankfurt am Main / New York 1995.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gebar derart auch die politische Ökonomie, wie sie alternativ zu Nationalökonomie, Sozialökonomie oder Wirtschaftswissenschaft bis weit in unser Jahrhundert hinein noch genannt wurde. Uns interessiert im vorliegenden Zusammenhang allerdings nicht die Antizipation der modernen Kreislaufbetrachtung, der Input-Output-Analyse oder der Ökonometrie, die den Physiokraten für immer einen Ehrenplatz in der Geschichte der Wirtschaftswissenschaft sichern wird. Uns interessiert hier vielmehr das theoretische Bild („Modell"), das François Quesnay, der Arzt am Hofe des französischen Königs, in seinem berühmten Tableau économique von 1758 von Staat und Gesellschaft seiner Zeit entwirft.

Er geht von der Annahme aus, daß von der „produktiven Klasse", d. h. den bäuerlichen Pächtern ein Sozialprodukt im Wert von 5 Milliarden Livres erzeugt wird, wodurch ein Überschuß über die aufgewendeten Kosten in Höhe von 3 Milliarden Livres entsteht. Davon fließen zwei Milliarden Livres der aristokratischen classe des propriétaires an Pachtgeldern ohne ökonomischen Gegenwert zu. Diese verwendet davon eine Milliarde Livres zum Ankauf von Lebensmitteln, während eine weitere Milliarde für Ankäufe bei der classe sterile, d. h. den Gewerbetreibenden dient. Diese bezieht eine weitere Milliarde durch Ankäufe von Werkzeugen etc. von der bäuerlichen classe productive, die dafür der classe stérile ihrerseits für eine Milliarde Lebensmittel liefert, wodurch sich der Kreislauf schließt, da die verbleibenden Milliarden in Gestalt von Nahrungs- und Futtermitteln sowie Saatgut bei der classe productive für das nächste Jahr verbleiben müssen. Quesnay hat dieses Kreislaufschema 1759 schließlich als tableau fondamental de l'ordre économique bezeichnet.

Wir können hier auch beiseite lassen, daß dem physiokratischen Lehrgebäude auch die Konzeption eines bestimmten Gesetzesbegriffs zugrunde liegt, der für die Entwicklung der Wirtschaftstheorie Bedeutung erlangt hat. Da ihrer Auffassung nach nur die Natur, nur der Grund und Boden wirklich produktiv ist, ist der ordre naturel nicht nur der „vernünftige" und reale, sondern auch ideale Zustand, die von der Natur und von der Vorsehung gewollte Ordnung, die sich in ihrer immanenten Gesetzmäßigkeit Bahn brechen muß. Uns interessiert hier vielmehr zunächst das Unverständnis, das dem Tableau économique in seiner politischen Sprengkraft entgegengebracht wurde. Es reicht von dem Fehlurteil, es handele sich lediglich um ein literarisches Kuriosum[2] über larmoyante Klagen darüber, daß der besitzenden Klasse der Aristokraten zwei Fünftel des Sozialprodukts ohne offensichtliche Gegenleistung zufließen, bis zu der vermeintlichen Unsinnigkeit, daß die Gewerbetreibenden und im Manufakturwesen sich langsam regenden Industriellen als „sterile Klasse" bezeichnet werden. Alle scheinbaren Unzulänglichkeiten und Mißverständnisse klären sich jedoch sehr rasch und die revolutionäre Sprengkraft der politischen Implikationen der physiokratischen Lehre wird sichtbar, wenn wir den Tableau économique mit den Augen seines Schöpfers betrachten und sodann das getreue und realistische Abbild von Staat und Gesellschaft des ancien régime er-

[2] *A. Gray,* The Development of Economic Doctrine, 2. ed., London 1941, S. 106.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

blicken. Dann verliert der scheinbar dunkle und abstruse Satz „La terre est l'unique source de la richesse"[3] sehr bald seine Rätselhaftigkeit.

Wir erkennen dann, daß das Land in diesem Royaume agricole das Eigentum der aristokratischen Grundherren ist und von bäuerlichen Pächtern bebaut wird, die den alles andere in Bewegung setzenden Pachtzins aus der Erde herauswirtschaften und daher mit Recht als produktive Klasse bezeichnet werden. Und völlig zutreffend wird uns geschildert, wie in Form des Pachtzinses der „besitzenden Klasse", nämlich dem Adel, zwei Fünftel des Sozialprodukts zufließen.[4] Und mit Recht mußten den Physiokraten alle jene Handwerker und Gewerbetreibenden, die für die vornehme Gesellschaft Kutschen und Seidentapeten, Schnupftabakdosen und Perücken, Kristallspiegel und erlesene Möbel fabrizierten, mitsamt dem Gefolge von livrierten Lakaien und Kammerfrauen, Reitknechten und Zofen, Köchen und Küchenmädchen als sterile Klasse erscheinen: denn sie statteten zwar den Adel mit allen möglichen Dingen und Diensten, die das Leben angenehm machen, aus und sind insofern nützlich, aber sie zahlen keinen Pachtzins, sondern sind lediglich dabei behilflich, ihn auszugeben. Sie bilden daher lediglich eine classe stipendiée, wie sich Turgot, auch in diesem Fall präziser als Quesnay, ausdrückte, „car, comme elle ne produit rien et qu'elle ne travaille que pour la consommation, elle ne peut subsister que par la richesse de la nation, c'est-à-dire par les richesses que la classe productive fait naitre".[5]

Es war ganz klar, wer hier als Staat und Gesellschaft wirtschaftlich tragende Klasse ausgewiesen wurde, der man jedoch alle politische Mitbestimmung am Schicksal der Nation vorenthielt, während die alle politische Gewalt monopolisierende Klasse lediglich durch den wirtschaftlichen Ertrag anderer unterhalten wurde. Es ist zwar müßig, hier die oft aufgeworfene Frage zu wiederholen, ob sich die Große Französische Revolution hätte vermeiden lassen, wenn der König nicht den Reformminister Turgot davongejagt hätte. Sicher aber ist, daß die Physiokratische Lehre – übrigens entgegen den Intentionen ihrer Begründer – zwar nicht auf die Guillotine hinauslief, aber auf den bäuerlichen Sturm auf die adligen Güter und Schlösser, um die alten Grundbücher, in denen die alten Lasten und Frondienste verzeichnet waren, in Flammen aufgehen zu lassen, und die Übereignung des Grund und Bodens an diejenigen, die ihn bebauten, wodurch die Resultate der Revolution folgerichtig begründet wurden. Das 18. Jahrhundert fand derart das Individuum in vergewaltigenden, sinnentleerten Bindungen vor, seien sie agrarischer oder politischer, zünftlerischer oder religiöser Art. Diese Bindungen, die dem Menschen gleichsam eine unnatürliche Form und längst ungerecht empfundene Ungleichheit aufzwangen, wurden daher weniger durch die Philosophie, als durch ökonomische, politische und gesellschaftliche Mittel aufgelöst.

---

[3] *F. Quesnay,* Œuvres économiques et philosophiques, éd. A. Oncken, Frankfurt(M) u. Paris 1888, S. 331, 337.

[4] „Car la sûreté de la propriété est le fondement essentiell de l'ordre économique de la société", wie Quesnay um der Wichtigkeit willen in Majuskeldruck hervorhebt (aaO., S. 311).

[5] *Turgot* in: F. Quesnay, aaO., S. 391.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In dieser Lage war der philosophische Ruf nach Freiheit und Gleichheit, der Glaube an die individuelle Berechtigung voller Entwicklungs- und Bewegungsfreiheit, nur der ideologische Ausdruck des aus den Verhältnissen selbst entstandenen Rufs nach Freiheit und Gleichheit aufgrund der bäuerlichen Brüderlichkeit derer, die in harter Arbeit Jahr für Jahr dem Boden den Ertrag entrissen, der Gesellschaft und Staat den Unterhalt gewährte. Dies würde dann auch den gemeinsamen edlen Kern, den die Natur in einen jeden gelegt und den bisher Gesellschaft und Staat nur verbildet hatten, hervortreten lassen. Das gilt in gewisser Weise auch für Adam Smith, dem die Volkswirtschaftslehre gewissermaßen ihre offizielle Geburtsurkunde verdankt, gerade weil er auch in realistischer und entscheidender Weise den schöpferischen Quell der ökonomischen Wertbildung verlagerte. Wieder und wieder hat man ihm vorgehalten, er habe bei der Formulierung seiner ökonomischen Erkenntnisse nur den praktischen Bedürfnissen seiner Zeit Ausdruck verliehen und einfach ausgesprochen, was zu seiner Zeit vorgebildet war, einschließlich der im Schwange befindlichen Urteile und Vorurteile.[6]

Bereits seine Auffassung, daß allein die Arbeit die Grundlage des Wohlstands der Nationen bilden könne, verlieh der arbeitenden, d. h. „produktiven Klasse", nicht nur im Kontrast zur Auffassung der Antike einzigartige Würde, sondern wies damit zugleich auf das Erfordernis ihrer politischen Emanzipation, ihrer Berechtigung, im Staat mitzureden, hin. Zweihundert Jahre lang hatten Ökonomen nach der letzten Quelle des Volkswohlstandes gesucht. Die Merkantilisten glaubten sie im Außenhandel und der aktiven Zahlungsbilanz, die Physiokraten in der „natürlichen" Produktion gefunden zu haben, speziell in der Landwirtschaft. Erst Adam Smith erkennt die Arbeit als solche als Quelle alles dessen, was letztlich jede Nation ausstattet „with all the necessaries and conveniences of life which it annually consumes".[7] Smith meinte den Reichtum an materiellen Objekten, wie es seine englischen Vorgänger getan hatten. Aber indem er sie als Ergebnis von Arbeit im allgemeinen auffaßte, wurde er dazu geführt, den Reichtum eher in der sozialen und politischen als in der technischen Sphäre zu suchen.

Dabei bekam das Ausmaß der Arbeitsteilung und Arbeitszergliederung mehr und mehr Bedeutung, was Adam Smith zu der Schlußfolgerung führte, sie seien begrenzt durch das Ausmaß des Marktes. Er griff damit Beobachtungen auf, die ursprünglich von Xenophon und späterhin von Petty gemacht wurden und lieferte

---

[6] So auch J. Schumpeter, History of Economic Analysis, New York 1954, S. 184 ff. Bereits zuvor hatte er dargelegt: „Adam Smith gave expression to the practical needs of his time ..." (Ten Great Economists, London 1951, S. 85).

[7] *A. Smith,* An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, (ed. W. R. Scott 1925) vol. I, S. 1. Der Wohlstand der Nationen, so kann man hier die Lehre von A. Smith für unseren Zusammenhang zusammenfassen, hänge erstens ab von dem Grad der Arbeitsproduktivität und zweitens dem Ausmaß nützlicher Arbeit, d. h. Arbeit, die Waren produziert. Die Erörterung der ersten Voraussetzung führt ihn dann zu der bekannten Analyse der Arbeitsteilung, Austausch, Handel, Geld und Verteilung, womit sich der Erste Band seines Werkes beschäftigt. Die zweite Voraussetzung führt zu einer Analyse des Kapitals, womit sich der zweite Band befaßt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

das, was dann als die klassische Beschreibung der Beziehung zwischen dem Ausmaß des Austausches und der Arbeitsteilung bezeichnet worden ist.[8] Als Adam Smith sein epochemachendes Werk „Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations" 1776 im selben Jahr, in dem die Amerikanische Revolution die Unabhängigkeit erklärte, herausbrachte, bereicherte er „damit jenes schicksalsvolle Jahr um ein zweites revolutionäres Ereignis" (R. Heilbronner). Er zeigte nicht zuletzt mit seiner Untersuchung, daß die Abhängigkeit des einzelnen von dem Rest der Mitglieder der Gesellschaft und Angehörigen desselben Staates sehr hoch ist, wenn in ihnen ein bestimmter Grad der Arbeitsteilung erreicht worden ist. Jedermann wird dann „in some measure a merchant, and the society itself grows to be what is properly a commercial society".[9] Der entscheidende Punkt bei seiner hieran anknüpfenden Erörterung der Entstehung des Geldes ist, daß sie zu dem Problem führt, wie „the rules which men naturally observe in exchanging (goods) either for money or for one another ... These rules determine what may be called the relative or exchangeable value of goods".[10]

Auf diese Art und Weise gelangt Adam Smith zum Zentrum seiner Analysen, die den Allzusammenhang der ökonomischen Faktoren und die Tendenz der Volkswirtschaft zu einer Gleichgewichtslage erkennen lassen. Entscheidend aber ist, daß er damit begann, die merkantilistische oder physiokratische Auffassung besonderer Formen des nationalen Wohlstandes zu verlassen und Reichtum generell als ein soziales und politisches Phänomen zu betrachten. Außerdem ließ sich weder in der Arbeitswerttheorie und ihrer impliziten sozialethischen Hochschätzung der Arbeit die politische Spitze gegen die Aristokratie, noch sonst im Werk von Adam Smith[11] übersehen. Die politischen Kräfte, die in der Glorious Revolution ihren Durchbruch errungen hatten, mußten damit ermutigt werden, im kommenden Jahrhundert ans Ziel zu gelangen.

Dieser Zielsetzung blieb in der Folge die gesamte Klassische Schule bis auf John St. Mill treu, der gemeinhin als ihr Höhepunkt betrachtet wird. Bereits seine Erziehung durch seinen Vater, der ebenfalls ein ausgezeichneter Ökonom war, wurde darauf ausgerichtet, aus ihm einen kompromißlosen Vertreter der klassischen Wirtschaftstheorie zu machen und zugleich einen weitwirkenden Exponenten der politischen Theorie des Liberalismus. Er integrierte deshalb nicht nur scharfsinnig alle theoretischen Verfeinerungen seit David Ricardo in seine „Principles of Political Economy" (1848), erschienen wiederum in einem revolutionären europäischen Sturmjahr, sondern schuf damit zugleich für viele Generationen von Studenten das grundlegende theoretische Werk. Parallel dazu brach er jedoch auch mit seinen Schriften für die politische Philosophie des Liberalismus und die moderne Demo-

---

8 Ebd. I, chap. III.

9 Ebd. I, S. 23.

10 Ebd. I, S. 28.

11 Vgl. *A. Salomon,* Adam Smith as a Sociologist, in: Social Research, 1945, wo dies mit ausführlichen Quellennachweisen belegt wird.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kratie die Bahn. Indem er, wie selbstverständlich, den theoretischen Ansatz der Klassischen Schule realistisch etwas korrigierte, insofern er den Menschen keineswegs als ein rein egoistisches Wesen charakterisierte, vertiefte er den philosophischen Utilitarismus und wollte nicht, wie etwa gleichzeitig Auguste Comte, das Individuum dem Wohl der Gemeinschaft opfern, sondern kennzeichnete als das Hauptproblem der Umgestaltung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat den Ausgleich der Interessen und Ansprüche zwischen dem Einzelnen und der Gemeinschaft.

Wie seine „Principles" zum Grundbuch der Wirtschaftstheorie wurden, so sein Werk „On Liberty" (1859) für die Politische Wissenschaft. Er formulierte darin das „absolute Prinzip", das die Beziehungen zwischen Gesellschaft, Staat und Individuum regeln sollte. „That principle is, that the sole end for which mankind may be warranted, individually or collectively, in interfering with the liberty of action of any of their members, is selfprotection. That the sole purpose for which power can be rightfully exercised over any member of a civilized community, against his will, is to prevent harm to others. His own good, either physical or moral, is not a sufficient warrant".[12] Nicht unerwähnt sollte auch bleiben, daß Mill als einer der ersten Feministen, ja als der Klassiker der Frauenrechtsbewegung gelten kann.[13] Am folgenreichsten aber wurde seine These, daß die Gesetze, nach denen eine Volkswirtschaft sich reguliere, nichts mit der Verteilung der erzeugten Produkte zu tun hätten. Sowohl der einzelne als auch die Gesellschaft insgesamt könnten damit machen, was sie wünschten. Ja, nicht einmal das, was der einzelne durch eigene schwere Arbeit erworben und ohne Hilfe anderer hervorgebracht habe, könne er ohne Erlaubnis der Gesellschaft behalten.

Nicht nur könne die Gesellschaft es ihm fortnehmen, sondern die einzelnen könnten und würden es ihm nehmen, wenn die Gesellschaft nicht eigens Personen zu dem Zweck beschäftigte, die Störung und Wegnahme seine Besitzes zu verhindern. Die Verteilung des Reichtums, dessen Erzeugung einst Adam Smith so sehr beschäftigt hatte, hängt also John St. Mill zufolge von den Gesetzen und Bräuchen der Gesellschaft ab. Die Regeln, nach denen sie sich richtet, werden von den Auffassungen der herrschenden Schicht bestimmt und sind demzufolge historisch und in verschiedenen Ländern ganz unterschiedlich. Ja, sie könnten noch größere Unterschiede aufweisen, wenn die Menschheit es so wollte. Diese wirtschaftstheoretischen Überlegungen hatten tiefgreifende, nicht nur moralische, sondern politische Folgen. Allerdings führte Mills Auffassung, die Güterverteilung gehorche nur menschlichen Regeln, nicht etwa einer inneren ökonomischen Gesetzmäßigkeit, ihn auch dazu anzunehmen, irgendwann in nicht zu ferner Zukunft werde die wirtschaftliche Welt einen gleichbleibenden stationären Zustand erreichen.

---

[12] *John St. Mill,* On Liberty (ed. Fawcett), London 1924, S. 15; vgl. a. *ders.,* Considerations of a Representative Government, 1861.

[13] *John St. Mill,* The Subjection of Women, 1869.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Es werde keine Profite und kein Wachstum mehr geben. Zum ersten Mal taucht hier die pessimistische Stagnationstheorie auf. Die Volkswirtschaft würde ein stationäres Endstadium erreichen. Der Staat würde Grundbesitzer daran hindern, einen unverdienten Nutzen (Grundrente) einzustreichen – die Physiokraten hatten auch hier ihre Fernwirkung getan – und würde Erbschaften einfach wegsteuern. Diese Philosophie ökonomischer Resignation milderte Mill durch die Verheißung, die Menschen würden sich von dem Kampf um materielle Güter abwenden und sich den schönen Künsten und dem Leben selbst zuwenden. In der Tat zeigen aus heutiger Sicht die Schwankungen seiner wirtschaftstheoretischen Überlegungen gerade die Suche nach theoretischen Möglichkeiten, das laissez-faire Prinzip aufrecht zu erhalten und zugleich jene Ausnahmen zuzulassen, die er als wünschenswert erachtete.

Die politischen Implikationen der Theorie und die theoretischen Aspirationen der Politik blieben jedoch über Werk und Leben von John St. Mill hinaus erhalten, wie bereits in der Namensgebung der jungen Wissenschaft zum Ausdruck kam (political economy, politische Ökonomie, économie politique, economia politica). Dies kennzeichnete bereits den Titel von Friedrich Lists Hauptwerk „Das nationale System der politischen Ökonomie" (1840), das insofern über Mill hinausging, der nur um die Verteilung des Sozialprodukts besorgt war, jedoch die Produktion mehr oder weniger sich selbst überließ.[14] Wir begnügen uns aber hier damit, auf Lists berühmte Theorie der produktiven Kräfte hinzuweisen, deren Pflege und Entwicklung eine gesellschaftliche und politische Aufgabe unter staatlicher Obhut sei, während unser Interesse im vorliegenden Zusammenhang vor allem seiner Stufentheorie gilt. Sie zielte nicht allein darauf, die innerdeutschen Zollgrenzen niederzulegen, sondern zunächst einen europäischen Markt durch Einbeziehung des Österreichisch-ungarischen Reiches, von Frankreich und Großbritannien im Verein mit einem gesamtdeutschen Markt bereits vor 150 Jahren zu schaffen. Am Ende dieser Entwicklung sah er visionär einen einheitlichen Weltmarkt voraus. Es bedarf keiner besonderen Einzelheiten, um sich davon zu überzeugen, daß er mit solchen Theorien, auch wenn er aus der Emigration zunächst als amerikanischer Konsul zurückgekehrt war, und mit derartigen politischen Aspirationen nicht allein in Wien, sondern insbesondere in London auf Mißtrauen und Ablehnung, ja schließlich auf geheimdienstliche Observation stoßen mußte.

Es blieb jedoch seine uneingeschränkte Überzeugung: „Wenn die Natur der Dinge mächtig genug gewesen ist, die Einigung, welche bei der Familie begonnen hat, bis auf hunderte von Millionen zu erstrecken, so sollte man sie auch für stark genug halten dürfen, die Einigung aller Nationen zu bewirken... Eine Menge Anzeichen deuten auf diese Tendenz des Weltgeistes hin". Diese Überzeugung hatte er auch bereits gewissermaßen in Abbreviatur in dem Motto „Et la nation, et l'huma-

[14] Vgl. zum Folgenden insbesondere *G. Eisermann,* Friedrich Lists Lebenswerk in: Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie, Berlin 1990, S. 11 - 62. Das im Text folgende Zitat dort S. 44.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nité“ zum Ausdruck gebracht. Wir können uns indes hier nicht auf die Frage einlassen, ob List die staatlichen und politischen Möglichkeiten überschätzt hat, eine Volkswirtschaft von einem „Hauptentwicklungsgrad“ zum andern zu befördern. Jedenfalls setzt eine Weltwirtschaft nur Handel und Wandel miteinander betreibender Nationen den allgemein gesicherten Völkerfrieden voraus.

Allerdings war List politisch scharfsichtig genug und wirtschaftstheoretisch hinreichend beschlagen, um nicht zu verkennen, daß sich mit der Entwicklung der Bedingungen, die von einem „Hauptentwicklungsgrad“ zum andern führen, auch die Aufgaben der staatlichen Wirtschaftspolitik in jeder neuen wirtschaftlichen Lage neu und anders stellen. Mit Recht machte er daher der bisherigen klassischen Theorie den Vorwurf, sie habe niemals nachgewiesen, durch welche Mittel die derzeit prosperierenden Nationen auf diejenigen Stufen von Macht und Wohlstand sich erhoben hätten, die man sie gegenwärtig behaupten sähe, und durch welche Ursachen andere denjenigen Grad von Wohlstand und Macht, die sie früher einmal behaupteten, verloren hätten.

Es erscheint mehr als nur ein Zufall, daß Karl Marx und Friedrich Engels mit nur geringer zeitlicher Verzögerung daran gingen, mit ihrer eigenen „Stufentheorie“ derartige theoretische Lücken zu schließen und den beinahe zwangsläufigen Weg aufzuzeigen, auf dem Gesellschaft, Wirtschaft und Staat in nicht zu ferner Zukunft einen derart vollkommenen „Hauptentwicklungsgrad“ erreichen könnten, ja erreichen müßten. „Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst das Elend, die Unterdrückung, die Knechtschaft, die Entwürdigung, die Ausbeutung, aber auch die Empörung der immer weiter anwachsenden und durch den Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse ... Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie vereinbar werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateure werden expropriiert“. Diese „Sprengung“ und jene Expropriation oder Enteignung stellen selbstverständlich politische Aufgaben und können letztlich nur mit politischen Mitteln gelöst werden.

Auf der theoretischen Basis der Arbeitswerttheorie müßten durch die „umgestülpte“ Hegelsche Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen die einzelnen Wirtschafts- und Gesellschaftsstufen schließlich in den „Hauptentwicklungsgrad“ der sozialistischen Gesellschaft münden. In ihr würde dann auch der endgültige Sieg der Politik über die Wirtschaft offenbar, da die geschaffene Zentralverwaltungswirtschaft durch die politische Leitung gelenkt werden könnte und müßte. Die Verteilung des Sozialprodukts würde dann nicht mehr durch den ökonomischen Mechanismus des Marktes, sondern durch die politischen Instanzen nach der Maxime „Jedem nach seinen Bedürfnissen!“ erfolgen. Aber auch Marx und Engels hatten verkannt, daß die zufolge ihrer Theorien nicht nur gewünschte,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sondern unerläßlich gewordene Bürokratisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat zu jenem Zustand der Erstarrung und jeweils wesensfremder Perforation führen müßte, die den Keim des Kollapses, den wir in unseren Tagen als dem Anblick kaum gewachsene Zuschauer in spektakulärem Ausmaß und in einer den meisten kaum faßlichen Zeitverkürzung erlebt haben, in sich trug.

Dabei wird übersehen, daß die welthistorisch auf wenige Dezennien beschränkte Dauer dieses Experiments, das auf eine riesige Bibliotheken füllende und noch riesigere Bibliotheken schaffende Literatur zurückblicken kann, seinerseits auch auf Ausbeutung beruhte, nämlich der erbarmungslosen Ausbeutung der Bevölkerung der sog. „Satellitenstaaten" des sozialistischen Imperiums, das sich zeitweise rühmte, ein „Drittel der Erde" und einen eigenen „sozialistischen Markt" zu umfassen. Dabei lassen wir die Hekatomben von Opfern aus Kulaken, Abweichlern, „Konterrevolutionären" usw., die teilweise noch ihr Leben etwas in dem „Archipel Gulag" fristen durften, außer Betracht. Vielleicht werden erst kommende Geschlechter in der Lage sein, Voraussetzungen, Ausmaße und Folgen dieses, Wirtschaft und Politik einzigartig verschmelzenden Experiments an Menschen zu würdigen. Es haben sich tiefreichend frustrierte Hoffnungen und massive politische Interessen daran geknüpft, die noch in das kommende Jahrtausend hineinreichen werden.

In Deutschland hatte in den Jahrzehnten seit 1830 die industrielle Entwicklung speziell und die ökonomische generell mit der Historischen Schule in Gestalt von Carl Knies zu der Forderung geführt, daß eine den faktischen sozialen und ökonomischen Möglichkeiten angepaßte Vielzahl von Theorien jeweils dem Staat als gestaltender und verantwortlicher Instanz die Mittel zur sinnvollen Interferenz an die Hand geben müßte.[15] Schon zuvor hatte Bruno Hildebrand, vordergründig aus methodologischen und erkenntnistheoretischen Gründen, die Entwicklung von statistischen Gesetzen als empirischen Ausdruck der wirklichen ökonomischen Regelmäßigkeiten postuliert und damit nicht nur den Weg für die künftige Ökonometrie gebahnt, sondern dem Staat als Schutz der sozial und ökonomisch Schwachen die Rolle des wahrhaft liberalen Hüters des Volkswohlstandes zugewiesen.[16] Dogmenhistorisch betrachtet konnte bald danach die von dem werttheoretischen Ansatz der „Grenznutzenschule" her erneuerte Wirtschaftstheorie eine prinzipiell apolitische Sicht des volkswirtschaftlichen Prozesses anbahnen. In Wahrheit schloß die Behauptung, eine Volkswirtschaft werde letztlich von der Nachfrage der Güter aller Art her gelenkt und in eine Gleichgewichtslage gebracht, die Voraussetzung nicht nur eines bestimmten institutionellen politischen Rahmens ein, sondern auch, der Staat und die politischen Instanzen müßten die freiheitlichen Bedingungen gewährleisten, daß die Nachfrage nach all den wesentlichen Gütern auch ungehindert sich regen könne.

---

15 Vgl. *G. Eisermann,* Carl Knies in seiner Zeit, Düsseldorf 1996.

16 Vgl. *G. Eisermann,* Die Grundlagen des Historismus in der deutschen Nationalökonomie, Stuttgart 1956, S. 158 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die damit heraufgeführte „moderne" Wirtschaftstheorie bildete eine auf der Prämisse atomistischer Konkurrenz beruhende Theorie, die voraussetzte, daß der Anteil jedes Anbieters und jedes Nachfragenden an der Gesamtnachfrage und dem Gesamtangebot so gering ist, daß kein Wirtschaftssubjekt durch Veränderung der von ihm angebotenen oder nachgefragten Gütermengen die betreffenden Preise beeinflussen könne. Treffend hat Mitte unseres Jahrhunderts der damals führende deutsche Theoretiker die konkreten Voraussetzungen charakterisiert, auf denen dieses theoretische Modell und sein Konzept beruhten: „Die Konzentrierung der theoretischen Arbeit auf die durch diese Eigenschaften charakterisierte Marktform findet ihre Erklärung in der tatsächlichen Gestalt der wirtschaftlichen Welt dieser Zeitperiode. Der einzelne Anbieter und Nachfrager war hier in der Tat ein Atom im Vergleich zur Gesamtnachfrage bzw. zum Gesamtangebot. Für den einzelnen waren die ihn umgebenden Güterpreise Größen, die er als für ihn gegebene Daten hinzunehmen hatte. Das wurde anders um die Jahrhundertwende, als Monopole und monopolähnliche Gebilde in steigendem Maße in die Wirtschaft eindrangen und das bisherige Bild der freien Konkurrenzwirtschaft ... wesentlich veränderten. Zunächst handelte es sich um Ausnahmeerscheinungen, sozusagen um Schönheitsfehler im Bild der freien Konkurrenzwirtschaft. Dieser Tatsache entsprechend wurde denn auch die Theorie des Monopols von der Wissenschaft nur als isolierter, für sich allein stehender Apparat neben der Theorie der freien atomistischen Konkurrenzwirtschaft entwickelt. Je mehr sich die Wirtschaft, vor allem durch die monopolistische Durchsetzung der Angebotsseite, von der freien Konkurrenzwirtschaft entfernte, um so mehr mußte sich der vorhandene theoretische Apparat als unzulänglich zur Analyse der Wirklichkeit erweisen. Eine genaue Betrachtung dieser Wirklichkeit, wie sie etwa nach Ende des Ersten Weltkrieges vorlag, brachte eine Fülle der verschiedensten Marktformen zutage, von denen das absolute Monopol und die freie Konkurrenz nur zwei Sonderfälle darstellen".[17]

In der Tat war aber, was Deutschland anbelangt, diese Umgestaltung der Volkswirtschaft durch die verhängnisvolle, in ihren Auswirkungen weit über die Jahrhundertwende und die Wirtschaftspolitik hinausreichende Wende der Freihandels- zur Schutzzollpolitik von 1878/79 wenn auch nicht angebahnt so doch entscheidend gefördert worden.[18] Zum Beginn seiner Lehrtätigkeit auf dem renommierten nationalökonomischen Lehrstuhl in Freiburg konnte Max Weber daher in seiner Aufsehen erregenden Antrittsrede die Stärkung der Volkswirtschaft als Basis politischer Machtentfaltung postulieren. Ausdrücklich zitierte er in seinem berühmten Opus postumum als Muster sozialökonomischer Gesetze eine empirische Regelmäßigkeit und wies mit zahlreichen Beispielen, so mit der „Börsenpanik", auf die Abweichungen von dem Dogma rationalen Verhaltens als Grundlage der Preisbildung hin.

---

[17] *E. Schneider,* Das Gesicht der Wirtschaftstheorie unserer Zeit, Tübingen 1947, S. 4 - 5.

[18] Vgl. *G. Eisermann,* Fürst Eulenburg und die Selbstentmachtung Europas, in: Der Staat, 17(1978), S. 397 ff.; *ders.,* Kaiser und König, ebd. 26 (1987), S. 75 ff..; *ders.,* Die Wiederkehr des Kaisers, ebd. 28 (1989), S. 592 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vor allem aber ging er der unlöslichen Verflechtung des wirtschaftlichen Geschehens mit Gesellschaft und Politik bzw. Staat nach. Zwar hielt er aus erkenntnistheoretischen Gründen – vor allem in dem sog. „Werturteilsstreit" – eine gewisse Distanz zur mächtigen Historischen Schule, verband sich andrerseits aber wieder nicht allein durch sein sozialpolitisches Gewissen mit ihr im „Verein für Socialpolitik", der heutigen Gesellschaft für Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften. Auch der Name selbst, Sozialökonomie, den er der bisherigen Volkswirtschaftslehre oder Nationalökonomie gab, war sowohl Ausdruck seiner Kritik als seiner Neubesinnung für das ganze Fach.[19]

Das eigentliche Haupt der jüngeren historischen Schule und Inspirator der „Kathedersozialisten" aber war Gustav Schmoller, der mit seinen Schülern nicht nur ausgedehnte historische Forschungen in Angriff nahm, sondern sich auch prinzipiell gegen das Prinzip des laisser faire wandte und die freie Konkurrenz, die keineswegs zu natürlicher Harmonie führen würde. Der Staat habe vielmehr dafür zu sorgen, daß das Volkseinkommen sich angemessen auf die einzelnen sozialen Klassen verteile. Vor allem aber habe der Staat dafür zu sorgen daß die Arbeiterschaft immer mehr an den Segnungen der Kultur beteiligt würde. Er wollte, indem er auf die ethische Verantwortung der Nationalökonomie für das politische Leben verwies, daß sie wieder eine „moralisch-politische Wissenschaft" würde, welche „mit der Fackel der Erkenntnis" der praktischen Politik „vorausleuchten könnte".[20] Dem entsprach, wenn auch mit pessimistischem Unterton, wenn ein anderer renommierter Nationalökonom und Mitglied des Verein für Socialpolitik, nämlich Adolph Wagner, das „Gesetz der wachsenden Staatsausgaben" formulierte. Heute, hundert Jahre später, müßte man es zeitgemäß umformulieren als „Gesetz der wachsenden Staatsaufgaben".

Man könnte es als Fall historischer Ironie betrachten, daß Léon Walras, einer der drei Erneuerer der Wirtschaftstheorie, in seinen berühmten „Elements d'économie pure" (2 vol. 1874/77) durch seine Gleichgewichtstheorie zugleich den Nachweis einer durch die Politik zu realisierenden idealen sozialistischen Wirtschaftsgesellschaft geführt zu haben glaubte, indem er unterstellte, wir schätzten Güter stets ein nach dem Nutzen, den uns die letzte noch verfügbare Teilquantität eines Gutes (utilité finale) erbringe. Da Kosten und Preise dadurch gleich groß zu werden tendierten, könnten Profite für die Unternehmer nur durch Friktionen innerhalb des ökonomischen Systems entstehen. Vergeblich hatte Pareto versucht, mit Walras diese theoretische Konzeption zu diskutieren, um schließlich ihre theoretisierenden idealen ideologischen Konsequenzen als „Wundertätergeschwätz" (chiacchiere da taumaturgo) beiseitezuschieben. Er selbst befreite sich davon zunächst durch die Konstruktion eines möglichst empirischen Modells von Wertschätzungen des Wirt-

---

19 *M. Weber*, Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik, in: Gesammelte Politische Schriften, 3. Aufl., Tübingen 1971, S. 1 ff.; vgl. a. *G. Eisermann*, Max Weber und die Nationalökonomie, Marburg 1993.

20 *G. Schmoller*, Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, T. 2, Leipzig 1904, S. 122.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schaftssubjekts, also durch eine neue Wertlehre, und durch die Unterscheidung zwischen dem „abstrakten ökonomischen Phänomen", mit dem allein es die reine Wirtschaftstheorie zu tun habe, und dem „konkreten ökonomischen Phänomen", eingebettet in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat, für das er sich seine „Sociologia" (2 vol. 1916/17) schuf, auf die er in der wirtschaftspolitischen Diskussion später häufig zurückgriff. Dessen ungeachtet erbrachte er erstmals den theoretischen Nachweis der Funktionsweise einer Markwirtschaft unter Einschluß monopolartiger Gebilde auf der Angebotsseite, wobei er den Allzusammenhang aller ökonomischen Größen innerhalb des „ökonomischen Systems" besonders in einer Gleichgewichtslage mathematisch darstellte, und fühlte sich andrerseits verpflichtet, aus Gründen wissenschaftlicher Objektivität ebenfalls den Nachweis der Funktionsmöglichkeit einer sozialistischen Volkswirtschaft zu liefern.[21]

Während sich einerseits, gleichsam in der Stille, der Siegeszug der Grenznutzen- oder Marginalistischen Schule anbahnte, der nach der Jahrhundertwende Josef Schumpeter mit seinem Werk „Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie" (1908) gewissermaßen das Neue Testament widmete, das „so korrekt als möglich die Grundlagen, Methoden und Hauptresultate der reinen Ökonomie auf ihre Natur, ihren Wert und ihre Entwicklungsfähigkeit zu prüfen"[22] unternahm, um nach der Jahrhundertmitte in den Chor derer einzustimmen, die der Unvermeidbarkeit des Sozialismus die Bahn zu brechen suchten.[23] In dieser „Vision" – er selbst gebrauchte diesen Ausdruck – stellte die reine Ökonomie eine in sich abgeschlossene Disziplin dar. Sie umfasse die Gesamtheit aller ökonomischen Gesetze, d. h. der allgemeinen Sätze, mit deren Hilfe man in der Lage ist, das ökonomische System und seine Bewegungstendenzen zu erklären bzw. zu „beschreiben", Ausdrücke, die für ihn synonym waren. Das ökonomische System selbst bestehe aus einer Menge ökonomischer Quantitäten, nämlich den im Besitz der Wirtschaftssubjekte befindlichen Güter, die in einem derartig determinierten Zusammenhang der „Interdependenz" (Pareto) miteinander stehen, daß damit die Tendenz zu einem Gleichgewichtszustand verbunden ist. Das zentrale Problem der ökonomischen Theorie bildet demnach die Analyse der Bestimmungsfaktoren dieses Gleichgewichtszustandes. Die Gesetze, in denen diese Bestimmungsfaktoren zum Ausdruck gelangen, sind schlechthin Generalisationen von Erfahrungstatsachen, die sich „in weitem Umfange bewähren", womit er sich abermals ein Konzept Paretos zu eigen machte.

---

21 Vgl. *G. Eisermann,* Vilfredo Pareto, Tübingen 1987; *ders.,* Max Weber und Pareto, Tübingen 1989; *ders.,* Vilfredo Paretos Weg zum „Manuale", in: G. Eisermann/E.Malinvaud, Vademecum zu einem Klassiker der Ökonomie und Soziologie, Düsseldorf 1992.

22 *J. Schumpeter,* Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie, Leipzig 1908, S. 20. Übrigens sah er in Karl Marx und Léon Walras zwei der drei „bedeutendsten Nationalökonomen aller Zeiten".

23 *Ders.,* Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 2. Aufl., München 1950. Vgl. a. *G. Eisermann,* Schumpeter als Soziologe, in: ders., Bedeutende Soziologen, Stuttgart 1968. Vgl. a. *G. Winterberger,* Über Schumpeters Geschichtsdeterminismus, Tübingen 1983.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Andererseits seien jene Gesetze dem Erkenntniszweck des Beobachters, für den es sozusagen ein Höchstrendement von Kenntnis bei einer ganz bestimmten Menge von Phänomenen gäbe, untergeordnet. Die fundamentalen und determinierenden Beziehungen dieses ökonomischen Systems bestehen in den Preisen bzw. „Tauschrelationen". Nun herrscht aber in dieser Welt der reinen „Logik der wirtschaftlichen Dinge" bzw. des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts eine statische Harmonie, die mehr der Ruhe eines Friedhofs ähnelt als der Dynamik des modernen Kapitalismus. Da dies Schumpeter keineswegs entging, suchte er die Bewegung dieses Systems dadurch zu begründen, daß er die faustische Gestalt des Unternehmers einbezog, der durch die Einführung neuer Technologien, neuer Güterkombinationen, neuer Güter überhaupt, neuer Absatzwege und nicht zuletzt neuer Märkte die ökonomische Entwicklung in Gang setzte.

Schließlich widmete Schumpeter den wirtschaftlichen Konjunkturen, die ihm keineswegs entgingen, ein weiteres großes Werk. Er führte sie „auf größere wirtschaftliche Umwälzungen, neue Einrichtungen und Verhältnisse" zurück, die das Gleichgewicht des ökonomischen Systems stören. Die einmal erregte Welle läuft regelmäßig in einzelnen Konjunkturphasen ab, doch muß ihr nicht zwangsläufig eine zweite folgen, die Volkswirtschaft kann auch in der neuen Gleichgewichtslage verharren. Dabei führte er weitere soziologische Figuren in die Analyse ein und griff auf reiches historisches Material zurück.

Zum zweiten Mal hatte hier ein herausragender Nationalökonom nach Pareto zum Ausdruck gebracht, Nationalökonomie sei nicht genug, sie könne nur einen Teil der für die Erkenntnis des historischen Prozesses, ja nicht allein der Konjunkturen, die eben nur einen Aspekt des historischen Prozesses insgesamt bildeten, notwendigen Instrumente liefern. Max Weber, dem Schumpeter nicht nur in seinen Anfängen nahestand, hatte sich ebenso wie Pareto aus derselben Erkenntnis schließlich der Soziologie zugewandt. „In diesem Sinne kann man sagen, daß die theoretischen Sozialwissenschaften nur Tendenzen der Wirklichkeit darstellen und niemals die volle Wirklichkeit selbst" verkündete Schumpeter abschließend, denn wirklich lebenstreu sei keine Wissenschaft, sondern nur das Leben selbst.

Während sich derart unüberhörbar die Wirtschaftstheorie des 20. Jahrhunderts ankündigte, schien vordergründig noch einmal die alte Arbeitswerttheorie zu triumphieren. Zunächst wandte sich der Autodidakt Dr. med. Franz Oppenheimer – durch seine Schwester Paula ein Schwager des damals prominenten Dichters Franz Dehmel, den Berliner Literatenvereinigungen eng verbunden – „eine rechte Renaissancenatur, dessen stählerne Kraft auf nicht weniger zahlreichen Gebieten des körperlichen Sports als der Geisteswissenschaft geübt (war) und vor allem ein prachtvoller Kämpfer, ein kriegerischer Verfechter seiner Ideen voll unerschütterlicher Zuversicht und froher Selbstgewißheit"[24] – dem Studium menschlicher Motivationen zu, um ein „natürliches System der menschlichen Triebe und Bedürfnisse

[24] Aus persönlicher Kenntnis *Julius Bab,* in: Die Berliner Moderne 1885 - 1914, Stuttgart 1987, S. 631.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

aufzustellen".[25] Zunächst aber schien der Erste Weltkrieg mit seinem die Grundlagen der europäischen Kultur erschütternden, mehr als vierjährigen Ringen auch dieses Erbe des 19. Jahrhunderts zu liquidieren, sodaß das Erscheinen der 25. Auflage von Wilhelm Roschers vielbändigem Grundriß der Nationalökonomie an seinem Ende mit seiner Arbeitswerttheorie und seiner politischen Bejahung der überkommenen feudaloiden Monarchie wie ein theoretischer Triumph und politisches Paradox zugleich erscheinen mußte.[26]

Außenpolitische Hypotheken, innenpolitische Wirren und ökonomische Kriegslasten brachten Deutschland an den Rand des Ruins, der erst durch Gustav Stresemanns „Kanzlerschaft der hundert Tage" und die Währungsreform abgewendet wurde, der durch amerikanische Kredite stimuliert der kurze Aufschwung der „goldenen zwanziger Jahre" folgte. Gerade sie boten Oppenheimer, inzwischen auf den repräsentativen Frankfurter Lehrstuhl berufen, die Voraussetzungen für seine Politik und Wirtschaft verknüpfenden sozialökonomischen Theorien, um sie zum Postulat eines liberalen Sozialismus zu verbinden. In scharfsinniger Fortsetzung der Marxschen Theoreme[27] wies er zugleich mit seiner „soziologischen Staatstheorie" auf das Fortwirken feudaler Agrarbesitzverhältnisse hin, die gerade auf dem Arbeitsmarkt die Anwendung der Zauberformel von Angebot und Nachfrage zur Erreichung eines „gerechten Lohnes" verhinderten. Ja, er suchte den Nachweis zu führen, daß der moderne Kapitalismus nur unter der Voraussetzung der von ihm so benannten „Bodensperre" entstehen konnte.

So lange noch genug freies, von niemand in Besitz genommenes Land verfügbar ist, so argumentierte er, kann keine Ausbeutung der Arbeitskraft eintreten, weil jeder Arbeiter die Möglichkeit hat, sich auf freiem Land anzusiedeln und sich so einem Hungerlohn unter Existenzminimum zu entziehen. Dann – und nur dann – wird eine Volkswirtschaft durch die zu Unrecht verschriene freie Konkurrenz gerecht reguliert, weil jede Ware exakt gegen ihren Wert, d. h. gegen die in ihr steckende Arbeitsmenge, getauscht wird. Sobald jedoch alles verfügbare Land in Privateigentum genommen, sobald durch den Großgrundbesitz, historisch mehr oder weniger gewaltsam, die Bodensperre eingetreten war, mußten sich die besitzlosen Arbeiter, um ihr Leben zu fristen, bei anderen um den gebotenen Lohn verdingen, da sie nicht auf eigenem Grund und Boden für sich und ihre Familie den Lebensunterhalt erarbeiten können. Jetzt kann der Lohn, wie es Marx und Engels sahen,

---

25 *F. Oppenheimer*, System der Soziologie, I. Bd., 1.Halbbd. Jena 1922, S. 244 ff.

26 Vgl. *G. Eisermann,* Die Grundlagen von Wilhelm Roschers wissenschaftlichem Werk, in: J. Backhaus / G. Eisermann et al., Wilhelm Roscher und seine „Geschichte der National-Oekonomik in Deutschland", Düsseldorf 1992, S. 27 ff., Roschers fünfbändiges „System der Volkswirtschaft" erschien in 25. und letzter Aufl. nach seinem Tode Stuttgart und Berlin 1918.

27 Erst der dritte Band seines „System der Soziologie" (vgl. Anm. 25) brachte seine „Reine und politische Ökonomie". In der Emigration erschien dann, mit noch deutlicherer Bezugnahme auf Marx und seine Theorie, sein zusammenfassendes wirtschaftstheoretisches Werk, das sich den Titel des Hauptwerkes von Marx zu eigen machte, „Das Kapital" (Leiden o. J.).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

unter den Wert der Arbeitskraft gedrückt werden, weil der Ausweg auf das Land versperrt ist. Nun entsteht der Mehrwert und mit ihm der Kapitalismus. Auf Grund der Bodensperre entsteht derart jene „industrielle Reservearmee", jene Masse von Arbeitsuchenden, die für jedes kapitalistische System notwendig ist, um den Arbeitslohn unter das Niveau des natürlichen Wertes der Arbeitskraft zu drücken. Auf Grund des Privateigentums an Grund und Boden entstehen überdies die Sekundärmonopole an Kapital, durch die freie Konkurrenz ausgeschlossen und Waren in ihrem Preis über den natürlichen Wert gesteigert werden. Die inhärente politische Konsequenz dieser Theorie machte Oppenheimer explizit.

Um Krisen und Ausbeutung zu verhindern, müsse der freie Zugang zu Grund und Boden – und zwar durch teilweise Enteignungen des Großgrundbesitzes – wiederhergestellt werden. Deshalb forderte Oppenheimer unter den politischen Bedingungen der Weimarer Republik nichts Geringeres als die Zerschlagung des Großgrundbesitzes, d. h. der letzten Folgen des Feudalismus, und Massenansiedlung auf dem frei gewordenen Grund und Boden. Erst dann könnte ein freier Sozialismus, d. h. nicht durch politischen Zwang einer Einparteiendiktatur, entstehen und Massenansiedlung auf dem frei gewordenen Grund und Boden die arbeitslosen Massen der Reservearmee ernähren. Erst dann könnte wahrhaft freie Konkurrenz und gerechte Verteilung herrschen.

Interessant ist in unserem Zusammenhang jedoch auch seine methodologische Unterscheidung zwischen reiner und politischer Ökonomie.[28] Die reine Ökonomie herrscht nur in einem Modell, das frei gedacht ist von dem politischen Mittel der Gewalt und das zudem keine Monopole aufweist, während die politische Ökonomie die bestehende Ordnung der Wirtschaft unter der Herrschaft des politischen Mittels und der Monopole darstellt. Ungleiche Leistungen müßten jedoch auch im Sozialismus ungleich entlohnt werden als natürliche Folge der ungleichen Begabung der Menschen. Die ökonomisch seltenere Qualifikation müsse auch höhere Entlohnung finden, was mit Ausbeutung nicht das geringste zu tun habe.[29]

Als, äußerlich betrachtet, ausgelöst durch den „schwarzen Freitag" an der Börse in Wallstreet Ende der zwanziger Jahre die große Weltwirtschaftskrise, zunächst als Bankenkrise, bald übergreifend auf die Industrie aller großen Industrieländer mit ihrer Massenarbeitslosigkeit ausbrach, gleichsam die Götterdämmerung des modernen Kapitalismus, schienen die Politiker dennoch ohne geeignete wirtschaftstheoretische Instrumente, um dieser Staat und Gesellschaft in ihren Fundamenten erschütternden Krise Herr zu werden. Während äußerlich die wissenschaft-

---

28 Die Analogie zu Paretos Unterscheidung zwischen dem „abstrakten" und dem „konkreten" Ökonomischen Phänomen liegt auf der Hand, ebenso wie Pareto sein gesamtes ökonomisches Werk in eine mehrbändige „Soziologie" einzureihen trachtete, zu dessen Vollendung er aber nicht mehr gekommen ist.

29 *F. Oppenheimer,* System der Soziologie, I. Bd., 1.Halbbd., aa0. S. 25. Bezeichnend ist auch, daß die Berliner Akademie der Wissenschaften die Herausgabe seiner Gesammelten Werke begonnen hat mit dem Bd. I „Politische Schriften"(Berlin 1995).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

liche Beschäftigung mit der Wirtschaft in Deutschland unter dem methodologischen Diktum von Werner Sombarts „Die drei Nationalökonomien" (1930) sich der Einsicht unterwerfen mußte, Wirtschaft gehöre in den Bereich der Kulturerscheinungen, die von der Nationalökonomie nicht gerichtet und gewertet, auch nicht nur geordnet, sondern „verstanden" werden müsse, ging in der Stille angesichts der zunehmenden Dimension ökonomischer Probleme und immer stärkerer Verflechtung von Wirtschaft und Politik eine wachsende Effizienz theoretischen Problempotentials einher. Dies gilt auch für das Referat von Alexander Rüstow auf der letzten Tagung des Verein für Socialpolitik 1932 vor der nazistischen Machtübernahme, in dem er unter Zurückweisung des „Paläoliberalismus" die fast alle jene politische, ökonomische und soziologische Elemente verflechtende Konzeption der später so genannten neoliberalen Schule entwickelte.[30]

Vorerst aber glitt nach Rußland und Italien auch Deutschland krisengeschüttelt unter das Joch des Totalitarismus. Historiker werden es später vielleicht tragisch nennen, daß die schwerste Last der ausweglos scheinenden politischen Krise, nämlich die wirtschaftliche, mit Anwendung der auch damals schon bereitstehenden wirtschaftstheoretischen Instrumente zumindest wirksam hätte vermindert werden können. Als John M. Keynes starb, hat jedenfalls die ehrwürdige TIMES sein 1936 erschienenes Hauptwerk „The General Theory of Employment, Interest and Money"[31] neben den „Wealth of Nations" von Adam Smith gerückt. Indes ist bereits zu seinen Lebzeiten darüber gestritten worden, ob er mehr ein Mann der Politik oder der Wirtschaft gewesen ist.[32] Immerhin war er auf ökonomischem Gebiet „fast ein Dilettant" (R. Heilbronner), dessen Talente und Interessen in alle möglichen Richtungen gingen. Er hatte, sozusagen nebenbei, ein Buch über mathematische Wahrscheinlichkeitstheorie geschrieben, während er im Regierungsdienst beschäftigt war, und hatte auf dem riskanten Gebiet des internationalen Geld- und Warengeschäfts ein Vermögen von 500.000 Pfund Sterling erworben, indem er sich damit, während er noch zu Bett lag, täglich damit eine halbe Stunde lang beschäftigte. Er war daheim in der Gelehrtenwelt der Universität Cambridge und heiratete eine Primaballerina, war zeitweilig Präsident einer Lebensversicherungsgesellschaft und war ein beständiger Pfeiler der internationalen Diplomatie, indem er sich zugleich für das Privatleben der Politiker, ihre Schwächen, finanziellen Schwierigkeiten und Mätressen interessierte. Seine ökonomischen Lehrer in Cam-

---

30 Vgl. *A. Rüstow,* Rede und Antwort Ludwigsburg 1963.

31 Schon ein Jahr später erschien die deutsche, allerdings sprachlich unbefriedigende Übersetzung. Teile von Keynes' Auffassungen, die er teilweise mit anderen, insbesondere mit der Schwedischen Schule, teilte, erschienen bereits früher in verschiedenen Aufsätzen von ihm.

32 Bezeichnend dafür ist, daß er und Pareto, altersmäßig durch mehr als eine Generation voneinander getrennt, die einzigen namhaften Ökonomen gewesen sind, die den Mut und die ökonomische Einsicht besaßen, den Versailler Friedensvertrag vom wirtschaftstheoretischen Standpunkt aus verurteilten, als unerfüllbar brandmarkten und als Quelle künftigen Unheils bezeichneten. Beide mußten sich deshalb als „deutschfreundlich", was wiederum beide einhellig zurückwiesen, stigmatisieren lassen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bridge waren Alfred Marshall und Pigou, deren Name selber einen hohen Rang in der Geschichte der Nationalökonomie einnimmt. Dennoch war im ökonomischen Teil der Prüfung, der er sich unterzog, um in den öffentlichen Dienst einzutreten, seine Note dabei die niedrigste.

Seine politische Laufbahn begann damit, daß er 1907 in das Indien-Ministerium eintrat. Die Frucht dieser Tätigkeit war sein Buch „Indian Currency and Finance" (1913). Der Ruf, den er sich dadurch erwarb, brachte ihm die Redaktion des „Economic Journal" ein, eine der angesehensten Fachzeitschriften überhaupt, ein Posten, den Keynes dreiunddreißig Jahre lang bekleidete. In jener Zeit trat er dem intellektuellen Bloomsbury Kreis bei und freundete sich u. a. mit den Literaten Virginia Woolf, E.M. Forster und Lytton Strachey an. Als am 1.August 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach und die Lichter des 19. Jahrhunderts ausgingen, um nie wieder angezündet zu werden, trat Keynes in das wichtige Schatzamt ein, eine Stellung, die er dazu benutzte, dem französischen Alliierten Gemälde von Corot, Delacroix, Gauguin, Ingres und Manet im Wert von zusammen nur 100.000 $ abzuknöpfen und für sich selbst einen Cézanne dabei zu erwerben. Niemand hätte ahnen können, daß dieser Mann den modernen Kapitalismus hätte reformieren können. Immerhin hat er wie kein anderer die moderne Wirklichkeit der wohlfahrtsstaatlichen Volkswirtschaften prägen helfen.

Er war noch ganz ein Mann der Political Economy und nicht der Economics. Die Instrumente seiner ökonomischen Analyse wurden bald sogar von seinen Gegnern benutzt, um den breiten Massen der neuzeitlichen Volkswirtschaften womöglich die Sicherheit perpetuierlicher Prosperität zu gewährleisten.[33] Diese Zuversicht als realisierbar, wie seine oft leidenschaftlichen Anhänger glaubten, oder als trügerisch oder schlecht fundiert, wie seine nicht minder leidenschaftlichen Gegner meinten, konzipiert und in ein theoretisches Gewand oder Paradigma gekleidet zu haben, ist aber, wie immer das Urteil einer späteren Zeit ausfallen mag, das Verdienst von Keynes gewesen. In einem postum erschienenen Artikel stellte er fest, auf die Dauer mögen Kräfte am Werk sein, die zum volkswirtschaftlichen Gleichgewicht neigten. Er sähe sich, nicht zum ersten Mal, dazu veranlaßt, zeitgenössische Volkswirte daran zu erinnern, daß die klassischen Lehren einige bleibende Wahrheiten von großer Bedeutung enthielten, die wir heutzutage zu übersehen geneigt seien. Es gäbe auf das volkswirtschaftliche Gleichgewicht hinarbeitende, tiefe unterirdische Strömungen, die man Naturkräfte nennen könnte oder sogar die unsichtbare Hand – also jene invisible hand, die der Stoiker Adam Smith am Werke sah, um über die Konkurrenz das Gleichgewicht, ein steigendes Sozialprodukt und hinreichende Beschäftigung zu sichern.

Um so notwendiger ist es auch, daran zu erinnern, daß das Hauptwerk von Keynes nicht wie Pallas Athene aus dem Haupt des Zeus entsprungen ist.[34] Rückblik-

---

[33] Ich erinnere mich noch lebhaft, wie ich Mitte der fünfziger Jahre in Heidelberg dabei stand, als einer der Ordinarien gesprächsweise seinem Kollegen versicherte, „wir haben jetzt die Konjunktur fest in der Hand".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kend können wir sogar feststellen, daß Wesentliches davon bereits früher von ihm formuliert wurde, so insbesondere der aufgewiesene Zusammenhang zwischen Verbrauch und Beschäftigung, der bereits in seinem Rundfunkvortrag „Sparen und Ausgeben" (1931) enthalten war. Dem war bereits seine Auseinandersetzung mit seinem damaligen Intimfeind und späteren Verbündeten Winston Churchill „Die wirtschaftlichen Folgen von Mr. Churchill" (1925) vorausgegangen. Desgleichen hatte er bereits in „Der große Wirtschaftssturz von 1930" und „Der Zusammenbruch der Geldwerte und seine Folgen für die Bank" (August 1931) Gedanken entwickelt, bei denen in der vordergründigen Analyse deutlich stets das politische Anliegen durchscheint.

Der spätere britische Unterhändler von Bretton Woods und auf der Savannah Conference, der sowohl im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg in verantwortlicher Stellung so viel zur Lösung der britischen Kriegsfinanzierungsprobleme als auch für die internationale Währungsordnung beigetragen hat, der mit seiner hinreißend geschriebenen Schrift „The Economic Consequences of the Peace" (1920), nachdem er von seinem offiziellen Beraterposten auf der Versailler Friedenskonferenz zurückgetreten war, mitleidlos die Torheit der dortigen „Friedensmacher", die ihm wie die Prediger des Hasses erschienen, die nicht erlösen können, gegeißelt hatte, das war nicht der kühle, distanzierte und trockene Theoretiker, sondern der leidenschaftliche Politiker.[35]

Das Rezept, das Keynes angesichts der Weltwirtschaftskrise mit ihrem volkswirtschaftlichen Gleichgewicht bei stagnierender Massenarbeitslosigkeit bereit hielt, klang im nachhinein dabei fast simpel. Der Staat müsse die durch Sparen bzw. mangelnde Nachfrage entstandene „Lücke" in der Gesamtnachfrage nach Gütern durch deficit spending d. h. Verschuldung, schließen. Dadurch werde mit Hilfe der theoretischen Konzepte von Multiplikator und Akzelerator die Beschäftigung steigen und nahezu Vollbeschäftigung eintreten. Im nachfolgenden Konjunkturaufschwung würden die staatlichen Einnahmen dadurch steigen, wodurch die entstandene Verschuldung wieder abgebaut werden müßte. Die Bemerkung sei erlaubt, daß die westlichen Wohlfahrtsstaaten, als sie dann in den fünfziger und sechziger Jahren dieses Erfolgsrezept anwandten, fast durchweg „vergaßen", die Staatsverschuldung mit Hilfe der gestiegenen öffentlichen Einnahmen wieder zu tilgen.

Auch die theoretischen Errungenschaften, die sich an Keynes' New Economics für die Berechnung des Volkseinkommens usw. ergaben, können wir hier außer Betracht lassen. In der Tat war sein Werk revolutionär, u. a., weil es den Finger darauf legte, daß Investitionen den Schlüssel für Beschäftigung und Volkswohlstand bilden. Ganze Generationen von jungen Volkswirten haben inzwischen dieses Einmaleins des volkswirtschaftlichen Fortschritts gelernt – einschließlich der stillschweigenden Implikation, daß der Staat verantwortlich dafür sei, den ganzen,

---

34 Den Streit darüber, wie viel davon von anderer Seite – und vor allem von der Skandinavischen Schule – vorbereitet oder antizipiert wurde, übergehen wir hier.

35 Vgl. *J. M. Keynes,* Politik und Wirtschaft, Tübingen / Zürich 1956.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

letztlich doch komplizierten volkswirtschaftlichen Mechanismus in Gang zu halten oder gar in Gang zu setzen.

Dennoch bleibt es eine akademische Frage, ob irgend ein Politiker in den entscheidenden zwanziger und dreißiger Jahren einsichtig und willens genug gewesen sein könnte, mit Hilfe der theoretischen Instrumente von Keynes das Problem der Massenarbeitslosigkeit, in Wahrheit nur die tiefreichende Krise des modernen Kapitalismus, hätte lösen und derart den Zweiten Weltkrieg abwenden können. Tatsächlich zerriß er, eine Spur von Blut, Tränen, Grauen und Ruinen hinter sich lassend, die Wiederholung des Dreißigjährigen Krieges nach 300 Jahren, diesmal nicht unter dem Vorwand der Religion, sondern säkularer Ideologien, unser Jahrhundert in zwei Hälften, mehr als dies der normalen Verlauf der Jahrzehnte vermocht hätte. Nun erst war jedenfalls erst die Stunde von John M. Keynes und seinen Theorien gekommen. Aber es war nicht Deutschland, eine Trümmerlandschaft, die in filmischer Dokumentation auf jüngere Generationen wie ein riesiges Gräberfeld wirkt, wo sie zum Zuge kamen.

Ob nun Zufall oder Schicksal in der Geschichte walten, jedenfalls geriet mit dem Oppenheimerschüler Ludwig Erhard bald ein entschlossener Vertreter der neoliberalen Theorien der sozialen Marktwirtschaft sehr bald in die Position des verantwortlichen Wirtschaftsministers in Deutschland, während im durch russischen Eingriff abgetrennten Teil auch Wirtschaft und Gesellschaft unter das kollektivistische Primat der politisch diktierten Zentralverwaltungswirtschaft gerieten. An die Seite von Ehrhard traten ungesäumt mit einem Elan, der heute von Jüngeren kaum noch begriffen wird, Rüstow,[36] Röpke,[37] Eucken, Müller-Armack usf.. Sie alle – auch die hier unerwähnt Bleibenden hatten sich bereits lange vor dem Krieg dem Problem gestellt, auf das sie eine Antwort gesucht hatten: „Es liegt offenkundig vor unser aller Augen, daß es mit nur wenigen Worten gekennzeichnet werden kann. Während Gesellschaft und Wirtschaft der abendländischen Welt seit Jahren in einer schweren Krise liegen, ist auch unser nationalökonomisches Weltbild einer starken Erschütterung ausgesetzt worden. Was gilt eigentlich noch von unseren Lehren? Und welche Dienste kann uns die Wirtschaftswissenschaft heute noch leisten?"[38] Die Lösung schien einfacher. Sie lag nicht in dem bewährten Vertrauen der Klassischen Schule mit ihren Marktgesetzen und dem segensreichen Wirken der Konkurrenz, in das Wirken des schöpferischen Unternehmers mit seiner überlegenen Fähigkeit, sich den Erfordernissen des Marktes anzupassen. Sondern das Entscheidende war, daß auch hier dem Staat und seiner Politik die Verantwortung dafür zugesprochen wurde, daß Marktgesetze, Konkurrenz und Unternehmerinitiative ihre segensreiche Wirkung betätigen konnten.

---

36 Vgl. Wirtschaft und Kultursystem, hrsg. v. G. Eisermann, Erlenbach-Zürich / Stuttgart 1955, insbes. S. 12 - 22.

37 Vgl. stellvertretend für zahlreiche seiner Veröffentlichungen hier: *W. Röpke,* Die Lehre von der Wirtschaft, 5. veränd. u. vermehrte Aufl., Erlenbach-Zürich 1949.

38 *W. Röpke,* ebd. S. 12.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Staat hat in der Sicht der neoliberalen Schule durch seine Gesetzgebung und seine politische Aufsicht dafür zu sorgen, daß die segensreichen Konsequenzen der Marktwirtschaft auch durch die Verhinderung von marktbeherrschenden Unternehmen mit ihrer monopolartigen Macht, ungehindert einträten, während der institutionelle Marktrand mit seinen sozialpolitischen und anderen Vorkehrungen auch für den Schutz der sozial und wirtschaftlich Schwachen, einschließlich ihrer Alimentierung, Sorge zu tragen hätte. Auch dies sollte möglichst viel als Aufgabe der Privaten, gesellschaftlicher Organisationen und Verbände sowie der Kirchen geschehen, aber stets unter der politischen Aufsicht des Staates. Dies war das Konzept der sozialen Marktwirtschaft, das dem freien Teil Deutschlands den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren zu jenem vielbestaunten Wunder an Wirtschaftswohlstand verhalf, was voraussehbar, aber nicht vermieden auch zu Belastungen führte, die sich erst jetzt mehr und mehr auswirken.

Obwohl die neoliberale Schule in ihrem missionarischen Wirken gern auch ihre Problemlösungen in den USA hätte zum Zuge kommen lassen, war dort die Situation kraft einer wohl durch die Kriegsanstrengungen deformierten, aber durch direkte Kriegseinwirkungen unangetasteten Volkswirtschaft völlig anders. Nach einem allgemeinen Überblick über die Frühstadien der industriellen Entwicklung, der finanziellen Organisation der Unternehmen in dieser Situation und der technologischen Entwicklung in ihrer Folgewirkung auf Kartelle und Trusts, können wir die neue politische Stellung der Industrie[39] in der betreffenden Periode besser erkennen, vor allem auch hinsichtlich der zunehmenden Einflußnahme der Administration bzw. des Staates auf die industrielle Entwicklung. Diese Wechselwirkungen von Politik und Wirtschaft, die länger zurückreichen, haben dann in der fraglichen Periode zu „liberalistischen" Interventionen geführt, wobei Erfahrungen und Ergebnisse der Antitrustbewegung in den USA berücksichtigt werden müssen.

Zuvor hatte bereits Gaetan Pirou die ganze Entwicklung, die in der Zwischenkriegszeit im New Deal und der staatswirtschaftlichen Intervention von F.D. Roosevelt kulminierte, treffend charakterisiert, wenn er ausführte, daß das 19. Jahrhundert anfing mit einer gesetzgeberischen Bestrebung, industrielle Monopole und Markstellungen zu brechen, dann aber im Licht der sogenannten rule of reason immer nachsichtiger wurde, um schließlich, namentlich zwischen den beiden Weltkriegen mit positiver Beihilfe der Regierungen bei der Aufrichtung dominierender Firmen und Verbände zu enden.[40] Es handelt sich dabei fraglos um Sachverhalte und Erfahrungen, die weit über die USA und Frankreich hinausreichten.

Unvergessen ist auch, daß bereits in allen, am Krieg beteiligten großen Staaten des Ersten Weltkrieges die staatliche Intervention in die Volkswirtschaft, schon infolge der Kriegsaufträge, massiv war. Für die Lösung des Problems der Kriegs-

---

39 *H. von Beckerath,* Großindustrie und gesellschaftliche Entwicklung. Industrielle und politische Entwicklung, Hand- und Lehrbücher aus dem Gebiet der Sozialwissenschaften, hrsg. v. E. Salin und A. Spiethoff, Tübingen / Zürich 1954.

40 *G. Pirou,* Economie liberale et économie dirigée, vol. II, Paris 1947, S. 131 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

finanzierung hatte Keynes übrigens schon damals das Rezept des Zwangssparens entworfen, ohne zum Zuge zu kommen. Für die verheerendste Folge des Krieges in Deutschland, nämlich die Inflation, durch die nun auch in der deutschen Gesellschaft das Obere zu unterst gekehrt wurde, hatte Keynes später mit seiner „Allgemeinen Theorie" ebenso ein besseres Verständnis angebahnt wie für die Beschäftigung.

Was die USA anbelangt, so stand jedenfalls nach dem Zweiten Weltkrieg das Employment-Gesetz nicht nur in Zusammenhang mit den Problemen der Demobilisierung, sondern war eine logische Konsequenz des Systems von Bretton Woods.[41] Seine Verabschiedung erschien wie ein Sieg der keynesianischen Auffassung, man könne eine Volkswirtschaft ebenso wie die Wechselkurse „feinsteuern". Vor allem aber schuf es beim Amt des Präsidenten den Council of Economic Advisors (CEA), jenen dreiköpfigen Beraterstab, und einen gemeinsamen Wirtschaftsausschuß des Kongresses, das Joint Economic Committee of Congress (JEC). Niemals zuvor hatten Volkswirte, weder in den USA noch außerhalb, einen damit auch nur vergleichbaren Einfluß auf politische Entscheidungen besessen. Ein führender Keynesianer, nämlich Robert Heilbronner, bezeichnete die ganze folgende Epoche in den USA bis in die siebziger Jahre hinein als „das goldene Zeitalter des Keynesianismus". Dies war eine gefährliche Formulierung, denn es rief sogleich die Assoziation hervor, daß das silberne Zeitalter usw. dann wohl folgen müsse.

Verschiedene dieser Berater konnten später ihre Karriere mit der Präsidentschaft des Federal Reserve Board oder hohen Posten in der Politik oder Diplomatie krönen.[42] Auch Walter Heller, der beim Antritt der Präsidentschaft von John F. Kennedy Vorsitzender des CEA wurde, war zwar von der großen Bedeutung seiner Profession für Gesellschaft, Wirtschaft und Staat überzeugt, mußte aber zugeben, daß erst zu Beginn der sechziger Jahre mit dem Aufbruch zur „Neuen Grenze" und zur „Großen Gesellschaft" die Ökonomen wirklich bis an die politischen Entscheidungshebel vorgedrungen waren, etwa dreißig Jahre später, nachdem Keynes dafür den Startschuß gegeben hatte.

Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist, daß Kennedy selbst, der jene großen politisch-ökonomischen Projekte verkündete, als er 1961 Präsident wurde, nur einen wirtschaftswissenschaftlichen Grundkurs besucht hatte und ein einziges volkswirtschaftliches Seminar in Harvard, wo Keynes damals und noch viele Jahre später großen Einfluß besaß. Später erst fiel Kennedys vielzitierter Ausspruch: „Mein

---

41 Dies ganz vom Geiste des Keynesianismus erfüllte Gesetz wurde später von Herbert Stein, Professor an der Universität Virginia und wirtschaftspolitischer Berater von Präsident Nixon, als Magna Charta der amerikanischen Wirtschaft bezeichnet (A. L. Malabre jr., Ungehörte Propheten, Stuttgart 1994, S. 50 - 51). John K. Galbraith, ein glühender Bewunderer von Keynes, war derselben Auffassung.

42 Allerdings sah E. G. Nourse, der erste Vorsitzende des CEA, der als bequemer Mann galt und der ein „gemäßigter" Keynesianer war, sich als über den Parteien stehend an, bereit „Antworten auf Fragen technischer Natur" zu geben (*R. Sobel,* The Wordly Economists, New York 1980, S. 15).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vater hat mir immer gesagt, daß alle Geschäftsleute Hurensöhne sind, aber bis heute habe ich es nicht geglaubt".[43] Jedenfalls wandte er sich, als er die Nachfolge von Präsident Eisenhower anzutreten bereit war, zunächst um Rat an Paul M. Samuelson, der die Wirtschaftspolitik der Eisenhower Administration unter dem CEA-Vorsitz von Robert Burns als „Experiment in Sadismus" bezeichnet hatte.

Als Samuelson dann dem künftigen Präsidenten sein Memorandum unter dem Titel „Prospects and Policies for the 1961 American Economy" unterbreitete, schlug er ihm darin politische Schritte zur Ankurbelung der Wirtschaft vor mit dem Akzent auf fiskalischen Maßnahmen, vor allem aber höheren Ausgaben für Entwicklungshilfe, Rüstung und Bildung. Er lehnte später jedoch den angebotenen Vorsitz des CEA ab und zog die Professur am MIT vor. Kennedy wandte sich dann an den etwas farbloseren Walter Heller, der ebenfalls Keynesianer war. Dennoch war sein Einfluß keineswegs geringer, so verfaßte er in der kurzen Amtszeit von Kennedy einige hundert forscher Wirtschaftsmemoranden. Heller blieb Kennedys Nachfolger Lyndon B. Johnson nur kurze Zeit erhalten, obwohl er mit ihm völlig übereinstimmte.

Als Johnson anfangs 1964 in seiner Ansprache zur Lage der Nation erwähnte, seine Administration erkläre hier und heute der Armut in den USA den bedingungslosen Krieg, war dies ganz in Übereinstimmung mit Heller. Johnson sah ihn dennoch als überflüssig an für die Realisierung seines Projekts der Great Society, denn er hatte das Empfinden, daß er sich darüber selbständig ein Urteil bilden könne. Er ernannte dann Gardner Ackley zum Vorsitzenden des CEA, der Johnsons Eintreten für massive Bundesausgaben als Mittel der Gesundung der Wirtschaft im Sinne der Keynesianischen Revolution theoretisch untermauerte. Im letzten Amtsjahr von Präsident Johnson – auch in Folge des Vietnamkrieges, aus dem die USA nach dem Remis in Korea erstmals in der Geschichte mit einer Niederlage herauskamen – betrug das amerikanische Haushaltsdefizit derart bereits 25,2 Milliarden $.

Schon unter Präsident Roosevelt war allerdings selbstverständlich mit den Ausgaben des Staates die Bürokratie mehr und mehr angewachsen, nun aber wuchs mit den steigenden Staatsausgaben auch die Bürokratie in einem bisher für die USA unvorstellbaren Maße an. Die sich ausbreitende Mißstimmung nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Bevölkerung veranlaßte Johnson 1968 auf eine erneute Kandidatur zu verzichten, obschon Arthur Okun, der Nachfolger Hellers als Chefökonom, verkündet hatte, früher hätten Rezessionen als normaler Bestandteil der Volkswirtschaft gegolten, heutzutage halte man sie jedoch allgemein für prinzipiell vermeidbar, ähnlich wie ein Flugzeugunglück und im Gegensatz zu einem Hurrikan.[44] Mag Johnson Nachsicht für seine wirtschaftstheoretische Unkenntnis verdienen, so kann sie jedoch weder Kennedys noch Johnsons ökonomi-

---

43 *A. L. Malabre,* aa0., S. 99.

44 Vgl. *W. Greider,* The Secrets of the Temple: How the Federal Reserve Runs the Country. New York 1987.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schen Beratern zugebilligt werden, wenn sie verkannten, daß je höher die staatliche Kreditaufnahme ist, desto niedriger die Investitionen und die gesamtwirtschaftliche Ersparnis sein müssen. Infolge dessen konnte es nicht verwundern, daß die amerikanischen Anlage- und Ausrüstungsinvestitionen praktisch zum Erliegen gekommen waren.

Dennoch war der Keynesianismus in den USA zwar noch immer nicht auf dem Rückzug, aber schwer angeschlagen. Inflations- und Zinsraten hatten zu einem Höhenflug angesetzt, das Haushaltsdefizit wurde immer größer, auch wenn die Arbeitslosenquote auf der damals großen, heutzutage bescheidenen 4% Marke klebte. Auch war es bereits 1966 eigentlich bereits um die „Unschuld der Wirtschaftswissenschaft" in den USA geschehen. Die Aktion „hatte sich auf die politische Ebene verlagert", wobei die „Unergründlichkeit des Verteidigungsministeriums" oder dessen, was Präsident Eisenhower den „militärisch-industriellen Komplex" genannt hatte, für zusätzliche Undurchsichtigkeit gesorgt hatte.[45] Die Vorgänge auf der politischen Bühne in Washington wirkten sich jedenfalls unter wirtschaftstheoretischer Beratung und Assistenz derart aus, daß die amerikanische Wirtschaft im Dezember 1969 in eine neue Rezession hineingeriet. Die dadurch geförderte „säkulare Inflation" sei ebenso unerheblich wie unvermeidbar, suchten Wirtschaftstheoretiker und Politiker sich selbst und das Publikum zu beruhigen.

In dieser Athmosphäre furchterregender Prognosen begann sich der Aufstieg von Milton Friedman abzuzeichnen, obschon die Inflationsspirale sich bereits spürbar in Bewegung gesetzt hatte.[46] Vereinfachend könnte man sagen, ebenso wie die Keynesianer ihr Vertrauen auf das deficit spending des Staates gesetzt hatten, um die Nachfragelücke zu schließen, die durch das Sparen der Verbraucher entsteht, so setzten die Monetaristen ihr Vertrauen auf eine Vergrößerung der Geldmenge, die durch leichten Preisanstieg die Nachfrage stimulieren würde. Die präsumptive Analyse lautete dabei etwa so: die Konsumenten erwarten, daß die Preise weiter steigen werden, also werden sie sich vernünftigerweise möglichst rasch neue Kleidungsstücke, neue Möbel, neue Autos usw. kaufen, bevor diese noch teurer geworden sind.

Jedoch die Leute 1971 in den USA erwarteten zwar, daß die Preise noch weiter steigen würden, aber anstatt so rasch als irgend möglich irgend ein begehrtes Gut zu kaufen, liefen sie zur nächsten Bank, um noch ein paar Dollars mehr auf ihr Sparkonto einzuzahlen, sei es, daß sie erwarteten, daß die Preise wieder sinken würden, sei es, um ihren Notgroschen für die kommende Zeit zu vergrößern. Der geringe Aufschwung der Konjunktur in diesem Jahr war jedenfalls einer der Hauptgründe, weshalb Präsident Nixon im August 1971 abrupt auf Lohn- und Preiskontrollen zurückgriff und die Verpflichtungen der USA aufgrund des Bretton Woods Abkommen aufkündigte.

Ja, im zweiten Quartal 1971 sparten die amerikanischen Verbraucher mit einer auf das Jahr bezogenen Rate im Wert von 62 Milliarden $ einen bis dahin nie er-

---

45 *A. L. Malabre,* aa0. S. 138 ff.

46 Vgl. *M. Friedman,* The Case for Monetary Rule, in: News Week, February 7th 1972.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

reichten Wert, nämlich 8,4% ihres Einkommens (nach Abzug der Steuern). Der Grund, weshalb die Konsumenten nicht in Kauflaune gerieten, da auch die Angst vor Arbeitslosigkeit abnahm und sich die Wirtschaft von der Rezession 1969/70 erholte, lag wiederum in den Erwartungen – dem Schlüsselkonzept jeder logischen wirtschaftstheoretischen und politischen Analyse – der Wirtschaftssubjekte. Sie erwarteten nämlich eine wachsende Inflation. Ihr Geld sollte auf der Bank bleiben, bis sich die Kaufkraft des Dollars stabilisiert hatte. Theoretisch kann man vielleicht anmerken, daß die Monetaristen sowohl in ihrer Analyse als auch in ihrer Prognose einen Faktor vernachlässigten, der schon lange als eine Errungenschaft der theoretischen Wirtschaftsanalyse galt, nämlich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes.

Ihr politisches Erfolgskonzept war jedenfalls einfach. Friedman und seine Schüler waren, sehr mit Recht, davon überzeugt, daß die Verbreitung ihrer Ansichten, daß eine ständige kontrollierte Vermehrung der Geldmenge eine heilsame Wirkung auf Verbrauch, Volkseinkommen und Investitionen und somit ein konstantes Wachstum ausüben würde, in den Medien mit dem dadurch stimulierten Interesse für die Geldmenge dafür sorgen würde, daß ihre Doktrin eine entscheidende Rolle bei der Steuerung der Wirtschaft und somit von Politik und Gesellschaft spielen würde. In der Tat erlangte der Monetarismus gegen Ende der Präsidentschaft von Jimmy Carter großen Einfluß auf die Geldpolitik speziell und die Politik in Washington generell, trug allerdings auch wesentlich zu Carters Niederlage im Wahljahr 1980 bei.

Friedman hatte ja bereits in seinem Aufsehen erregenden Artikel 1972 erklärt, es sei „nachgewiesen", daß es über einen längeren Zeitraum einen engen, proportionalen und voraussagbaren Zusammenhang zwischen der Geldmenge, dem Volkseinkommen und dem Preisniveau gäbe. Deshalb schaffe die Ankündigung und Durchführung einer Politik gleichmäßigen Wachstums der Geldmenge eine feste Basis für das Vertrauen der Wirtschaft in die Geldwertstabilität, was die wirtschaftliche Stabilität generell fördern werde.[47] Wir wollen nur noch erwähnen, daß Friedman und seine Schüler solchen, in ihren Augen überholten Keynesianer Faktoren wie Ausgewogenheit des Bundeshaushalts, Steuertrends und Industriepolitik wenig Beachtung schenkten. Bereits im Herbst 1973 drehte sich jedenfalls die Inflationsspirale in den USA in zweistelligen Höhen, Mitte 1974 um 13%. Dessen ungeachtet setzte sich einstweilen der Siegeszug der Monetaristen an den amerikanischen Universitäten fort, wo sie die Keynesianer verdrängten.[48]

---

[47] *M. Friedman,* ebd. Da Friedman gern als konservativer „Theoretiker" betrachtet und bezeichnet wird, sollte vielleicht angemerkt werden, daß Mitglieder der neoliberalen Schule über Friedmans Postulat einer bedeutenden monetären Rolle in Staat und Gesellschaft entsetzt waren, weil sie dies für einen ungebührlichen Eingriff des Staates in die Wirtschaft – und nicht etwa nur in den Marktrand – hielten, so insbesondere F. A. Hayek und Ludwig von Mises.

[48] Sogar der junge Schweizer Ökonom Karl Brunner wechselte an die Universität von Rochester und vermittelte dort einer neuen Generation von Monetaristen seine eigene Version

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Indes begann Friedman nun sogar die Geldschöpfung mit der Stahlproduktion gleichzusetzen. Wer die Stahlproduktion, als volkswirtschaftliche Schlüsselproduktion, kontrolliere, kontrolliere auch die auf Stahl basierende Produktion und damit gleichzeitig die Entwicklung der gesamten Wirtschaft. Als jedoch im Verlauf des Jahres 1982 sich die wirtschaftliche Situation in den USA immer mehr verdüsterte, begannen sich bei der Zentralnotenbank Zweifel an der monetaristischen Doktrin zu regen, allerdings nur insofern als man den Zuwachs der Geldmenge in einer vorher festgesetzten Bandbreite kontrollieren solle. Indes entschloß sich Mitte 1982 Paul Volcker, der damalige Präsident der Zentralnotenbank mit Zustimmung seiner Kollegen, die Geldmenge noch viel stürmischer als bisher zu vermehren. Damit aber näherte sich das monetaristische Experiment seinem Ende und der Einfluß der Monetaristen in den USA auf Politik und Wirtschaft schwand dahin.

Ohne daß wir hier auf die begriffliche und konkrete Differenzierung der Geldmenge bei Friedman und seinen Schülern näher eingehen, können wir doch festhalten, daß die Geldmenge, wie immer man sie definiert, ein stets wandelbares Phänomen bildet, das sich jeder effektiven strengen Kontrolle zu entziehen neigt.[49] Üblicherweise muß man ja nicht nur die Münzen und Geldscheine, die von der Zentralnotenbank ausgegeben werden, dazu zählen, sondern auch das Giralgeld, das sich auf den Konten des Bankensystems befindet, Schecks und „gute" Wechsel mit zwei Unterschriften und heutzutage die ständig vermehrte Geldmenge, die durch die wachsende Anzahl von Kreditkarten geschöpft wird usw. Am wichtig-

---

des Monetarismus. Brunner war, nachdem er während des II. Weltkrieges bei den Schweizer Gebirgsjägern gedient hatte, enttäuscht von der „intellektuellen Ödnis" des schweizerischen akademischen Lebens, mit einem Stipendium der Rockefeller Foundation in die USA gekommen, wo er zunächst vier Monate in Harvard studierte, um dann achtzehn weitere Monate seine Studien an der Universität Chicago zu vertiefen. Ende der fünfziger Jahre hatte er dann begonnen, Hypothesen zu entwickeln, die eine abweichende Version des Monetarismus darstellen. Im Jahre 1969 begann Brunner dann in Konstanz eine Reihe von jährlichen Monetarismus Konferenzen abzuhalten, um fünf Jahre darauf eine Tagung zu veranstalten, die eine große Anzahl führender Bankiers und Wirtschaftsfachleute aus Europa und den USA versammelte. Auf diese Weise gewann er so großen Einfluß und Ansehen, daß sich Margaret Thatcher auf den Rat ihres Wirtschaftsberaters bald nach ihrer Ernennung zum Premierminister an Brunner wandte, wodurch ein Großteil ihrer Wirtschaftspolitik in ihren ersten Regierungsjahren, vor allem der Versuch, die Geldmenge zu zügeln, auf Brunners Ratschläge zurückging.

[49] Wir lassen hier die Quantitätstheorie etwa in der Version von Irving Fisher $G \times U + G_1 \times U_1 = H \times P$ (Geldmenge × Umlaufsgeschwindigkeit + Giralgeldmenge × deren Umlaufsgeschwindigkeit = Handelsvolumen × Preisniveau) beiseite, mit der man berechnen kann, wie groß die Geldmenge eines Landes sein muß, um Inflation zu verhüten, ebenso die Verkehrsgleichung von Gustav Cassel: $H \times P = M_1 \times U_1 + M : 2 \times U_2 + M_3 \times U_3$ (Handelsvolumen × allgemeines Preisniveau = Bargeldmenge × deren Umlaufsgeschwindigkeit), um uns zu konzentrieren auf die „klassische" monetaristische Formel, wie sie sich – unter dem Motto In Hoc Signo Vinces – die Landeszentralbank von St. Louis als „vereinfachtes" Rezept der Friedmanschen Theorie als Leitspruch setzte: $M \times U = P \times H$. Der Kenner der Geschichte der Wirtschaftstheorie wird hier eine bekannte Formulierung wiedererkennen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sten ist dabei die ständig wachsende Geldmenge, die durch die Ausweitung der Kredite durch das Geschäftsbankensystem entsteht.

Der junge britische Ökonom Charles Goodhart, damals geldpolitischer Berater der Bank of England, hatte jedenfalls frühzeitig eine Prognose geliefert, die unter angelsächsischen Ökonomen ironisch als Goodhart's Law kursiert: Wie immer die Definition der Geldmenge durch die amerikanische Zentralnotenbank als Ziel und Kontrollgröße vorgenommen und als strategisches Instrument der Wirtschaftssteuerung lauten mag, sie wird zwangsläufig bedeutungslos werden. Jedenfalls ehrt es Milton Friedman, daß er nachträglich einräumte, er habe sich geirrt und könne auch nicht richtig erklären, weshalb er sich geirrt habe.[50]

Im Grunde beruhte das neue monetaristische Dogma auf der Überzeugung, alles werde gut gehen, wenn die Zentralnotenbank ihre Sprunghaftigkeit einstellen würde, also zuerst zu viel Geld in die Wirtschaft hineinpumpen und dann, wenn sich eine konjunkturelle Überhitzung bemerkbar mache, die Geldmenge wieder straff an die Leine nehmen würde. Die Volkswirtschaft würde vielmehr behaglich prosperieren und der Politik eine solide Geschäftsgrundlage geben, wenn die Zentralnotenbank die Geldmenge langsam und gleichmäßig expandieren ließe sowohl in der Flaute als auch im Aufschwung. Die tatsächliche Konjunkturentwicklung tat jedoch Friedman und seinen Monetaristen keineswegs diesen Gefallen.

Später erklärte Paul Volcker, er wisse von Arthur Burns, daß Friedman und seine Monetaristen, die so lange Zeit einen intellektuellen Kreuzzug gegen die Federal Reserve Bank geführt hatten, nur gar zu gern ihrer Unabhängigkeit, wenn nicht sogar ihr selbst den Garaus gemacht hätten.[51] Immer steht jedenfalls die Zentralnotenbank sowohl als Institution, ökonomischer Faktor und politische Behörde an zentraler Stelle des ökonomisch-politisch-sozialen Parallelogramms einer modernen Volkswirtschaft, die durch ein System von Märkten, Preisen, Profiten und Verlusten reguliert, was, wie und für wen sie produziert.[52] So versicherte unlängst der „Chefvolkswirt" der Bundesbank, die „Steuerungsgröße" der Volkswirtschaft durch die Bank, die Friedmansche Geldmenge M 3, sei im Januar ungewöhnlich stark gestiegen. Er begründete dies nicht nur mit der überraschend großen Kreditnachfrage der Privaten angesichts der schwachen Konjunktur, sondern weil vor allem die öffentliche Hand in ungewöhnlich hohem Umfang neue Bankkredite nachgefragt habe.[53]

---

50 Vgl. *W. Greider,* The Secrets of the Temple. How the Federal Reserve Runs the Country, New York 1987.

51 *W. Greider,* ebd.

52 In einer (vorwiegend) durch den Markt regulierten Volkswirtschaft bestimmt daher in erster Linie ein System von Märkten, Preisen, Profiten und Verlusten das, was, wie und für wen produziert wird. Diese Feststellung kommentiert daher Paul Samuelson in seinem betont realistischen Lehrbuch einschränkend und berichtigend: „Eine hundertprozentig reine Marktwirtschaft hat es jedoch nie gegeben. Selbst in unserem kapitalistischen System beeinflußt der Staat wesentlich(!) die Arbeitsweise des Preismechanismus" (Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl., Köln 1964, S. 33).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Im vorliegenden Zusammenhang ist daher für uns nicht weiter erwähnenswert, daß der gegenwärtige Präsident der Bundesbank gleichzeitig politisch aus dem Staatsapparat hinaus gewissermaßen transferiert wurde, sodaß wir auch nicht auf die Debatte einzugehen brauchen, ob der Präsident der Reichsbank in den entscheidenden Jahren des Todeskampfes der Weimarer Republik zwischen 1931 bis 1933, Hans Luther, eine andere Zentralbankpolitik hätte einschlagen sollen,[54] wie späterhin kritisiert wurde. Sein Nachfolger im Amt, Hjalmar Schacht, der „Zauberer", der u. a. mit Hilfe der MEFO-Wechsel, ein Geld, das ebenso wie die Währung selbst nur durch Vertrauen und Zwang „gedeckt" war, verkündete späterhin als Summe seiner Erkenntnis aus Politik und Wirtschaft: „Staaten und Regierungen gehen an zwei Dingen zugrunde – an Krieg und schlechten Finanzen",[55] während dann der erste Präsident der neu gegründeten Bank deutscher Länder, der Vorgängerin unserer heutigen Bundesbank, das neue Credo verkündete: Die „Unabhängigkeit der Bank deutscher Länder (ist) eine unabdingbare Notwendigkeit".[56]

Wenn wir vergleichsweise auf die Fluktuation etwa vom Lehrstuhl auf das Präsidentenamt der Federal Reserve Bank, von dort in die Politik oder Diplomatie und zurück auf den Lehrstuhl oder in die Wirtschaft in den USA blicken, so ist jedenfalls die weitgehende personelle Konsistenz der deutschen Zentralnotenbank auffällig. „Für viele Bankfachleute", so lesen wir,[57] „die jetzt für die Bank deutscher Länder arbeiteten, war die neue Verpflichtung zu monetärer Rechtschaffenheit vielleicht eine schmerzliche Form der Reue für ihre Vergehen und Unterlassungssünden in der Vergangenheit. Viele waren in ihrem Verhalten von Opportunismus, Kurzsichtigkeit, Naivität oder Feigheit bestimmt gewesen. Ihre grundsätzlichen Überzeugungen in wirtschaftlichen Dingen mußten sie nun lediglich der veränder-

---

53 Art. „Kräftiger Anstieg der deutschen Geldmenge", in: FAZ, Nr. 47 vom 24. 2. 1996, S. 13.

54 „Er verstand wirklich nichts von Geld und Kredit", rief ihm der erste Präsident der neugegründeten Bank deutscher Länder, der späteren Bundesbank, Wilhelm Vocke, der noch unter Luther gedient hatte, nach. Auch Adenauer sei „in Währungssachen ein Laie" (*D. Marsh,* Die Bundesbank, 2. Aufl., München 1992, S. 66). Luther wurde übrigens von den neuen NS-Machthabern sofort abgelöst und durch Hjalmar Schacht ersetzt, während Luther in den diplomatischen Dienst übernommen und als Botschafter nach Washington geschickt wurde. Vocke erklärte übrigens anläßlich der Nürnberger Prozesse über Schacht: „Wir haben erkannt, daß er ein unerreichter Meister in seinem und unserem Fach war" (ebd. S. 139).

55 Ebd. S. 39.

56 Ebd. S. 66.

57 Ebd. S. 193. Dies gilt analog übrigens von den leitenden Männern der Deutschen Bank, von der wir in ihrer offiziösen Darstellung anläßlich ihres 125jährigen Jubiläums vernehmen, sie leisteten damals „nur wenig direkten Widerstand. Statt dessen rechtfertigten die Bankiers ihre willfährige Haltung mit der Begründung, sie hätten sich mit der Realität auseinandergesetzt und sie dann – wenn auch erfolglos – so weit wie möglich zu verändern gesucht" (*Lothar Gall* et al., Die Deutsche Bank 1870 - 1995, S. 322). Der amerikanische Historiker Harold James zieht aus alledem die Folgerung und stellt fest: Die Deutsche Bank habe im Dritten Reich ihren Beitrag zum moralischen Niedergang Deutschlands geleistet, und daraus resultierten „Mittäterschaft und Mitschuld" (ebd. S. 402).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ten Situation anpassen und nicht etwa vollständig über Bord werfen. Eine stabile Währung blieb ein vordringliches Ziel des neuen Staates – daran hatte sich seit Hitler nichts geändert. Diesmal waren die Umstände zur Verwirklichung des Ziels jedoch erheblich günstiger".

Wie auch immer, Geld bildet nicht allein wahrhaft den nervus rerum von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat, sondern stellt auch ein Objekt von magischer Anziehungskraft für das menschliche Interesse dar. Bereits Kopernikus hatte sich jahrelang mit Problemen des Geldwesens befaßt und eine Abhandlung über Währungsfragen verfaßt, die ihn als weitblickenden Kenner wirtschaftlicher Zusammenhänge ausweisen. Und Montaigne im folgenden Jahrhundert zitierte gern das Wort von Cicero, ohne Geldgier zu sein ist ein Vermögen, ohne Kaufsucht ein Einkommen, mahnte, die Jugend zu lehren, was recht ist zu wünschen, welches der Nutzen des hart erworbenen Geldes sei, so wie wir allerdings hinsichtlich der Geldmenge nicht nur das gesetzmäßig geschlagene Münzgeld Geld nennen, sondern auch das falsche, was mit umläuft. Ob jedenfalls in Deutschland, den USA oder irgend einem anderen Staat, der über eine entwickelte Volkswirtschaft verfügt, so bildet die Zentralnotenbank nicht nur eine integrale Institution des Staates, wie auch an der hohen Staatsquote gegenwärtig in den meisten westlichen Ländern zum Ausdruck kommt, sondern die Personen, die in dieser Institution verantwortlich tätig sind, üben -- und sei es auch contra voluntatem – ebenfalls politischen Einfluß aus.

Dies bewirken sie nicht zuletzt dadurch, daß sie bestimmte Theorien – seien es auch nur embryonale wirtschaftstheoretische Auffassungen – und nicht allein etwa die Friedmanschen Theoreme anwenden. Als daher im November 1982 die lange schwere Rezession in den USA ihren Tiefpunkt erreichte, die monetaristische M 1-Wachstumsrate der Geldmenge jedoch auf mehr als das Dreifache anstieg und sich bei der Friedmanschen Größe M 2, dem etwas umfassenderen Aggregat, ein ähnliches Bild ergab, ging der Monetarismus nicht nur in den wirtschafts- und geldpolitischen Zirkeln Washingtons seinem Debakel entgegen. Nicht allein die Entwicklung von M 1, sondern auch der Zinssätze und der Konjunktur entwickelten sich jeweils in dem fraglichen Zeitraum konträr oder widersprüchlich. Und „starke politische Bewegungen in den USA werden sich auch künftig auf den Dollar niederschlagen" (H. Tietmeyer).

Geld ist von wandelbarer Vielgestalt, ob man es begrifflich oder konkret nun wie Friedman als M1, M2 oder M3 differenziert, sodaß das rückblickende Eingeständnis von Lyle Gramley, einem Governor der Federal Reserve Bank nur allzu überzeugend klingt: „Ich zermarterte mir den Kopf, um herauszufinden, was mit diesen gottverdammten Geldgrößen anzufangen sei. Es war wirklich sehr schwierig auszumachen, ob wir gerade eine sehr restriktive oder eher eine lockere Geldpolitik betrieben".[58] Die Präsidentschaft von Paul Volcker hatte, nach seinen schmerzlichen monetaristischen Wechselbädern, einen glücklichen Ausklang, als

[58] *A. L. Malabre,* aa0. S. 205 - 210.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

er 1987 mitten in der längsten Wachstumsphase der USA je in Friedenszeiten abgelöst wurde. Man war hauptsächlich zum herkömmlichen Zentralbankinstrument der Zinsrate und der strategischen Größe des Tagesgeldsatzes, der Federal Reserve Rate, zurückgekehrt. Nachfolger wurde der Protégé von Arthur Burns und Nichtmonetarist Alan Greenspan, der sich allerdings im Herbst 1992 dann darum sorgte, daß die wirtschaftsanalytischen Techniken und Instrumente der Federal Reserve Bank „schlicht versagten".

Der Rat der Ökonomen blieb dessen ungeachtet an der Spitze des Staates weiterhin gefragt, auch wenn sich Präsident Reagan nach dem Zusammenbruch des Sowjet-Imperiums angesichts neu auftauchender und sich widersprechender ökonomischer Ratschläge sorgenvoll fragte: „Brauchen wir denn überhaupt einen Sachverständigenrat?"[59] Als einst Keynes auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, nachdem er zuvor auf die zentrale Bedeutung der Geldpolitik hingewiesen hatte, nunmehr die überragende Bedeutung der Fiskalpolitik betonte und nun deswegen von einem Kollegen gerügt wurde, antwortete er: „Wenn sich die Tatsachen ändern, ändere ich auch meine Meinung. Und was tun Sie?" Die Tatsachen insbesondere der amerikanischen Erfahrungen hatten nunmehr Zweifel aufkommen lassen, ob eine Politik des leichten Geldes z. B. zu niedrigeren oder zu höheren Zinsraten, eine restriktive Geldpolitik zu höheren Zinssätzen oder etwa zu niedrigeren führt oder ob eine Steuererhöhung inflationsdämpfend oder etwa inflationstreibend wirkt? Typisch dafür mag die Äußerung eines Governor der Federal Reserve Bank gelten, der erklärte, Friedman habe s.Zt. alle hypnotisiert, die Wirtschaftswissenschaftler, die Medien und auch uns, d. h. die Federal Reserve Bank, um im gleichen Atemzug zu bestreiten daß die Bank je eine Politik des leichten Geldes betrieben habe.

Jedenfalls war die staatliche Wirtschaftspolitik und die Politik der Zentralnotenbank zu einem höchst ungewissen Unternehmen geworden. An den amerikanischen Universitäten hat daher das Interesse an der Wirtschaftswissenschaft spürbar abgenommen. So fiel in Harvard z. B. kürzlich das Fach in der Rangfolge der beliebtesten Nichtgraduierten Hauptfächer hinter Political Science zurück, während es Mitte der Achtziger Jahre noch den ersten Platz behauptet hatte und die Political Science auf Platz drei lag. Unmittelbar nach dem II. Weltkrieg herrschte die Überzeugung vor, daß der Keynesianismus mit seiner zeitlich gut abgestimmten Anwendung fiskalischer Maßnahmen die Volkswirtschaft prosperieren lassen würde. Nach der Enttäuschung darüber, daß die durch ihn erwarteten Effekte nicht eingetreten waren, kamen die Monetaristen und behaupteten, das sorgfältig kontrollierte Wachstum der Geldmenge sei der Schlüssel für volkwirtschaftliche Prosperität. In den achtziger Jahren gelangten dann die Vertreter der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik unter Arthur Laffer mit ihrem Konzept, daß Steuersenkungen zu Wachstum und Wohlstand führten, zu wissenschaftlichem Ansehen und großen politischem Einfluß.

---

[59] *A. L. Malabre, jr./A. Lindlay/H. Clark jun.,* Dismal Record, in: The Wall Street Journal, March 27th, 1989.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die ständigen riesigen Haushaltsdefizite, die dadurch entstanden, führten jedoch zwangsläufig zu einer Verringerung der Sparquote und der Investitionen. Binnen eines einzigen Jahrzehnts wurden die USA damals aus einem größten Gläubiger zu einem größten Schuldner der Welt.[60] Das Ansehen der Wirtschaftswissenschaften allgemein und unter den Studenten aber fiel gleichzeitig weiter ab, da sie angesichts des faktischen und theoretischen Durcheinanders weder kurz- noch langfristig überzeugende theoretische Lösungen anzubieten hatten. Angesichts dieses Durcheinanders, so meinen viele, könnten nur schwerwiegende politische Entschlüsse Linderung, wenn auch nicht Heilung bringen.

In Deutschland erlahmte die Effizienz des deutschen Modells der sozialen Marktwirtschaft mit seiner Tarifautonomie und seiner Betriebsverfassung, seinem stetigem Wachstum und seiner Standortattraktivität, die sich insgesamt für den Arbeitsmarkt als „institutionalisierter Klassenkampf" (Th. Geiger) auswirkten. Theoretisch beruhte es auf dem Konzept des neoklassischen Gleichgewichtstheorems mit seinen Vorzügen für Preisgestaltung, Kosten und Beschäftigung. Aber die zunehmende Verflechtung der deutschen Volkswirtschaft in den Weltmarkt oder die „Globalisierung" bedingte, daß der Preiskampf härter und die Preisreduzierung unabdingbar wurden und somit die Sozialleistungen für den „sozialen Rand" des Marktes bzw. die Leistungen für Nichtarbeit für die Arbeitenden zu einer immer wachsenden Belastung. Aber schon Ende der siebziger Jahre stellte ein renommierter Wirtschaftsjournalist kategorisch fest, daß der Abschied von Wachstumsträumen gekommen sei.[61]

Er vertröstete, daß drei Prozent reales wirtschaftliches Wachstum in den nächsten Jahren nicht „machbar" seien und meinte, das sei im Volumen ebensoviel wie gut sechs Prozent zu Anfang dieses Jahrzehnts. Was die damals schon anwachsende Arbeitslosigkeit anbelange, so sei das Gewöhnen an hohe Einkommen und die

---

60 Die amerikanischen Bundesausgaben stiegen im Jahrzehnt von 1981 - 1990 auf durchschnittlich 23,4% des BSP gegenüber 21,1% in den siebziger Jahren und 19,2% in den sechziger Jahren. Die Verteidigungsausgaben lagen dabei übrigens trotz allen Lärms um die amerikanische Hochrüstung mit nur 6,1% des BSP noch unter der Quote von 8,3%, die für die siebziger Jahre typisch gewesen war. Hingegen gehörten Sozialprogramme wie Social Security und Medicare sowie die Zinszahlungen für die steigenden Bundesschulden zu dem Bereich, in dem die Bundesausgaben in den Achtziger Jahren tatsächlich neue Höhen erreichten. Als Milton Friedman und die amerikanischen Monetaristen damals der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik vor allem in den Medien wirksame Schützenhilfe leisteten, taten sie das in der irrigen Annahme, daß Steuersenkungen zu gleichzeitiger Kürzung der Bundesausgaben führen würden. Paul A. Samuelson nannte die monetaristische Erwartung die „Bandwurmtheorie – die Vorstellung, daß man dem Patienten ein Messer in den Bauch stoßen müßte, um ihn von einem Bandwurm zu kurieren".

61 *D. Balkhausen,* Der Abschied von Wachstumsträumen, in: Deutsche Zeitung Nr. 3. v. 13. 1. 1978, S. 13. Inzwischen hat die wohlfahrtsstaatliche Sucht nach Abwendung womöglich aller Lebensrisiken, der Drang zu minutiöser Einzelfallgerechtigkeit und der daraus entstandene Paragraphendschungel zu einer Überwachungsdichte und Bürokratisierung geführt, die zu spürbarer Blockierung der notwendigen Initiative und immer festerer Drehung der Steuerschraube zwangen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vollbeschäftigung in einem Beruf der eigenen Wahl eine Erschwerung für die Vermittlung von Arbeitsplätzen mit anderen materiellen und ideellen Bedingungen. Der Export, dem die Bevölkerung fast ein Drittel ihres hohen Lebensstandards verdanke, werde zu teuer und könne daher das Wachstum nicht beschleunigen. Die permanente DM-Aufwertung, Devisenhilfen für andere, steigende EG-Subventionen und hohe Export-Kredite seien derartig teure Kosten, die den Zuwachs automatisch bremsen. Infolgedessen seien – schon damals – die Arbeitslosenzahlen gestiegen, obschon noch Wachstum zu verzeichnen war.

Was die Theorie anbelangt, so beweist die Tatsache, daß eine Gleichgewichtslage de facto nie erreicht ist, eigentlich schon, daß sie nicht möglich ist. Die Gestalt der betreffenden Volkswirtschaft, ihre Voraussetzungen und Bedingungen müssen sowohl die Ursache ihrer ewigen Bewegung sein als auch die der Unmöglichkeit, eine Gleichgewichtslage zu erreichen – das heißt schließlich ihrer ewigen „Unvollendbarkeit". Die Unwahrscheinlichkeit, unser Denken und Erkennen diene im Grunde zu mehr, als knapp zur Erhaltung des Lebens, steigt drohend hinter dieser Erkenntnis auf. Schon damals wurde daher die Bundesregierung ermahnt, sie müsse die Sozialpartner zwingen, heilige Kühe der Tarifpolitik zu opfern, weil ihr – und nicht den Sozialpartnern – die Schuld an den wachsenden Arbeitslosenzahlen in die Schuhe geschoben wird, obwohl sie in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung nur über begrenzten Einfluß verfügt. Wer sich scheut, Besitzstände in Frage zu stellen, der werde scheitern – sei er nun Politiker, Unternehmer oder Gewerkschaftler.

Inzwischen ist die Entwicklung fast zwanzig Jahre weiter gegangen, während das vereinte Deutschland um seine Stellung als wirtschaftlich stärkste Macht in Zentraleuropa ringt, Rußland einerseits ungeniert weiter wirtschaftlich „Hilfe" verlangt, während es andrerseits seine imperialen Ziele wieder aufgenommen hat und die USA eine innere Debatte darüber begonnen haben, ob Europa noch ein Engagement wert ist.[62] Da binnenwirtschaftlich aber keinerlei Abhilfe der sich abzeichnenden Mängel mit Hilfe der damals bereits aufgezeigten Mittel in Angriff genommen wurde, glaubt der französische Ökonom Alain Grienlen „the creation of a two-speed society" vorauszusehen: „on one side, those, who work, and on the other, those who do not, which could lead to destructive social convulsions",[63] während ein Volkswirt der Banque Nationale de Paris kommentiert: „It would require sacrifices from an important segment of the population. Uncertainty over the sharing of the sacrifices creates a powerful tendency to cling to the status quo." Aus dem deutschen Wirtschaftswunder ist die Deutsche Krankheit geworden, die sich wie jede Krankheit immer mehr verschlimmert, wenn man ihr nicht mit einer Therapie, die sonst immer schmerzhafter wird, zu Leibe rückt.

Die Schwäche der amerikanischen Wirtschaftsdaten bereiten den ökonomischen Beratern von Präsidenten vor der anstehenden Präsidentenwahl geringe Sorgen, da

---

62 *J. Davidson,* A Hollow Shell, in: Financial Times, June 18th 1995, S. 14.

63 *J. Branegan,* Why a Good Job Hard is to Find, in: TIME, February 1996, S. 22.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sie eine deutliche Beschleunigung des Wirtschaftswachstums im zweiten und dritten Quartal des Jahres erwarten. Allerdings meinen Wirtschaftsfachleute außerhalb der Administration, daß die Zentralnotenbank die schleppende Konjunktur noch einmal mit einer Zinssenkung beleben müsse. Die bisherigen Konjunkturdaten seien so schwach und das Stimmungsbarometer des Verbrauchers weise so deutlich nach unten, daß die Zentralnotenbank handeln müsse.[64]

Aber auch der Rat, der aus den USA nach Europa hinüberschallt, ist ungewiß: „For Europe to start generating jobs, it will have to scale down if not dismantle the rococo welfare edifice constructed during the past fifty years. That is a prospect that gives pauses not only to the legions of unemployed but also to the populations that pay for – and the governments that dispense – the largesse".[65] Das liege letzten Endes auch daran, weil „economists really don't know enough about the causes of Europe's high unemployment to know exactly how to cure it". Aber dies scheint ebenso für die amerikanischen Ökonomen und die amerikanische Volkswirtschaft selbst zu gelten. Jedenfalls sollten sich die amerikanischen ebenso wie die deutschen Konjunkturforscher, wie ein kundiger Fachmann gespottet hat, rechtzeitig nach einem Haruspex-Patent oder Wahrsager-Diplom umsehen, um unbeeinträchtigt weiterhin ihrer Profession nachgehen zu können.

Zugleich läuft die weltwirtschaftliche Verflechtung, die viele von einer Globalisierung sprechen läßt, die an die Visionen oder die „Stufentheorie" von Friedrich List denken läßt, über Europa weit hinaus. Die Globalisierung ist allerdings nur das Schiboleth, daß weitere 6000 Millionen Menschen Anteile an jenen Errungenschaften und Wohltaten haben wollen oder sollen, die im goldenen Zeitalter bis in die Achtziger Jahre hinein nur 600 Millionen Menschen der alten Industrienationen besaßen. Selbst kleinere Volkswirtschaften werden von dieser Entwicklung erfaßt angesichts der Bedeutung der europäischen Integration, die es unumgänglich zu machen scheint, über die europäischen Grenzen hinaus zu blicken in den Weltmarkt.

Die Rationalität des Marktes scheint sich einebnend über die rund 190 Nationalstaaten zu erstrecken und das zu formieren, was viele gern die „Weltgesellschaft" nennen. Seit einem Jahrhundert schon wollten uns wohlmeinende Ökonomen, Historiker und Soziologen davon überzeugen, daß der wissenschaftliche und wirtschaftliche Fortschritt in Europa und den USA als Motor der industriellen Entwicklung und die zunehmenden Bahnen der Kommunikation den wirtschaftlichen Fortschritt auch in den Ländern, die man später die „unterentwickelten" oder Entwicklungsländer nannte, nachhaltig zu fördern und die politisch-nationalen Spannungen abbauen sowie die religiös-kulturelle Intoleranz einebnen würde.

Indes folgt nirgends die kulturell-politische Integration der wirtschaftlichen Integration auf dem Fuße. Man übersah die Spannung, die zwischen der ihrer Natur

---

64 Vorübergehende Wachstumsschwäche in Amerika, in: FAZ, Nr. 48 v. 26. 2. 96, S. 11.

65 *J. Branegan,* aa0.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nach antireligiösen oder „rationalistischen" Industrialisierung und der zwangsläufigen gesellschaftlichen Umstrukturierung und Einengung der kulturell-religiösen Traditionen besteht.[66]

Die wirkte sich auch in den Industriestaaten infolge des Zustroms von Arbeitskräften aus nichteuropäischen Kulturen aus. Es war nur eine Frage der Zeit, bis diejenigen Interessenten, denen es einzig und allein um die Schaffung von Fazilitäten für die immerwährende Verfügung billiger Arbeitskräfte ging, mit ihren flankierenden Vorstellungen über multikulturelles Beisammensein Schiffbruch erleiden würden. Sie haben eine Situation geschaffen, in die nun ethnische Konflikte aus fernen Weltgegenden die Einheimischen nicht nur mit starken Kosten belasten, sondern in ihrem eigenen Lande bedrohen. Jetzt fordern sie angesichts der selbstverschuldeten Sachzwänge Festigkeit und Härte, was im Hinblick auf eine lebensleere Justiz wie eine Ausrede für Hilflosigkeit wirkt, der einheimischen Bevölkerung wirksam zu Hilfe kommen zu können.

Statt dessen suchen sich die mehreren hundert Kulturen auf der Welt mit ihren teils stark unterschiedlichen Religionstraditionen zu behaupten in Form von Nativismus, Regionalismus, säkularem und religiösem Separatismus und für deren Selbstbehauptung aus wirtschaftlicher Entwicklung oder Stärkung zusätzliche Kraft zu schöpfen. Nicht nur können wirtschaftliche Faktoren nicht allein Maßstab für menschliches Wohlergehen und Würde bilden – unser ganzes eigenes europäisches Kulturerbe mit seinen existenziell unverzichtbaren moralisch-ethischen Wertvorstellungen steht auf gegen ein derartiges Fehlurteil – sondern wirtschaftstheoretische und politische Diskussionen sind, wie sich herausgestellt hat, zwangsläufig fruchtlos, wenn sie soziale, religiöse, politische und kulturelle Faktoren, die stets auch ererbte ethnische Gewohnheiten, internalisierte Verhaltensweisen und richtungsweisende Symbole darstellen, außer Acht lassen.

Daraus darf man die Schlußfolgerung ziehen, daß internationaler Wettbewerb, sei es auf wirtschaftlicher, politischer oder ideologischer Ebene immer stärker von kulturellen Faktoren mitbestimmt sein wird. Ob dahinter dann tatsächlich so etwas wie eine die Weltwirtschaft tragende „Weltgesellschaft" oder gar die Mutation der Politik zur „Weltinnenpolitik" auftauchen wird und nicht nur imperiale Intervention in vor allem wirtschaftlich „störende" Konflikte, steht dahin. Es wäre schon viel erreicht, wenn der von vielen prognostizierte Krieg der Kulturen vermieden werden und in einen friedlichen „Wettkampf" transformiert werden könnte. Jedenfalls verfügen wir weder über eine wirtschaftstheoretische Formel noch über ein politisches Konzept, die uns den Weg in die Globalisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik weisen könnten. Und auf keinen Fall darf ökonomische Entwicklung isoliert, sondern muß als Teil des größeren Zusammenhanges von Kultur und Gesellschaft, als partieller Aspekt eines historischen Transformationsprozesses gesehen werden, sonst fehlt ihr das zureichende Fundament.

---

66 Vgl. *G. Eisermann* (Hrsg.), Soziologie der Entwicklungsländer, Stuttgart 1968.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Was unsere eigenen Probleme anbelangt, so ist es die Verklammerung von Wirtschaft und Politik, die es unvermeidlich macht, auch die Wähler und Wählerinnen zu informieren, „werden doch viele wirtschaftspolitische Weichenstellungen an der Urne vorgenommen".[67] Allerdings fällt das Regieren meist leicht im Konjunkturaufschwung, während es schwer im Konjunkturabschwung wird. Dadurch erhielten allerdings die Finanzmärkte, wie der gegenwärtige Bundesbankpräsident meint, die Chance, die Politiker im Zuge der wachsenden politischen und wirtschaftlichen Integration zu disziplinieren. Er habe aber den Eindruck, „daß sich die meisten Politiker immer noch nicht im klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden".[68] Gerade die grenzüberschreitenden multinational agierenden Konzerne betreiben ihrerseits wissentlich oder gar getrieben Politik. Unwidersprochen und unwidersprechbar kann einer ihrer Aktionäre auf einer Hauptversammlung daher feststellen: „Das Handeln eines multinational agierenden Konzerns hat selbstverständlich politische Folgen".[69]

Auf der anderen Seite hat die Politik vieler Staaten wenig Bedenken, ihrer nationalen Volkswirtschaft mit den nur ihr zur Verfügung stehenden Mitteln ökonomische Vorteile zu verschaffen. So konnte der Amerikanische Geheimdienst CIA vor der letzten Pariser Luftfahrtschau 49 amerikanischen Luftfahrtunternehmen mitteilen, daß sie im Auftrag der französischen Regierung ausspioniert worden seien. Die Fluggesellschaft Air France hatte Gespräche ihrer Fluggäste in der First Class aufzeichnen lassen, wofür sich dann die französische Regierung entschuldigen mußte.[70] Diese Verquickung von Wirtschaft und Politik scheint daher, wofür das berühmte Diktum von Napoleon, das Rathenau mehr ergänzte, als daß er ihm widersprach, unserem Jahrhundert das Gepräge gegeben zu haben.

---

67 Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein, Wirtschaftspolitisches Jahrbuch 1994, 125. Vereinsjahr, S. 1 / ff.); 17. Daher sieht ebendieselbe erfahrene Institution die Notwendigkeit für eine „Institutionelle Schuldenbremse für den Bund. Ein Gebot der Stunde": „Infolge der anhaltenden Defizite im Bundeshaushalt hat die Einsicht an Boden gewonnen, daß zusätzliche institutionelle Maßnahmen zur Begrenzung der Verschuldung notwendig sind. Die Erfahrungen zeigen, daß ohne solche klare Schranken Bundesrat und Parlament nicht in der Lage sind, eine disziplinierte Ausgabenpolitik zu führen und nötigenfalls ausreichende Reduktionen von Ausgaben zu beschließen" (SHV INFO März / April 1996, S. 3). Adolph Wagner hat so auch in der Schweiz recht behalten.

68 *H. Tietmeyer,* Finanzmärkte kontrollieren die Politik, in: FAZ Nr. 29 v. 3. 2. 1996, S. 13.

69 Die Macht der einen Aktie. Hauptversammlungen werden zur politischen Bühne, in: Die Welt v. 27. 2. 1996, S. 3.

70 Angezapft und abgehört, in: Das Sonntagsblatt Nr. 7 vom 16. 2. 1996, S. 8. Als Herbst 1993 der deutsche Siemens Konzern beim Kampf um ein Milliardengeschäft in Südkorea gegen das britisch-französische Konsortium GEC Alsthon den Kürzeren zog, führte die Leitung von Siemens dies darauf zurück, ihre Telefone seien abgehört und Telefax Sendungen angezapft worden, ob mit Hilfe des französischen Geheimdienstes oder ohne ihn, blieb ungeklärt. Erwähnt sei, daß russische Wirtschaftsspionage in amtlichem Auftrag bekanntlich noch viel effektiver ist.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wenn wir es hingegen unter dem Gesichtspunkt des Ringens ökonomischer Theorien miteinander betrachten, so sind es die Namen von Schumpeter, Keynes und Marx, die als Protagonisten des Kampfes um die Gestaltung unseres Zeitalters betrachtet werden müssen.[71] Dessen ungeachtet hat sich unsere Welt nach dem Tod von Keynes entscheidend gewandelt. Das tiefreichende Problem von gleichzeitiger beträchtlicher Unterbeschäftigung auf einem hohen Niveau volkswirtschaftlichen Gleichgewichts, damit verbunden eine derart beträchtliche Staatsverschuldung in allen führenden Industrieländern, die mit ihrem ceiling keine Lücke mehr für Keynesianisches deficit spending läßt, und damit verbunden ferner Schwankungen des internationalen Devisenmarktes, die drohende Verknappung natürlicher Ressourcen bei gleichzeitiger explosiver Vermehrung der Weltbevölkerung und das endgültige Dahinschwinden des Traums von einem besseren Leben für die nächste – nicht nur amerikanische – Generation, das sind nur einige der Probleme[72], mit denen wir in das kommende Jahrtausend werden gehen müssen. Keynes selber hätte jedenfalls jedes Denkmal und noch mehr jede Art von Dogma, die man aus seinen Theorien zu machen gesucht hätte, leidenschaftlicher abgelehnt als jeder andere.

Die Geschichte kennt eben keine definitiven „Lösungen", bei denen alles glatt aufgeht wie im wirtschaftstheoretischen Rechenbuch und nach politisch-ideologischen Maximen. Nur treten die alten Probleme meist in neuem Gewand wieder auf, weil sie einer alten Erkenntnis verhaftet bleiben: „Die Menschheit ist bedingt durch Bedürfnisse" (Goethe). Gewiß ist die Ubiquität der Grundbedürfnisse ein Faktum, das sich als Ausgangspunkt wirtschaftstheoretischer Reflexion anbietet, aber sobald die Bedürfnisse darüber hinausreichen, werden sie von polyformer kultureller Vielgestalt. Gewiß ist die Theorie nützlich für die Bewältigung alter Probleme, aber die alten Schemata müssen adäquat verknüpft und umgeformt werden, um für die Analyse der neuen Probleme dienlich zu sein. Auch ist es nicht selten schwierig, bei den Politikern für die angebotenen Theoreme und deren logische praktische Konsequenzen, zumal wenn sie den politischen Schlußfolgerungen widersprechen, Gehör zu finden. Rarus enim ferme sensus communis in illa fortuna (Juvenal, VIII, 73). Dennoch muß die Arbeit des Volkswirts ihren Sinn verfehlen,

---

71 Vgl. *M. Timmermann,* Die ökonomischen Lehren von Marx Keynes und Schumpeter, Stuttgart 1987; *R. J. Thornton,* Schumpeter, Keynes and Marx. A Centennial Celebration. Martindale Center for the Study of Private Enterprise, Leghich University 1984; ferner *D. Bös / H. D. Stolper* (Hrsg.), Schumpeter und Keynes, Berlin / Heidelberg 1984, *Horst Hanusch,* Zur Bedeutung Schumpeters als Ökonom des 20. Jahrhunderts, Düsseldorf 1991, *S. E. Harris,* The New Economics. Keynes Influence on Theory and Public Policy, 4th ed., London 1960, *David C. Colander / Harry Landreth,* The Comming of Keynesianism to America. Conversations with the Founders of Keynesian Economics, Cheltenham (UK)-Brookfiels (US) 1996. Erwähnt sei auch *J. A. Schumpter,* History of Economic Analysis, New York 1954, S. 41 - 2, 383 - 4, 388 - 9, 596 - 9, 648 - 9, 1017 - 8, 1085, 11767, 1182 - 4, 1178 - 9.

72 Vgl. *R. Skidelsky,* The World after Communism. A Polemic for our Times, London 1995. Schon weniger als zehn Jahre nach seinem Tode bezeichnete ein junger englischer Kollege öffentlich „Keynes' Problem als nicht aktuell" (S. Moos, Stille um Keynes, in: Wirtschaftszeitung / Deutsche Zeitung, Jg. 10, Nr. 2 v. 8. Januar 1955, S. 4)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wenn seine Theorie nur für das einsame Gelehrtenstübchen oder modisch für die Tafel und den Computer taugt. Die Ansprüche, die an einen guten Nationalökonom gestellt werden, sind daher nicht gering. Ja, Keynes, indem er den Maßstab, die Fähigkeiten und die Aufgaben die ein Nationalökonom beherrschen können sollte, bezeichnenderweise in einer Biographie über Alfred Marshall umrissen hat, lieferte gleichzeitig eine Selbstdarstellung: „Das Studium der Nationalökonomie scheint keine speziellen geistigen Gaben von ungewöhnlich hoher Ordnung zu erfordern. Ist es nicht, intellektuell betrachtet, ein ziemlich leichtes Gebiet im Vergleich mit den höheren Zweigen der Philosophie oder der reinen Wissenschaften? Dennoch sind gute oder wenigstens kompetente Nationalökonomen die seltensten Vögel. Ein leichtes Gebiet also, auf dem dennoch sehr wenige hervorragen. Dieses Paradox findet seine Erklärung darin, daß ein meisterlicher Nationalökonom eine seltene Kombination von geistigen Gaben besitzen muß. Er muß einen hohen Standard in verschiedener Hinsicht aufweisen und Talente kombinieren, die man nicht oft in Verbindung miteinander vorfindet. Er muß Mathematiker, Historiker, Staatsmann, Philosoph sein – alles zu einem gewissen Grade. Er muß mathematische Symbole verstehen und in Worten reden können. Er muß das Besondere in Begriffen des Allgemeinen betrachten und das Abstrakte und das Konkrete im selben Gedankenflug erhaschen. Er muß die Gegenwart im Lichte der Vergangenheit studieren um der Zukunft willen. Kein Teil der menschlichen Natur oder der menschlichen Institutionen darf vollständig außerhalb seiner Betrachtungen liegen. Er muß zweckhaft und absichtslos zugleich sein; so hellwach und unkorrumpierbar wie ein Künstler und dennoch der Erde so nah wie ein Politiker".[73]

Ja, er war wirklich ein großer Mann, gerade weil wir nicht sicher sind, ob er nicht allein von Alfred Marshall und sich selber, sondern auch von Schumpeter und Marx gesprochen hat. Wenn wir daher die Leistung der herausragenden Nationalökonomen nicht gering und ihre Theorien hoch schätzen, so können wir dennoch die Erinnerung an das Diktum von Goethe, mit dem Erich Preiser in seiner Heidelberger Zeit gern seine Vorlesung zu schließen pflegte, nicht auslöschen: „Krieg, Handel und Piraterie, dreieinig sind sie, nicht zu trennen."[74] Setzt man,

---

[73] Vgl. *J. M. Keynes,* Essays in Biography, London 1951, S. 170 - 171.

[74] Dieses „Faust"-Zitat hat der Oppenheimer-Schüler Preiser vielleicht von seinem Lehrer übernommen: s. *F. Oppenheimer,* System der Soziologie, Zweiter Band, Jena 1926, S. 344, 375. Vgl. *E. Preiser,* Politische Ökonomie im 20. Jahrhundert, München 1970, S. 179 - 192. Er selbst hatte die erteilten Lehren gut aufgenommen und konnte daher für die Zukunft festhalten: „Die Theorie muß sich an der Realität bewähren, sie muß verifiziert werden, und sie kann es nur, wenn schon das Modell den historischen Fakten Rechnung trägt" (ebd. S. 214). Während es Marx glücklicherweise erspart blieb, den Untergang seines welthistorischen Menschheitsexperiments in „Dreck und Feuer" (Goethe, Faust) zu erleben, Keynes illusionslos die Zukunft seiner Theoreme angesichts „neuer Tatsachen" abschätzte, blieb es Schumpeter vorbehalten, das Resumé seines Zeitalters zu ziehen, und „sagte jedem, der es hören wollte, Roosevelt und Churchill hätten mehr Zerstörungen angerichtet als Dschingis Khan" (*R. Swedberg,* Joseph A. Schumpeter, Stuttgart 1994, S. 195 - 263). Sein vorzeitiger Tod, den Freunde chronischer Überarbeitung und einem Mangel an Lebenswillen zuschrieben, mag wohl eher seinem verzehrenden Gram über den Untergang der Kultur, die ihm existenzielle

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dem neuzeitlichen Begriffs- und Sachverhaltswandel entsprechend „Raub“ anstelle von Piraterie, so wird man gewahr, daß mehr noch als der Erste der Zweite Weltkrieg nicht nur die Landkarten und die Staatenwelt umgekrempelt, neue Handelswege geöffnet und neue Güter geschaffen hat, sondern vor allem einen technologischen Quantensprung bewirkt, der eine ganz neue Era, ohne jede Möglichkeit der Rückkehr in das Zeitalter vor 1939 geschaffen hat. Keine Wirtschaftstheorie hätte dies apriori berücksichtigen oder gar einfangen können, was ihr gewiß nicht als Mangel ausgelegt werden darf. Auch bedeutet hier Krieg mehr als nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Womöglich aber war nie zuvor den Politikern wirtschaftstheoretischer Rat dringlicher und notwendiger, um eine Handhabe zu besitzen, die mit den grundlegenden Problemen fertig zu werden weiß. Denn „in den Wissenschaften ist viel Gewisses, sobald man sich von den Ausnahmen nicht irre machen läßt und die Probleme zu ehren weiß.“ (Goethe).

Grundlage seines Daseins bedeutete, beigemessen werden, ähnlich wie sein Landsmann Stefan Zweig und mancher andere in der Emigration die Konsequenzen zog.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Umsetzung monetärer Grundkonzeptionen in der Notenbankpolitik Preußens / Deutschlands im 19. Jahrhundert

Von *Michael North,* Greifswald

Nach den Napoleonischen Kriegen trat die europäische Wirtschaft in das Zeitalter der Industrialisierung und der weltwirtschaftlichen Integration ein. Diese Epoche brachte auf dem Gebiet der Geldgeschichte durch die Einführung des Goldstandards eine Vereinheitlichung der Währung, die endgültige Etablierung der Banknoten sowie durch die Ausbildung des modernen Bankwesens eine gewaltige Ausweitung des Kredits. Die Führungsrolle in der Weltwirtschaft übernahm Großbritannien. Großbritannien war durch sein einmaliges Warensortiment aus einheimischen industriellen Produkten und kolonialen Gütern sowie durch die Vormacht seiner Handelsflotte die dominierende Handelsnation im 19. Jahrhundert. In engem Zusammenhang damit stand die Ausdehnung finanzieller Dienstleistungen. Einheimische und ausländische Kaufleute konnten jederzeit die Hilfe des Londoner Geld- und Kapitalmarktes für kurzfristigen oder langfristigen Kredit, Geldüberweisungen, Kapitalanlagen und Versicherungen in Anspruch nehmen. Frei von Restriktionen des Geld- und Kapitalverkehrs wurde das Pound Sterling die wichtigste Währung für internationale Transaktionen, mit der Ende des 19. Jahrhunderts gut zwei Drittel des Welthandels finanziert wurden.[1]

Großbritannien beeinflußte die europäische Währungsentwicklung aber nicht nur über die internationale Leitwährung des Pound Sterling; Großbritannien war vielmehr Vorbild für den Kontinent in nahezu allen Sektoren der Wirtschaft. Bei Industrie, Verkehr, Handel, Bank und Geldwesen beriefen sich die Kontinentaleuropäer immer auf das Vorbild England. Entsprechend ist in unserem Beitrag zunächst die Genese monetärer Grundkonzeptionen und deren Umsetzung in England zu behandeln, bevor der Einfluß dieser Entwicklungen auf die Notenbankpolitik in Preußen und Deutschland untersucht werden kann.

England erlebte in den Jahren nach den Napoleonischen Kriegen eine der produktivsten theoretischen und politischen Diskussionen über den Charakter des Geldes und der verschiedenen Zahlungsmittel. Diese Debatte, in der die Grundlagen der modernen Geldtheorie gelegt wurden, entzündete sich an der Politik der Bank of England. Deshalb muß die Geschichte der Bank of England kurz rekapituliert werden.

---

[1] *M. Collins,* Money and Banking in the UK, London 1988, S. 124.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

I. Die Bank of England 1694 - 1844

Anlaß für die Gründung der Bank of England im Jahre 1694 war die Finanznot des Staates in dem Krieg, den der neue König Wilhelm III. (von Oranien) gegen den abgesetzten Stuart-König Jakob II. und dessen Schutzherren Ludwig XIV. von Frankreich führte. Gegründet wurde die Bank of England von einem privaten Konsortium Londoner Kaufleute, das sich zur Aufbringung einer Staatsanleihe von £ 1,2 Mill. verpflichtet hatte. Als Gegenleistung erhielt das Konsortium das Privileg, Bankgeschäfte aller Art zu betreiben, d. h. mit Edelmetall und mit Wechseln zu handeln. Mit Aufnahme ihrer Geschäftstätigkeit begann die Bank für Kundeneinlagen Depositenscheine auszugeben, die sog. Running-Cash Notes oder Bank of England Notes, die als Inhaberpapiere zirkulierten und jederzeit zahlbar waren.[2] Im Jahr 1697 erhielt die Bank außerdem das Privileg, daß keine andere Bankgesellschaft in England mehr durch Parlamentsbeschluß konzessioniert werden durfte. Dieses Privileg wurde 1708 dahingehend präzisiert, daß keine private Gesellschaft von mehr als sechs Personen Bankgeschäfte treiben und Noten ausgeben durfte (Sechs-Partner-Regel).[3] Wegen der hohen Nennwerte der Noten blieb die Zirkulation der Bank-of-England-Note allerdings lange Zeit mäßig. Die Banknoten wurden noch nicht als Möglichkeit der Geldschöpfung angesehen, sondern nur als Mittel zur Vereinfachung des Zahlungsverkehrs. Erst um die Mitte des 18. Jahrhunderts begann die Bank damit, kleinere Noten auszugeben und damit die Noten anderer Londoner Privatbanken zu verdrängen.

Sie besaß damit de facto ein Notenbankmonopol für London. Keine der etablierten Londoner Privatbanken konnte auf Dauer ihren Noten ein vergleichbares Prestige verleihen, wie es die Noten der größten und angesehensten Bank im Lande besaßen. In der Provinz allerdings, wohin die Bank-of-England-Note, die allein in London zahlbar war, nur selten vordrang, schossen zu dieser Zeit private Zettelbanken, die sogenannten Country Banks, wie Pilze aus dem Boden.[4]

Die starke Inanspruchnahme durch den Finanzbedarf des Staates während der Revolutionskriege führte 1797 dazu, daß die Bank die Bareinlösung ihrer Noten einstellen mußte. Gleichzeitig gab die Bank alle Vorbehalte gegen Banknoten mit niedrigen Nennwerten unter £ 5 auf, um mit Banknoten im kleinen Geldverkehr das zunehmend knapper werdende Metallgeld zu ersetzen. In der Folgezeit wurden dann die immer zahlreicheren Bank-of-England-Noten bei Zahlungen nur mit einem erheblichen Abschlag gegenüber Barzahlungen akzeptiert. Diese Situation lö-

---

[2] *J. Clapham,* The Bank of England, 1694 - 1914, 2 Bde., Cambridge 1944, I., S. 14 - 52, zu den einzelnen Noten siehe *R. D. Richards,* The First Fifty Years of the Bank of England (1694 - 1744) in: J. G. van Dillen (Hg.), History of the Principal Public Banks, The Hague 1934, S. 219 - 30.

[3] *Clapham,* Bank, I, S. 145 - 50, *K. E. Born,* Geld und Banken im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1976, S. 18.

[4] Grundlegend *L. S. Presnell,* Country Banking in the Industrial Revolution, Oxford 1956.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ste eine parlamentarische Diskussion – „on the high price of gold bullion" (über den hohen Preis des Goldes) – aus, die als Bullionisten-Streit in die Geschichte eingegangen ist.[5]

Es ging dabei um die Frage, ob von uneinlösbaren Banknoten Gefahren für den inneren und für den äußeren Geldwert ausgingen. Diese Diskussion leitete über in die seit 1825 stattfindende, längeranhaltende Auseinandersetzung zwischen der sogenannten Currency-School und der Banking-School.[6] Die zentrale Frage dabei war, ob Banknoten Geld darstellten, oder ob sie als Kreditzahlungsmittel, wie Wechsel, Scheck und Bankdepositen anzusehen seien. Für die Anhänger der Currency-Theorie (Samuel Jones Loyd, George Ward Norman, Robert Torrens) waren Banknoten Geld (Currency). Sie beriefen sich dabei auf David Ricardo, der 1809 in seiner Schrift „The High Price of Bullion, a Proof of the Depreciation of Bank Notes" festgestellt hatte, „daß eine Entwertung des im Umlauf befindlichen Tauschmittels die notwendige Folge seiner Überfülle ist". Ricardo hatte daher verlangt, daß die umlaufenden Banknoten grundsätzlich zu 100% in Gold gedeckt sein müßten. Die Currency-Theoretiker modifizierten dies für die Praxis und forderten später, daß die umlaufenden Banknoten zu zwei Dritteln in Gold gedeckt sein müßten. Dieser Forderung wurde dann 1844 in der sog. Peelschen Bankakte entsprochen.

Ihre Gegner, die Banking-School (Thomas Tooke, John Fullarton, James Wilson), hielten dagegen einen solchen hohen Deckungsgrad für falsch, da für sie die Banknoten kein Geld waren, sondern Kreditinstrumente. Deshalb reichte nach der Meinung von Tooke eine Deckung der Banknotenemission zu einem Drittel in Edelmetall und zu zwei Dritteln in Handwechseln aus, wodurch die Banknotenemission jederzeit dem Bedarf der Wirtschaft elastisch angepaßt werden könne. Eine Gefahr der Überemission von Banknoten bestand nach Meinung der Banking-Theoretiker nicht, da bei der Einlösung der Wechsel nach drei Monaten die Banknoten zur Bank zurückflossen.

Parallel zur theoretischen Auseinandersetzung begann nach dem Ende der Napoleonischen Kriege eine Experimentierphase im britischen Währungssystem, die erst mit der Peelschen Bankakte 1844 ihr Ende finden sollte. 1821 stellte die Bank of England die Einlösepflicht der Banknoten in Gold, die 24 Jahre lang suspendiert war, wieder her und löste auch während der Handels- und Bankenkrise 1825/26 unter großen Verlusten für die eigenen Goldbestände die fälligen Noten der insolvent gewordenen privaten Notenbanken ein. Die Banknote hatte ihre erste große Bewährungsprobe überstanden. Dennoch waren zwei Dinge deutlich geworden:

---

5 *Feavearyear,* The Pound Sterling, Oxford ²1963, S. 184; zur Bullionisten-Debatte siehe *H. Rieter,* Die gegenwärtige Inflationstheorie und ihre Ansätze im Werk von Thomas Tooke, Berlin 1971, S. 125 - 27.

6 Hierzu grundlegend *F. W. Fetter,* The Development of British Monetary Orthodoxy, 1797 - 1875, Cambridge, Mass., 1965, S. 165 - 97; noch immer wichtig ist *J. Viner,* Studies in the Theory of International Trade, New York 1937, Ndr. New York 1965, S. 220 - 89; die wichtigsten Standpunkte der beiden Schulen skizziert *Rieter,* Tooke, S. 126 - 39.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zum einen hatte sich gezeigt, daß die Flut der von den privaten Country Banks ausgegebenen und zur Lohnzahlung verwendeten 1-Pfund-Noten nicht mehr zu überblicken, geschweige denn einzulösen war. Zum anderen stand die ursprünglich zum Schutz der Bank of England getroffene Regelung, nach der eine Notenbank nicht mehr als sechs Teilhaber haben durfte (Sechs-Partner-Regel), einer soliden Banknotenemission im Wege. Zur Stärkung der Kapitaldecke erlaubte deshalb das Gesetz von 1826 die Gründung von Notenbanken auf Aktienbasis, die jedoch außerhalb einer 65-Meilen-Zone um London angesiedelt sein mußten, um den Vorrang der Bank of England nicht zu gefährden. Außerdem wurde das Problem der kleinen Noten dadurch gelöst, daß in England und Wales in Zukunft keine Noten mehr im Wert von weniger als £ 5 ausgegeben werden durften. 1833 schließlich bei der Erneuerung der Bank-Charter wurden die Noten der Bank of England zum gesetzlichen Zahlungsmittel in England und Wales erklärt (in Schottland 1845); die Noten mußten fortan für Beträge von über £ 5 angenommen und bei Bedarf von der Bank in Gold eingelöst werden.[7] Außerdem versuchte die Bank, durch ihre Filialen die Bank-of-England-Note in der Provinz zu etablieren, um ein Unterlaufen der eigenen Notenemission durch die Provinzbanken zu verhindern. Dennoch war die Bank of England vor Krisen nicht gefeit und mußte beispielsweise im Jahre 1839 Kredite aus dem Ausland aufnehmen, um ihrer Einlösepflicht genügen zu können. Als Resultat dieser Krise setzte sich in der Bankreform des Jahres 1844 die Currency-School durch.

Im sog. Peels' Act (Peelsche Bankakte), benannt nach dem Premierminister Robert Peel, wurde die Notenabteilung der Bank von der Bankabteilung der Bank of England getrennt. Während die Bankabteilung die regulären Bankgeschäfte weitgehend frei von besonderen gesetzlichen Vorschriften abwickeln konnte, mußte die Notenabteilung neue Deckungsvorschriften befolgen. Der Notenabteilung wurden die Goldbestände der Bank of England im Wert von ca. £ 38 Mill. als Deckungsreserve für die Notenemission übertragen. Hinzu kam ein Vertrauenskontingent von £ 14 Mill. in alten Staatsschuldtiteln und anderen Staatspapieren, um welches die Banknotenemission die Goldreserven übersteigen durfte. Die Bank of England hatte damit de facto eine Zwei-Drittel-Golddeckung der Banknoten und mußte nach der „reinen Lehre" des Goldstandards den Banknotenumlauf den Bewegungen der Goldreserve anpassen.[8] Durch die rigiden Deckungsvorschriften des Peels' Act – das Vertrauenskontingent wuchs zwischen 1844 und 1914 nur um £ 4,5 Mill. – war ein Zahlungsmittelmangel vorprogrammiert. Daß sich dieser in der Praxis nicht allzu dramatisch auswirkte, lag an der stillschweigenden Außerkraftsetzung

---

[7] *Clapham,* Bank II, S. 99 - 130; *M. North,* Das Geld und seine Geschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, München 1994, S. 151 - 54; *Collins,* Money, S. 172. Mit dem Gesetz des Jahres 1833 fielen auch die Usury Laws, die einen Zinssatz von 5% für Wechsel und Schuldverschreibungen festgeschrieben hatten, so daß sich jetzt der Spielraum für die Zinspolitik der Bank of England vergrößerte.

[8] *Clapham,* Bank, II, S. 179 - 190; *D. Ziegler,* Das Korsett der „Alten Dame". Die Geschäftspolitik der Bank of England 1844 - 1913, Frankfurt 1990, S. 22 f.; *Born,* Geld, S. 23 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Deckungsvorschriften in den Finanzkrisen von 1847, 1857 und 1866 sowie an dem allgemein leistungsfähigen Kreditsystem. Dabei stimulierte die restriktive Notenemission die Entwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs mit Hilfe des Wechsels und vor allem des Schecks.

Die Reform der Bank of England im Jahre 1844 war auch ein wichtiger Schritt hin zur Zentralnotenbank mit Notenausgabemonopol. Indem man den Notenumlauf der privaten Notenbanken kontingentierte und künftig keine weiteren Neugründungen mehr konzessionierte, wurde der Umlauf der Bank-of-England-Noten privilegiert. Mit der Zeit erbte die Bank of England die Emissionskontingente der Banken, die ihre Konzessionen zurückgaben oder die Notenausgabe einstellten, so daß um die Mitte des 19. Jahrhunderts bereits 75% des englischen Banknotenumlaufes aus Noten der Bank of England bestanden. Die privaten Notenbanken konnten daher die englische Währungspolitik in keiner Weise entscheidend beeinflussen.[9]

In Schottland, für das – wie für Irland – ein entsprechendes Gesetz im Jahr 1845 verabschiedet wurde, waren die Restriktionen gegen die Zettelbanken nicht ganz so streng. Dort hatte sich im 18. und im frühen 19. Jahrhundert im Gegensatz zu England keine Zentralnotenbank herausbilden können. Hier herrschte „Bankfreiheit", d. h., die Zettelbanken konnten weitgehend frei von staatlichen Restriktionen und ohne die überlegene Konkurrenz einer staatlich privilegierten Zentralnotenbank Zettel ausgeben und über sog. Cash-Credits in Umlauf bringen. Daneben erlaubten die niedrigeren Nennwerte der schottischen Banknoten ein Eindringen der Banknote in den Kleinverkehr und damit eine schnelle Gewöhnung des Publikums an das papierene Zahlungsmittel.[10]

II. Die Rezeption der englischen geldtheoretischen Debatten und der englischen Notenbankpolitik in Deutschland

In der sich im Laufe des 19. Jahrhunderts entwickelnden deutschen Geldtheorie wurde lange Zeit nur der englische Bullionisten-Streit wahrgenommen. Gottlieb Hufeland, Karl Friedrich Nebenius und Adam Müller nahmen dabei Partei für die Bullionisten, indem sie vor den Gefahren warnten, die von Banknoten oder Papiergeld ausgingen, die nicht durch Edelmetall gedeckt oder in Edelmetall einlösbar wären.[11]

---

9 *D. Ziegler,* Peelsche Bankakte, in: M. North (Hg.), Von Aktie bis Zoll. Ein historisches Lexikon des Geldes, München 1995, S. 296 - 98.

10 *S. G. Checkland,* Scottish Banking, A History 1695 - 1973, Glasgow 1975; *C. W. Munn,* The Scottish Provincial Banking Companies, 1747 - 1864, Edinburgh 1981.

11 Ich kann mich hier auf einen kurzen Überblick beschränken, da C.-L. Holtfrerich diese Thematik in jüngster Zeit ausführlich dargestellt hat: *C.-L. Holtfrerich,* Zur Rezeption der Bullion- und der Banking-Currency-School-Kontroverse in Deutschland, in: H. Scherf (Hg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie, VI, Berlin 1988, S. 9 - 27. Noch immer

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

So vertrieben laut Nebenius ungedeckte Noten und Papiergeld mit Zwangskurs das Edelmetall aus dem Land, das sich über die übrige Welt verteilte. Müller stimmte in die Forderung der Bullionisten nach Wiedereinführung der Konvertibilität ein: „Und wenn die Umsetzbarkeit des Papiers in Metall, oder die gegenwärtig suspendierte Convertibilität der Banknoten in Metallgeld allgemein gewünscht wird, so wird damit nichts anderes gemeint, als daß Großbritannien in demselben freyen und natürlichen Verhältnisse zu der Welthaushaltung stehen möchte, als in welchem jede einzelne Britische Haushaltung zu der Nationalwirtschaft steht."[12]

Verglichen mit dieser nahezu zeitgleichen Rezeption des Bullionisten-Streits begann die Reflexion der Banking-Currency-School-Kontroverse relativ spät erst in der zweiten Hälfte der 1850er Jahre. Dies war nahezu ausschließlich das Verdienst Adolph Wagners, dessen Kritik am Peel's Act der Banking-Theorie zu vorherrschendem Einfluß in Deutschland verhalf. Bereits 1856 hatte Erwin Nasse im Gegensatz zum Peel's Act eine flexible Handhabung der Notenemission in Preußen empfohlen[13], aber erst Wagner sollte in seinem Erstlingswerk „Beiträge zur Lehre von den Banken" (1857) in Anlehnung sowohl an Fullarton als auch an Tooke die Begriffe Banknote neu definieren und vom (Staats-) Papiergeld mit Zwangskurs unterscheiden („Leider ist die principielle Unterscheidung zwischen eigentlichem [Staats-]Papiergelde und Banknoten noch sehr wenig durchgedrungen")[14]. Dabei hielt Wagner es für einen Hauptfehler der Currency-School, daß sie den Unterschied von Papiergeld und Banknote nicht erkannt hatte. Die Banknote sei nicht Geld (= Wertmaß + Tauschmittel), sondern allein Tauschmittel (Surrogatgeld) wie Wechsel oder Scheck. Daneben empfahl Wagner „Bankfreiheit" nach schottischem Vorbild, d. h. die freie Konkurrenz der Notenbanken (ohne staatliche Einmischung in den Geschäftsbetrieb). Damit hatte der erst 22jährige Wagner die Grundlage seiner Notenbanklehre gelegt, die er in seiner „Geld- und Kredittheorie der Peelschen Bankakte" (1862) aufgrund der Erfahrungen in der Krise 1857 weiter ausbauen sollte. Er wendete sich hierin vor allem gegen die durch den Peel's Act verursachte Inelastizität der Bank of England in Zeiten steigender Geldnachfrage und stellte der Bardeckung die bankmäßige Deckung der Notenemission „in leicht und sicher realisierbaren Forderungen"[15] gegenüber.

---

grundlegend sind *S. P. Altmann,* Zur deutschen Geldlehre des 19. Jahrhunderts, in: Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert (Fschr. Schmoller), Leipzig 1908, Nr. VI, und *H. Schumacher,* Geschichte der deutschen Bankliteratur im 19. Jahrhundert, in: ebenda, Nr. VII. Vgl. außerdem *H. Winkel,* Die Entwicklung der Geldtheorie in der deutschen Nationalökonomie des 19. Jahrhunderts und die Gründung der Reichsbank, in: H. Coing/W. Wilhelm (Hgg.), Wissenschaft und Kodifikation des Privatrechts im 19. Jahrhundert, V: Geld und Banken, Frankfurt 1980, S. 1 - 26.

12 *A. H. Müller,* Versuch einer neuen Theorie des Geldes mit besonderer Rücksicht auf Großbritannien, Leipzig 1816, Ndr. Jena 1922, S. 215.

13 *E. Nasse,* Zur Banknoten- und Papiergeldfrage mit specieller Beziehung auf den preußischen Staat, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 12 (1856), S. 637 - 708.

14 *A. Wagner,* Beiträge zur Lehre von den Banken, Leipzig 1857, S. 15, 34 ff. (zum Folgenden).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wichtig für die Rezeption der Banking-Currency-School-Debatte in Deutschland war noch Karl Knies, der in seinem Hauptwerk „Der Credit" (1876) die Erkenntnisse beider Schulen zu verbinden versuchte, die praktische Umsetzung der Lehren in der Notenbankpolitik aber nicht mehr beeinflußte.[16]

III. Die preußische Notenbankpolitik 1844 - 1866

Von der Bankfreiheit nach schottischem Vorbild bis zu einer zentralen Notenbank nach dem Muster der Bank of England reichten die Forderungen, die im Zuge der kontinentalen Umsetzung der englischen Geldpolitik erhoben worden. Dabei gingen die verschiedenen Forderungen in Deutschland mit der politischen Entwicklung des Liberalismus einher, und der Wandel der Positionen von der Bankfreiheit hin zum Gedanken einer zentralen Reichsbank spiegelt gleichsam den Wandel des deutschen Liberalismus wider. Kulminationspunkte der Diskussion wie der Umsetzung in die Praxis waren die 1840er, 50er und die 60er Jahre; von da an zieht sich dann eine Entwicklungslinie direkt zum Reichsbankgesetz von 1875. Verglichen mit England müssen die monetären Verhältnisse in den deutschen Staaten, insbesondere in Preußen, als archaisch bezeichnet werden. Der preußische Staat emittierte ausschließlich Metallgeld, keine Banknoten, und gab außerdem sog. Kassenanweisungen, d. h. staatliche Schuldverschreibungen, aus (sog. Staatspapiergeld). Die Emission von Banknoten in den Privatnotenbanken, den Zettelbanken, wurde nur vorübergehend geduldet, da die Banknoten dem Staatspapiergeld und damit dem Abbau der Staatsschulden Konkurrenz machten.

Zwar existierte seit 1765 der Königliche Giro- und Lehnbanco, der kurzfristig Noten ausgegeben hatte, aber das wichtigste Passivgeschäft des Banco, der späteren Königlichen Bank, blieb die Annahme verzinslicher Depositen, während der Hypothekarkredit das wichtigste Aktivgeschäft bildete. Als Kreditgeber war die Bank nur für wenige Großkunden attraktiv (Lombardkredite). Auf Grund der restriktiven Diskontregeln – die Wechsel mußten am Ort zahlbar und mit drei guten Unterschriften versehen sein – wurde die Verbreitung des Wechsels als Handelskreditinstrument selbst in den gewerblich fortgeschrittenen westlichen Territorien Preußens eher verhindert als gefördert.

Spätestens im industriellen Take-Off der 1840er Jahre war nicht mehr zu übersehen, daß die mit dem Eisenbahnbau wachsende Geldnachfrage das Angebot deutlich übertraf. Die Versuche der preußischen Regierung, das „Eisenbahnfieber" da-

---

15 *A. Wagner,* Die Geld- und Kredittheorie der Peelschen Bankakte, Wien 1862, Ndr. Essen 1920, S. 1.

16 *K. Knies,* Der Credit, I, Berlin 1876. Vgl. auch *Holtfrerich,* Zur Rezeption, S. 22 ff. Den neusten Überblick über Knies bietet *K. Häuser,* Knies als Geldtheoretiker in: B. Schefold (Hg.), Klassiker der Nationalökonomie (im Druck). Ich danke Herrn Kollegen Häuser für die Überlassung des Manuskripts.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

durch zu beseitigen, daß man alle Zeitgeschäfte mit inländischen Aktien sowie den Handel mit ausländischen Aktien verbot und damit die wirtschaftliche Entwicklung an das Geldangebot anpaßte, scheiterten. Nicht nur die Eisenbahnkonjunktur brach zusammen, auch die gewerbliche Wirtschaft geriet in die Krise.[17] Entsprechend wurde seit 1844, dem Jahr der Börsenverordnung, die preußische Regierung mit Projekten bestürmt, den Kredit von Handel, Industrie und Gewerbe zu verbessern und dazu Privatbanken mit Notenemissionsrecht neben den bestehenden staatlichen Bankanstalten zu errichten. Dabei wurde entweder eine private Zentralnotenbank auf Aktienbasis (Beispiel: Bank of England) gefordert oder mehrere frei organisierte Zettelbanken. Die preußische Regierung konnte sich in der Gestalt ihres Ministers Rother für keine der beiden Formen erwärmen. Sowohl die Zersplitterung des Notenumlaufes in einem Zettelbanksystem als auch die Möglichkeit einer von Privaten mit dem Ziel der Gewinnmaximierung unterhaltenen Notenbank riefen Mißtrauen hervor. Darüber hinaus hielt Rother die Ausgabe von Banknoten für einen Eingriff in das staatliche Münzregal. Auch der Justizminister wandte sich gegen die Gründung eine Privatnotenbank, weil er die bei der Königlichen Bank angelegten Mündel- und Stiftungsgelder nicht einer Privatanstalt anvertrauen wollte. Da die geringe Kapitalausstattung der Königlichen Bank aber weiterhin ein Problem darstellte, einigte man sich auf eine Mischform, in der Privatkapital als Mitaktionär in eine staatlich dotierte und beeinflußte Bank eintreten konnte.[18]

Das Grundkapital der Bankanteilseigner von 10 Mill. Reichstalern wurde in 10.000 Anteile zu 1.000 Reichstalern zerlegt, wodurch die Kleinaktionäre ferngehalten wurden. Zu dem Stammkapital der Privataktionäre brachte der preußische Staat gut 3 Mill. Taler als Staatseinschuß ein. An der Geschäftsleitung wurden die Vertreter der Aktionäre nur beratend beteiligt. Immerhin wurden ihnen ihre Investitionen durch jährliche garantierte Dividenden von 3,5% schmackhaft gemacht.[19]

Gleichfalls pragmatisch verfuhr man bei den Deckungsvorschriften für die Notenemission. Es wurde nicht lange theoretisch, wie bei der Debatte zwischen Currency-School und Banking School, diskutiert, sondern man nahm, ohne sich direkt darauf zu beziehen, Anleihen bei beiden Prinzipien auf. Eine wissenschaftliche Diskussion der englischen Debatte hatte ja zu diesem Zeitpunkt in Preußen oder Deutschland noch nicht stattgefunden.

So kontingentierte man in Preußen die gesamte Notenemission auf 15 Mill. Taler plus 6 Mill. Taler als Vertrauenskontingent für eingezogene Kassenanweisungen nach dem Vorbild der Peelschen Bankakte, aber innerhalb dieser Emission reichte die Dritteldeckung nach dem Banking-Prinzip aus. Dies sollte den Aufga-

---

17 *D. Ziegler,* Zentralbankpolitische „Steinzeit", Preußische Bank und Bank of England im Vergleich, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 470 - 72.

18 Grundlegend *H. von Poschinger,* Bankwesen und Bankpolitik in Preußen, I, Berlin 1878, S. 259 - 66.

19 *W. Lotz,* Geschichte und Kritik des deutschen Bankgesetzes vom 14. März 1875, Leipzig 1888, S. 28 - 43.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ben der nun Preußische Bank genannten Institution dienen. Die Preußische Bank war nämlich dazu bestimmt, „den Geldumlauf zu fördern, Kapitalien nutzbar zu machen, Handel und Gewerbe zu unterstützen und einer übermäßigen Steigerung des Zinsfußes vorzubeugen".[20]

Von der Frage der Notendeckung abgesehen, hatte die englische Bankgesetzgebung des Peels' Act die preußische Gesetzgebung beeinflußt, da sich das englische System für die preußische Regierung als Alternative zur schottischen „Bankfreiheit" anbot, die von den rheinischen liberalen Industriellen immer wieder gefordert wurde. Dieser Wunsch nach der Konzessionierung privater Zettelbanken blieb aber auch weiterhin aktuell, da die Preußische Bank die von Regierung, Aktionären und Wirtschaft gehegten Erwartungen nicht erfüllen konnte. In der Beschleunigung der preußischen Industrialisierung um die Mitte des 19. Jahrhunderts war die Notenemission der Preußischen Bank nicht mehr als der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. Da die Notendeckung im Gegensatz zu den liberalen Deckungsvorschriften in der Realität meist 100% und mehr betrug, war die Geldmenge nicht gewachsen, sondern es hatte allein ein Austausch Metall gegen Papier stattgefunden. Außerdem handhabte Preußen die Notenemission ebenso wie die Konzessionierung von privaten Zettelbanken weiterhin sehr restriktiv.

Die preußischen Kaufleute behalfen sich daher mit den Noten anderer nord- und mitteldeutscher Zettelbanken, die sich in 1850er Jahren stark vermehrten.[21] Manche Zettelbanken versandten ihre Noten in Paketen an Bankiers in Preußen, die diese unter der Hand verausgabten. Die Bankiers erhielten dafür eine kleine Provision. Falls es sich um kleine Banknoten bis zu einem Taler handelte, wurden sie nicht zur Bareinlösung präsentiert und zirkulierten zur Freude der emittierenden Bank jahrelang im kleinen Geldverkehr.

Dem Versuch Preußens, 1855 die auswärtigen Noten auf seinem Territorium zu verbieten, war nur ein mäßiger Erfolg beschieden. Abhilfe schien nur durch eine Änderung der Notenbankpolitik möglich. In der Landtagsdebatte im Februar 1856 kamen zwei Optionen zur Sprache: Die führenden Protagonisten der Diskussion waren der gescheiterte westfälische Unternehmer Friedrich Harkort als preußischer Abgeordneter und der ehemalige Elberfelder Bankier August von der Heydt, der preußische Minister für Handel und Gewerbe. Während Harkort seine frühere Forderung nach Bankfreiheit wiederholte und einen entsprechenden Antrag einbrachte – er argumentierte die jetzige Situation hätte verhindert werden können, wenn die Bankfreiheit nach schottischem Muster rechtzeitig eingeführt worden wäre –, legte von der Heydt einen Entwurf vor, der die Zentralisierung des Bankwesens vorsah. Von der Heydt neigte eher zu einer vorsichtigen konservativen Bankpolitik, ähnlich wie sein Elberfelder Bankhaus. Vor allem sperrte er sich gegen Bankprojekte, die das Recht der Notenemission mit der Industriefinanzierung zu verbinden oder zu vermischen suchten. Für ihn waren Notenbanken Institute, die in erster Linie

20 *Ziegler,* Steinzeit, S. 473.

21 Ebenda, S. 475 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die öffentliche Geldnachfrage befriedigen sollten, während der Gewinnaspekt bei der Notenemission zweitrangig sein mußte.[22]

Zur Stärkung der zentralen Notenbankfunktion der Preußischen Bank sollte die bisherige Kontingentierung der Notenemission (15 plus 6 Mill. Taler) wegfallen. Mit der Novellierung der Preußischen Bankordnung im Jahre 1856 folgte von der Heydt, ohne darauf Bezug zu nehmen, der Banking-Theorie, in dem er allein auf die (Silber-)Dritteldeckung und eine Deckung der fiduziären Emission durch erstklassige Handelswechsel setzte. Durch die Einführung von kleineren Noten, beispielsweise zu zehn Talern, erschloß die Preußische Bank ihren Banknoten ein neues Geschäftsfeld. Der Notenumlauf stieg bereits im Jahre 1856 um 60% gegenüber dem Vorjahr und 1857 noch einmal um 100% an. Die Preußische Bank war also in die Lage versetzt worden, den Bargeldumlauf kurzfristig zu erhöhen und die Geldmenge dem Bedarf anzupassen. Jedoch dauerte es einige Zeit, bis die Bank ihren neugewonnen Interventionsspielraum auch nutzte.[23] Es ist dabei hervorzuheben, daß von der Heydt diese pragmatische Lösung bereits ein Jahr vor dem „wissenschaftlichen Durchbruch" der Banking-Theorie im Werk Adolph Wagners gefunden hatte.

Um die novellierte Bankordnung durch den Landtag zu bringen, machte die Regierung auch der Gegenseite einige Konzessionen und ließ vier Privatnotenbanken in Magdeburg, Königsberg, Danzig und im Großherzogstum Posen zu. Da aber für diese privaten Zettelbanken Kontingente der Notenemission und Vorschriften über die Höhe der verzinslichen Depositen galten, ging von diesen privaten Zettelbanken keine Konkurrenz aus.

Obwohl die Notenbankpolitik durch die novellierte Preußische Bankordnung von 1856 geregelt schien, ging die Diskussion auch in den folgenden Jahren weiter. Ein Diskussionsforum war der Kongreß „Deutscher Volkswirte", der sich erstmals 1858 versammelte. Diese Interessenorganisation der deutschen Freihändler war personell und programmatisch mit dem kleindeutschen Liberalismus verbunden. Sie begann als Diskussionsklub für die Probleme der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden. Seit 1861 traten handelspolitische Fragen in den Mittelpunkt der Diskussion, und seit dem Kongreß 1863 wurden alle Themen volkswirtschaftlicher Art behandelt. Das bedeutete eine Abkehr von der Mittelstandsperspektive und eine Hinwendung zu nationalen, volkswirtschaftlichen und politischen Themen. Mit dieser neuen Ausrichtung verlor das kleingewerbliche mittelständische Bürgertum im Volkswirtschaftlichen Kongreß seine Interessenorganisation oder Interessenvertretung, während das Bildungsbürgertum nun in „seiner" wirtschaftspolitischen Vereinigung über die großen Fragen der Wirtschaft und deren politische Umsetzung debattierte.[24]

---

22 *R. Boch,* Grenzenloses Wachstum? Das rheinische Wirtschaftsbürgertum und seine Industrialisierungsdebatte 1814 - 1857, Göttingen 1991, S. 276.

23 *Ziegler,* Steinzeit, S. 477.

24 *D. Langewiesche,* Liberalismus in Deutschland, Frankfurt 1988, S. 113 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Bankpolitik stand erstmals 1863 auf dem Sechsten Volkswirtschaftlichen Kongreß in Dresden zur Debatte. Es ging dabei in erster Linie um die Abstellung von Mißbräuchen im Bankwesen, die man den deutschen Regierungen empfahl. Das alte Schlagwort „Bankfreiheit ohne jegliche Staatseinmischung" wurde nicht mehr wiederholt; dagegen stellte man bestimmte bankpolitische Grundsätze auf. Man einigte sich beispielsweise darauf, daß die Nennwerte der Noten größer seien müßten, als die der größten umlaufenden Metallmünzen. Man forderte die Publizität der Zettelbanken. Allein in Preußen waren die Zettelbanken zur periodischen, d. h. zur monatlichen Veröffentlichung ihrer Bilanz verpflichtet gewesen. Dies forderte man jetzt auch für die süd- und mitteldeutschen Zettelbanken; weiter wurde die schnelle Einlösung der präsentierten Noten durch die emittierende Bank als wesentlich erachtet. Die Funktion der Banknote, billigen Kredit zu verschaffen, wurde in den Vordergrund gestellt und eine gemäßigte Bankfreiheit, die nur die Mißbräuche abstellte, gewünscht. Ebenfalls forderte man die Anlage einer Notenbank in jeder Provinzhauptstadt und knüpfte damit doch wieder an das Ideal der schottischen Bankenentwicklung an. Es ist daher kein Wunder, daß die privilegierte Preußische Bank im Zentrum der Kritik von liberaler Seite stand, sei es auf dem Volkswirtschaftlichen Kongreß, sei es im Preußischen Landtag.[25]

Man warf der Bank vor, daß ihre Existenz die Entstehung eines dezentralisierten Zettelbankwesens in Preußen hemmte. Insbesondere in den Jahren des preußischen Verfassungskonfliktes, der harten Auseinandersetzung zwischen der Regierung und den Liberalen im Preußischen Abgeordnetenhaus (1862 - 1866), wurde auch die Preußische Bank mehrfach zur Zielscheibe liberaler Kritik. Diese entzündete sich an den Ausdehnungsplänen der Preußischen Bank nach dem Sieg über Dänemark 1864, da die neuerworbenen Gebiete nun auch kommerziell und monetär mit Preußen verbunden werden sollten.

Der Gedanke einer Ausdehnung der Preußischen Bank auf das übrige Deutschland war zwar im Lande populär, aber die Liberalen versuchten, der Regierung durch Ablehnung der Vorlage eine Niederlage beizubringen. Dabei erschien den Kritikern der preußischen Vormacht in Deutschland die Bankausdehnung als ein neuer preußischer Vorstoß nach Deutschland. Außerdem fürchteten die Anhänger privater Zettelbanken die Expansion der Preußischen Bank zum Schaden der Privatnotenbanken. In einem Kompromiß schlug Otto Michaelis, der spätere Verfasser des Reichsbankgesetzes, vor, man könne zwar die Ausdehnung der Preußischen Bank akzeptieren, müsse aber die Notenemission kontingentieren, um keinen Schaden für die anderen Banken bzw. für die preußische Währung entstehen zu lassen. Die Anhänger einer gemäßigten Bankfreiheit und die Gegner einer Kontingentierung (zumindest bei den privaten Zettelbanken) forderten damit bei ihrem Gegner, der Preußischen Bank, eine Beschneidung der Notenemission mittels Kontingentierung. Auf diesen Vorschlag konnte sich die Regierung nicht einlassen, so

25 *Lotz,* Geschichte, S. 94 - 102.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

daß sowohl die Ausdehnung der Preußischen Bank als auch die Kontingentierung verworfen wurden.[26]

Der Ausbruch des Deutsch-Österreichischen Krieges 1866 beendete die Debatte um die Notenbankpolitik. Die Euphorie des preußischen Sieges verringerte den Rückhalt der liberalen Opposition in der Bevölkerung, so daß es nach Gründung des Norddeutschen Bundes für die Liberalen, insbesondere die Nationalliberalen, allein darum ging, regierungsfähig zu werden (nach der Forderung Hermann Baumgartens in den preußischen Jahrbüchern „Der Liberalismus muß regierungsfähig werden").[27] Indem die Liberalen auf „die Entwicklungsfähigkeit des neuen Reiches" setzten, nahmen sie sowohl 1867 beim Norddeutschen Bund als auch 1871 bei der Reichsgründung eine Verfassung hin, die ihre Wünsche nicht erfüllte. Damit schieden sie aus der Verfassungsdiskussion aus, gewannen aber an Gestaltungsmöglichkeiten in der Innen- und Wirtschaftspolitik.

IV. Die Geldreformen des Deutschen Reiches 1871 - 75

Mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 wurde eine Währungsreform für das neue Staatsgebilde notwendig. Es ging dabei um die Vereinheitlichung des Münzwesens, insbesondere um die Einführung von Goldmünzen, eine Regelung der Notenbankpolitik und um das Problem des Staatspapiergeldes, das die Einzelstaaten zur Kreditschöpfung ausgegeben hatten. Von allen Reformvorhaben gelang die Münzreform am schnellsten. 1871 beschloß das Reich, in Anlehnung an den englischen Sovereign, eine Reichsgoldmünze zu 20 Mark auszuprägen. Diese wurde die wichtigste Münze, als das Reich 1873 die Reichsgoldwährung einführte und die alten Landeswährungen mit Wirkung zum 01. 01. 1876 außer Kraft setzte.[28] Da die im Umlauf befindlichen Silbermünzen bis zu diesem Zeitpunkt nicht alle umgetauscht werden konnten, behielten sie ihren Wert. Die deutsche Goldwährung „hinkte" also bis zur Außerkurssetzung der restlichen Münzen im Jahre 1907.

Erheblich schwieriger war die Notenbankreform. Die Gründerjahre sahen nämlich eine regelrechte Explosion des Notenumlaufes auf 290 Mill. Taler (1870 hatte der Notenumlauf in Preußen nur 163 Mill. Taler betragen). Um sich für die erwartete reichseinheitliche Reform günstige Ausgangsbedingungen zu verschaffen, hatten die Preußische Bank, wie die privaten Notenbanken ihre eigenen Notenpressen noch einmal kräftig betätigt. Zwar besaß das Kaiserreich im Jahre 1875 33 Notenbanken, aber drei Viertel der umlaufenden Banknoten waren bereits von der Preu-

---

26 Ebenda, S. 104 - 11.

27 *Langewiesche,* Liberalismus, S. 105.

28 *K. Borchardt,* Währung und Wirtschaft, in: Deutsche Bundesbank (Hg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876 - 1975, Frankfurt 1976, S. 5 - 9; *North,* Das Geld, S. 148 f. Zu den theoretischen Grundlagen vgl. den Beitrag von *K. Häuser,* Dogmengeschichtliche Betrachtungen zur deutschen Währungsunion von 1871 - 1876, in diesem Band.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ßischen Bank emittiert worden.[29] Es sollte aber noch einige Zeit dauern und unzählige Diskussionen benötigen, bis sich die preußisch-deutsche Lösung auch im Notenbankwesen durchsetze. Sowohl die Einzelstaaten als auch die Privatnotenbanken opponierten gegen die Einrichtung einer zentralen Notenbank. Während die Zettelbanken um ihr Emissionsgeschäft fürchteten, sahen die Staaten mit dem Staatspapiergeld eine günstige Möglichkeit der Haushaltsfinanzierung dahinschwinden. Auch im Reichstag wurden die verschiedenen Interessen artikuliert. Ein Teil des Zentrums war aus politischen Gründen gegen eine Reichsbank, weil man darin einen weiteren Schritt zur Zentralisierung im preußischen Sinne erblikkte. Die Konservativen waren im Prinzip für die Reichsbank, aber ihre Agrarier fürchteten sowohl die Verschlechterungen ihrer Terms-of-Trade durch den Goldstandard als auch eine Verteuerung des Agrarkredits. In der Fortschrittspartei fand eine weitere Privilegierung der Preußischen Bank als Reichsbank keine Zustimmung, weil man sich den süd- und mitteldeutschen Notenbanken verpflichtet fühlte. Unter den Nationalliberalen, auf deren Initiative und Unterstützung die Bankreform angewiesen war und die die Bankreform letztlich durchsetzen, waren die Fronten uneinheitlich. Vielen erschien eine Kontingentierung des ungedeckten Notenumlaufes wichtiger als die schnelle Gründung einer Reichsbank.

Interessanterweise waren viele Liberale, nachdem die Bankfreiheit immer mehr Anhänger verloren hatte, in eine Gegenposition umgeschwenkt. Gerade vor dem Hintergrund der Aufblähung des Notenumlaufes und der Gründerkrise sowie unter dem Eindruck der Überfüllung aller Kassen mit Papiergeld drang man auf eine Beschränkung der Notenausgabe. Manche gingen sogar so weit, die Abschaffung der nicht durch Metall gedeckten Banknote überhaupt zu fordern.[30]

Die Reichsregierung legte einen Bankgesetzentwurf vor, der vom Bundesrat mit geringen Veränderungen an den Reichstag verwiesen wurde. In der Reichstagsdebatte traten vor allen Eduard Lasker, der Mitbegründer der Nationalliberalen Partei, und Ludwig Bamberger, der bereits bei der Einführung der Goldwährung eine maßgebliche Rolle gespielt hatte, als Befürworter eines Reichsbankgedankens auf. Im Mittelpunkt stand dabei das Problem der Kontingentierung des Notenumlaufes. Bamberger machte deutlich, daß eine Reichsbank, die auch den Notenumlauf der Privatbanken kontrollieren und im Bedarfsfalle einschränken konnte, viel wirksamer sein werde als eine allgemeine Kontingentierung.[31] Bamberger nahm damit einen Gedanken Adolph Wagners auf, den dieser in seiner „Zettelbankreform im Deutschen Reiche" als Kritik am Regierungsentwurf geäußert hatte.[32] Lasker da-

---

29 *R. Tilly,* Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Handel, Geld-, Kredit- und Versicherungswesen 1850 - 1614, in: H. Aubin / W. Zorn (Hgg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, II, Stuttgart 1976, S. 593 f.

30 *Lotz,* Geschichte, S. 143.

31 Stenographische Berichte des Deutschen Reichstags 1874 / 75, Berlin 1875, S. 175 - 77.

32 *A. Wagner,* Die Zettelbankreform im Deutschen Reiche. Kritik des Bankgesetzentwurfs des Reichskanzleramts, nebst formuliertem Gegenvorschlag, besonders betreffend die Erhe-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gegen befürwortete eine Kontingentierung in Form einer festgeschriebenen Notenemission oder indirekt in Form einer auferlegten Notensteuer. Das Problem erschien ihm aber als untergeordnet, wesentlich war für ihn der Aufbau einer Reichsbank als zentraler Staatsbank.[33] Vehement gegen die Idee einer Reichsbank opponierte der Führer der Fortschrittspartei und Gegner Bismarcks Eugen Richter. Wenn man seine Argumente hört, fühlt man sich in die heutige Privatisierungsdebatte versetzt: „Man unterschätzt gegenwärtig dasjenige, was der Unternehmer in der Volkswirtschaft durch seine Intelligenz, dadurch daß er ein Risiko trägt, leistet; man überschätzt andererseits, was der Staat leisten kann. Man ist deshalb jetzt wieder mehr geneigt, die Bevormundung des Staates einzuführen, Staatsanstalten herzustellen, anstelle der Privatindustrie. Diese Strömung macht sich bemerkbar nicht bloß auf dem Gebiet des Aktienwesens, sondern auch auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens; dort führt sie zum großen Eisenbahnnetz, hier tritt sie auf dem Gebiet des Bankwesens hervor und empfiehlt große Centralbanken."[34]

Das Ergebnis dieser ersten Gesetzeslesung vom 16. bis 18. November 1874 war die Einsetzung einer Bankkommission, die das Gesetz in Absprache mit dem Bundesrat überarbeitete. In einer zweiten Lesung im Januar 1875 wurden der Kommissionsbericht debattiert und in einer dritten Lesung am 30. Januar 1875 nur kleine Änderungen vorgenommen. Das Bankgesetz war ein Kompromiß, der darin bestand, daß das im Umlauf befindliche Staatspapiergeld durch einheitliche Reichskassenscheine ersetzt und die bestehenden Emissionsrechte der Zettelbanken weiter beachtet werden sollten. Die Reichsbank, die die Rechtsnachfolge der Preußischen Bank antrat (Preußen trat die Preußische Bank an das Reich ab), erreichte ihr Notenemissionsmonopol nur mittelbar, indem sie ähnlich wie die Bank of England die aufgegebenen oder erloschenen Notenkontingente der Zettelbanken übernahm. Dennoch wurde die Reichsbank in mehrfacher Hinsicht gegenüber den übrigen Notenbanken privilegiert. Sie durfte überall im Reichsgebiet Filialen errichten und erhielt zwei Drittel des ungedeckten Vertrauenskontingents (250 Mill. Mark) zugewiesen. Für dieses konnte sie, ohne daß die übliche Notensteuer fällig wurde, zusätzlich zu der gedeckten Emission Banknoten ausgeben. Die übrigen 32 Notenbanken mußten sich das restliche Drittel des Vertrauenskontingents teilen.[35] Mit der Zeit gaben die meisten Notenbanken auf, so daß 1914 neben der Reichsbank nur noch die Sächsische Bank, die Badische Bank, die Württembergische Bank und die Bayerische Bank Banknoten emittierten.

---

bung der Preussischen Bank zur Reichsbank, Berlin 1875; ebenso *L. Bamberger,* Die Zettelbank vor dem Reichstag, Leipzig 1874.

33 Stenographische Berichte, S. 177 - 83.

34 Ebenda, S. 188, allgemein siehe *Lotz,* Geschichte, S. 182 - 96, und *K. Helfferich,* Geschichte der deutschen Geldreform, Leipzig 1898, S. 276 - 303.

35 *K. E. Born,* Die Entwicklung der Banknote vom „Zettel" zum gesetzlichen Zahlungsmittel, in: Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz: Abhandlungen der Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Klasse 1972, I, S. 19 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Was die Deckungsvorschriften betrifft, folgte die Reichsbank dem Banking-Prinzip und legte eine Dritteldeckung in Gold und kursfähigen Münzen fest. Die restlichen beiden Drittel mußten mit diskontierten, in zwei bis drei Monaten fälligen Wechseln gedeckt sein. Hinzu kam das erwähnte Vertrauenskontingent von 250 Mill. Mark. Falls die Emission dieses überschritt, war dafür eine Notensteuer von 5% fällig. Durch die so drohenden Verluste sollte die Bank abgeschreckt werden, den Notenumlauf zu weit auszudehnen. Jedoch stellte diese indirekte Kontingentierung keine unüberwindliche Barriere dar, um die Notenemission der Zahlungsmittelnachfrage anzupassen; und davon machte die Reichsbank trotz der Kosten um die Jahrhundertwende immer häufiger Gebrauch.[36]

Insgesamt war die Banknotenzirkulation weitgehend auf den Geschäftsverkehr zugeschnitten. Um die Akzeptanz der neuen 20-Mark-Gold-Münzen in der Bevölkerung nicht zu gefährden, wurden bis zum Jahre 1906 nur Banknoten von einem Wert von 100 Mark aufwärts ausgegeben, die relativ schnell ihren Weg zurück zur Bank fanden. Sie erfüllten damit im Handel eine ähnliche Funktion wie Wechsel oder Bankakzepte, die aber „im Einzelfall durch weit mehr Hände gingen als etwa eine Banknote über 1.000 Mark". [37]

Das Papiergeldvolumen (Banknoten und Staatspapiergelder) des Deutschen Reiches wuchs zwar von 1.027 Mill. Mark (1875) auf 1.640 Mill. Mark (1910), aber im gleichen Maße vergrößerte sich auch die Metallgeldmenge (von 1.913 Mill. Mark auf 3.118 Mill. Mark), so daß das Verhältnis von 2 : 1 durchweg erhalten blieb.[38]

Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts unternahm die Reichsbank größere Anstrengungen zur Förderung der Akzeptanz der Banknoten in der Bevölkerung. Zu den getroffenen Maßnahmen gehörten die Einführung von Reichsbanknoten zu 20 und 50 Mark im Jahre 1906, die Propagierung der Lohnzahlung in kleinen Scheinen sowie die Erhebung der Reichsbanknote zum gesetzlichen Zahlungsmittel im Jahre 1909.[39]

Insgesamt zeigt das Bankgesetz von 1875 wie auch zahlreiche andere wirtschaftspolitische Gesetze dieser Zeit ein hohes Maß an Pragmatismus des Gesetzgebers. So stellte die indirekte Kontingentierung der Notenemission kein unüberwindliches Hindernis für eine expansive Geldpolitik dar wie in England, während gleichzeitig eine Ausdehnung des Notenumlaufes aus fiskalischen Motiven durch die Notensteuer verhindert wurde. Aufgrund dieser institutionellen Rahmenbedingungen fiel es der Reichsbank leichter, die Lender-of-Last-Resort-Funktion, die

---

36 *Borchardt,* Währung, S. 41, 46.

37 Ebenda, S. 26.

38 *B. Sprenger,* Geldmengenänderungen in Deutschland im Zeitalter der Industrialisierung (1835 - 1913), Köln 1982, S. 122 f. (Tab. 1).

39 *G. Hardach,* Der lange Abschied vom Gold: Geldtheorie und Geldpolitik in Deutschland 1905 - 1933, in: B. Schefold (Hg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie, VIII, Berlin 1989, S. 144.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Funktion einer Bank der Banken, zu übernehmen, als beispielsweise der Bank of England, deren Notenausgabe strikt kontingentiert war.[40]

Wenn wir zum Abschluß fragen, in welchem Maße die Umsetzung monetärer Konzeptionen im preußisch / deutschen Notenbankwesen durch die wissenschaftliche Rezeption der englischen Kontroversen beeinflußt wurde, dann ist die Antwort eindeutig. Sowohl die Reformen von 1844 / 46 als auch die Novellierung der Preußischen Bankordnung von 1856 vollzogen sich, bevor der eigentliche Diskurs in Gang kam. Allein bei der Geldreform des Reiches ist eine Wirkung der wissenschaftlichen Debatte nicht zu verkennen. Insgesamt war die Umsetzung monetärer Konzeptionen im preußisch / deutschen Notenbankwesen zwischen 1844 / 46 und 1876 durch enge Verbindungen zur politischen Entwicklung Preußen / Deutschlands charakterisiert. Diese stand im Zeichen der kleindeutschen Einigung sowie der Spaltung des deutschen Liberalismus. Dabei schwenkte ein Teil der Liberalen, die Verständigungs-Liberalen (später Nationalliberale genannt), von der Opposition gegen Bismarck und Preußen auf einen Kooperationskurs um. Die erfolgreiche Bismarcksche nationalstaatliche Einigungspolitik hatte die Liberalen ebenso überrollt wie die von ihnen verfochtenen ökonomischen Ideen. Jetzt ging es nur noch um die Alternative „Rückzug in eine pläneschmiedende Ohnmacht, oder eben die Kooperation ..., die Teilnahme an der wirklichen Politik, die Juniorpartnerschaft, in der man regierungsfähig werde, die Politik der kleinen Schritte."[41]

Wie auch die Modernisierung des Geld- und Notenbankwesens durch die politischen Erfordernisse der Zeit, d. h. den deutschen Nationalstaat und seine ökonomische und soziale Ausgestaltung, überholt wurden, demonstriert das Beispiel Adolph Wagner. Hatte Wagner noch in seinem Erstlingswerk „Beiträge zur Lehre von den Banken" in Auseinandersetzung mit der Currency-School Bankfreiheit gefordert, so zeigt sein „System der Zettelbankpolitik" den schnellen Wandel seiner Auffassung in der Reichsgründungsphase.[42] Als Befürworter einer gemäßigten Bankfreiheit, d. h. einer beschränkten Gewerbefreiheit im Notenbankwesen, war er 1868 von der Regierung Badens gebeten worden, Normativbedingungen für die Errichtung von Zettelbanken aufzustellen. Während der Abfassung des Buches, das einen Überblick über das geltende Zettelbankrecht gibt, änderten sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und damit auch Wagners Empfehlungen zur Zettelbankpolitik maßgeblich. Auch Wagner konnte sich dem „Charme" Bismarcks und Preußen / Deutschlands nicht entziehen. So wurde aus einem Gutachten über die Etablierung von Zettelbanken in Baden ein Vorschlag zur Umwandlung der Preußischen Bank in eine Bank des Reiches. Noch einen Schritt weiter

---

40 Vgl. *D. Ziegler,* Lender of Last Resort, in: North (Hg.), Von Aktie bis Zoll, S. 220 f.

41 *T. Nipperdey,* Deutsche Geschichte 1866 - 1918, II: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, S. 37.

42 *A. Wagner,* System der Deutschen Zettelbankgesetzgebung unter der Vergleichung mit der ausländischen, 2 Bde., Freiburg 1870 - 73; 2. Auflage: System der Zettelbankpolitik, mit besonderer Rücksicht auf das geltende Recht und auf deutsche Verhältnisse, Freiburg 1873.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ging er in seiner „Zettelbankreform im Deutschen Reiche": „Ich befürworte warm die sofortige Erhebung der Preussischen Bank zur Reichsbank, unter gleichzeitiger gesetzlicher Regelung und Beschränkung, nicht aber Aufhebung der übrigen Zettelbanken."[43]

[43] *Wagner,* Zettelbankreform, S. IV. Zum Wandel der Wagnerschen Auffassungen im politischen Spannungsfeld seiner Zeit vgl. *K. Häuser,* Adolph Wagner – Leben und Werk, in: B. Schefold et al., Vademekum zu einem Klassiker der Finanzwirtschaft, Düsseldorf 1991, S. 39 - 56.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dogmengeschichtliche Betrachtungen zur deutschen Währungsunion von 1871 - 1876

Von *Karl Häuser,* Kronberg / Ts.

I. Avant propos: Terminologische Vorbemerkung und thematische Orientierung

Zunächst eine Vorbemerkung terminologischer Art: die nach 1870 vollzogene allmähliche Ablösung der in den damaligen deutschen Ländern geltenden Währungen und ihre Substitution durch eine neue, zuvor noch nicht existierende Währung wird im folgenden als deutsche Währungsunion bezeichnet, obwohl der Terminus Währungsunion in der Vergangenheit i.a. für Zusammenschlüsse verwendet worden ist, bei denen eine bereits vorhandene Währung der Union zugrunde gelegt worden ist (z. B. die Lateinische Münzunion, die Skandinavische Münzunion, die Deutsche Währungsunion von 1990)[1]. Nachdem sich aber neuerdings der Begriff Europäische Währungsunion für die Ersetzung bestehender Währungen durch eine neue Währung eingebürgert hat, scheint sich dieser Sprachgebrauch durchzusetzen. Als Währungsunion wird danach auch der Zusammenschluß mehrerer Währungen zu einem Währungsgebiet mit Hilfe einer neuen Währung gekennzeichnet. Der Begriff wird in dieser Interpretation hier verwendet werden.

Neben dem historischen Interesse sind es vor allem zwei Motive, die es reizvoll erscheinen lassen, sich mit dem Thema zu befassen. Das erste entspringt einer akuten Neugier: Wie ist damals, nach 1870, eine Währungsunion zustande gebracht worden, die sich in mancherlei Hinsicht mit der erst noch zu vollziehenden Europäischen Währungsunion (EWU) vergleichen läßt?[2] Das zweite Motiv für die Befassung mit der deutschen Währungsunion des vorigen Jahrhunderts ist durch das Rahmenthema für die Tagung unseres Ausschusses geweckt worden, das sich in die Frage kleiden läßt: Bei welchen Ereignissen hat die deutsche Nationalökono-

---

[1] Eine ausführliche Darstellung früherer Währungsunionen wurde verfaßt von Theresia Theuerl: Eine gemeinsame Währung für Europa, Innsbruck 1992.

[2] Analogien zwischen der deutschen Währungsunion von 1871 ff. und der bevorstehenden EWU wurden vom Verfasser in einem Vortrag behandelt, der unter dem Titel „Deutsche Währungsunion nach 1871 – Modell einer Europäischen Währungsunion?" in den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten „Auszüge aus Presseartikeln" Nr. 10, vom 20. 2. 1997 S. 4 ff. erschienen ist.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mie auf wirtschaftspolitische Entscheidungen eingewirkt? Dem dogmenhistorischen Auftrag gemäß wird im folgenden nur die zweite Frage behandelt.

II. Zum Stand der damaligen Theorie und zum Problembewußtsein

Welchen Einfluß hat nationalökonomische Theorie auf die erste deutsche Währungsunion ausgeübt? Hat es überhaupt Einflüsse dieser Art gegeben? Der Versuch einer Antwort provoziert die nächste Frage: Für welche Probleme konnte Theorie überhaupt gefragt sein? Offenbar nur für solche, deren man sich bewußt war und deren sich die Theorie annehmen konnte.[3] Beispielsweise darf für die hier zu betrachtende Zeit noch nicht das Bewußtsein von der Notwendigkeit einer Geldmengensteuerung erwartet werden und gleiches gilt für die Zinspolitik, wobei offen bleiben mag, ob derartige Notwendigkeiten damals überhaupt schon bestanden. Man wird deshalb darüber weder eine Theorie noch eine Diskussion erwarten können.

Was also leistete Geld- und Währungstheorie damals, was konnte sie bieten? Auf welchem Stand befand sie sich? Soweit es sich um die Geldtheorie handelt, wird man zweckmäßigerweise zwischen einer Geldwert- und eine Geldwesenstheorie zu unterscheiden haben, obwohl sich eine klare Trennungslinie zwischen beiden nicht festlegen läßt.

Die Geldwerttheorie war noch weitgehend identisch mit der Quantitätstheorie. Da Geld, nach damaligen Vorstellungen, i.a. noch einen eigenen materiellen Wert haben mußte, konnte es nur Ware und Geld zugleich sein. Als der am besten geeignete Wertträger hatte sich nach den in zweieinhalb Jahrtausenden gemachten Erfahrungen ein Edelmetall, Gold und Silber, erwiesen. Geld konnte daher, nach allgemeiner Auffassung, soweit es sich nicht um Klein- oder Scheidemünzen handelte, nur aus Gold- oder Silbermünzen bestehen. Das galt im Grunde selbst für Banknoten, sofern sie als definitives Geld betrachtet worden sind und einlösbar, d. h. jederzeit in Gold- oder Silbermünzen umtauschbar waren.[4] Da sich der Geldwert nach seinem Warenwert bemaß, mußte der Preis des Silbers oder des Goldes zugleich den Wert des Geldes bestimmen. Nach dem damaligen Stand der Theorie, wie er durch die klassische und nachklassische Schule, etwa durch Ricardo, Mill oder Say, aber auch in Deutschland beispielsweise durch Rau, Wagner u. a. vertreten worden ist, bemaß sich auch Anfang der Siebzigerjahre der Wert des Geldes

[3] Es bleibt dahingestellt, ob das Problembewußtsein aus einem theoretischen Raisonnement stammt, das nur in der Gedankenwelt des Theoretikers existiert oder ob es sich um in der Praxis entstandene und von ihr erkannte Probleme handelt.

[4] Nach der Banking-Theorie waren Noten damals noch kein Geld, sondern Kreditinstrumente, vergleichbar einem Wechsel. Noten brauchten daher, nach dieser Lehre, nicht durch Metallgeld gedeckt zu sein.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

noch nach seinem objektiven Warenwert, d. h. letztlich nach seinen Produktionskosten; die Grenznutzenschule war erst im Entstehen begriffen. Folglich hing der Geldwert letztlich von der produzierten oder verfügbaren Menge des Geldgutes, d. h. des Goldes oder des Silbers, ab. Für deren Knappheit und relativ konstante Menge sorgten i.d.R. natürliche, d. h. geologische Bedingungen.

Darüber hinaus war Geld nach der klassischen Lehre und zunächst auch noch danach, anfangs auch noch bei den Grenznutzentheoretikern[5], etwa bei Walras, nur ein „numéraire", ein Maß, das sonst keine andere Bedeutung besaß und keine andere Wirkung ausüben konnte, als die des Preisindikators und allgemeinen Tauschmittels. Geld war nur ein Schleier, der die im Grunde realen Tauschbeziehungen verhüllte. Für diese Theorie bot sich daher kaum ein Anlaß, die Änderung einer Währung zu problematisieren. Tatsächlich sind die wenigen Niederschriften deutscher Nationalökonomen zu diesem Ereignis, der damaligen Währungsunion, vorwiegend als nachträgliche Kommentare und als deskriptive Darstellungen des Geschehens verfaßt worden und kaum je als Versuch, auf die Gestaltung der Währungsunion einzuwirken. Selbst bei den wenigen Ausnahmen, also bei jenen, die in die Debatte eingegriffen haben (Soetbeer, Wagner, Wirth), handelt es sich nicht um allgemeine geldtheoretische Überlegungen, sondern um Abhandlungen über partielle Probleme.

Das kann nicht verwundern, weil zum damaligen Zeitpunkt, 1870, eine analytische Geldlehre deutscher Autoren noch nicht existierte. Was sich über Geld in damaligen Lehrbüchern nachschlagen läßt, ist nicht nur an Umfang bescheiden, sondern wird zutreffenderweise häufiger unter Überschriften wie „Münzen", „Papiergeld" oder dgl. abgehandelt und bestätigt die klassische Lehre, wenn nicht expressis verbis, so doch indirekt dadurch, daß sich die Geldfunktionen in der Rolle des

---

[5] Das Grenznutzenprinzip ist von seinen Entdeckern (Gossen, Jevons, Menger, Walras) zunächst auf die elementaren ökonomischen Probleme, nämlich auf die Lehre von den Preisen, der Produktion und der Einkommensverwendung – die Begründung der Nachfrage – angewandt worden, ehe es allmählich auch für die Geldtheorie nutzbar gemacht wurde. In *Jevons'* „Theory of Political Economy" (1871), die ausführliche Passagen über den Zins und ein eigenes Kapitel über „Theory of Capital" enthält (Kapitel VII), erfährt das Geld noch keine eigene Behandlung und in dem 1875 erschienen Büchlein „Money and the Mechanism of Exchange", das mehr in aufklärerischer als analytischer Absicht verfaßt worden ist, konnte vollends keine neue Geldtheorie erwartet werden. Auch die 1884 posthum erschienenen „Investigations in Currency and Finance" befassen sich mehr mit den Problemen von Gold-, Silber- und Doppelwährung als mit Geldtheorie i.e.S.. Auch *Menger* behandelt in „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre" (1871), im 8. Kapitel, „Die Lehre vom Gelde" noch auf eine traditionelle Weise und sein Artikel „Geld" in den ersten drei Auflagen des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften ist hauptsächlich enzyklopädischer Art. Selbst *Walras,* dessen „Leistung bei weitem die größte war", wenn wir Schumpeters „Geschichte der ökonomischen Analyse" folgen (a. a. O. S. 1313), hat seine „Théorie de la monnaie" erst 1884 publiziert. Sein Verdienst auf dem Gebiet der Geldtheorie liegt bekanntlich darin, das Geld in ein allgemeines Gleichgewichtsmodell integriert zu haben. Damit war Geld jedoch noch nicht zu einem „agens", einem eingendynamischen Element geworden, sondern eine Ware gleich anderen Waren geblieben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bloßen Tauschhelfers und des Wert- und Preisausdruckmittels erschöpfen. Eine theoretisch fundierte Stellungnahme eines deutschen Ökonomen zum Problem der damaligen Währungsunion war daher kaum zu erhoffen. Aber auch die unerwartete politische Entwicklung, die nach 1870 durch die deutsche Einigung eingetreten ist, mußte die Menschen überrascht und selbst jene Ökonomen unvorbereitet gefunden haben, die als wirtschaftspolitische Experten gelten konnten. Dennoch verblüfft die zu beobachtende Abstinenz selbst jener Fachleute, die den Ereignissen schon wegen ihres wissenschaftlichen Engagements auf der Spur bleiben mußten, so beispielsweise bei Knies oder Schäffle.[6]

Nicht wesentlich anders verhielt es sich bei der Geldwesenslehre. Sie kann als ein legitimes Kind der Historischen Schule bezeichnet werden, die von der Einheit der Sozialwissenschaften ausging und auf deren geisteswissenschaftlichen Zugehörigkeit bestand. Geld war für sie mehr als nur eine standardisierte Ware, mehr als ein numéraire. Es besaß darüber hinaus einen Symbolcharakter, war nomos und insofern ein Element gesellschaftlicher Ordnung, indem es für Wert und Werterhaltung stand. Geld durfte daher nicht in das Belieben von Einzelnen gestellt werden – kein free banking –, sondern mußte staatlich verbürgt und auf Gesetz gegründet sein. Diese Sicht der Historischen Schule, die später in Knapps Theorie ihren exponiertesten Ausdruck finden sollte, vermochte zu den damals anstehenden Entscheidungen über eine einheitliche deutsche Währung nicht mehr beizutragen als die Zustimmung zu einer Reichswährung anstelle der partikulären Währungen der Einzelstaaten. Tatsächlich wurde bei dem dieser Arbeit vorausgegangenen Literaturstudium keine Schrift entdeckt, die auf die Beibehaltung des status quo oder wenigstens auf ein Nebeneinander von Reichswährung und Landeswährungen bestanden hätte.

Die deutsche Nationalökonomie jener Jahre, um 1870, befand sich auf dem Gebiet der Geldtheorie, zumindest der Geldfunktionslehre, noch in einem Zustand, der eine Entwicklung über die klassische Theorie hinaus noch nicht erkennen läßt. Das wohl am meisten verbreitete Lehrbuch jener Zeit, der erste der vier Bände von W. Roschers „System der Volkswirthschaft", die 1854 erstmals und bis 1922 in 26 Auflagen erschienenen „Grundlagen der Nationalökonomie", darf als repräsentativ für den damaligen Stand des Wissens gelten; ein Buch von beeindruckender Gelehrsamkeit. In einem dem „Geld im Allgemeinen" gewidmeten Kapitel werden „Tauschwerkzeug und Werthmaß", „Verschiedene Geldarten" und „Gebrauchs- und Tauschwerth des Geldes" behandelt, wobei auch schon Geldbedarf und Umlaufgeschwindigkeit bedeutsam werden. Aber der Ansatz zu einer analytischen Geldtheorie läßt sich bestenfalls erahnen. Wie hätte Roscher dazu auch angeregt

---

6 Schäffle befand sich am Ende seiner österreichischen Verpflichtungen „In beruflich ungebundener Stellung seit November 1871" – so die Überschrift zu Kapitel V seiner Autobiographie „Aus meinem Leben" – und hätte sich, da „ungebunden", mit den damaligen Währungsproblemen befassen können. Über Knies und seine Zurückhaltung siehe *Karl Häuser:* Knies als Geldtheoretiker, in: Carl Knies ‚Das Geld', Vademecum zu einem deutschen Klassiker der Geldtheorie, Düsseldorf 1996.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

werden können in einem Lande, dessen Geldwesen und Finanzmärkte noch unterentwickelt, zersplittert und weit hinter der englischen und französischen monetären Welt zurückgeblieben war.

So konnte die Geldtheorie in Deutschland kaum weiter gediehen sein, als es dem Zustand des Geldwesens in diesem Lande entsprach.[7] In der für seine Zeit als repräsentativ geltenden achtbändigen 4. Auflage des „Handwörterbuch der Staatswissenschaften" enthält der Übersichtsartikel „Geld" – in Band 4 (1927) – in seinen beiden Teilen, über „Theorie des Geldes", verfaßt von Fr. Wieser und über „Geschichtliche Entwicklung der Geldtheorie", verfaßt von W. Mildschuh, keinerlei Hinweise auf einen deutschen Geldtheoretiker jener Zeit, mit Ausnahme von Ad. Wagner. Das bedeutende zweibändige, freilich im Gewande von drei Büchern herausgegebene Werk von Knies, „Geld und Credit", war erst im Entstehen begriffen und kam, obwohl der erste Band, „Das Geld", schon 1873 erschienen war, zu spät für die hier in Rede stehende Periode. Überdies hat sich Knies gegenüber den Zeitereignissen in Deutschland in auffallender Weise zurückgehalten. Aber auch nachdem „Das Geld" publiziert war, ist es allenfalls als ein akademisches Werk, jedoch kaum von den damaligen Geld- und Währungspolitikern wahrgenommen worden. Eine Bezugnahme oder auch nur eine Erwähnung des Namens von Knies in den damals geführten geld- und währungspolitischen Debatten konnte bei meinen Literaturstudien nicht entdeckt werden.

Das Zurückbleiben der Geldtheorie ist übrigens kein deutsches Spezifikum gewesen, denn auch die Spätklassik in England war bis zum Beginn der Siebzigerjahre noch nicht wesentlich weiter vorgedrungen, obwohl gerade England als Pionier der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen und insbesondere der Entwicklung des Geldwesens der übrigen Welt bekanntlich um wenigstens ein halbes Jahrhundert vorausgeeilt war und auch auf dem Gebiet der Wissenschaft von der Wirtschaft dominierte.[8] Der damalige Stand der Geldtheorie, wie sie bis 1870 entwickelt worden war, kann etwa mit Mills Position in seinen „Principles" markiert werden, in denen er Zahlungsmittel als normale Güter charakterisierte.[9] „What constitutes the means

---

[7] Wohl die meisten Schriften auf diesem Gebiet hatten sich bis in die Sechzigerjahre hinein mit der Zersplitterung des deutschen Geldwesens befaßt und darüber Klage geführt oder Vorschläge für eine Verbesserung der bestehenden Zustände unterbreitet. Als symptomatisch dafür kann schon die frühe Schrift von *Karl Murhard:* Theorie des Geldes und der Münze, 1821, gelten.

[8] Das am häufigsten genannte englische Buch auf diesem Gebiet und aus jener Zeit, *Bagehots* „Lombard-Street", 1873 erschienen, ist bei weitem mehr Deskription als Theorie und befaßt sich vorwiegend mit dem Geldmarkt und mit der Rolle der Bank of England, nicht mit Geldtheorie i.e.S.

[9] Die Ausgabe letzter Hand der „Principles of Political Economy" ist 1871 erschienen und deckt sich mit dem für unsere Betrachtung relevanten Zeitpunkt. – Über den damals erreichten Stand der Geldtheorie urteilt ähnlich *J. A. Schumpeter* a. a. O. S. 1311 f. Auch andere dogmengeschichtliche Werke über Geld- und Kredittheorien stehen dazu nicht im offenen Widerspruch, z. B. *S. P. Altmann:* Zur deutschen Geldlehre des 19. Jahrhunderts, in: Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im neunzehnten Jahrhundert, 1. Teil, Leipzig

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

of payment for commodities is simply commodities. Each persons' means of paying for the productions of other people consist of those which he himself posesses. All sellers are inevitably, and by the meaning of the word, buyers." (Principles of Political Economy, Book III, Chap. XIV, § 2). Tatsächlich ist die Einsicht in das, was Geld ist und was Geld tut – „money is that money does" (Walker) –, d. h. die Erkenntnis der Nicht-Neutralität des Geldes, erst nach den Siebzigerjahren und auch dann erst allmählich gewonnen worden. Aus heutiger Sicht kann es jedenfalls befremden, wenn in Verbindung mit der deutschen Währungsunion von 1871 die Frage, was Geld ist, welche Funktionen es ausübt und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, nicht einmal aufgeworfen worden ist.

Wesentlich anders als bei der Geldtheorie standen die Dinge auf dem Gebiet der Währungstheorie und Währungspolitik. Diese wenig präzisen Begriffe eröffnen ein weites Feld, auf dem jedoch zwei genauer begrenzbare Terrains ausgemacht werden können, die für unser Thema bedeutsam sind: Die sog. Währungsfrage und die Zentralbankverfassung. Auf diesen beiden Gebieten waren in England bereits langjährige Erfahrungen gemacht worden, die in wissenschaftlichen Gutachten (Bullion-Report), im akademischen Schrifttum (Banking-Currency-Kontroverse), aber auch in Debatten um die Verfassung und Reformen der Bank of England ihren Ausdruck gefunden haben. In Deutschland war dieses Schrifttum nicht unbekannt geblieben, obwohl es im Hinblick auf die Problemlage im Lande zunächst wenig relevant schien. Als sich diese Situation zu ändern begann, konnte darauf zurückgegriffen werden. Jedoch blieben wissenschaftliche Vorarbeiten für eine deutsche Währungsvereinheitlichung noch immer singuläre Erscheinungen, aber es gab sie immerhin. Zwar läßt sich deren nachfolgende politische Umsetzung schwerlich irgendwo festmachen, weil kaum je explizit darauf Bezug genommen worden ist, aber nachdem sie einmal in der Welt waren, dürften sie auch in die Köpfe gelangt sein. Theorie und wissenschaftliche Erkenntnis können bekanntlich auf anonyme Weise wirksam werden, indem sie in das Bewußtsein aufgenommen werden und die Vorstellung von Dingen, Abhängigkeiten und Wechselbeziehungen verändern. Schumpeters Diktum (hier aus dem Gedächtnis zitiert) mag hier weiterhelfen, wonach auch die Praktiker, obwohl sie es meist bestreiten, aufgrund von Theorien handeln, wiewohl es häufig die Theorien von vor dreißig Jahren sind.[10]

1908, ferner *Charles Rist:* Geschichte der Geld- und Kredittheorien von John Law bis heute, Bern 1947, sowie *Valentin Wagner:* Geschichte der Kredittheorien, Wien 1937. Auch H. Winkel wird man so verstehen dürfen, obwohl sein Urteil i.a. freundlicher klingt, so z. B. wenn er schon J. H. Büsch (1728 - 1800) als bedeutsam herausstreicht, dessen Geldlehre sich jedoch, wie Altmann bemerkt, „bewußt vom Theoretisieren fern hielt"; vgl. *Harald Winkel:* Die Entwicklung der Geldtheorie in der deutschen Nationalökonomie des 19. Jahrhunderts und die Gründung der Reichsbank, in: H. Coing und W. Wilhelm: Wissenschaft und Kodifikation im 19.Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1980.

10 Den außergewöhnlichen Literaturkenntnissen des Herausgebers, E. Streißler, verdanke ich den Hinweis, daß sich auch Keynes in diesem Sinne geäußert hat: „Practical men, who believe themselves to be quite exempt from any intellectual influences, are usually the slaves of some defunct economist ... there are not many who are influenced by new theories after

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tatsächlich hatte die Debatte um eine Vereinheitlichung des deutschen Münzwesens schon Jahrzehnte vor der Währungsunion im späteren Deutschen Reich eingesetzt.[11] Die Münzkonventionen von München (1837 für die süddeutschen Länder), von Dresden (1838 die Erweiterung auf Norddeutschland) und von Wien (1858 für die deutschen Länder einschließlich Österreichs) setzten deutliche Markierungen für eine Vereinheitlichung, wenngleich sie kaum mehr bewirkt haben als die Festlegung des Silbergehalts der beiden Hauptmünzen, des Talers und des Guldens (14 Taler = $24^1/_2$ Gulden = 233,856 Gramm Silber) und damit zugleich eine feste Wechselkursrelation zwischen ihnen. Auch die akademische Zunft hatte sich für ein einheitliches Münzsystem eingesetzt, aber es hatte dabei kaum Bedeutendes, Herausragendes gegeben, wobei allerdings zwei wichtige Ausnahmen zu machen sind. Die Namen jener beiden Ökonomen, die im Zusammenhang mit der späteren sog. Währungsfrage immer wieder genannt werden, sind jene von Georg Adolf Soetbeer und von Adolph Wagner. Da die Währungsfrage und die Zentralbankverfassung im folgenden eingehender zu behandeln sind, wird auf die Beiträge dieser beiden Autoren noch zurückzukommen sein

III. Zur konstitutionellen und währungspolitischen Ausgangslage

Um die damaligen Debatten zeitgemäß verstehen zu können, erscheint es zweckmäßig, sich die bis 1871 bestehende Situation vor Augen zu führen. Der erste Blick gilt der politischen, verfassungsrechtlichen Lage.

Mehr als zwei Dutzend bis dahin souveräner deutscher Staaten hatten sich unter der Bismarckschen Verfassung bereit gefunden, jenes Minimum an Souveränitätsrechten auf ein übergeordnetes Gemeinwesen zu übertragen, um dieses neue Staatsgebilde, das Deutsche Reich, gründen zu können. Etliche der Bundesstaaten, die norddeutschen, hatten schon vier Jahre zuvor den Norddeutschen Bund gegründet, dessen Verfassung, von Bismarck entworfen, zugleich als Blaupause für die Reichsverfassung gedient und bereits die Zuständigkeit der Zentralregierung über das Geldwesen vorgesehen hat. Die 1871 beschlossene Reichsverfassung entsprach weitgehend der Verfassung des vier Jahre zuvor gegründeten Norddeutschen Bundes. Dennoch hatte es der norddeutsche Vorläufer des Reiches noch nicht zu einer gemeinsamen Währung oder auch nur zu einer wesentlichen Vereinheitlichungen auf diesem Gebiet gebracht, sondern nur eine weitere Ausdehnung des Notenum-

---

they are twenty-five or thirty years of age" (J. M. Keynes: The General Theory of Employment Interest and Money, The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. VII, Cambridge 1973, p. 383/4.).

[11] Vgl. dazu *Karl Helfferich* (Hrsg.): Ausgewählte Reden und Aufsätze über Geld- und Bankwesen von Ludwig Bamberger, Lieferung 1, Berlin 1900, Abschnitt III. Die Reformbewegung in Deutschland, S. 25 - 32, sowie derselbe: Geschichte der deutschen Geldreform, Berlin 1900, S. 4 - 107.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

laufs zu verhindern vermocht.[12] Die währungspolitische Situation – das Vielerlei der Münzen und der Systeme – war also auch in den norddeutschen Bundesstaaten noch keineswegs bereinigt und noch kaum in Angriff genommen gewesen, als die Verantwortung dafür 1871 auf das Reich überging. Es galten, je nach Zählweise, in den 25 Bundesstaaten 6 oder 7 oder gar 8 verschiedene Münzsysteme.[13] Ähnlich wie in unseren Tagen in der EG waren damals zwar die Zollgrenzen gefallen, aber die Währungsunterschiede geblieben, wenngleich de facto bereits ein System fester Wechselkurse geherrscht hat, das zwischen den Währungen gleichen Metalls, vornehmlich den Silberwährungsländern[14] bestand, während die Beziehungen zwischen den Silber- und den Goldwährungsländern einem System moderat flexibler Kurse glichen.

Da die Verfassung dem Reich die Zuständigkeit für das Geldwesen zugestanden hatte (Art. 4, Ziff. 5 RV), machte es frühzeitig davon Gebrauch. Das erwies sich für die wirtschaftliche Integration des Reichsgebietes als notwendig und bildete zugleich den krönenden Abschluß eines föderativen Staatsgebildes, des damaligen Deutschen Reiches. In dieser Abfolge, d. h. mit der politischen Einigung vor einer Währungsvereinigung, entsprach der politische Prozeß der sog. Krönungstheorie, wonach die monetäre Integration erst nach der politischen Einigung erfolgen und deren krönenden Abschluß bilden soll.

IV. Hauptprobleme der Reform

Als Hauptprobleme, die damals anstanden und einer Lösung zuzuführen waren, wurden die folgenden erachtet:

---

12 Durch ein Gesetz über die Ausgabe von Banknoten vom 27. 3. 1870 wurde die Konzessionierung neuer Notenbanken der Regierung des Norddeutschen Bundes überantwortet und die Erweiterung der bestehenden Notenkontingente untersagt.

13 K. Helfferich nennt „sechs verschiedene Münzsysteme: die Talerwährung im größten Teile von Nord- und Mitteldeutschland, die Guldenwährung in den süddeutschen und einigen mitteldeutschen Staaten, die Frankenwährung in den neu erworbenen Reichslanden, die Lübische Währung in den Freien Städten Hamburg und Lübeck, die auf Feinsilber gegründete Bankowährung für den Hamburgischen Großhandel, die Talergoldwährung in Bremen. Die Talerwährung selbst zerfiel in verschiedene Systeme, in das preußische, das den Taler in 30 Silbergroschen zu 12 Pfennigen einteilte, während der Groschen in Sachsen und einigen mitteldeutschen Staaten nur zu 10 Pfennigen gerechnet wurde, und während man in Mecklenburg nach Talern zu 48 Schillingen rechnete"; vgl. *K. Helfferich:* Das Geld, 3. Aufl., Leipzig 1916, S. 153. In der Differenzierung ergeben sich demnach 8 Münzsysteme. *O. Veit* verzeichnet dagegen 7 Münzsysteme, vgl. seine „Währungspolitik", 4. Aufl. Frankfurt a.M., 1969, S. 460, ohne dabei die im damaligen Reichsland Elsaß-Lothringen zunächst noch bestehende Frankenwährung mitzuzählen.

14 Insbesondere die Münzkonventionen von München (1837) und Dresden (1838) hatten verläßliche Grundlagen für den Währungstausch geschaffen, indem das Kursverhältnis zwischen Taler und Gulden (süddeutscher Gulden) wie 2 : 3 festgelegt worden war.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

- Das Währungsproblem, d. h. welche Währung sollte gelten, welches Geld sollte gesetzliches Zahlungsmittel sein?
- Das sog. Bankenproblem, d. h. wie war das Recht der Notenausgabe zu regeln, bedurfte es dazu einer Zentralbank und welches sollten ihre Aufgaben und Befugnisse sein?
- Die Übergangsregelung, d. h. der Übergang von den bestehenden Währungen auf die einheitliche neue Währung; damals häufig vereinfachend als „Münzfrage" bezeichnet.

1. Zum Währungsproblem

Die theoretische Debatte wurde ausschließlich über das zugrunde zu legende Währungsmetall – Gold bzw. Silber – und nicht etwa über das Problem gebundene oder freie Währung – Metallwährung oder Papierwährung – geführt. Zur Entscheidung stand jedoch nicht nur die Alternative zwischen Gold und Silber, sondern auch zwischen Monometallismus – Gold oder Silber – und Bimetallismus – Gold und Silber –,wobei im Falle des Bimetallismus zwischen einer Parallelwährung und einer Doppelwährung zu entscheiden war. Die Überzeugung, daß nur eine stoffwertgebundene Währung, eine Metallwährung, in Betracht zu ziehen sei, konnte als eine Selbstverständlichkeit vorausgesetzt werden.[15] Die Häresie von G. F. Knapp stand erst noch bevor und wurde, als seine „Staatliche Theorie des Geldes" 1905 erschienen ist, nicht selten als eine Ungeheuerlichkeit empfunden.[16]

Die uns heute als obsolet erscheinende Kontroverse über Gold- versus Silberwährung und über Monometallismus versus Bimetallismus war im vorigen und noch zu Anfang dieses Jahrhunderts ein ständig traktiertes Thema gewesen, nicht nur in Deutschland. Seine heutige, unzeitgemäße Betrachtung erinnert beiläufig an ein allgemeines, geisteswissenschaftliches Problem der Dogmengeschichte und der Wissenschaftsgeschichte. Denn im Gegensatz zur politischen Geschichte interessiert sich die Dogmengeschichte nahezu ausschließlich für jene Entwicklungen ihrer Disziplin, die zu ihrem heutigen Zustand geführt haben. Dogmengeschichte ist überwiegend eine Geschichte der Sieger und eine Geschichte der für diesen Siegeszug als relevant erachteten Theorien. Da der lange Streit über Monometallismus versus Bimetallismus und über Gold- versus Silberwährung nichts zu den heutigen

---

[15] Bis zu Knapps „Staatlicher Theorie" galt die Lehre von der Metallbindung des Geldes als unangefochten, vgl. nachfolgende Fußnote. Selbst unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg blieb sie zunächst noch dominierend. Auch J. M. Keynes und die meisten der damals lebenden Ökonomen hingen ihr zunächst noch an, u. a. auch sein Lehrer A. Marshall, der zeitlebens (bis 1923) ein Metallist geblieben war.

[16] Der mit Knapp befreundete Bendixen schrieb, wenige Jahre nach dem Erscheinen der „Staatlichen Theorie", sie sei manchen „als eine Versündigung an den ewigen Prinzipien unserer Goldwährung" erschienen. Aus *Friedrich Bendixen:* Geld und Kapital, 3. Aufl., Jena 1922, S. 3.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Theorien beigetragen hat, findet er in der Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen so gut wie keine Beachtung mehr und hätte demnach offenbar nicht stattzufinden brauchen.

Was war es, was die Gemüter an diesen Fragen des Monometallismus und des Bimetallismus so sehr erregen konnte? Warum hat sich damals alle Welt damit beschäftigt, sofern sie an ökonomischen Fragen interessiert gewesen ist? Es ging dabei nicht bloß um Oberflächlichkeiten oder um schiere Interessenstandpunkte, sondern um zwei fundamentale währungspolitische Entscheidungen: um währungspolitische Stabilität und um internationale Währungspolitik, nämlich um die internationale Anbindung der nationalen Währung. Soweit bloße Interessenpolitik im Spiel war, wurde meist in merkanitilistischer Manier und nahezu ausnahmslos zugunsten der Silberwährung argumentiert. Das bereits hinreichend vorhandene Währungsmetall – Silber – und die damals in einigen Ländern noch betriebenen Silberminen sprachen offensichtlich für das Silber und gegen das fehlende Währungsmetall, Gold. Da dieser Teil der Debatte mehr der Wirtschaftsgeschichte als der Geschichte der ökonomischen Theorie zuzurechnen ist, erscheint er hier nur als ein Nebenkriegsschauplatz und nur in beiläufiger Erwähnung.

Die eigentliche währungstheoretische und währungspolitische Kontroverse entspann sich über die bereits erwähnten fundamentalen Probleme; die Preisstabilität des Währungsmetalls und die internationale Zugehörigkeit zum Block der Silber- bzw. der Goldwährungsländer. Beide Fragen waren von beträchtlicher Bedeutung. Die Preisstabilität des Währungsmetalls konnte, wenn sie gefährdet war, inflationäre oder deflationäre Entwicklungen auslösen, denen man sich wie einem Naturereignis ausgesetzt sah. Derartige Entwicklungen hatten besonders die Doppelwährungsländer, vor allem Frankreich, um die Jahrhundertmitte bedroht, nachdem in den „zwei Jahrzehnten nach 1850" mehr Gold zu Tage gefördert worden ist „als in den zwei Jahrhunderten vor 1850"[17]. Das internationale Währungsproblem bestand hingegen darin, sich währungspolitisch zu binden und damit auch außenhandelspolitische Folgen in Kauf zu nehmen. Konkret bedeutete es etwa im Falle einer Silberwährung die Anlehnung an Frankreich, im Falle einer Goldwährung die Annäherung an England.

Preisstabilität war, wie man damals längst wußte, nicht schon mit der Bindung des Geldes an ein Edelmetall gewährleistet. Instabilitäten des Preisniveaus sind überdies nicht nur von veränderten Bedingungen der Edelmetallgewinnung ausgegangen. Oftmals mehr noch als die Schwankungen der jeweils geförderten oder gefundenen Mengen an Gold und Silber irritierten die davon ausgelösten spekulativen Schwankungen der Preisrelationen zwischen Gold und Silber, da sie die Maßstäbe für die Güter gegeneinander verschoben. Entsprechend dem Greshamschen Gesetz lösten merkliche Veränderungen der Preisrelationen fast immer Verknappungserscheinungen einerseits und Liquidisierungswellen andererseits aus. Das galt, wenn auch in vermindertem Umfange, nicht nur im Falle der Doppelwährung,

[17] *K. Helfferich,* Ausgewählte Reden, a. a. O. S. 16.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sondern auch bei einer Parallelwährung, weil spekulative Erwartungen die jeweils eintretenden Preisänderungen nicht nur vorwegzunehmen suchten, sondern sie auch übertreiben konnten.

Die Entscheidung für oder gegen eine Silberwährung war nolens volens zugleich eine Entscheidung gegen oder für eine Goldwährung, die entsprechende Erwartungen und Spekulationen über die Entwicklung des Gold- und des Silberpreises auslösen konnte. Im Grunde erinnert die Debatte jener Jahre sogar an die heutige Auseinandersetzung über Euro und DM. Welche Währung würde sich als die stabilere erweisen, eine Gold- oder eine Silberwährung – die DM oder der Euro? Damals, als die Entscheidung anstand, befand sich das Silber auf einem fallenden Kurstrend, und die Prognosen schienen eher für eine Fortsetzung dieses Trends als für seine Umkehr zu sprechen. Letztlich hing alles von Angebot und Nachfrage ab; wovon auch sonst. Für die zu treffende Entscheidung waren es freilich die Prognosen über deren Entwicklung, die Erwartungen, die den Ausschlag geben mußten. Die Frage lautete demnach: Wie würden sich Gold- und Silberpreise in ihrem Verhältnis zueinander entwickeln? Wovon würden das künftige Angebot und die künftige Nachfrage bestimmt sein?

Was die Nachfrage anbelangt, so konzentrierten sich die Überlegungen fast ausschließlich auf den Bedarf an Silber oder Gold für monetäre Zwecke. Er wurde auf entscheidende Weise mitbestimmt durch die eigene Option für eine Gold-, eine Silber- oder eine bimetallistische Währung. Die zu treffende Wahl konnte spekulative Bewegungen auslösen, indem die anstehende oder getroffene Entscheidung ein Preissignal für das gewählte und gegen das abgewählte Währungsmetall auslösen und dessen Preis drücken konnte, während der Preis des gewählten Metalls stieg und das Preisniveau drückte. Deshalb galt die zu treffende Entscheidung über eine Gold-, eine Silber- oder eine bimetallistische Währung keinesfalls nur einem Scheinproblem. Auch die Entscheidungen jener Länder waren mit zu berücksichtigen, deren Währungsverhältnisse sich möglicherweise künftig ändern konnten, etwa weil dort darüber debattiert wurde, ob die bestehende Währung beibehalten oder geändert werden sollte. Solche Debatten sind z. B. immer wieder in den deutschen Nachbarländern, in Frankreich und in Österreich-Ungarn, geführt worden, wo i.d.R. beide Metalle als Währungsgrundlage dienten.

Die für die Nachfrage angestellten Überlegungen galten in ihrer Umkehrung auch für das Angebot. Der Wechsel von einer Silber- zu einer Goldwährung mußte nicht nur eine zusätzliche Nachfrage nach ausmünzbarem Gold verursachen, sondern zugleich ein zusätzliches Angebot an Silber hervorrufen. Das Angebot ergab sich jedoch nicht nur aus den vorhandenen Beständen, sondern wurde auch aus neu gewonnenem Silber oder Gold gespeist. Sofern die Währungsverfassungen als gegeben und die Zahlungssitten und der Zahlungsmittelbedarf als konstant unterstellt werden konnten, waren allein die marginalen Hinzufügungen an Gold oder Silber für deren Preisentwicklung entscheidend. Die Einschätzung künftiger Fördermöglichkeiten spielte daher eine nicht unerhebliche Rolle. Letztlich gaben dabei geolo-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gische und bergbauliche Aspekte oder, ökonomisch betrachtet, die Produktionskosten der jeweiligen beiden Edelmetalle den Ausschlag. Die Erklärung des Zusammenhanges lieferte die klassische Produktionskostentheorie, mit der die Höhe der Preise und die Preisrelationen begründet wurden.

Eine Prognose der Preisrelationen zwischen Gold und Silber, wenn sie gut begründet sein wollte, war unvermeidlicherweise auch auf geologische und bergbauökonomische Schätzungen verwiesen. Ökonomen mußten sich normalerweise außerstande sehen, diesen Part zugleich mitzuübernehmen oder auch nur die Seriosität von Schätzungen beurteilen zu können. Als einzige, allseits anerkannte Autorität für eine derartige, Geologie und Ökonomie verbindende Betrachtung galt Georg Adolf Soetbeer (1814 - 1892). Er hatte schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts für ein einheitliches Münzwesen in Deutschland und vor allem für die Einführung einer Goldwährung geworben.[18] Als Nationalökonom war er i.w. Autodidakt gewesen, war nie auf einen Lehrstuhl gelangt, 1872 allerdings zum Honorarprofessor an der Universität Göttingen ernannt worden. Er hatte sich durch zahlreiche Publikationen auf verschiedenen Gebieten in der akademischen Welt, vor allem als Statistiker und Währungsspezialist, einen Namen gemacht, was durch die Aufnahme in die erste Ausgabe des „Palgrave" auf ebenso eindrucksvolle Weise belegt wird wie durch wiederholte Bezugnahme in Tooke / Newmarchs monumentaler „The History of Prices and the State of Circulation from 1792 to 1856"[19]. Von Soetbeer stammt auch die erste Übersetzung von J. St. Mills „Principles" ins Deutsche (1852). Am bekanntesten wurde er jedoch durch seine währungsstatistischen und währungspolitischen Veröffentlichungen.[20]

Unter dem Eindruck der sich um die Jahrhundertmitte kumulierenden Goldvermehrungen infolge der kalifornischen (1848) und der australischen (1851) Goldfunde, hatte auch Soetbeer mit der Möglichkeit einer weiterhin vermehrten Goldproduktion gerechnet, aber dennoch keine Entwertung des Goldes befürchtet. Eine Zunahme des Goldumlaufs würde vielmehr die Möglichkeit eröffnen, den allgemein als unzureichend erachteten Umlauf an Goldmünzen zu erhöhen und mehr Ländern als bisher den Übergang zur Goldwährung zu erleichtern. Da der Mangel an Goldmünzen, d. h. an Münzen höheren Wertes, immer häufiger zur Ausgabe von Banknoten und zur unerwünschten Vermehrung sog. Zettelbanken geführt

---

18 Schon 1856 hatte er die „Denkschrift betr. die Einführung der Goldwährung in Deutschland" verfaßt.

19 Diesen Hinweis verdanke ich H. Rieter. Er machte auch darauf aufmerksam, daß der Übersetzer der deutschen Ausgabe von 1858 ff., C. W Asher, in seinem Vorwort ebenfalls auf Soetbeers Beiträge verweist.

20 Als Beispiele seien erwähnt: Beiträge und Materialien zur Beurteilung von Geld- und Bankfragen, Hamburg 1855. – Beiträge zur Geschichte des Geld- und Münzwesens in Deutschland, in: Forschungen zur deutschen Geschichte, Bd. I, II, IV, VI, Göttingen 1861 - 66. – Die fünf Milliarden, Berlin 1874. – Deutsche Münzverfassung, Erlangen 1874 - 76. – Edelmetallproduktion und Wertverhältnis zwischen Gold und Silber seit der Entdeckung Amerikas bis zur Gegenwart, Gotha 1879.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hatte, sollte mit Hilfe der Goldwährung zugleich einem Mißbrauch der Notenausgabe Einhalt geboten werden.[21]

Während sich die deutsche Nationalökonomie jener Zeit in der Währungsfrage noch wenig engagiert hatte, blieben die Debatten darüber vornehmlich den Währungspolitikern vorbehalten. Das geringe wissenschaftliche Engagement kann insofern nicht überraschen, als die Wirtschaftswissenschaften zu jener Zeit an den Universitäten noch relativ spärlich vertreten waren und nur wenige ihrer Vertreter sich überhaupt mit Geld- und Währungsproblemen befaßt hatten, obwohl diese Thematik einen integralen Bestandteil der Disziplin bildet. Die Suche nach Spuren einer wissenschaftlichen Debatte während jener Zeit bleibt jedoch nahezu ergebnislos, wobei selbst im Falle Wagners und Soetbeers, den rühmenswerten Ausnahmen, nicht eigentlich von einer Debatte, sondern nur von Einzelbeiträgen gesprochen werden kann. Lediglich im Vorfeld, nach der Gründung des Norddeutschen Bundes, lassen sich Kontroversen über Gold- und Silberwährung sowie Mono- versus Bimetallismus ausmachen, als auf dem „Kongreß deutscher Volkswirte" und im Deutschen Handelstag, 1867 und 1868, diese Themen traktiert worden sind.[22]

Auch nach 1870 sind die Auseinandersetzungen darüber, soweit sie überhaupt wissenschaftlichen Ansprüchen zu genügen suchten, fast ausnahmslos von jenen geführt worden, die entweder als Fachleute – als Politiker, Beamte, Publizisten o. dgl. – damit befaßt oder generell daran interessiert waren. Unter ihnen hat es Vertreter aller drei Richtungen gegeben, d. h. der Gold-, Silber- und auch der Doppel- und Parallelwährung. Den Vertretern der Goldwährung, die sich schließlich durchgesetzt haben, standen die Verfechter der Silberwährung und des Bimetallismus gegenüber. Zu den Anwälten des Silbers oder doch wenigstens von Silber und

---

21 Der Mangel an Goldmünzen (Großgeld) wird verdeutlicht durch eine Schätzung von K. Helfferich, der das 1871 in Deutschland umlaufende Münzgeld auf nahezu 2 Mrd. Mark (in Währung des damaligen Deutschen Reiches) bezifferte, wovon 4 v.H. auf inländische und 12 v.H. auf ausländische Goldmünzen entfielen, während die in- und ausländischen Silbermünzen 82 v.H. und die Scheidemünzen 2 v.H. ausmachten (Angabe nach *Borchardt,* s. Fn. 43, S. 5). Soetbeer beziffert den Wert der in Deutschland von 1857 - 70 ausgeprägten Goldmünzen auf 0,77 Mio Taler, den der Silbermünzen dagegen auf 15,9 Mio Taler (Angaben nach *K. Knies:* Das Geld, Berlin 1873, S. 253). Der geringe Umlauf inländischer Goldmünzen beruhte u. a. darauf, daß nach dem Wiener Münzvertrag (1857) in den Vertragsstaaten nur Kronen und halbe Kronen im Feingehalt von 10 bzw. 5 Gramm geprägt werden durften, die überdies nur als sog. Handelsmünzen, nicht als gesetzliche Zahlungsmittel zugelassen waren. Dies geschah aus Furcht vor den Konsequenzen einer Doppelwährung, d. h. fester Währungsparitäten zwischen Silber und Gold. Andererseits galt Deutschland als das Land mit dem relativ höchsten Umlauf an Banknoten. Vgl. dazu *K. Helfferich,* Ausgewählte Reden, a. a. O. S. 13 ff.

22 Im 1858 gegründeten Kongreß deutscher Volkswirte (häufig auch als Volkswirtschaftlicher Kongreß bezeichnet) haben sich vorwiegend liberalistisch orientierte Nationalökonomen, Publizisten, Wirtschaftspolitiker und Verwaltungsfachleute zusammengefunden. Seine Bedeutung ging nach der Gründung des „Verein für Socialpolitik" (1872) merklich zurück. – Im Deutschen Handelstag hatten sich die Handelskammern zusammengeschlossen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gold zählten beispielsweise John Prince-Smith[23] und der mit ihm sympathisierende Otto Michaelis[24] und in Frankreich vor allem Michel Chevalier[25], auf den auch im deutschen Schrifttum gelegentlich verwiesen wurde. Das Hauptargument der Silberproponenten ruhte auf der Überlegung, daß die Silberwährung den status quo bilde. Das Währungswesen müsse in Unordnung geraten, wenn diese Grundlage verlassen und riesige Mengen an Silber demonetisiert würden und dafür entsprechende Mengen an Gold zu beschaffen seien.

Eine vermittelnde Position nahmen dagegen die Bimetallisten insofern ein, als sie auf der Verwendung beider Metalle bestanden und damit die Ausschließlichkeit des Für oder Wider vermeiden konnten. Allerdings mußten sie dann zwischen einer Doppel- und einer Parallelwährung wählen, d. h. zwischen der Scylla eines notorisch instabilen Festkurssystems für Gold und Silber und der Charybdis eines flottierenden Wechselkurses zwischen beiden Metallen, was de facto auf zwei Währungen innerhalb eines Landes hinauslief, die frei gegeneinander schwankten. Man war sich i.a. der Folgen beider Systeme bewußt, beurteilte sie jedoch als weniger gravierend, verglichen mit der Bindung an ein einzelnes Metall, wobei notfalls zur Krisenbekämpfung kasuistische Lösungen bereitstanden (Inhibierung der Ausprägung einer Münzart, Sterilisierung von Kurantmünzen oder dgl.), um die erforderliche Parität wiederzugewinnen. Frankreich als klassisches Land der Doppelwährung stellte dafür mit den Nationalökonomen M. Chevalier und L. Wolenski die meist zitierten Autoritäten, die auch in Deutschland beachtet worden sind. Auch W. Roscher hat sich dazu geäußert, wenngleich keine eigene Position bezogen, sondern davor „gewarnt die Währungsfrage absolut zu beantworten". Seine Ambivalenz und zugleich die Anschaulichkeit seiner Darstellung lassen sich mit dem folgenden Zitat belegen: „Hiernach glaube ich, daß ein Land mit gemischter Währung den Ländern einfacher Währung allerdings einen Dienst leistet, aber mit eigenen schweren Kosten. Ähnlich wie ein Puffer der Eisenbahnwagen; oder wie ein Friedensstifter, der sich zwischen die kämpfenden Parteien wirft, und seinerseits einen Theil der Stöße empfängt, die ein Kämpfer dem anderen zugedacht: wozu er freilich dazu beiträgt, daß sich die Kämpfer nicht noch mehr verbittern, aber auf Kosten seiner eigenen Haut."[26]

---

23 John Prince-Smith (1809 - 74) galt als Führer der deutschen Freihandelsbewegung, er war lange Vorsitzender der von ihm mitbegründeten Volkswirtschaftlichen Vereinigung und Präsident des 1858 konstituierten Volkswirtschaftlichen Kongresses. Von 1861 - 66 gehörte er dem preußischen Abgeordnetenhaus und von 1871 - 73 dem Reichstag an.

24 Otto Michaelis (1826 - 90) war Mitbegründer des 1858 entstandenen Kongresses deutscher Volkswirte, gehörte ab 1861 dem preußischen Landtag und ab 1867 als Nationalliberaler dem norddeutschen Reichstag an. Im neu geschaffenen Reichskanzleramt war er Vortragender Rat in Finanz-, Handels- und Verkehrsangelegenheiten.

25 Michel Chevalier (1806 - 79) begründete seinen Ruf als Geldtheoretiker mit seinem Buch „La Monnaie" (1850) und trat danach als Warner vor einer drohenden Entwertung des Goldes hervor.

26 Wilhelm Roscher: Betrachtungen über die Währungsfrage der deutschen Münzreform, Berlin 1872, S. 30 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gilt Soetbeer als der führende Repräsentant der Goldwährung in wissenschaftlicher Hinsicht, so war Ludwig Bamberger (1814 - 1892) ihr bedeutendster politischer Verfechter. Er hatte in Heidelberg, wo damals u. a. Rau gelehrt hat, Jura und Nationalökonomie studiert, ehe er das Studium in Göttingen fortgesetzt und mit der Promotion abgeschlossen hat. Entgegen seiner Neigung, die ihn für die Wissenschaft einnahm, mußte er als Teilnehmer der revolutionären Umtriebe des Jahres 1848 aus Deutschland fliehen und zunächst bei einem jüngeren Bruder in London unterkommen. Dort und später in Antwerpen, Rotterdam und Paris ist aus ihm ein international erfahrener foreign banker geworden, der übrigens die noch heute bestehende, bedeutende Banque Paribas, die einstige Banque de Paris et des Pays Bas, mitbegründet hat. 1867 zog es Bamberger wieder nach Deutschland zurück, wo er sich der Politik zu widmen begann. Rasch wurde er zum Meinungsführer der Nationalliberalen in Währungs- und Finanzfragen, für die er 1871 in den Reichstag gewählt worden ist, nachdem er schon 1868 von seiner Vaterstadt Mainz in das Zollparlament entsandt worden war. Die Durchsetzung der Goldwährung und die Gründung der Reichsbank sind bekanntlich vor allem auf Betreiben Bambergers zustande gekommen, der dafür auch das Ohr Bismarcks besessen hatte. Bamberger hat sich in der Währungsfrage mehrfach auf Soetbeer berufen und blieb für theoretische Argumente stets aufgeschlossen, so daß sich hier wenigstens eine Spur von theoretischer Begleitung der politischen Willensbildung nachweisen läßt.

Sieht man von Soetbeer ab, dessen Name heute in der Dogmengeschichte kaum noch geführt wird, so muß der Anteil der Theorie an der schließlich zustande gekommenen pragmatischen Lösung der Währungsfrage im Grunde bedeutungslos erscheinen. H. Winkels vorzüglich recherchierter Artikel über „Die Entwicklung der Geldtheorie in der deutschen Nationalökonomie des 19. Jahrhunderts ..."[27] vermittelt zwar den Eindruck von einer vielfältigen geldtheoretischen Literatur des 19. Jahrhunderts, aber ein Nachweis über den erkennbaren Einfluß dieser Literatur auf den Lauf der damaligen Ereignisse findet sich auch dort nicht. Dagegen kann die politische Entscheidung zugunsten der Mark und der Goldwährung, die bereits 1871 mit der Einführung der Goldmünzen des Reiches über 10 und 20 Mark präjudiziert worden ist, als ein Meisterstück qualifiziert werden, obwohl oder gerade weil es die endgültige Entscheidung scheinbar noch offen gehalten hatte. Tatsächlich aber war die weitere Entwicklung schon mit der 1871 getroffenen Entscheidung in die Wege geleitet worden. Die Markwährung konnte freilich noch über Jahrzehnte weder als reine Goldwährung, noch als Doppelwährung eingeordnet werden, weil sie Elemente beider Währungsarten enthielt und daher mit der pejorativen Benennung einer „hinkenden Goldwährung" bedacht worden ist. Man mag sogar fragen, ob nicht auch auf dem Gebiete der Währungspolitik ein deutscher Sonderweg beschritten wurde. Erst mit dem Münzgesetz vom 1. 6. 1909, durch das frühere Gesetze abgelöst worden sind, ist in Deutschland die reine Goldwährung eingeführt und sind alle Silbermünzen auf den Status von Scheidemünzen zurückgestuft worden.

---

27 Vgl. Literaturverzeichnis.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

2. Zum Bankproblem

Verschlungen sind auch die Wege, die zur Bankfrage geführt haben. Mit dieser Vokabel wurde damals das Problem der Errichtung einer Zentralbank samt der Festlegung ihrer Aufgaben und Befugnisse bezeichnet. Es hätte, nach heutigem Verständnis, zuerst auf die Traktandenliste gehört und einer Lösung zugeführt werden müssen. Statt dessen ist das sog. Bankgesetz zuletzt, 1875, nach den vorausgegangenen Entscheidungen über die Währung (1871 und 1873) und über das Münzgesetz (1873) verabschiedet worden, weil früher eine Regelung nicht zu erlangen gewesen war. Man tat sich u. a. deshalb so schwer damit, weil das Problem ganz neue Fragen aufwarf, denn es hatte in Deutschland noch keine Zentralbanken im herkömmlichen Sinne gegeben, die für die Geldmengenregulierung und für die Währungsstabilität verantwortlich gewesen wären, auch nicht in den größeren Bundesländern. Zunächst war sogar die Vorfrage zu klären, ob eine Zentralbank überhaupt nötig sei und wenn ja, welche Aufgaben und Befugnisse sie haben soll.

Die Notwendigkeit einer Zentralbank wurde damals noch häufig bestritten. Wozu eine Zentralbank, wenn die Münzen – wie heute noch – vom Staat, von staatlichen Münzämtern, geprägt und Banknoten von dazu privilegierten Banken ausgegeben wurden, wie es damals allgemein üblich gewesen ist und wenn im übrigen die Geldmenge durch ihre Metalldeckung bestimmt war? Zwar vermochte es einzuleuchten, daß die Vielfalt der Noten, ebenso wie die Münzvielfalt, ein Ärgernis war, aber warum mußte deswegen alles gleich zentralisiert werden? Auch auf den britischen Inseln liefen die Noten der schottischen Zettelbanken neben denen der Bank of England um, obwohl deren Noten längst gesetzliches Zahlungsmittel geworden waren. Auch Ad. Wagner hat sich für die „Beibehaltung des sog. gemischten Systems" ausgesprochen und Vorschläge für die Lösung des Problems der gegenseitigen Anerkennung und des Austauschs der Noten unterbreitet.[28]

Für diese Fragen hat sich damals England als Vorbild und Lehrmeister angeboten. Es war der Welt nicht nur als Pionier der industriellen Entwicklung, sondern auch des modernen Bankwesens und der Notenbankverfassung vorausgegangen. Obwohl das englische Vorbild vor Augen stand, folgte man ihm nur in Teilen. Die Golddeckung der Noten, als Prinzip bei der Bank of England verankert, ausgenommen das fiduziäre Kontingent, wurde für die Reichsbank nicht einmal zu einem vollen Drittel vorgesehen, weil die nach § 17 des Bankgesetzes vorgeschriebene Dritteldeckung der Noten sowohl in Gold als auch in kursfähigem deutschen Geld und dgl. erfolgen konnte.[29] Der größere Teil des Notenumlaufs wurde dagegen durch Handelswechsel gedeckt.

---

[28] Vgl. *Adoph Wagner:* System der Zettelbankpolitik, mit besonderer Rücksicht auf das geltende Recht und auf deutsche Verhältnisse. Ein Handbuch des Zettelbankwesens, 2. Ausg., Freiburg i.Br. 1873, S. XII und eingehender S. 49 ff.

[29] Nach § 17 des Bankgesetzes war „mindestens ein Drittheil in kursfähigem deutschen Gelde, Reichs-Kassenscheinen oder in Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Pfund fein zu 1392 Mark gerechnet" zu decken.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Es war nicht leicht gewesen, die Idee einer Zentralbank mit monopolistischen Befugnissen und als lender of last resort gegen die Interessen der Bundesstaaten durchzusetzen, deren Notenbanken danach nur noch von inferiorer Bedeutung sein konnten. Ende 1871 hatte es nicht weniger als 33 private und staatliche Banken gegeben, die das Notenprivileg besessen und ausgeübt haben.[30] Dazu kam noch das in 20 Ländern ausgegebene sog. Staatspapiergeld; ungedecktes, bloßes Papiergeld. Nicht nur die Ausgabe von Noten und Staatspapiergeld, sondern auch die Verleihung des Notenprivilegs waren für den jeweiligen Staat willkommene Einnahmequellen gewesen. Es konnte deshalb nicht leicht sein, die Bankfrage voranzubringen, jedenfalls nicht, wenn sie mit der Gründung einer Zentralbank verbunden war. Vor allem die süddeutschen Länder beharrten auf ihren Notenbanken. Zunächst war es nur gelungen, die Konzession für die Notenausgabe auf dem bestehenden Stand einzufrieren.[31] Vielleicht wäre es zur Gründung der Reichsbank und zur Begrenzung der Notenausgabe für die bestehenden Notenbanken noch immer nicht gekommen, wenn nicht Preußen auf seine Notenbank, die „Preußische Bank", die einstige „Königliche Bank", verzichtet hätte. Bismarck hat sie gegen heftigen Widerstand in Preußen, zumal des Finanzministers von Camphausen, als Morgengabe für die zu gründende Reichsbank eingebracht.

Abermals kann die wissenschaftliche Begleitung der im Reichstag und in der Öffentlichkeit mit Heftigkeit geführten Debatte einem einzigen Nationalökonomen zugeschrieben werden; diesmal Adolph Wagner. Obwohl er heute nur noch als Finanzwissenschafter in den Annalen unserer Disziplin geführt wird, kann er für Deutschland auch als Klassiker der sog. Bankfrage bezeichnet werden. Schon als 22jähriger hatte er in seiner 1857 unter dem Titel „Beiträge zur Lehre von den Banken" veröffentlichten Dissertation mit einem jugendlichen Geniestreich die in England geführte Diskussion rezipiert und sowohl das Problem der Regulierung der Banken als auch die Begrenzung des Geldumlaufs durch die Notenbank abgehandelt. Auch während seiner Wiener Jahre (1858 - 63) hat er nicht nur die österreichische Währungssituation, sondern auch die Entwicklung in England weiterverfolgt und publizistisch begleitet, indem er 1862 ein zweites Buch über die englische Währungsverfassung, „Die Geld- und Kredittheorie der Peelschen Bankakte" veröffentlichte.[32] Als er 1868 in Freiburg die staatswissenschaftliche Professur des früh verstorbenen von Mangoldt (1824 - 68) übernommen hatte, erhielt er im gleichen Jahre noch „die Aufforderung des großherzoglich badischen Handelsministeriums, ein Gutachten über die Errichtung von Zettelbanken in Baden und

30 Vgl. *Walter Lotz:* Geschichte und Kritik des deutschen Bankgesetzes vom 14. März 1875, Leipzig 1888, S. 329.

31 Das sog. Banknotensperrgesetz des Norddeutschen Bundes vom 27. 3. 1870, das die Erweiterung der Notenausgabe der bestehenden Notenbanken und neue Notenprivilegierungen untersagte, galt mit Wirkung vom 1. 1. 1872 für alle deutschen Bundesstaaten, also auch für die süddeutschen Länder.

32 In *Martin Heimann:* Adolph Wagner – Ein deutscher Nationalökonom im Urteil der Zeit, Frankfurt / New York, 1980, sind auf S. 170 f. rd. ein Dutzend Titel über österreichisches und englisches Geldwesen verzeichnet.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

über die dabei einzunehmende Stellung des Staates abzugeben. Es war hierbei die Berücksichtigung einer Reihe prinzipieller Gesichtspunkte gewünscht worden, so hinsichtlich der Bedingungen der Bankfreiheit, sowie der einzelnen Bestimmungen eines etwaigen *allgemeinen* Bankgesetzes"[33].

Das Gutachten bildete die Grundlage für das voluminöse, erst in zweiter Ausgabe 1873 abgeschlossene „System der Zettelbankpolitik"[34]. Wagner spricht sich darin für die „Beibehaltung des sogen. gemischten Systems unter Erhebung der Preußischen Bank zur Reichsbank" aus; er wollte also neben der Reichsbank die übrigen Notenbanken beibehalten. Außerdem bleibt er bei der „Beibehaltung und consequente(n) Durchführung der sogen. bankmäßigen Notendeckung", d. h. bei den Vorstellungen der Banking-Schule[35], die er schon bei seinem 1857 erschienen Erstling favorisiert hatte. Er vertritt seine Position allerdings auf eine für ihn bemerkenswert konziliante Weise, indem er sich gegen einen „Absolutismus der Lösungen ausspricht", wie er auch von der „sogen. historischen Schule der Nationalökonomie"[36] vertreten werde, der sich Wagner, von K. H. Rau herkommend, bekanntlich nie zugerechnet hat. Diese schon im Vorwort der „Zettelbankpolitik" abgegebene Erklärung dürfte auch unter dem Eindruck der nahezu enzyklopädischen Fülle seiner Darstellung über die damals existierenden Zettelbanken und das Banknotenwesen in den wichtigeren Ländern der Welt entstanden sein, die Wagner in seinem Werk berücksichtigt hat.

Wagner hatte als einziger, einsamer deutscher Nationalökonom und auf bemerkenswerte Weise in die Debatte eingegriffen. Seine Kritik und sein Gegenentwurf zum Bankgesetz sind im September 1874, also noch rechtzeitig für die parlamentarische Beratung, abgeschlossen und als Buch veröffentlicht worden. Es erschien jedoch erst 1875 unter dem – für Wagner charakteristischen – langatmigen Titel: „Die Zettelbankreform im Deutschen Reiche. Kritik des Bankgesetzentwurfs des Reichskanzleramts, nebst formuliertem Gegenvorschlag, besonders betreffend die Erhebung der Preussischen Bank zur Reichsbank" (Berlin 1875). Im Grunde richten sich die Einwendungen Wagners, des engagierten Bankingtheoretikers, gegen die nach seiner Ansicht allzu restriktiven Vorschriften des Bankgesetzes, die er der Currencyschule zuschreibt, der er eine unangebrachte „Voreingenommenheit und Feindseeligkeit gegen das Zettelbankwesen" unterstellt (a. a. O. S. 21). Dennoch unterscheiden sich Wagners Vorschläge vom Regierungsentwurf, jedenfalls aus heutiger Sicht, mehr in marginalen Differenzierungen als im Grundsätzlichen.

Die endlich 1875 zustande gebrachte gesetzgeberische Lösung, das „Bankgesetz" vom 14. März, deckte sich zu einem nicht geringen Teil, aber eben nur zu einem Teil, mit den Vorschlägen Wagners. Er hatte, wie erwähnt, den ursprünglichen Gesetzesentwurf kritisiert und seine Kritik zusammen mit einem Gegenent-

---

33 *A. Wagner,* System der Zettelbankpolitik, a. a. O. S. XI.

34 Vgl. bibliographische Angabe in Fn. 24.

35 A.a. O. S. XII.

36 Ebenda S. XI.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wurf publiziert. Das definitive Gesetz hatte sich tatsächlich, wenn auch nicht in allen Punkten, seinen Vorstellungen genähert. Nicht nur, daß aus der Preußischen Bank die Reichsbank hervorgegangen war, sondern auch das Weiterbestehen anderer Notenbanken sowie die vom Gesetz verweigerte gesetzliche Zahlungsmittelfunktion von Banknoten (§ 2) und deren größtenteils ermöglichte „bankmäßige Deckung" durch Handelswechsel paßte zu Wagners Konzept. Allerdings blieb es allein der Reichsbank gestattet, ihre Noten bis zu zwei Dritteln gegen Handelswechsel zu emittieren, während die anderen Notenbanken strengeren Deckungsvorschriften im Sinne einer sog. Bardeckung unterworfen waren (§ 9). Die Reichsbank besaß zwar kein Notenmonopol, aber das Monopol der Geldmengensteuerung, d. h. sie konnte Diskont- und Lombardgeschäfte betreiben und verfügte damit über die Instrumente der Kredit- und Zinspolitik, auch wenn diese zunächst und noch für längere Zeit bedeutungslos geblieben waren.

Die im Gesetz angelegte Tendenz zur Zurückdrängung, wo nicht zur allmählichen Beseitigung der nicht dem Reich unterstehenden 33 Notenbanken, entsprach freilich nicht Wagners damaligen Ideen. Allerdings hat Wagner später einige seiner Vorstellungen geändert, die ihn dann zur Anerkennung des Bestehenden bewogen und in zunehmendem Maße zu einem Proselyten Preußens, des Reiches und Bismarcks gemacht haben.[37] Wagner dürfte jedoch den damaligen Stand der Wissenschaft in seiner „Zettelbankpolitik" i.a. in zutreffender Weise vorgetragen und analysiert haben. Dennoch kann das im „Bankgesetz" erreichte Resultat kaum der Kraft seiner Ideen zugeschrieben werden. Dafür war das Gesetz unter zu großen Mühen, politischen Kämpfen und Kompromissen und auf eine allzu pragmatische Weise zustande gekommen.

Inwieweit Wagner mit seiner Kritik und dem Gegenentwurf die maßgeblichen Männer beeinflussen konnte, und ob er überhaupt Gehör fand, bleibt im Ungewissen. Denn anders als bei der Entscheidung über die Währungsgrundlagen, wo wenigstens eine Brücke zwischen Politik und Wissenschaft – die Verbindung zwischen Bamberger und Soetbeer – bestand, läßt sich bei der Debatte über das Zentralbankproblem keine derartige Beziehung erkennen, obwohl Wagner dafür die wissenschaftlichen Grundlagen zu bieten hatte. Selbst mit Soetbeer scheint Wagner keinerlei Beziehung gehabt zu haben.[38] Auch mit Bamberger oder anderen Währungspolitikern ist es offenbar nicht zu korrespondierenden Beziehungen gekommen. Gegenüber Bamberger, dem Liberalen, haben sich später sogar gegnerische, feindselige Wahrnehmungen entwickelt.[39]

---

37 Knut Wicksell, der im Wintersemester 1888/89 in Berlin Wagners Vorlesungen und Seminarübungen zur Finanzwissenschaft gehört hat, berichtet in einem Brief darüber u. a.: „I go and listen to Adolf Wagner two or three hours a week ... I have not much interest in the lectures. Wagner is just a Lobhudler (I think it is called) of everything Prussian". Aus *Adolph Wagner,* Briefe – Dokumente – Augenzeugenberichte 1851 - 1917, hrsg. von Heinrich Rubner, Berlin 1978, S. 255.

38 In dem 10-seitigen Namensregister des von Rubner herausgegebenen Brief- und Dokumentenbandes über Wagner – vgl. vorige Fn. – taucht der Name Soetbeer nicht auf.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wiederum war es in der politischen Arena vor allem Bamberger gewesen, der unablässig für eine Zentralbank, die spätere Reichsbank, gefochten hat. Ausdruck dieses leidenschaftlichen Engagements war sein oft zitierter Ausspruch in der Debatte über das Bankgesetz: „Ich stimme keiner Lösung ohne eine Reichsbank, ich stimme jeder Lösung mit einer Reichsbank zu" (aus dem Gedächtnis zitiert, da Beleg nicht gefunden). Im Gegensatz zu Wagner vertrat Bamberger das Currencyprinzip, wonach Noten grundsätzlich gedeckt sein müssen, denn „Banknoten sind Geld. Mögen die Theoretiker über ihre Natur streiten, wie die Theologen über die Dreieinigkeit, für die Welt der thatsächlichen Vorgänge sind sie Geld"[40]. Er hatte dabei das Vorbild der Peelschen Bankakte vor Augen gehabt und mit der Erfahrung eines Bankiers gesprochen. Das Bankgesetz und die Verfassung der Reichsbank kann, da sie auch Wagners Intentionen in erheblichem Umfange gerecht wird, als eine Amalgamierung von Banking- und Currencyelementen interpretiert werden. Ähnlich wie die Bank of England blieb die Reichsbank weit entfernt davon, eine unabhängige Notenbank zu sein, sondern war „eine unter Aufsicht des Reiches stehende Bank" (§ 12), die dem Reichskanzler unterstand, der auch ihren Präsidenten ernannte und ihm Anweisungen geben konnte. Die Mitarbeiter der Bank waren Beamte des Reiches und empfanden sich auch als solche.

3. Zum Münzproblem

Auf dem Gebiet des Münzwesens galt es, zwei Probleme zu lösen: erstens die neue Münzordnung für die Markwährung zu schaffen und zweitens den Übergang von den bestehenden, verschiedenen Münzsystemen zum neuen Münzsystem der Markwährung zu regeln. Mit dem ersten verbindet sich die eigentliche Reform, d. h. die neue Währung als Recheneinheit einzusetzen und in entsprechenden Zahlungsmitteln auszumünzen. Da sie an die Stelle der bisher üblichen Nominale treten mußten, bildete der Übergang von der gewohnten auf die neue Recheneinheit und von den bisher gebräuchlichen Taler-, Gulden-, Groschen-, Kreuzerstücken usw. auf die neuen Mark- und Pfennigmünzen ein besonderes Problem; das Problem des Übergangs oder der Transformation von den bisherigen Währungen auf eine einzige, neue Währung.

Für den größten Teil der Bevölkerung jener Zeit bestand Geld ausschließlich aus Münzen. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung verfügte schon über ein Bankkonto und ähnliches galt auch für Noten. Sie wurden von den meisten Menschen kaum benutzt, kaum besessen. Die kleinste Note der späteren Reichsbank lautete auf 100 M[41]; das war mehr als ein üblicher Monatslohn. Die Gestaltung des Münzwesens

---

39 Gegensätzliche Standpunkte hatten sich vornehmlich über die soziale Frage ergeben. Vgl. dazu die brieflichen Äußerungen Wagners gegenüber seinem Bruder Hermann in: *Adolph Wagner,* Briefe, a. a. O. S. 166, 173 f.,186, 204.

40 Zitiert nach *K. Helfferich,* Ausgewählte Reden, a. a. O. S. 65.

41 Das Münzgesetz vom 9. 7. 1873 verbot Banknoten im Wert von weniger als 100 M.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

berührte daher die Interessen von jedermann. Mit der währungspolitischen Entscheidung zugunsten der Mark und der Goldwährung – einer hinkenden Goldwährung – mußte zwar auch der Münzfuß bestimmt werden, aber damit war nicht auch schon die Frage entschieden, welche Nominale in Gold, welche in Silber und welche schließlich als Scheidemünzen geprägt werden sollten. Auch der Münzfuß, ferner die Stückelung der Münzen, die Münzhoheit (Reich oder Bundesstaaten), der Münzgewinn, das Münzbild usw. boten reichlichen Anlaß für politischen Streit zwischen Parteien, Reichsregierung und Ländern.

Derartige Fragen konnten für die wenigen deutschen Nationalökonomen, die sich damals überhaupt mit Währungsangelegenheiten befaßt haben, kaum attraktiv sein, zumal sie als inferior gegenüber den großen Themen erscheinen mußten, dem Währungsproblem und der Zentralbankfrage. Diese Feststellung dürfte kaum überraschen, da sie sogar für die Gegenwart im Hinblick auf den Euro zutrifft. In der damaligen Literatur lassen sich daher nur wenige Spuren einer mehr beiläufigen Befassung mit dieser Thematik finden, so z. B. wenn Ad. Wagner in seiner „Zettelbankpolitik" für 10-, 20- oder wenigstens 50-Mark-Noten plädierte[42] oder wenn der vornehmlich publizistisch hervorgetretene Max Wirth einige seiner Zeitungsartikel als Broschüre unter dem Titel „Münzkrisis" veröffentlichte.

Ähnlich abstinent hat sich die deutsche Nationalökonomie auch gegenüber dem Transformationsproblem verhalten, wobei die Ursache dafür in den gleichen Motiven wie bei der Gestaltung des Münzwesens zu suchen sein dürfte: in der Indolenz gegenüber einem wissenschaftlich unergiebig scheinenden Thema. Neben der erwähnten „Münzkrisis" von M. Wirth ließen sich keine wissenschaftlichen Spuren einer Befassung mit den Fragen der Überleitung und Einführung der Reichsmünzen entdecken.

Ganz anders steht es zu jener Zeit mit der politischen Aktualität dieser Themen. Wiederum war Bamberger ein Hauptakteur in der politischen Arena, sowohl durch seine Reden und seinen Einfluß im Reichstag wie durch seine Artikel in Zeitungen und Zeitschriften. Karl Helfferich hat einen wesentlichen Teil von ihnen im 2. Band der von ihm edierten „Ausgewählte Reden und Aufsätze über Geld- und Bankwesen" veröffentlicht.[43] Wollte man auf sie eingehen, müßte auch die Situation geschildert werden, auf die sie sich jeweils beziehen, was hier zu weit führen würde. Statt dessen soll wenigstens noch ein Überblick über die tatsächlich vollzogene Transformation und über einige ihrer wichtigsten Probleme folgen.

Die Preisgabe der alten Währungen und der Übergang zur Mark verlief, aus der Distanz von mehr als einem Jahrhundert betrachtet, ohne Schwierigkeiten und fast unmerklich. Vier Ursachen lassen sich dafür ausmachen: Die erste kann in dem moderaten, graduellen Übergang gesehen werden, der die Wahl der Zahlungsmittel zunächst weitgehend dem Belieben des Publikums überließ. Auf diese Weise

---

42 *Wagner,* System der Zettelbankpolitik, a. a. O. S. XXVI und 70 f.

43 Vgl. Literaturverzeichnis.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

konnte es sich allmählich an das neue Geld gewöhnen und seine Vorteilhaftigkeit erproben, die sich vor allem in seiner weiträumigeren Gültigkeit erwies. Zweitens brauchte das Reich die zur Münzprägung benötigten Goldmengen nicht zu kaufen, sondern hatte sie sich kostenlos durch die dem besiegten Frankreich auferlegte Kriegskontribution in Höhe von 5 Mrd. Francs beschafft.[44] Obwohl nur der kleinere Teil davon in Gold-, der wesentlich größere dagegen in Silbergeld bezahlt worden ist, haben die von Frankreich entrichteten Goldfranken die zur Prägung der neuen Goldmünzen erforderliche Metallmenge bei weitem übertroffen.[45] Drittens sind die Erwartungen der Anhänger der Goldwährung aufgegangen, weil das Preisverhältnis zwischen Gold und Silber allmählich zugunsten des Goldes ausschlug und dadurch die neue Reichswährung als die überlegene erscheinen ließ. Die Entscheidung des Reiches zugunsten der Goldwährung setzte ein Signal, dem bald auch andere Länder folgten.[46] Viertens ließ sich für mehr als die Hälfte der Bewohner des Reiches die alte Währung auf einfache Weise umrechnen, weil der Taler, der im größten Teil des Reichsgebiets gegolten hatte, auf 3 Mark festgesetzt worden war. Für die in Süddeutschland dominierende Guldenwährung wurde die rechnerische Konversion allerdings kompliziert. Zwar galt zwischen Gulden und Taler die relativ einfach Relation 3 : 2, aber bei der Umrechnung in Mark ergaben sich für den Gulden 1,7142 Mark und für die Mark 0,58333 Gulden. Dennoch findet sich kaum irgendwo, etwa in Bank- und Firmengeschichten oder in älteren Lehrbüchern und Enzyklopädien, eine Klage über die Währungsumstellung. Meist wird sie dort nicht einmal erwähnt.

Diese anerkennende Beurteilung der erfolgreichen Währungskonversion wäre wohl von den damaligen Zeitgenossen nicht ohne weiteres geteilt worden. Das kann kaum verwundern, denn zu jeder Zeit werden die gerade anstehenden Probleme als gravierend und schwierig erachtet.[47] Tatsächlich hatte sich die Umstellung

---

44 Diese Summe wurde zunächst in den Versailler Friedenspräliminarien und definitiv im Frankfurter Friedensvertrag vom 10. 5. 1871 festgelegt. Der tatsächlich gezahlte Betrag belief sich, einschl. Zinsen usf., auf rd. 5,4 Mrd. Francs, d.s. 1,395 Mrd. Taler oder 4,185 Mrd. Mark. Angaben nach Adolf Soetbeer: Die fünf Milliarden, Berlin 1874, S. 3 - 7. Einen detaillierten Nachweis gibt später Helfferich über eine Summe von rd. 5,3 Mrd. Francs, vgl. *Karl Helfferich:* Die Reform des deutschen Geldwesens, Bd. 2 (Beiträge zur Geschichte der deutschen Geldreform), Leipzig 1898, S. 235 ff.

45 Nach Soetbeer a. a. O. S. 15 (vgl. vorige Fn.) sind „bis zum 15. März 1873 nachweisbar circa 400 500 000 Francs" zur Prägung von Reichsgoldmünzen eingeschmolzen worden. Über „Die Goldbeschaffung" berichtet *K. Helfferich* a. a. O. S. 233 ff.

46 Der britischen Goldwährung waren auf dem europäischen Kontinent und in Skandinavien bis zum Beginn der Siebzigerjahre nahezu ausschließlich Silberwährungen gegenübergestanden. Zwar hätte Frankreich den Wechsel zur Goldwährung möglicherweise schon 1870 vollzogen, wäre nicht der Krieg von 1870/71 dazwischen gekommen. So hatte Deutschland den Anstoß zum Übergang zur Goldwährung gegeben.

47 Vgl. z. B. *Max Wirth:* Die Münzkrisis und die Notenbank-Reform im Deutschen Reiche, Köln 1874. Auch K. Borchardt schreibt dazu: „Die Währungsreform lief nach 1871 keineswegs in bester Ordnung ab", bezieht diese Aussage allerdings auf den schleppenden Gang der Gesetzgebung und die zunächst fehlende Notenbank. Vgl. *Knut Borchardt:* Währung und

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

jedoch ohne erkennbare Schwierigkeiten oder nachteilige Folgen vollzogen. Wie anders hätte die neue Währung, die Mark, schon bevor sie zum Jahresbeginn 1876 offiziell in Kraft gesetzt worden war, bereits mehr als die Hälfte des gesamten Münzumlaufs bestreiten und die noch geltenden Landeswährungen so weit verdrängt haben können.[48] Berücksichtigt man die außerordentlichen Schocks, die damals, während der sog. Gründerjahre, über den Finanzsektor hereingebrochen waren, so mußte es fast wie ein Wunder erscheinen, daß auch noch eine neue Währung eingeführt werden konnte, von der offenbar keine nennenswerten Störungen ausgegangen sind.

Um sich jene Schocks zu vergegenwärtigen, mag es genügen, auf die Maßlosigkeit des kurzen Gründerbooms nach dem gewonnenen Kriege und auf die schon zwei Jahre danach einsetzende Krise zu verweisen.[49] Ihre Ursachen haben nach Meinung der Wirtschaftshistoriker kaum etwas mit der Währungsänderung, wohl aber mit dem Gründungs- und Spekulationsfieber nach dem gewonnenen Kriege und der durch ihn ermöglichten Reichsgründung zu tun, zumal sich die davon ausgelösten Erwartungen realiter auch auf den von Frankreich zu leistenden Zustrom von 5 Mrd. Franken an Zahlungsmitteln oder Edelmetallen stützen konnten. Davon ist zwar nur ein Bruchteil in die unmittelbare Zirkulation gelangt – der Münzumlauf hat sich, nach Helfferich, 1871 - 73 wertmäßig von 1,6 auf 2,3 Mrd. Mark erhöht[50] –, aber schon davon waren die noch engen deutschen Finanzmärkte überflutet worden. Da sie noch wenig aufnahmefähig gewesen sind, war ein nicht geringer Teil der monetären Kriegsbeute ins Ausland abgeflossen, hatte dort nach Anlagemöglichkeiten gesucht und besonders das österreichische Finanzsystem in Mitleidenschaft gezogen, wo sich dann die Krise kaum weniger heftig als in Deutschland ausgetobt hat. Da sie hauptsächlich den Finanzsektor betraf und mehr eine Finanz- als eine allgemeine Wirtschaftskrise war, bleibt es um so erstaunlicher, daß in Deutschland der Übergang zur neuen Währung ohne größere Friktionen verlaufen ist und offenbar deshalb in der Tagespresse oder in den Geschäftsberichten großer Unternehmungen kaum eine Spur hinterlassen hat.

Der Anfang der Währungsveränderung war, wie erwähnt, 1871 mit dem Gesetz über die Ausprägung der Reichsgoldmünzen gemacht worden. Das Reich war da-

---

Wirtschaft, in: Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876 - 1975, Hrsg: Deutsche Bundesbank, Frankfurt a.M. 1976, S. 6.

48 Berechnungen nach *Karl Helfferich,* Die Reform des deutschen Geldwesens, a. a. O. Bd. 2, S. 402.

49 Symptomatisch für die Ausmaße von Boom und Krise jener Zeit sind folgende Zahlen: Von den 1871 - 73 gegründeten 928 Aktiengesellschaften – entstanden u. a. auch infolge der zuvor äußerst restriktiven preußischen Konzessionierung solcher Gesellschaften – gingen schon 1873 und 1874 ungefähr 160 dieser Firmen wieder in Liquidation, wobei insbesondere der Finanzsektor betroffen war, da die Zahl der Aktienbanken von 137 auf 32 schrumpfte. Vgl. *Karl Häuser:* Kreditinstitute und Wertpapiermärkte in Deutschland – Perioden ihrer Entwicklung, in: Zeitschrift für Bankgeschichte, Beiheft 14, Frankfurt a.M. 1988, S. 22 und die dort angegebenen Quellen.

50 Zahlenangaben nach *Helfferich,* Die Reform des Bankwesens, a. a. O. S. 402.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nach befugt, eine 10-Mark-Münze und eine 20-Mark-Münze in Gold zu prägen, wobei der Münzfuß für eine Mark auf $^{1}/_{2970}$ kg Feingold festgesetzt worden war. Mehr als eine anläßlich der Reichsgründung emittierte Sondermünze schien damit nicht geschaffen worden zu sein, obgleich sie die neue Währung, die Mark, mit ihrer Goldbasis präjudizierte. Das war ein geschickter Schachzug, weil de jure damit an den bestehenden Verhältnissen eigentlich noch nichts verändert, aber de facto die Währungsfrage vorentschieden worden war; zugunsten einer Goldwährung und für die neue Reichswährung, die Mark. Da Goldmünzen im Zahlungsverkehr Mangelware gewesen sind und die Goldwährung gegenüber den Silberwährungen sich bald als die überlegene erwiesen hat, sind die neuen Münzen, die zunächst noch neben den alten umliefen, bereitwillig aufgenommen worden. Der Bedarf an Großgeld und die Vorliebe für Gold als Münzmetall sind der neuen Reichswährung gleichermaßen zugute gekommen. Nach Berechnungen von Helfferich belief sich der Anteil der Goldmünzen am damaligen deutschen Münzbestand „bei Beginn der Münzreform" auf 12 v. H., während er bereits 45 v.H. beim offiziellen Beginn der Markwährung (1876) erreicht hatte.[51] Das Vertrauen der Bevölkerung war so auf eine natürliche, keineswegs administrative Weise der neuen Währung zugewachsen.

Die nächsten Entschlüsse ließen sich nicht mehr so rasch und so leicht treffen. Zunächst stand das Münzgesetz auf der Traktandenliste. Aber obwohl nun definitive Entscheidungen über die Währungs- und die Münzfrage anstanden, wurden beide noch immer in der Schwebe gehalten. Zwar lautete der erste Satz des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 in lakonischer Kürze „An die Stelle der in Deutschland geltenden Landeswährungen tritt die Reichsgoldwährung" (Art. 1, Satz 1), aber weder waren die Landeswährungen damit schon abgeschafft, noch die ausschließliche Goldwährung verwirklicht worden, vielmehr blieb dies späteren Beschlüssen vorbehalten. Das Inkrafttreten der Reichswährung durfte erst nach Erlaß einer Kaiserlichen Verordnung erfolgen, die durch den Bundesrat bestätigt werden mußte (Art. 1, Abs. 2 des Münzgesetzes). Durch diese Kaiserliche Verordnung, die am 22. 9. 1875 ergangen ist, wurde die Reichswährung zum 1. 1. 1876 in Kraft gesetzt. Zu diesem Zeitpunkt hat auch die Reichsbank ihre Tätigkeit aufgenommen. Die letzten Reste der Landeswährungen mit gesetzlicher Zahlkraft verschwanden allerdings erst am 1. 10. 1907, und die reine Goldwährung wurde erst zum 1. 6. 1909 verwirklicht.[52] Die faktischen Verhältnisse hatten sich jedoch schon früher auf den endgültigen Zustand zubewegt. Der Gesetzgeber mußte die angestrebten Lösungen nicht in langwierigen politischen Scharmützeln ausfechten, mußte nichts auf riskante Weise vorherbestimmen und durchsetzen, sondern brauchte eine bereits eingetretene Entwicklung nur noch zu sanktionieren.

---

51 Vgl. *Helfferich* a. a. O. Die von Sprenger angegebenen Relationen, die sich auf die gleiche Quelle stützen, sind damit nahezu identisch, vgl. *Bernd Sprenger:* Das Geld der Deutschen, 2. Aufl., Paderborn 1995, S. 188.

52 Erst mit dem Münzgesetz vom 1. Juni 1909 wurde die hinkende Goldwährung durch eine reine Goldwährung ersetzt und die letzte Landesmünze, das preußische Eintaler-Nominal, das bis dahin noch gesetzliche Zahlkraft besessen hatte, verlor diese zum 1. 10. 1909.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Während das sog. Münzproblem kaum Anlaß zu wissenschaftlichen Ausarbeitungen und zu theoretischem Raisonnement geboten hat und damit auch dogmengeschichtlich nicht faßbar wird, blieb nach der Hitze der damaligen Debatten die Währungsfrage bis in die Neunzigerjahre hinein noch am Glimmen. Sie konnte immer dann nochmals aufflackern, wenn ein preisbedingter Zu- oder Abfluß von Gold- bzw. von Silbermünzen über die Landesgrenzen hinweg einsetzte und die Reichsbank zu entsprechenden Reaktionen gezwungen hat. Die Anhänger der Silber- oder auch der Doppelwährung fochten dabei ihre letzten Nachhutgefechte, denn die grundsätzlichen Entscheidungen waren längst gefallen. Die neue Währung hatte sich auf Dauer etabliert, und kaum jemand mochte mehr bestreiten, daß die deutsche Währungsunion nach 1870 ein Erfolg gewesen sei.

Resümee

Die dogmengeschichtliche Ausbeute der wissenschaftlichen Begleitung eines Ereignisses, das der Nationalökonomie große und theoretisch anspruchsvolle Aufgaben bieten konnte – die deutsche Währungsunion nach 1870 – wird man als enttäuschend bezeichnen müssen. Die Spurensuche heftet sich an zwei Namen, an Georg Adolf Soetbeer und Adolph Wagner, die jedoch auf ganz verschiedenen Gebieten tätig geworden sind, so daß sich ihre Wege nicht gekreuzt haben. Für beide gilt jedoch, daß ihre für unser Thema relevanten Arbeiten dogmengeschichtlich kaum mehr gewürdigt werden: Soetbeer mußte mit seiner Thematik – Gold- oder Silberwährung – ein Außenseiter bleiben und Wagner gilt offenbar so sehr als Finanzwissenschafter, daß er darüber als Währungstheoretiker kaum mehr wahrgenommen wird.

Aus heutiger Sicht hätten sich zwei große Diskussionsfelder angeboten: die sog. Währungsfrage und die Probleme der Noten- bzw. Zentralbankverfassung. Als Kern des Währungsproblems wurde damals fast ausschließlich das zugrunde zu legende Währungsmetall und die davon erwartete langfristige Gewährleistung der Preisstabilität betrachtet. Die weiter ausgreifende Frage nach der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Währung, nach der Funktion des Geldes und seiner generischen und definitorischen Bestimmung wurde nicht aufgegriffen. Als Notenbankproblem wurde dagegen die gesetzliche Regelung der notenemittierenden Banken einschließlich der Deckungsvorschriften und auch schon die Position eines lender of last resort verstanden, wenngleich damit nicht schon die Vorstellung von Geldmengenregulierung verbunden gewesen ist.

Die Währungsfrage erschöpfte sich in der Debatte über das zugrunde zu legende Währungsmetall: Gold oder Silber bzw. Gold und Silber. Die einzige wissenschaftliche Autorität, die sich in Deutschland dafür Gehör verschaffen konnte, war Soetbeer, dessen Begründung für die Vorzüge einer Goldwährung bei dem wichtigsten Akteur auf der politischen Bühne, bei Ludwig Bamberger, auf Gegenliebe gesto-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ßen war. Insoweit hat hier wissenschaftlicher Rat zu ausmünzbaren Ergebnissen verholfen.

Für die Entscheidung über das Zentralbankproblem ist dagegen wissenschaftliche Unterstützung, obwohl vorhanden, weniger fruchtbar geworden. Daß es sich lohnen konnte, darüber zu raisonnieren, kann mit dem Hinweis auf die drei Jahrzehnte zuvor in England geführte Debatte um die Peelsche Bankakte von 1844 verdeutlicht werden. Aber nur ein einziger deutscher Beitrag von dogmengeschichtlich relevanter Bedeutung läßt sich dazu finden; er stammt von Wagner. Sein voluminöses „System der Zettelbankpolitik" informiert über den damaligen Stand der Dinge auf dem Gebiet des Notenbankwesens. Seine kurz danach verfaßte „Zettelbankreform" ist zudem eine „Kritik des Bankgesetzentwurfs des Reichskanzleramts" und ein Gegenentwurf dazu. Ob und inwieweit sie den Lauf der Dinge beeinflussen konnte, muß als wenig wahrscheinlich beurteilt werden. – Da Wagners Arbeiten und Interessen von denen Soetbeers weit entfernt lagen, hat es keine Berührung und keine Diskussion zwischen beiden gegeben.

Als Grundlegung für das Währungs- und das Notenbankproblem hätte auch eine generelle Diskussion über die Funktion des Geldes erwartet werden können. Die deutsche Nationalökonomie befand sich jedoch auf diesem Gebiet erst in einem Stadium der Inkubation. Um so höher ist die Leistung von Knies mit seinem freilich erst 1873 erschienen Buch „Das Geld" einzuschätzen. Für eine Diskussion kam es zu spät, und es hat auch danach in Deutschland nicht die wünschenswerte Aufnahme gefunden.

Wegen der Ursachen für den Mangel an theoretischer Begleitung der damaligen Ereignisse muß wohl zuerst auf die in Deutschland bis anfangs der Siebzigerjahre noch wenig entwickelte Geld- und Währungstheorie verwiesen werden. Dieser Rückstand findet freilich seine Entsprechung, wenn nicht gar seine Begründung, in der Realität, d. h. in der Zerrissenheit und Rückständigkeit des deutschen Geldwesens und dessen noch wenig entwickelten Finanzmärkten und Finanzinstitutionen, für die erst nach 1870, durch die einheitliche Währung, idealere Entfaltungsmöglichkeiten für einen größeren gemeinsamen Finanzmarkt geschaffen worden sind.

Wenn diese Kausalität zutrifft – die Entwicklung ökonomischer Theorie aufgrund der Vorgängigkeit institutioneller Gegebenheiten, wodurch sich Nationalökonomie als Wirklichkeitswissenschaft erweist –, so würde das unsere Disziplin auf doppelte Weise als Institutionenökonomie ausweisen, da sie nicht nur die Institutionen zu erklären hätte, sondern ihrerseits ein Produkt von Institutionen wäre.

Ausgewählte Literatur

Altmann, S. P.: Zur deutschen Geldlehre des 19. Jahrhunderts, in: Gustav Schmoller zur siebenzigsten Wiederkehr seines Geburtstages, Erster Teil, Leipzig 1908.

Bamberger, Ludwig: Reichsgold, 2. Aufl. 1876.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

– Ausgewählte Reden und Aufsätze über Geld- und Bankwesen, hrsg. von Karl Helfferich, 2 Lieferungen, Berlin 1900.

Borchardt, Knut: Währungs- und Finanzpolitik von der Reichsgründung bis zum I.Weltkrieg, in: Währung und Wirtschaft in Deutschland, Hrsg. Deutsche Bundesbank, Frankfurt a. M. 1976.

Eynern, Gert von: Die Reichsbank, Jena 1928. (Darin: „Die Vorgeschichte der Reichsbank".)

Grasser, Walter: Deutsche Münzgesetze 1871 - 1971, München 1971.

Helfferich, Karl: Geschichte der deutschen Geldreform. Die Reform des deutschen Geldwesens nach der Gründung des Reiches, 2 Bände, Leipzig 1898.

– Ludwig Bamberger als Währungspolitiker, in: Ludwig Bamberger, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1900, Lieferung I.

Köllner, Lutz: Chronik der deutschen Währungspolitik 1871 - 1971, Frankfurt a. M. 1972.

Lichter, Jörg: Goldwährung oder Doppelwährung: Der Bimetallismusstreit im Deutschen Reich 1880 bis 1895, in: Bankhistorisches Archiv, 2/1966, Frankfurt a. M.

Lotz, Walter: Geschichte und Kritik des deutschen Bankgesetzes vom 14. März 1875, Leipzig 1888.

Mildschuh: Geschichtliche Entwicklung der Geldtheorie, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Bd. 4, Artikel „Geld".

North, Michael: Die Umsetzung monetärer Grundkonzeptionen in der Notenbankpolitik Preußen/Deutschlands im 19. Jahrhundert, in diesem Band, Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XVII, Berlin 1998.

Die Reichsbank 1876 - 1900, Jena o.J.

Rist, Charles: Geschichte der Geld- und Kredittheorien von John Law bis heute, Bern 1947.

Schachtschabel, H. G.: Die Entwicklung der deutschen Währungsgesetzgebung seit der Reichsgründung, in: Deutsche Geldpolitik, Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Berlin 1941.

Schultz, Bruno: Kleine deutsche Geldgeschichte, Berlin 1976.

Schumpeter, Joseph A.: Geschichte der ökonomischen Analyse, 2 Teilbände, Göttingen 1965.

– Das Wesen des Geldes, (darin „Kapitel III, Skizze der Entwicklung der Geldtheorie"), Göttingen 1970.

Soetbeer, Adolf: Die fünf Milliarden. Betrachtungen über die Folgen der großen Kriegsentschädigung für die Wirthschaftsverhältnisse Frankreichs und Deutschlands, Berlin 1874.

– Deutsche Münzverfassung, Erlangen 1874 - 76.

– Literaturnachweis über Geld- und Münzwesen, insbesondere über den Währungsstreit, 1871 - 1891, Berlin 1892.

Sprenger, Bernd: Währungswesen und Währungspolitik in Deutschland von 1834 bis 1875, Kölner Vorträge und Abhandlungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Heft 33, Köln 1981.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

– Das Geld der Deutschen: Geldgeschichte Deutschlands von den Anfängen bis zur Gegenwart, Paderborn 1991.

Veit, Otto: Grundriss der Währungspolitik, 3. Aufl., Frankfurt a. M. 1969.

Wagner, Adolph: Beiträge zur Lehre von den Banken, Leipzig 1857, Neudruck Vaduz / Lichtenstein 1977.

– Die Geld- und Kredittheorie der Peelschen Bankakte, Wien 1862.

– System der Zettelbankpolitik, mit besonderer Rücksicht auf das geltende Recht und auf deutsche Verhältnisse. Ein Handbuch des Zettelbankwesens, 2. Aufl., Freiburg i. Br. 1873.

– Die Zettelbankreform im Deutschen Reiche. Kritik des Bankgesetzentwurfs des Reichskanzleramts, nebst formuliertem Gegenvorschlag, besonders betreffend die Erhebung der Preussischen Bank zur Reichsbank, Berlin 1875.

Wagner, Valentin: Geschichte der Kredittheorien, Wien 1937.

Winkel, Harald: Die Entwicklung der Geldtheorie in der deutschen Nationalökonomie des 19. Jahrhunderts und die Gründung der Reichsbank, in: Helmut Coing und Walter Wilhelm: Wissenschaft und Kodifikation, Frankfurt a. M. 1980.

Wirth, Max: Die Münzkrisis und die Notenbank-Reform im Deutschen Reiche, Köln 1874.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der deutsche Volkswirt 1926 bis 1933

Eine Fallstudie zur publizistischen Umsetzung wirtschaftspolitischer Konzeptionen

Von *Heinz Rieter,* Hamburg*

> „Der D.V. [*Deutsche Volkswirt*] kann das, was mir vorschwebt, nur werden, wenn er geistig repräsentativ wird, das heißt, wenn es ihm gelingt, Mittelpunkt zu werden für alle geistigen Menschen soweit sie in und für Deutschland etwas zu sagen haben ..."[1]

Der deutsche Volkswirt wurde 1926 in Berlin von dem österreichisch-deutschen Publizisten und Nationalökonomen Gustav Stolper (1888 - 1947) als Wochen-*Zeitschrift für Politik und Wirtschaft* begründet und von ihm in letzter Verantwortung bis Juni 1933 herausgegeben und redigiert.[2] Stolper verfolgte damit ein klargestecktes Ziel, das er im ersten Heft vom 1. Oktober 1926 gleich im ersten Satz seines Leitartikels „Politik und Wirtschaft" mit diesen Worten umriß: „Die Zeitgeschichte weist dieser Zeitschrift ihr Programm: Politik und Wirtschaft in ihrer gegenseitigen Durchdringung, ihrer gegenseitigen Abhängigkeit zu erkennen."[3] Das Blatt vermochte sich schnell und erfolgreich zu etablieren, es galt bis zum Ende

---

* Überarbeitete Fassung des Referates, das ich am 29. März 1996 auf der 17. Tagung des Dogmenhistorischen Ausschusses der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Socialpolitik) in Maastricht vorgetragen habe. Ich danke allen Teilnehmern, insbesondere den Herren *Jürgen G. Backhaus, Alfred Bürgin, Gottfried Eisermann, Karl Häuser, Norbert Kloten, Rainer Klump, Birger P. Priddat, Christian Scheer, Harald Scherf* und *Erich W. Streißler* für ihre Fragen und Hinweise, denen ich allesamt nachgegangen bin und die mich teilweise veranlaßt haben, den Redetext zu revidieren oder zu ergänzen. Mein ganz besonderer Dank gilt *Karl Häuser,* der mir in großzügiger Weise erlaubte, die zahlreichen Briefe und Karten, die Toni Stolper und er zwischen 1955 und 1986 gewechselt haben, zu lesen und daraus erstmals zu zitieren. Schließlich konnte ich bei der Ausarbeitung dieses Beitrages teilweise auf das Manuskript eines unveröffentlichten Vortrages zurückgreifen, den ich am 1. Oktober 1994 zum Thema „‚Der deutsche Volkswirt' 1926 - 1933. Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftswelt im Spiegel einer Zeitschrift" auf dem 40. Deutschen Historikertag in Leipzig gehalten habe.

1 Gustav Stolper im Mai 1926 in einem Brief an Joseph Schumpeter, zitiert nach *Toni Stolper* 1960/1979, S. 191. Wegen der genauen bibliographischen Angaben siehe hier wie im folgenden das Literaturverzeichnis am Ende meines Beitrages.

2 Beim Quellenbeleg werde ich die Zeitschrift fortan unter dem Kürzel *DdV* zitieren.

3 *DdV,* 1. Jg., Nr. 1, 1. Oktober 1926, S. 11.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Weimarer Republik als das angesehenste deutsche Wirtschaftsmagazin. Zu den freien Mitarbeitern und Autoren gehörten viele namhafte in- und ausländische Gelehrte (insbesondere Ökonomen), Politiker, hohe Staatsbeamte, Gewerkschafter, Wirtschaftsführer, Bankiers, Techniker und Publizisten. Nach Hitlers Machtergreifung wurde Stolper, der jüdischer Abstammung und ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus war, genötigt, die Zeitung ‚unter Wert' zu verkaufen. Noch im gleichen Jahr emigrierte er mit seiner Familie in die Vereinigten Staaten von Amerika. Damit endete abrupt ein in dieser Vollendung weder vor- noch nachher im deutschen Sprachraum geglücktes wirtschaftspublizistisches Unternehmen. Stolpers *Volkswirt* erwies und bewährte sich als ein Forum für intensive und unmittelbare Diskussionen zwischen (Wirtschafts-)Wissenschaft und (Wirtschafts-)Praxis. Dabei wurden einerseits wissenschaftliche Erkenntnisse prompt und verständlich einem anspruchsvollen und zum Teil einflußreichen Leserkreis vermittelt. Andererseits präsentierte die Zeitschrift laufend gründlich recherchierte Fakten aus Politik und Wirtschaft, derer sich wiederum Wissenschaftler gern bedienten. Erklärungen für eine solche Leistungsfähigkeit und Resonanz der Zeitschrift sind u. a. zu suchen in

- Stolpers charismatischer Persönlichkeit, seiner Weltanschauung und fachlichen Kompetenz, seiner schriftstellerischen Begabung sowie in seinen festen Vorstellungen vom Gegenstand und den Methoden einer (modernen) Wirtschaftswissenschaft;
- der personellen Zusammensetzung der Redaktion und deren Arbeitsteilung;
- der Auswahl der freien Mitarbeiter und Autoren;
- der systematischen Verfolgung aller angeschnittenen Themen;
- spezifischen Methoden und Wegen der Informationsbeschaffung, -verarbeitung und -vermittlung;
- dem bewußten Versuch, Entscheidungsträger im Sinne bestimmter (wirtschafts)-politischer Konzeptionen zu beeinflussen.

Ich werde in den Abschnitten I bis III versuchen, diese Punkte im einzelnen zu belegen.

Der deutsche Volkswirt hat sich mit allen wichtigen ökonomischen und sozialen Problemen der Weimarer Republik auseinandergesetzt – Inflationsfolgen, Reparationslasten, internationale Währungsordnung, Weltwirtschaftskrise, Arbeitsbeschaffung, Soziale Sicherung, Staatsverschuldung, Finanzreform und anderes mehr. Seine Analysen waren durchweg wissenschaftlich fundiert und dezidiert in ihren (wirtschafts)politischen Schlußfolgerungen. So konnte die Zeitschrift auf Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gestaltend einwirken sowie den Gang der Wirtschaftswissenschaft mitbestimmen. Beides will ich exemplarisch im Abschnitt III zeigen, indem ich drei charakteristische, miteinander verbundene ‚wirtschaftspolitische Konzeptionen' herausgreife, die vom *Volkswirt* nachhaltig vertreten und vielfach öffentlich lanciert worden sind:

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1. Vorstellungen über die Rolle des Staates, insbesondere über die Möglichkeiten und Grenzen seiner ökonomischen Aktivität in der ‚modernen' Industriegesellschaft und Wettbewerbswirtschaft.
2. Der Gedanke einer rationalen, d. h. die ‚ökonomischen Gesetze' beachtenden Prozeßpolitik.
3. Ordnungspolitische Ideen von einem ‚dritten Weg' zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen Individualismus und Kollektivismus, zwischen Markt- und Planwirtschaft.

Wie das Zusammenspiel dieser Prinzipien gedacht war, belegt am besten „Ein Finanzplan" mit „Vorschlägen zur deutschen Finanzreform", den Stolper im Jahre 1929 vorlegte und der namentlich von Joseph Schumpeter wissenschaftlich untermauert wurde. Verglichen mit anderen zeitgenössischen Reformprojekten war er der „meist erörterte Plan für einen Umbau des deutschen Steuersystems",[4] weil er ein neues, nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten konzipiertes System der Staatseinnahmen und eine völlig andere Verteilung der Steuerquellen als bisher vorsah. Der Plan wurde zwar nicht verwirklicht, hinterließ jedoch Spuren in der deutschen Finanzwirtschaft und Finanzwissenschaft. Ich werde dies im Abschnitt IV behandeln.

I. Gustav Stolper – „Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit"[5]

Gustav Stolper wurde am 25. Juli 1888 in Wien geboren. Seine Eltern entstammten ostjüdischen Familien, die nach der Jahrhundertmitte aus Galizien in die Reichshauptstadt der österreichisch-ungarischen Monarchie zugewandert waren. Der Vater arbeitete bei einer Bank und verdingte sich nebenher als Hauslehrer. Der junge Stolper interessierte sich früh für wirtschaftliche Fragen. Schon als Gymnasiast schrieb er einschlägige Zeitungsartikel. Seine Berufswahl stand für ihn von

---

[4] *Brügelmann* 1956, S. 105. Ähnlich *Dieckmann* 1960, S. 109.

[5] Diesen Titel gab Toni Stolper (1890 - 1988) ihrem Erinnerungsbuch (*Toni Stolper* 1960/1979), in welchem sie den Lebens- und Berufsweg ihres Mannes von Wien über Berlin nach New York einfühlsam nachgezeichnet hat. Bei aller Subjektivität der Darstellung ist dieses Werk ohne Frage ein zuverlässiges und faktenreiches Dokument. In diesem wie im folgenden Abschnitt stütze ich mich oftmals darauf. Des weiteren habe ich herangezogen: Die Würdigung Stolpers durch seinen ältesten Sohn (*Wolfgang F. Stolper* 1986); Karl Häusers schöne *Hommage* an Toni Stolper (*Häuser* 1993) und den Schriftwechsel zwischen ihnen; die Kieler Dissertation der Historikerin Barbara Sattler, die u. a. mit Toni Stolper und Carl Landauer korrespondiert und den Nachlaß von Gustav Stolper im Bundesarchiv Koblenz eingesehen und teilweise ausgewertet hat (*Sattler* 1982); die in Fußnote 14 genannten Quellen sowie den Beitrag von Karl Holl über Gustav Stolper, der demnächst im *Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933* erscheinen wird (*Holl* 1998). *Harald Hagemann,* einer der Herausgeber, hat mir dankenswerterweise die Druckvorlage des Beitrages vorab zu lesen gegeben. Hinsichtlich aller Details zum Leben und Schaffen von Gustav und Toni Stolper verweise ich pauschal auf die in dieser Fußnote genannten Quellen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anfang an fest – er wollte Nationalökonomie studieren und danach Wirtschaftsjournalist werden. Da ein Studium der Volkswirtschaftslehre an der Wiener Universität damals nur im Rahmen der juristischen Ausbildung möglich war, schrieb er sich 1906 für diesen Studiengang ein. Seine wirtschaftswissenschaftlichen Lehrmeister wurden die Grenznutzentheoretiker Friedrich von Wieser und Eugen von Böhm-Bawerk sowie der ‚Kathedersozialist' Eugen Philippovich von Philippsberg, der Stolper auch nach dem Abschluß seines Studiums förderte und ihm ein väterlicher Freund wurde. 1912, im Jahr nach seiner Promotion zum *Doctor iuris utriusque,*[6] trat Stolper in die Redaktion der Wochenschrift *Der Österreichische Volkswirt* ein, die Walther Federn 1908 nach dem Vorbild des englischen *Economist* gegründet hatte. Gerade einmal 26 Jahre alt, wurde Stolper Mitherausgeber dieses mittlerweile renommierten Finanzjournals. Er gab ihm insoweit ein neues Profil, als er vermehrt aktuelle wie prinzipielle volkswirtschaftliche und politische Themen aufgriff. Stolper machte sich damit schnell einen Namen und zählte schon bald zu den tonangebenden Publizisten Österreichs. Seine Stimme – etwa als Wiener Korrespondent der *Vossischen Zeitung* – hatte auch in Deutschland einen guten Klang. Und neben dem journalistischen Tagwerk fand Stolper noch die Zeit, Vorlesungen und Vorträge zu halten, für wirtschaftswissenschaftliche Zeitschriften, z. B. das angesehene *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik,* zu schreiben sowie in Fachgesellschaften, namentlich im Verein für Socialpolitik, mitzuarbeiten. All dies behielt er auch in Zukunft konsequent bei.

Seit frühester Jugend entwickelte Stolper ein „übermächtiges Freiheitsbedürfnis" und eine „starke Individualität".[7] Zeitlebens blieb er dieser „liberale Individualist",[8] der den Menschen zugetan war, aber unter ihrer Vermassung litt. Auch Stolpers politische Weltsicht klärte sich bereits in den allerersten Berufsjahren. Eine wesentliche Rolle spielte dabei der Erste Weltkrieg, ein Ereignis, das ihn wie viele seiner Zeitgenossen tief erschütterte. Er sah das unsägliche Leid, das der Krieg den Völkern Europas zufügte, und mußte erleben, wie das Habsburger Reich 1918 auseinanderbrach und Österreich politisch und wirtschaftlich in eine desolate Lage geriet. Dementsprechend wurde seine Einstellung von zwei Fixpunkten blei-

---

6 Stolper brauchte dazu der Fakultät keine Dissertation einzureichen. *Erich W. Streißler* (Universität Wien) war so freundlich, mir anhand der Fakultätsakten darüber Auskunft zu geben, welche Promotionsleistungen damals gefordert wurden und welche Noten Stolper in den staatswissenschaftlichen Fächern erzielt hat: „Für das rechtswissenschaftliche Doktorat an der Universität Wien mußten drei Rigorosen abgelegt werden, und zwar das judizielle, das rechtshistorische und das staatswissenschaftliche Rigorosum. Im staatswissenschaftlichen Rigorosum wurde stets von zwei Prüfern (also zweimal) Nationalökonomie und obendrein öffentliches Recht geprüft. Gustav Stolper legte dieses am 17. Jänner 1911 ab, und zwar mit der Note ‚einstimmig genügend' (d. h. alle 4 Noten lauteten auf genügend oder besser). Seine Prüfer in Nationalökonomie waren Böhm-Bawerk und Philippovich. Beide beurteilten Stolper mit ‚+genügend'. In die deutsche Notengebung übersetzt, könnte man dieses Ergebnis etwa als ‚cum laude' werten."

7 *Toni Stolper* 1960/1979, S. 38; siehe auch S. 71.

8 So charakterisierte Toni Stolper ihren Mann in einem Brief vom 31. März 1959 an Karl Häuser.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bend bestimmt – einer ausgeprägt sozial-liberalen Gesinnung sowie dem festen Glauben, daß Deutsch-Österreich nur dann eine Zukunft habe, wenn es sich – zumindest wirtschaftlich – mit dem Deutschen Reich verbinde. Mit solchen Gedanken geriet Stolper zwangsläufig in den Bannkreis des hochgeachteten deutschen Politikers und Sozialreformers Friedrich Naumann,[9] der damals die Ideen der (sozialen) „Hilfe"[10] und eines geeinten „Mitteleuropa" eindringlich vertrat.[11] Die „Gestalt Friedrich Naumanns" wurde für Stolper geradewegs „zum Urerlebnis".[12] Für ihn war er „der größte deutsche Redner" und „wahrscheinlich auch der herrlichste deutsche Mensch", den er nicht nur als „Reformator des deutschen Liberalismus", sondern auch wegen seines „unendlich gütigen Menschentums" verehrte.[13] Er las begeistert Naumanns Schriften, und als er ihn während des Krieges persönlich kennenlernte, vertiefte sich die Beziehung zu ihm in langen Gesprächen. Wie noch zu zeigen sein wird, ist Stolper von ihm in mancherlei Hinsicht stark beeinflußt worden.

Stolper begegnete 1918, im Jahr vor Naumanns frühem Tod, auch erstmals Theodor Heuss, dessen treuem Paladin seit mehr als einem Jahrzehnt. Damit begann eine lebenslange enge Freundschaft und harmonische Zusammenarbeit zwischen diesen beiden gleichgestimmten und fast gleichaltrigen Männern.[14] Um der

---

9 Authentisch und facettenreich hat Theodor Heuss in seinem großen Buch über Naumann (*Heuss* 1937/1968) den „Mann, das Werk, die Zeit" porträtiert.

10 Mit der Wochenschrift *Die Hilfe* (vgl. *Heuss* 1937/1968, S. 111 ff.) schuf Naumann Ende 1894 ein publizistisches Organ, das ihm dazu diente, seine christlich-sozialen Reformideen zu verbreiten und Gleichgesinnte um sich zu scharen. Von 1905 bis 1912 gehörte der junge Theodor Heuss der Redaktion an.

11 Vgl. zu Naumanns „Mitteleuropa"-Konzeption *Heuss* 1937/1968, S. 361 ff. Stolper hielt sie für „eine politische Offenbarung" (zitiert nach *Toni Stolper* 1960/1979, S. 95). Er reagierte darauf mit einer Artikelserie im *Österreichischen Volkswirt,* die dann 1917 unter dem Titel *Das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem* als Buch erschien. Wie *Heuss* (ebd., S. 406) ausdrücklich vermerkt hat, nahm Naumann diesen Beitrag beifällig auf: „Gustav Stolpers Buch über das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem wurde als die sachkundigste Unterstützung des eigenen Werkes sehr geschätzt." Siehe darüber hinaus *Stolpers* Publikation *Wir und Deutschland* aus demselben Jahr. Dies alles „machte ihn" – so Heuss (in *Gustav Stolper* 1949, S. 370) – „zum nahen Mitarbeiter bei F. Naumanns ‚Mitteleuropa'-Gedanken". Und der Gedanke selbst ist seitdem nie wieder aus der politischen Diskussion verschwunden. Vgl. ganz aktuell aus österreichischer Sicht *Busek* 1997.

12 *Toni Stolper* 1960/1979, S. 84; siehe auch S. 91 - 104.

13 Ebd., S. 94 f.

14 Zu der tiefen und dauerhaften Beziehung zwischen den Familien Heuss und Stolper siehe sowohl *Toni Stolper* 1960/1979 mit zahlreichen Belegstellen (vgl. Register, S. 493) als auch *Heuss* 1963, S. 226 f., S. 375 ff. und passim; *Heuss* 1964/1966, S. 166 - 168; sowie die „Tagebuchbriefe", die der erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1955 und 1963 Toni Stolper geschrieben hat (*Heuss* 1970; zu beachten ist auch die „Einleitung" von *Eberhard Pikart,* S. 9 - 32, insbesondere S. 10 - 17). In einer Rede bekannte Heuss 1952, daß ihm sein Freund Gustav Stolper „in den späten Jahren menschlich am nächsten stand" (*Heuss* 1965, S. 168; siehe auch *Heuss* 1970, S. 107, S. 302 und S. 417). Und Toni Stolper gestand er (*Heuss* 1970, S. 392) in einem Brief vom 24. Januar 1959 „mein inniges Bedürfnis, Erlebnis und Empfindung des Tages mit Dir zu teilen".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gemeinsamen politischen Sache auch von österreichischer Seite Nachdruck zu verleihen, gründete Stolper Ende 1918 eine Bürgerlich-Demokratische Partei. Obwohl diese bei den ersten Wahlen zum deutsch-österreichischen Parlament einen Achtungserfolg erringen konnte, vermochte sie sich nicht auf Dauer in der Parteienlandschaft zu etablieren. Stolper zog sich daraufhin aus der Parteipolitik wieder zurück und begrub seine Hoffnung, daß der Anschluß Österreichs an Deutschland in absehbarer Zeit doch noch gelingen könnte, zumal der Versailler Friedensvertrag solchen Plänen im Weg stand.

Im Jahr 1921 heiratete Gustav Stolper in zweiter Ehe Toni Kassowitz, die jüngste Tochter eines bekannten, bereits 1913 gestorbenen Wiener Kinderarztes und Professors für Biologie. Sie war eine lebhafte und gestandene Frau, die zunächst in Wien und dann in Berlin Nationalökonomie studiert hatte und von Heinrich Herkner und Max Sering 1917 promoviert worden war.[15] Da die jüdischen Familien Kassowitz und Stolper seit vielen Jahren miteinander befreundet waren, kannte sich das Paar bereits gut. Zudem hatte Stolper seine zukünftige Frau, die sich ebenfalls journalistisch betätigte, als freie Autorin des *Österreichischen Volkswirtes* schätzen gelernt. Und bis zu seinem Tode blieb sie seine engste Mitarbeiterin und treueste Mitstreiterin.

Nach Kriegsende störte die Stolpers zunehmend die geistige Enge des kleingewordenen Österreichs. Zudem litten sie unter dem wieder aufflammenden Antisemitismus. Dies und einiges mehr veranlaßte sie, ihrem Heimatland den Rücken zu kehren und nach Deutschland zu gehen. Sie fühlten sich daraufhin wie befreit von „den Elendsjahren der Nachkriegszeit, 1918 - 1925, als wir dem schaebig gewordenen Lande in das grosse Berlin der Weimarzeit entkamen".[16] Und der Zielort konnte nur die Reichshauptstadt sein, denn: „Wer politisch etwas bewirken, von der Politik profitieren oder auch nur in ihr mitspielen wollte, der mußte in Berlin leben", erinnert sich der Politologe Theodor Eschenburg,[17] den es etwa zur gleichen Zeit dorthin zog. Stolper hatte bereits von Österreich aus einen entsprechenden Wirkungskreis gesucht – und gefunden: Er wurde 1925 Chefredakteur beim *Berliner Börsen-Courier.* Doch diese Tätigkeit sollte nur ein kurzes Zwischenspiel bleiben. Schon in seinem Arbeitsvertrag hatte er sich ausbedungen, nebenher versuchen zu dürfen, eine eigene politisch-ökonomische Zeitung auf die Beine zu stellen. Er ließ seinen Landsmann Joseph Schumpeter, den er schon aus Wien gut kannte und der seit 1925 an der Universität Bonn lehrte, wissen:[18]

---

[15] In ihrer Dissertation hatte sie *Die neueren handelspolitischen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und den Balkan-Ländern bis zum Ausbruch des Weltkrieges* behandelt. Vgl. Jahresverzeichnis der an den Deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen erschienenen Schriften, Band XXXIII, Jg. 1917, Berlin 1918, S. 238.

[16] Mit diesen Worten beschrieb Toni Stolper die damalige Gefühlslage Jahrzehnte später in einem Brief vom 5. Januar 1957 an Karl Häuser.

[17] *Eschenburg* 1995, S. 190.

[18] So Stolper in einem Brief an Schumpeter, zitiert nach *Toni Stolper* 1960 / 1979, S. 190.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„Ich habe nicht die Absicht, ein Fachblatt zu machen ... Was mir vorschwebt ist eine Kombination von ‚Economist' und ‚Nation', das heißt, es soll neben dem volks- und privatwirtschaftlichen auch der ganze Komplex der Außenpolitik, der großen sozialen und weltanschaulichen Strömungen, soweit sie das politisch-soziale Leben berühren, erörtert werden. Der inneren Politik will ich ausweichen, soweit es sich nicht um wirtschaftspolitische und soziale Fragen handelt ..."

Im Herbst 1926 war es dann soweit – *Der deutsche Volkswirt* wurde aus der Taufe gehoben, finanziert von Stolper selbst und sechs guten Bekannten aus Wiener Tagen. Sie fungierten als stille Teilhaber. Ihr Kreis wurde im Laufe der Zeit kleiner, als Stolper drei von ihnen ausbezahlte und damit seinen Kapitalanteil auf fast 50 Prozent erhöhte. Für Stolper, der mittlerweile beim *Berliner Börsen*-Courier ausgeschieden war, begannen mit dem Wagnis *Volkswirt* sieben äußerst fruchtbare Jahre öffentlichen Wirkens in Deutschland.

Eine passende politische Heimat fand Stolper in Berlin natürlich sogleich in der Ende 1918 gegründeten Deutschen Demokratischen Partei (DDP), deren erster Vorsitzender Friedrich Naumann gewesen war und die sich im Sommer 1930 mit gleichgesinnten Kräften zur Deutschen Staatspartei zusammenschloß.[19] Er wurde schon Ende 1925 in den Vorstand der DDP kooptiert, entwarf ihr (neues) sozialliberales Wirtschaftsprogramm und vertrat die Deutsche Staatspartei ab 1930 im Deutschen Reichstag als Abgeordneter für Hamburg. Ihm stand eine glänzende Zukunft bevor: „Stolper hatte sich in wenigen Jahren großes Ansehen in der Öffentlichkeit erworben, und seine Zeitschrift hatte allen anderen den Rang abgelaufen. Er gehörte zur Prominenz der Demokratischen Partei und galt vielen als ihr kommender Mann", schreibt Theodor Eschenburg,[20] zu jener Zeit einer seiner politischen Weggefährten. Aber für Stolper kam mit einem Schlag alles ganz anders. Als die Nationalsozialisten 1933 an die Macht gelangten und nach dem Reichstagsbrand auch *Der deutsche Volkswirt* wegen seiner dezidiert kritischen Einstellung gegenüber den neuen Herren[21] vorübergehend verboten wurde, stand für Stolper sofort fest, mit Frau und Kindern zu emigrieren. Überliefert sind seine Worte: „Wir wandern aus. Dem Hitler tue ich nicht die Ehre an, unter ihm zu leben."[22]

---

19 Zur Geschichte dieser beiden liberaldemokratischen Parteien vgl. aus der neueren Literatur u. a. *Fricke et al.* 1968, S. 302 - 332; *Stephan* 1973; *Schneider* 1978; *Frye* 1985; *Stang* 1994.

20 *Eschenburg* 1995, S. 282.

21 Eines von vielen Beispielen: Nachdem im Sommer 1932 die nationalsozialistische Machtübernahme noch abgewendet werden konnte, schrieb Stolper erleichtert (*DdV,* 7. Jg., Nr. 12/13, 23. Dezember 1932, S. 367), daß ein „Schutzengel" das deutsche Volk „vor einer Hitler-Diktatur bewahrt (hat), die das Ende nicht nur der deutschen Freiheit, sondern des deutschen Geistes gewesen wäre ... Wäre Hitler klüger als er ist, so wäre er nicht Hitler. Wäre der Nationalsozialismus regierungsfähig, so wäre er nicht der Nationalsozialismus. Das werden allmählich auch die begreifen, die das Hitlertum bis heute noch immer mit jener Mischung aus Kritik und Respekt behandeln, die fast noch abstoßender wirkt als seine kritiklose Verhimmelung".

22 *Toni Stolper* 1960/1979, S. 315.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Stolper ging nichtsdestoweniger schweren Herzens. Am 2. Juli 1933, dem Tag seiner Abreise aus Berlin, schrieb er dem mit den Nationalsozialisten sympathisierenden Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht, „dem Förderer seines deutschen Beginns“[23] und früheren Parteifreund, den er wegen seines ökonomischen Sachverstandes zwar unvermindert schätzte,[24] der aber politisch nun endgültig sein Gegner geworden war:

> „... Sie, der Sie vielleicht mehr von meinem politischen Glaubensbekenntnis wissen als die meisten meiner Freunde, können ermessen, was für mich der Abschied von Deutschland bedeutet, und noch dazu der Abschied von einem Deutschland, dem ich trotz allem, was mir geschehen mag, mit Leib und Seele verbunden bleibe. Ich verlasse dieses Land, weil man mich hier nicht leben läßt, aber ich werde niemals mich als Emigrant, sondern stets als deutscher Bürger fühlen ...“[25]

Dies waren keine leeren Worte, denn sie blieben sowohl für Gustav als auch für Toni Stolper bis zum Lebensende eine wichtige Richtschnur ihres Denkens und Handelns.[26]

Durch Vermittlung des Zürcher Bankiers Felix Somary – ein Schüler (wie Stolper) von Philippovich und dem *Volkswirt* als Mitgesellschafter und Autor eng verbunden – gelang es, das Blatt zu verkaufen, allerdings nur zu einem Spottpreis von letztlich 90.000 Reichsmark (das eingezahlte Kapital der *Deutschen Volkswirt GmbH* betrug 300.000 Reichsmark). Als Käufer traten die Journalisten Otto Meynen und Franz Reuter auf. Sie handelten möglicherweise im Auftrag von Hjalmar Schacht, der schon viele Jahre mit Somary befreundet war.[27] Vermutlich arrangierte Schacht auch den sofortigen Transfer der Kauf-

---

23 *Heuss* 1964/1966, S. 167.

24 Siehe z. B. den ungezeichneten, aber wohl von Stolper geschriebenen Beitrag „Luther und Schacht“ in *DdV*, 7. Jg., Nr. 24/28, 12. April 1933, S. 761 - 763. Sein Verfasser erinnerte daran, daß der „‘Deutsche Volkswirt‘ ... Schacht als Reichsbankpräsident von Anfang an publizistisch aufs stärkste unterstützt (hat)“ (ebd., S. 762) und bescheinigte ihm sogar noch in den ersten Monaten des Nazi-Regimes eine „Politik, bei der ihm alle Vernünftigen und Verantwortungsbewußten im Lande Gefolgschaft leisten“ werden (ebd., S. 763).

25 Zitiert nach *Toni Stolper* 1960/1979, S. 326. Bereits 1927 hatte das Ehepaar Stolper die deutsche Staatsbürgerschaft erworben; vgl. *Holl* 1998.

26 Stark bewegt von Reiner Kunzes damals gerade erschienenem Prosawerk *Die wunderbaren Jahre* mit beklemmenden Momentaufnahmen aus dem DDR-Alltag, das Toni Stolper von Karl Häuser geschenkt bekommen hatte, schrieb ihm die Sechsundachtzigjährige am 25. Juli 1977: „Ohnehin gehöre ich vielleicht zu den nicht allzuvielen aus Deutschland Expatriierten, die sich noch nie und noch gar nicht mit Der Mauer usw. abfinden können. Ich war zum Stichtag in Stuttgart, und ich kann es noch heute Adenauer nicht verzeihen, dass er nicht Gerstenmaiers politisch würdigem Antrag folgte, sofort den Bundestag zu Sitzung und Manifest einzuberufen ... Und seither quält mich der vorhersehbare, aber noch schlimmere Schaden an beiden abgetrennten Körperteilen des Landes der Deutschen. Warum ich mit diesen Dingen in der Entfernung vielleicht schwerer ringe als manche mitten drinnen, da oder dort? Vielleicht, weil in meinem Gefühl und Urteil von der Welt- und Zeitgeschichte die NATION, die viele in die Vergangenheit schieben zu können glauben, noch auf weltgeschichtliche Kapitel hinaus die Zukunftsrolle spielen muss.“

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

summe ins Ausland, so daß Stolper dort wenigstens über ein gewisses Startkapital verfügen konnte.

Der deutsche Volkswirt wurde Zug um Zug ‚gleichgeschaltet'. Meynen und Reuter verkündeten namens Verlag und Redaktion am 7. Juli 1933, im ersten nach Stolpers Ausscheiden erschienenen Heft, den Richtungswechsel:[28]

> „Die neue Zeit steht auch für den ‚Deutschen Volkswirt' im Zeichen der nationalen Erneuerung, der sich kein Bereich des öffentlichen Lebens in Deutschland, auch nicht die wirtschaftliche Presse und gewiß nicht ihr führendes Organ entziehen kann ... Der ‚Deutsche Volkswirt' soll keine Politik im eigentlichen Sinne treiben. Seine Aufgabe ist die Darstellung und Beurteilung der wirtschaftlichen Vorgänge und Fragen Deutschlands und der Welt. Gewiß muß diese Arbeit getragen sein von großen Ideen, sie wird in Einklang stehen mit denen von uns vollkommen bejahten Zielen der geschichtlichen Bewegung unserer Zeit ... In dieser Zeit des Aufbruchs, der unübersehbaren geistigen und gesellschaftlichen Neubildungen möchte der Deutsche Volkswirt eine besondere Aufgabe übernehmen. Er überläßt die politische Publizistik anderen Organen und ist darüber hinaus der Ansicht, daß dem Nationalsozialismus die politische Führung allein gebührt ..."

---

27 Leider ist Felix Somary in seinen Memoiren (*Somary* 1994) mit keinem Wort auf diese Transaktion eingegangen, mehr noch: Er erwähnte Stolper nur zweimal am Rande (ebd., S. 151 und S. 243) und seine eigene enge Verbindung zum *Volkswirt* gar nicht. Auch Franz Reuter, „der als Herausgeber des ‚Deutschen Volkswirts' – nach der Emigration Stolpers – eng und vertrauensvoll mit Schacht zusammenarbeitete" (*Pentzlin* 1980, S. 178) und Schachts erster Biograph wurde (*Reuter* 1934), hat sich meines Wissens zu dessen Rolle bei der Übernahme des *Deutschen Volkswirts* nie öffentlich geäußert. Und im Nachruf des *Volkswirts* auf Reuter, der 1967 starb, wird zwar in einem Atemzug von Schacht, Reuter und dem *Volkswirt*-Erwerb gesprochen, aber dennoch nichts Definitives über die tatsächlichen Zusammenhänge gesagt (*Der Volkswirt,* Nr. 10, 10. 3. 1967, S. 353): „Damals [nach 1929] begann seine [Reuters] Freundschaft mit Hjalmar Schacht. Als Franz Reuter zusammen mit Otto Meynen von Gustav Stolper die in sieben Jahren zu hohem Ansehen gelangte Wochenzeitung ‚Der Deutsche Volkswirt' übernahm, fand er den eigentlichen Schwerpunkt seiner Interessen." Auch Toni Stolpers Einlassungen klären den ‚Fall' nicht eindeutig, kolportierte sie doch nur einen entsprechenden Eindruck ihres Mannes, als sie schrieb (*Toni Stolper* 1960/1979, S. 319): „Durch Somarys verschwiegene Vermittlung wurde es Stolper klar, daß Schacht sich für die Erwerbung des ‚Volkswirts' interessiere. Der Reichsbankpräsident trat in den folgenden Verhandlungen nicht offen in Erscheinung. Käufer waren zwei ihm nahestehende kleinere Männer." Gemeint sind offenbar Meynen und Reuter. Wohl aus Verachtung nannte Gustav Stolper die beiden ebenfalls nicht beim Namen, als er in einem Brief an einen Wiener Freund auf ihr Verhalten zu sprechen kam (zitiert ebd., S. 323): „Der Notariatsakt hatte sich ohne ein einziges menschliches Wort der Gegenseite abgespielt, die zwei Burschen erfreuten sich ihres Erpressererfolgs." Barbara Sattler schließlich gibt folgende Darstellung und beruft sich dabei auf einen Brief, den ihr Carl Landauer geschrieben hat (*Sattler* 1982, S. 19): „Über seine beiden Strohmänner ... Reuter und ... Meynen ... beabsichtigte Schacht, seine ehemals favorisierte Zeitung wieder [? H.R.] unter seinen Einfluß zu bringen. Finanziell scheint er nichts zum Ankauf beigetragen zu haben, er erlaubte Meynen und Reuter nur, überall zu erzählen, daß Schacht hinter ihnen stehe." Auch diese Version bleibt letztlich vage.

28 *DdV,* 7. Jg., Nr. 40, 7. Juli 1933, S. 1127; wiederabgedruckt in *Engels/Froels* 1986, S. 92 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der deutsche Volkswirt stand nun die kommenden Jahre im Dienst der „hohen nationalen Aufgabe",[29] „auch das wirtschaftliche Denken und Arbeiten im Sinne der neuen Weltanschauung umzugestalten ...".[30] Im April 1943 mußte dann auch er sein Erscheinen kriegsbedingt einstellen. Seine dritte Ära begann im Juni 1949, als *Der Volkswirt, Wirtschafts- und Finanz-Zeitung* unter der alten Leitung von Otto Meynen und Franz Reuter, versehen mit einem Geleitwort Ludwig Erhards, also beflügelt vom Geist der neuen Zeit, wiederbegründet wurde. Das Blatt erlebte seitdem Höhen und Tiefen. Es existiert noch heute, seit 1970 umbenannt in *Wirtschaftswoche.* Wechselnde Verleger und Redaktionen haben immer wieder versucht, die Zeitschrift in der Tradition Stolpers fortzuführen und zu erneuern.[31] Meines Erachtens ist dies alles in allem nur bedingt gelungen.

Ab Oktober 1933 lebten die Stolpers in den Vereinigten Staaten. Ermuntert von Joseph Schumpeter, längst einem seiner besten Freunde, der seit 1932 an der *Harvard University* lehrte, bemühte sich Stolper darum, einen „Amerikanischen Volkswirt" herauszubringen. Dieser Plan ließ sich jedoch nicht verwirklichen. Stolper betätigte sich fortan als Berater, Schriftsteller und freier Publizist (auch für die *New York Times*). Er verfertigte u. a. Wirtschaftsberichte für europäische Kreditinstitute, half gemeinsam mit seiner Frau europäischen Immigranten mit Rat und Tat, in den USA Fuß zu fassen, und beriet schließlich die amerikanische Regierung in europäischen Angelegenheiten. Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges arbeitete er mit dem ehemaligen amerikanischen Präsidenten Herbert Hoover zusammen, der Mittel und Wege suchte, die Not der Bevölkerung in Europa und Asien zu lindern. Stolper begleitete ihn in dieser Mission auch auf einer Europareise Anfang 1947. Insofern ist Stolper zu den Wegbereitern des Marshall-Plans (*European Recovery Program*) zu zählen, dessen Realisierung er jedoch nicht mehr erleben durfte, da er am 27. Dezember 1947 in New York plötzlich starb.

Aus seinem wissenschaftlichen Œuvre während der Zeit in Amerika ragt die Monographie *German Economy 1870 - 1940, Issues and Trends,* hervor, die er Ende der dreißiger Jahre verfaßt hat. „Der besondere Wert liegt dabei in der Verbindung von geschichtlicher, politischer und ökonomischer Interpretation der deutschen Vergangenheit seit der Bismarckschen Reichsgründung."[32] Das Buch wurde nach dem Krieg von Toni Stolper ins Deutsche übersetzt (*Gustav Stolper* 1950)

---

29 Ebd., S. 1127 bzw. S. 93.

30 *DdV,* 7. Jg., Nr. 41, 14. Juli 1933, S. 1155.

31 Vgl. *Engels/Froels* 1986, die aus Anlaß der 60. Wiederkehr der Gründung des *Volkswirts* einen „Querschnitt" dessen boten, „was in ‚Volkswirt' und ‚Wirtschaftswoche' in annähernd 2800 Ausgaben von 1926 bis 1943 ... und von 1949 bis heute [1986] an bemerkenswerten Analysen zu wichtigen Fragen der Zeit erschien".

32 So urteilte Karl Häuser am 30. Juli 1955 in einem Brief an Toni Stolper, die in ihrer Antwort vom 5. August 1955 darauf mit der Feststellung reagierte: „Sie haben auch sogleich die Eigenart in den Qualifikationen des Autors erfasst – die gleichgewichtige Verbindung von geschichtlicher, politischer und oekonomischer Interpretation. In dieser Verbindung lag eine kuenstlerische Begabung ...".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und später von Karl Häuser und Knut Borchardt kongenial fortgeschrieben (*Stolper/Häuser/Borchardt* 1964). Für mich ist dieses Werk nach wie vor einer der besten Beiträge zur neueren deutschen Wirtschaftsgeschichte. Es bezeugt zudem, daß Stolper auch im Exil nie aufgehört hat, sich mit seiner alten europäischen Heimat zu beschäftigen. Und seine Analysen fielen trotz der deutschen Verbrechen im Dritten Reich stets sachlich und differenziert aus. Ständig ermahnte er seine amerikanischen Landsleute (die Stolpers waren 1939 eingebürgert worden), Deutschland und die Deutschen nicht pauschal zu verdammen.[33] Bis zuletzt dachte er darüber nach, wie die deutsche Nation in die Völkergemeinschaft zurückfinden und mit ihren europäischen Nachbarn wieder in Frieden leben könne. Noch in seinem letzten Lebensjahr brachte er diese Gedanken zu Papier. Daraus wurde posthum (1948) ein Buch mit dem zuversichtlichen Titel *German Realities, A Guide to the Future Peace of Europe,* das, wiederum übersetzt von Toni Stolper, 1949 auch in deutscher Sprache erschien (*Gustav Stolper* 1949). Es las und liest sich wie ein politisches Vermächtnis.

Auch Toni Stolper verlor nie die innere Bindung an ihre alte, europäische Heimat, obwohl sie fünfzig Jahre ihre Lebens in der neuen, amerikanischen Welt verbracht hat. Sie lebte dort gern, aber wirklich heimisch wurde sie nicht. Als die über Neunzigjährige 1983 in ein Altersheim ging, sprach sie Karl Häuser gegenüber[34] von ihrer „‚vierten Emigration'" (nach der Übersiedlung von Österreich nach Deutschland 1925, der Flucht in die USA 1933 und dem Umzug nach Kanada zu ihrer Tochter 1973), denn „die Einordnung in eine höchst homogene Gemeinschaft

---

33 Ein rühmliches Zeugnis dafür hat Theodor Heuss überliefert (*Heuss* 1970, S. 147 und S. 554). Brieflich berichtete er Toni Stolper, was ihm der amerikanische Historiker George N. Shuster, der während der Besatzungszeit Landeskommissar für Bayern gewesen war, von den Stolpers erzählt hatte: „Im Kriege habe Euer Haus eine wichtige Rolle gespielt. Fast das einzige, wo über das deutsche Schicksal ohne bitteres Ressentiment gesprochen worden wäre, obwohl auch Anlaß gewesen wäre. Das habe ihn so berührt, denn es sei bei Euch immer die Unterscheidung zwischen Deutschen und Nazis gemacht worden." Aus einem Brief Toni Stolpers vom 24. März 1959 an Karl Häuser geht im übrigen hervor, daß sie und ihr Mann das Verhalten eines anderen prominenten Deutschen im amerikanischen Exil in dieser Hinsicht mit „Missbehagen" betrachtet haben: „... inzwischen ist mir in meinen Studien ueber unsere Amerika-Zeit auch der Unterschied in der oeffentlichen Stellungnahme zu Deutschland zwischen Stolper und Thomas Mann waehrend des Krieges gegenwaertig geworden. Waehrend sich Stolper allen Aufforderungen der ‚psychological warfare', er moege ueber Deutschland Material fuer Rundfunk etc. liefern, verweigert hat, mit der Bemerkung, er koennte das nur tun, wenn die Alliierten sich bereits auf eine vertretbare Deutschlandpolitik festgelegt haetten (Morgenthau-Plan usw. lag in der Luft), stellte sich Thomas Mann mit argen und nicht deutlich differenzierten, nicht nur auf die Nazis abgestellten, oeffentlichen Aeusserungen zur Verfuegung, was uns nicht nur moralisch sehr gegen den Strich ging, sondern auch Thomas Manns Niveau herabsetzte ... Als ich 1955 nach Stuttgart zu der grossen, grossartigen Schillerrede kam, war ich noch so sehr unter dem Eindruck unseres Missbehagens ueber Thomas Mann, dass ich mir sagte – nun habe ich ihm viel verziehen. Dennoch bleibt Manns Verhalten hier ein dunkler Punkt in seiner Biographie – letzten Sommer las ich seine ‚Geschichte des Entstehens von Dr. Faustus' und fand auch darin Stellen ueber Deutschland, die mir ganz verfehlt schienen."

34 In einem Brief vom 15. März 1983.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

von einigen hundert ‚one hundred percent Americans' (ich die einzige mit Herkunft und Vorgeschichte in Mitteleuropa)" fiel schwer, weil sie „mehr geistige und gemütliche Spannkraft erfordert, als ich so Alte mir ohne weiteres abgewinne". Und sie kannte den „Hauptgrund für mein ‚Fremdeln' in meiner neuen Umgebung" nur zu gut:[35]

> „Die Menschen hüben und drüben des Atlantik[s] haben einfach mein Jahrhundert in gänzlich gegensätzlichem Lebensgefühl durchwandert. Krieg in Land, Luft und See, Hungersnot, Massenmord in ihren zwischenmenschlichen Ausprägungen lassen sich erleiden, nicht anlesen. Mein Leben hat sozusagen für die im Friedensland ansässigen Menschen einfach nicht stattgefunden. Ich meinerseits bin vielleicht zu altersmüde, um den Gegensatz in freundlichem ‚small talk' elegant zu überbrücken, aber ich mache Fortschritte."

II. *Der deutsche Volkswirt* – „ein für dieses Land ganz überraschender publizistischer Erfolg"[36]

Die Zeitschrift erschien jeden Freitag in einer Auflage von durchschnittlich über 10.000 Exemplaren, wovon rund die Hälfte abonniert war.[37] Jedes Heft umfaßte meistens 48 Seiten. Regelmäßig 32 Seiten entfielen auf den politischen und volkswirtschaftlichen Hauptteil, der Rest auf eine gesondert geheftete, nur für Abonnenten bestimmte *Beilage* privatwirtschaftlichen Inhalts. Einen guten Einblick in die

---

35 Zitiert aus einem Brief vom 16. April 1983 an Karl Häuser.

36 *Heuss* 1963, S. 376.

37 *Birger P. Priddat* fragte in der Diskussion nach der Verbreitung des *Volkswirts*. Einen guten Überblick über die Größe und Zusammensetzung des Abonnentenstammes vermittelt *Barbara Sattler* (1982, S. 14 - 16): Ende 1926 bestanden gut 2.000 Abonnements, ab September 1928 bis Anfang 1933 waren es stets über 5.000, die höchste Zahl wurde im September 1930 mit 5.780 (bzw. laut *Toni Stolper* 1960/1979, S. 202, sowie *Engels/Froels* 1986, S. 376 und S. 379, im Juni 1930 mit 5.866) erreicht. Auf dieser Basis gerechnet, entfielen über 1.200 Abonnements auf Bezieher aus dem Geld- und Kreditgewerbe (444 allein auf die Reichsbank), fast 1.500 auf solche aus den Sektoren Industrie, Handel und Versicherungen, mehr als 700 auf Buchhändler und Verleger, über 600 auf den akademischen Bereich (darunter rund 300 Studenten-Abonnements), bald 450 auf Politiker sowie Staatsbedienstete und ungefähr 350 auf Verbände (einschließlich der Gewerkschaften) und Kammern. Sattlers ergänzende Mitteilung (ebd., S. 16), daß „neben den Bezügen durch Abonnement ... der Einzelverkauf unerheblich (war), er betrug 1933 ca. 2,8% des Abonnentenverkaufs ...", scheint falsch zu sein, denn auf der Rückseite der *Volkswirt*-Hefte wurde gelegentlich eine „rechtsverbindliche Auflage" ausgewiesen, die jeweils mehr als doppelt so hoch beziffert war wie die Abonnentenzahl zu den betreffenden Zeitpunkten, beispielsweise mit 10.500 Exemplaren (1. Jg., Nr. 28, 8. April 1927) oder 10.800 Exemplaren (2. Jg., Nr. 52, 23. September 1927). Dies dürfte in der Regel auch die tatsächlich verkaufte Auflage gewesen sein, denn offenbar gab es kaum Remittenden. Dafür spricht, daß der Verlag mehrfach annoncierte, ältere Hefte zurückzuerwerben (vgl. z. B. *DdV*, 2. Jg., Nr. 3, 21. Oktober 1927, S. 74), wohl um sie an Interessenten weiterzugeben, die diese Nummern suchten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der deutsche Volkswirt

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND WIRTSCHAFT

Herausgeber Gustav Stolper

VERLAG UND REDAKTION:
BERLIN W 35, SCHÖNEBERGER UFER 32

Erscheint jeden Freitag. Einzelnummer RM 1.20. Inland-Abonnement vierteljährl. RM 12.-

Unterrichtend · Unabhängig · Unparteiisch

Die große deutsche Wochenschrift bringt in jeder Nummer:

Glossen über die bedeutsamen politischen und wirtschaftlichen Ereignisse

Artikel über Außenpolitik, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftstheorie, Soziologie, Finanz- und Rechtsfragen

Chronik, die systematisch alle politischen und wirtschaftlichen Vorgänge verzeichnet und die durch ihre Stoffanordnung ein für jeden Leser benutzbares Archiv bildet

Statistische Tabellen, die in durchsichtiger Form alles verfügbare wirtschaftsstatistische Material Deutschlands und aller wichtigen Auslandsstaaten nach dem neuesten Stand zusammenfassen (vollständiger Börsenindex, Noten-Banken, Kreditmärkte, Produktion, Verkehr, Außenhandel, Warenpreise, Löhne usw.)

Notizen über alle finanziell und privatwirtschaftlich erheblichen Erscheinungen

Börsenberichte, nach Gruppen geordnet, mit Haupt- und Gruppenindex, die allwöchentlich in übersichtlicher Form jede Veränderung in der Notiz der wichtigsten Papiere registrieren und über die Vorgänge und Stimmungen an der Börse erschöpfend unterrichten

Bilanzanalysen, die ausführlich und kritisch die Rechnungsabschlüsse und den Stand aller wichtigeren Gesellschaften behandeln. Niemand, der an deutschen Wertpapieren interessiert ist, wird dieses Material entbehren können

Wöchentliche Konjunkturberichte

Geld-, Devisen- und Warenmärkte

Quelle: Gustav Stolper 1929 a, hinterer Buchdeckel.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ständigen Rubriken und deren Thematik gewährt eine auf Seite 107 faksimiliert wiedergegebene Verlagsanzeige: Für die meist ungezeichneten „Glossen über die bedeutsamen politischen und wirtschaftlichen Ereignisse" unter dem Rubrum „Aus der Woche" einschließlich der Leserzuschriften und Kurzberichte der Auslandskorrespondenten standen acht Seiten zur Verfügung. Es folgten vier bis sechs grundsätzliche „Artikel" zu übergeordneten Themen. Dabei ist bemerkenswert, daß als deren Gegenstand neben Finanz- und Rechtsfragen sowie der Außen- und Wirtschaftspolitik sowohl die Soziologie – eine damals unter dem Einfluß von Georg Simmel, Max Weber, Ferdinand Tönnies, Werner Sombart und anderen im deutschen Sprachraum aufblühenden Sozialwissenschaft – als auch die Wirtschaftstheorie – eine seit den Hoch-Zeiten der Historischen Schule in Deutschland eher vernachlässigte Disziplin – ausdrücklich thematisiert wurden.[38] Zum Hauptheft gehörten schließlich die „Chronik ... alle(r) politischen und wirtschaftlichen Vorgänge" im In- und Ausland sowie einige Seiten „Statistische Tabellen, die in durchsichtiger Form alles verfügbare wirtschaftsstatistische Material" darbieten sollten. Stolper war darauf besonders stolz, weil es einen vergleichbaren Service in der konkurrierenden Wirtschaftspresse nicht gab. Die wesentlichen Rohdaten erhielt *Der deutsche Volkswirt* übrigens von der Deutschen Reichsbank auf ausdrückliche Weisung ihres Präsidenten, zunächst Hjalmar Schacht und dann Hans Luther.[39] In der *Beilage* zum *Deutschen Volkswirt* nahmen neben den „Notizen über alle finanziellen und privatwirtschaftlich erheblichen Erscheinungen" (Anfänge einer Anlageberatung) und den Berichten von den Wertpapierbörsen (mit eigenem Börsenindex) sowie den Geld- und Devisenmärkten die „Bilanzanalysen" einen größeren Raum ein. Mehrere Firmenbilanzen wurden in jeder Nummer ausführlich und kritisch besprochen. Stolper lag gerade daran sehr viel. Wie er meinte, bewahrte ihn diese Aufgabe davor, die Wirtschaftspraxis aus den Augen zu verlieren. Und zudem schien sie ihm ein ausgesprochen ästhetisches Vergnügen zu bereiten.[40] Die

---

38 Auf die Gründe werde ich weiter unten genauer eingehen. Hinsichtlich der Soziologie sei nur so viel gesagt, daß sich Stolper für diese junge Wissenschaft ebenso interessierte wie für die Philosophie. Er war besonders beeindruckt von Georg Simmel (vgl. *Toni Stolper* 1960/1979, S. 73) und Max Weber, den er auch persönlich näher kannte (vgl. ebd., S. 99, S. 104 und passim). Und was die Wirtschaftstheorie (einschließlich ihrer Geschichte) angeht, so gehörte sie für Stolper und seine Redakteure zum unentbehrlichen Rüstzeug, was heutzutage für Wirtschaftsmagazine nicht gerade typisch ist. Den Nationalsozialisten mißfiel von vornherein die ‚Theorielastigkeit' des *Deutschen Volkswirts*. In dem schon erwähnten ersten Editorial nach Stolpers Ausscheiden hieß es über „die Rückkehr zu Wesen und Aufgabe unserer Zeitschrift": „Diese ganze Arbeit soll vor allem im Dienst der wirtschaftlichen Praxis stehen. Rein theoretische Themata gehören in die wissenschaftlichen Fachzeitschriften" (*DdV*, 7. Jg., Nr. 40, 7. Juli 1933, S. 1127; wiederabgedruckt in *Engels/Froels* 1986, S. 92 f., hier S. 93).

39 Vgl. *Toni Stolper* 1960/1979, S. 210.

40 Stolper habe, schrieb seine Frau (*Toni Stolper* 1960/1979, S. 31), später oft „gepriesen", daß ihn schon einer seiner ersten journalistischen Ziehväter „die Augen geöffnet habe für die sachliche Schönheit einer Bankbilanz, des Gewinn- und Verlustkontos einer Industriegesellschaft, daß er ihm das Gefühl für das Handwerkliche der Bilanzkritik und damit der umfassenden Wirtschaftskritik entwickelte".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

SCHRIFTENREIHE
DES DEUTSCHEN VOLKSWIRT
12

Soeben erschienen:

Das deutsche Agrarproblem

I.
Produktionssteigerung trotz Unrentabilität
II.
Grenzen d. landwirtschaftlichen Preisstützung
III.
Kostensenkung
von
HANS WILBRANDT

44 Seiten, Preis RM 1.50

Bisher sind erschienen:

*1. Das deutsche Wirtschaftsproblem
Von Dr. Gustav Stolper (1928) 58 S. 8° RM 2.—

*2. Das Deutsche Finanzproblem
(Reich, Länder, Gemeinden)
Von Prof. Dr. Joseph Schumpeter, Bonn
(1928) 28 S. 8° RM 1.50

*3. Entwicklungsmöglichkeiten
der europäischen Landwirtschaft
Von Dr. Fritz Baade, Berlin (1928) 46 S. 8° RM 1.80

4. Probleme der deutschen Staatsreform
Von Dr. Schall (†), Württ. Finanzminister a. D., Stuttgart
(1928) 69 S. 8° RM 2.—

5. Probleme der Monopolpolitik
Von Theodor Vogelstein, Berlin (1928) 58 S. 8° RM 2.—

*6. Die Landwirtschaft Österreichs
V. Dr. h. c. Siegfried Strakosch, Wien (1928) 35 S. 8° RM 1.50

7. Probleme der Reparationspolitik
Von Dr. Gustav Stolper (1928) 52 S. 8° RM 2.—

8. Ein Finanzplan
Von Dr. Gustav Stolper (1929) 160 S. 8° RM 3.—

9. Sanierung der Arbeitslosenhilfe
Von Reichsarbeitsminister a. D. Dr. Syrup
(1930) 56 S. 8° RM 2.—

10. Deutsche Roggenpolitik
Von Dr. Fritz Baade, Berlin (1931) 96 S. 8° RM 2.50

11. **Anti-Wagemann, Drei Kritiken**
Carl Landauer, L. Albert Hahn, Gustav Stolper
(1932) 60 S. 8° RM 1.50

* Vergriffen

Zu beziehen durch den
Verlag des Deutschen Volkswirt
Berlin W 35, Schöneberger Ufer 32
oder den Buchhandel

Quelle: DdV, 7. Jg., Nr. 18, 3. Februar 1933, S. 565.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Konjunktur- und Warenmarktberichte schließlich, die zunächst die *Beilage* abrundeten, wurden später in das Hauptheft verlagert. Ab 1928 existierte eine *Schriftenreihe des Deutschen Volkswirt,* in der Aufsatzserien zusätzlich in gebundener Form veröffentlicht wurden. Zu Stolpers Zeiten erschienen zwölf solcher Broschüren (vgl. den auf Seite 109 abgedruckten Verlagsprospekt). Des weiteren gab es Sonderpublikationen über einzelne Länder und die Leipziger Technische Messe. Und ab Dezember 1931 kam eine vierteljährliche *Literatur-Beilage* hinzu, in der politische, wirtschaftspolitische sowie wirtschaftstheoretische Bücher und sogar zeitgeschichtliche Romane rezensiert wurden.

Um erfolgreich ein Blatt zu machen, reicht es freilich nicht aus, eine überzeugende Konzeption zu haben. Sie muß auch entsprechend umgesetzt werden. Im Fall des *Volkswirts* gelang dies nicht zuletzt dank Stolpers Persönlichkeit. Theodor Heuss hat die spezifischen Gaben seines Freundes auf den Punkt gebracht:

> „Stolper ... besaß einen lebhaften Blick für den Wechsel der konkreten Situationen, konnte Menschen beurteilen, auch durch seine suggestive Natur beeindrucken; er schrieb leicht, mit einem unpedantischen pädagogischen Zug – so wurde der ‚Deutsche Volkswirt' ein für dieses Land ganz überraschender publizistischer Erfolg; die verschiedenen ökonomischen Zeitschriften, die es schon gab, waren bald überflügelt."[41]

Kurzum, Stolper war ein „begnadeter Journalist ... und genialer Beobachter und Chronist seiner Zeit",[42] der über die Gabe verfügte, „die Tagesdinge im großen Spiegel zu erfassen".[43] „Seine Arbeit zeigt ihn als einen Realisten, ... ohne jede Neigung zur Utopie",[44] „der stets vor der Wirklichkeit mehr Respekt hatte als vor manchen glatten Lehrmeistern und ihren ‚Lösungen' ...".[45] Zugleich war er ein Volkswirt „an der Grenzlinie zwischen Wissenschaft und praktischem Geschäftsleben".[46] Dies alles prägte seine Arbeitsweise, als deren oberstes Gebot er die „erzieherische Verpflichtung des Journalisten"[47] gegenüber seinen Lesern empfand. Das

---

41 *Heuss* 1963, S. 376. Die zupackende Art seines Freundes kennzeichnete er (*Heuss* 1970, S. 215) gegenüber Toni Stolper einmal in dieser Weise: „Gustl war im direkten Angehen der Probleme (und Menschen) beredter als ich es war und bin, unmittelbarer, überzeugender ...".

42 *Häuser* 1993, S. 1.

43 *Heuss* 1970, S. 506.

44 *Toni Stolper* 1960 / 1979, S. 107.

45 So Toni Stolper auf einer Briefkarte vom 21. Januar 1982 an Karl Häuser.

46 So Schumpeter über Stolper in einem Brief an „einen führenden amerikanischen Nationalökonomen", zitiert nach *Toni Stolper* 1960 / 1979, S. 330. Werner Stephan, der viele Jahre die Geschäfte der DDP hauptamtlich leitete, meinte sogar (*Stephan* 1983, S. 187): Stolper „war der klügste und umfassendst gebildete Nationalökonom ...". Auch Theodor Heuss „bewunderte sein enormes ökonomisches Sachwissen ..." (*Heuss* 1963, S. 376).

47 *Toni Stolper* 1960 / 1979, S. 150. *Erich W. Streißler* erinnerte in der Diskussion an die maßgebliche erzieherische Rolle, welche die Publizistik vor allem im 19., aber auch noch im beginnenden 20. Jahrhundert gespielt habe, während sie später mehr und mehr in den „Voyerismus" abgeglitten sei. Insoweit sei es nicht verwunderlich, daß dieser Berufsstand damals zur intellektuellen Elite gehörte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

‚Erziehungsziel' bestimmte freilich er: „Ich habe eine ganz klare Vision davon, wie Deutschland politisch und wirtschaftlich aufzubauen wäre", schrieb er 1930 in einem Brief.[48] Von daher wird verständlich, warum er sich in allem, was er öffentlich tat, gedrängt fühlte, die Dinge zu gestalten und die politischen Bühne möglichst selbst zu betreten. Stolper war Journalist, Wissenschaftler und Politiker in einer Person. Dadurch konnte er dem *Volkswirt* ein unverwechselbares Profil geben,[49] das auch außerhalb der deutschen Sprachgrenzen beeindruckte.[50]

Stolper war ohne Frage der Kopf des ganzen Unternehmens. Sein ältester Sohn Wolfgang, der 1912 geboren wurde, schreibt:[51] „Ich erinnere mich an die Atmosphäre des ‚Volkswirt': eine Familienatmosphäre, mit einem anspruchsvollen, wohlwollenden, in persönlichen, aber nie in sachlichen Dingen nachgiebigen Pater familias." Und zur ‚Familie' gehörten als permanente Redakteure Stolpers Frau sowie Carl Landauer und Georg Katona. Toni Stolper war „für zahlreiche redaktionelle Funktionen ... da".[52] Insbesondere beobachtete und kommentierte sie das politische und wirtschaftliche Geschehen im Ausland. Carl Landauer (1891 - 1983),[53] der als Schüler u. a. von Lujo Brentano in München und Franz Oppenheimer in Berlin mit einer dogmengeschichtlichen Arbeit bei Alfred Weber in Heidelberg promoviert hatte (*Landauer* 1915), war von Stolper engagiert worden, weil er, wie er es selbst einmal ausgedrückt hat, „für die Wirtschaftspolitik und die Übertragung der Wirtschaftstheorie in gemeinverständliche Sprache zu brauchen war".[54] Landauer gelang es zudem, den journalistischen Hauptberuf mit einer wissenschaftlichen Karriere zu verbinden. Er lehrte nebenher an der Berliner Handels-Hochschule, habilitierte sich dort 1929 und wurde 1932 zum Außerordentlichen Professor für Volkswirtschaftslehre ernannt. Landauer kooperierte so gut mit Stolper, daß er 1928 zum „verantwortlichen Redakteur" aufrückte. Es gab – wie Landauer später bekannt hat – eigentlich nur einen Dissens zwischen ihnen: Stolper „ärgerte sich darüber, daß er mir den Sozialismus nicht abgewöhnen konnte ...".[55] Als Jude und aktiver Sozialdemokrat wurde Landauer 1933 seines Lehramtes enthoben und vorübergehend inhaftiert. Noch im selben Jahr verließ er mit seiner Familie Deutschland und folgte einem Ruf an die *University of California* in Berke-

---

48 *Toni Stolper* 1960/1979, S. 264.

49 In dieser Hinsicht lassen sich verblüffende Parallelen ziehen zwischen dem *Deutschen Volkswirt* und Stolper einerseits und dem englischen *Economist* und Walter Bagehot andererseits gut fünfzig Jahre zuvor. Vgl. *Rieter* 1996, insbesondere S. 61 ff. und S. 107 f.

50 Das erklärt, warum ausländische Zeitschriften gelegentlich Artikel aus dem *Deutschen Volkswirt* übernahmen, z. B. die *Harvard Business Review* (vgl. *Toni Stolper* 1960/1979, S. 268). Heute ist es meist umgekehrt: Vgl. z. B. den von der Hamburger *manager magazin Verlagsgesellschaft* herausgegebenen *Harvard Business manager.*

51 *Wolfgang F. Stolper* 1986, S. 13.

52 *Toni Stolper* 1960/1979, S. 199.

53 Zu Leben und Werk Landauers vgl. *Strauss/Röder* 1983, S. 686, und *Rieter/Schlüter-Ahrens* 1998.

54 Zitiert nach *Toni Stolper* 1960/1979, S. 197.

55 Zitiert nach ebd., S. 198.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ley, wo er bis 1959 als Professor am Department of Economics wirkte. Hohes wissenschaftliches Ansehen erwarb sich Landauer vor allem durch seine Studien zum Vergleich von Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen. Georg Katona (1901 - 1981)[56] stammte aus Ungarn und hatte in Göttingen Psychologie studiert. In der Redaktion des *Volkswirts* war er für das betriebswirtschaftliche Ressort zuständig, wobei er sich besonders der Beobachtung und Analyse der Finanzmärkte annahm. Auch Katona emigrierte noch 1933 in die Vereinigten Staaten. Drei Jahre später wurde er Dozent an der *New School for Social Research* in New York und stand ab 1946 gut 25 Jahre lang einem Institut an der *University of Michigan* in Ann Arbor vor, das die Zusammenhänge zwischen Psychologie und Ökonomie empirisch-experimentell zu erforschen suchte. Durch diese Tätigkeit und viele einschlägige Publikationen begründete George Katona, wie er sich in Amerika nannte, die *Psychological Analysis of Economic Behavior* (so der Titel eines seiner Hauptwerke), bekanntlich eine Forschungsrichtung und Denkschule, die über Jahrzehnte hinweg sowohl die volkswirtschaftliche Mikroökonomik als auch die betriebswirtschaftliche Absatzlehre inspiriert hat.

Die Redaktion des *Volkswirts* bestand also aus einem kleinen Team fachlich versierter und zudem äußerst motivierter Akademiker. Sie verlangten viel von sich selbst, war es doch ihr Ehrgeiz, dem Leser mit jedem Artikel ein „untadeliges, schlankes Gebilde"[57] zu präsentieren. Diese Meßlatte galt ebenso für die eingeworbenen Beiträge, die dementsprechend sorgfältig redigiert wurden. Nicht ohne Stolz hielt Toni Stolper fest:[58] „Es gibt verwunderte Fragen, wie es komme, daß derselbe Verfasser im ‚Volkswirt' so gute Artikel schreibe, in anderen Organen so mittelmäßige. Dann freut sich der Wissende des geheimen Handwerks."

Unter den freien Autoren, die regelmäßig oder häufig für den *Volkswirt* schrieben, ragten einige besonders hervor. Zuvorderst sind Stolpers Freunde Theodor Heuss und Joseph Schumpeter zu nennen. Heuss „wurde zwar nicht Mitglied der ‚Volkswirt'-Redaktion, stand aber sozusagen *à la suite* ganz in ihrer Nähe" und schrieb „regelmäßig die Mehrzahl der ‚innenpolitischen' Glossen ..., daneben auch einige größere grundsätzliche Essays über die Völkerbundkonstruktion, über Wahlrechtsfragen, über die Enzyklika Quadragesimo Anno".[59] Schumpeter, damals Professor für Finanzwissenschaft in Bonn, steuerte schon zum ersten Heft einen Aufsatz bei, der Maßstäbe setzte.[60] In ihm behandelte er unter dem Titel „Steuerkraft und nationale Zukunft" anhand seiner These von der „Krise des (kapitalistischen) Steuerstaates"[61] die ökonomischen Probleme, die sich aus der drückenden Repara-

---

56 Zu Leben und Werk Katonas vgl. *Curtin* 1984 und *Scherhorn* 1998.

57 *Toni Stolper* 1960 / 1979, S. 209.

58 Ebd., S. 209.

59 *Heuss* 1963, S. 377.

60 *DdV,* 1. Jg., Nr. 1, 1. Oktober 1926, S. 13 - 16; nachgedruckt in *Schumpeter* 1985, S. 55 - 63.

61 Siehe zur allgemeinen Orientierung über Schumpeters ‚Steuerstaat'-These *Backhaus* 1994 und *Buchholz* 1996, Kapitel 3.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tionslast ergaben. Diesem Artikel sollten aus seiner Feder 18 weitere für den *Volkswirt* folgen.[62] Sie waren ebenfalls vornehmlich finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen gewidmet.

Des weiteren kam eine Schar ‚handverlesener' Fachleute aus dem In- und Ausland im *Volkswirt* zu Wort, die allesamt Rang und Namen hatten. Dabei legte man Wert auf die Vielfalt der Stimmen, immer vorausgesetzt, daß sie ‚klangvoll' waren und – durchaus in des Wortes doppeltem Sinn – ‚etwas zu sagen' hatten. Zum Autorenkreis gehörten u. a. prominente Politiker und Staatsbeamte der Weimarer Republik wie Hjalmar Schacht; sein Nachfolger im Amt des Reichsbankpräsidenten, der frühere Reichskanzler und Reichsfinanzminister Hans Luther; Stolpers Parteifreund, der preußische Finanzminister Hermann Höpker-Aschoff, der seine politische bzw. juristische Karriere nach dem Kriege als Mitglied des Parlamentarischen Rates (für die Freie Demokratische Partei) und erster Präsident des Bundesverfassungsgerichtes krönte; der Mitbegründer der DDP und langjährige Abgeordnete des Reichstages Georg Gothein; der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und zeitweilige Reichsarbeitsminister Friedrich Syrup; der Kasseler Regierungspräsident Ferdinand Friedensburg, der 1945 die Christlich-Demokratische Union Deutschlands mitbegründete und alsbald Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin wurde; der Vizepräsident des Deutschen Städtetages und Berliner Bürgermeister Fritz Elsas, später ein enger Mitarbeiter Carl Goerdelers in der Widerstandsbewegung, die beide für diesen Einsatz mit ihrem Leben bezahlen mußten; die hochangesehenen Bankiers und Volkswirte Ludwig Albert Hahn (Frankfurt am Main), Felix Somary (Zürich) und Theodor Vogelstein (Berlin), der als Privatdozent in München einer der akademischen Lehrer Carl Landauers gewesen war; der rheinische Industrielle und stellvertretende Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Paul Silverberg; die sozialdemokratischen Wirtschaftsexperten Fritz Naphtali und Fritz Baade, der ab 1948 dem Deutschen Bundestag angehörte und viele Jahre das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel leitete; bekannte Publizisten wie Stolpers alter Kollege Walther Federn, der Herausgeber des *Österreichischen Volkswirts;* der Ostasien-Spezialist Friedrich Wilhelm Mohr aus Hamburg; der bedeutende Staatsrechtler Hans Kelsen und nicht zuletzt renommierte Wirtschaftswissenschaftler, wohlgemerkt verschiedener Couleur, beispielsweise Gottfried von Haberler, Friedrich August von Hayek, Oskar Morgenstern, Wilhelm Röpke, Alexander und Hans-Joachim Rüstow, Herbert von Beckerath, Theodore E. Gregory, Bertrand Nogaro, Carl Brinkmann, Hans Neisser, Hans Ritschl, Heinrich Herkner, Jacob Marschak, Emil Lederer und andere mehr.[63] Angesichts einer solchen Autorenparade fällt es

---

62 Auch diese Beiträge finden sich nachgedruckt in *Schumpeter* 1985, S. 63 - 160 und S. 185 - 225.

63 *Gottfried Eisermann* fiel auf, daß Werner Sombart nicht zum Kreis der *Volkswirt*-Autoren gehört hat, obwohl er zu jener Zeit einer der bekanntesten Nationalökonomen in Deutschland war. Das hat wohl damit zu tun, daß der Herausgeber Sombarts Ansichten wenig schätzte. Um dies zu erkennen, braucht man nur *Stolpers* ironischen Artikel „Sombart als

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nicht schwer, Theodor Heuss Glauben zu schenken, daß es „fast als eine Ehre (galt), in dem jungen ‚Volkswirt' seine Meinung vortragen zu dürfen".[64]

Schon wenn man die Hefte des *Deutschen Volkswirts* durchblättert und dieses oder jenes nur anliest, fallen zwei Dinge sogleich auf – die solide, oft wissenschaftliche Substanz der Beiträge sowie ihr essayistischer Stil. Hier wurde kein *‚fast food'*-Journalismus geboten, der Nachrichten und Meinungen bunt verpackt in kleinen Häppchen flott serviert, wie das heute bei Polit- und Wirtschaftsmagazinen mehr und mehr in Mode gekommen ist. Der Herausgeber und die Redakteure des *Volkswirts* setzten weder auf eine schrille oder hämische Berichterstattung noch auf optischen Schnickschnack oder einen bestimmten Jargon. Das Blatt empfahl sich allein durch die Qualität seiner Texte. Es wurde von der ersten bis zur letzten Seite für einen Leser konzipiert, der geistreiche Polemik zu goutieren verstand und von sich aus geneigt war, auch längere und thematisch anspruchsvolle Artikel zu lesen, wenn sie nur flüssig geschrieben waren und gründlich informierten.[65] Offenbar traf der *Volkswirt* mit dieser Konzeption bei seiner Leserschaft voll ins Schwarze; eine relativ hohe und konstante Auflage sowie die große Zahl treuer und zufriedener Abonnenten sprechen dafür.

Prophet. Oder: Die Zukunft des Kapitalismus" zu lesen (*DdV*, 6. Jg., Nr. 30, 22. April 1932, S. 979 - 982). Er beginnt mit der Mitteilung: „Herr Professor Sombart, weithin berühmt als der Erforscher der Vergangenheit des Kapitalismus, hat sich verleiten lassen, einen Vortrag über die Zukunft des Kapitalismus zu halten und diesen jetzt gedruckt herauszubringen" (ebd., S. 979), und er schließt mit der Tröstung: „Und wenn der revolutionäre Reformwille vom Geist des Herrn Sombart getrieben ist, dann bekennen wir uns freudig zu den von ihm verachteten Konservativen und Reaktionären" (ebd., S. 982). Und später verwies er in seiner deutschen Wirtschaftsgeschichte bloß, aber hintersinnig auf „Händler und Helden" als eine „im ersten Weltkrieg vielgelesene Flugschrift von Professor Werner Sombart" (*Gustav Stolper* 1950, S. 53). Übrigens erwähnte auch Toni Stolper in ihrem Erinnerungsbuch Sombart nie. Die Stolpers haben ihn so wenig wie zwei ihrer Wiener Landsleute gemocht, die damals ebenfalls zur Prominenz der deutschsprachigen Schulökonomie zählten und im *Volkswirt* nicht zu Wort kamen (oder kommen wollten) – der ‚Universalist' Othmar Spann und der ‚Ontologe' Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld. Aus einem Brief Schumpeters zitierte Toni Stolper u. a. die Passage „Gestern z. B. ... faßte ich nach einem ganz unintelligenten Gedankengang Gottls, und der gesunde Ärger darüber wirkte so, daß ich mich selbst auslachte ..." und kommentierte sie mit der Bemerkung: „Bezieht sich auf einen von Kundigen intellektuell wenig geschätzten nationalökonomischen Kollegen ..." (*Toni Stolper* 1960/1979, S. 194). Verallgemeinert läßt sich wohl sagen: Als Ökonomen standen Gustav und Toni Stolper allen organizistischen Richtungen in der Wirtschaftswissenschaft reserviert oder sogar ablehnend gegenüber.

64 *Heuss* 1963, S. 376.

65 Dies zu illustrieren scheint eine kleine Anekdote aus den Lebenserinnerungen des langjährigen Ministerialdirektors im Reichsinnenministerium und Vertreters Preußens im Reichsrat Arnold Brecht geeignet zu sein, auf die mich *Christian Scheer* freundlicherweise aufmerksam gemacht hat (*Brecht* 1967, S. 23): „Als Höpker-Aschoff noch preußischer Finanzminister war, hatte Gustav Stolper in genialer Selbständigkeit seinen *Deutschen Volkswirt* als führende wirtschaftliche Wochenschrift begründet ... Höpker ging jeden Sonnabend nachmittag in ein Café der Tiergartenstraße, um dort die neueste Nummer von Anfang bis zu Ende durchzustudieren."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Seriöser Journalismus lebt natürlich von frischen Nachrichten und gesicherten Informationen. Sich solche zu beschaffen verstand Stolper meisterhaft. Schon in Wien hatte er sich darin erfolgreich geübt. Mit Geschick und Gespür fand er Zutritt zu wichtigen informellen Zirkeln wie dem Wiener „Archivkreis", in den ihn der Dichter Hugo von Hofmannsthal einführte. „Er trifft dort eine Reihe der leitenden Männer Österreichs aus der Aristokratie und hohen Bürokratie, besonders dem Auswärtigen Amt und den Länderverwaltungen, auch aus dem Heer und von den Universitäten. Das vermehrt seine Personalkenntnis und begründet mit manchen der Diskussionspartner dauernde Arbeitsbeziehungen."[66] Kaum in Berlin ansässig, bemühte sich Stolper auch dort, umgehend mit den ‚richtigen' Leuten ins Gespräch zu kommen. Der damalige Präsident der Reichsbank, Hjalmar Schacht, half ihm dabei wohl am meisten: „Er stand der raschen Einführung des Neuankömmlings im Personenkreis der Wirtschaftsführer im Reich Gevatter."[67] Doch Stolper gab sich mit solch sporadischen Kontakten nicht zufrieden. Er erschloß dem *Volkswirt* gewisse Informationsquellen gleichsam in Permanenz. So bat er einmal die Woche bestimmte Persönlichkeiten zu einem Essen in die Redaktionsräume, später in sein Privathaus, um mit ihnen vor allem über außenpolitische Themen zu diskutieren. Regelmäßige Teilnehmer dieses sogenannten „Dienstag-Kreises" waren neben Theodor Heuss u. a. Kurt Riezler, ehedem rechte Hand des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg sowie Bürochef des Reichspräsidenten Friedrich Ebert und ab 1927 der erste Kurator der jungen Frankfurter Universität;[68] Bernhard Wilhelm von Bülow, Abteilungsleiter bzw. von 1930 bis 1936 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes; und andere hohe Diplomaten.[69] Anfang 1932 organisierte Stolper einen weiteren „Runden Tisch", an dem u. a. der Zentrumspolitiker Adam Stegerwald, der an der Spitze der christlichen Gewerkschaften stand und damals zugleich Reichsarbeitsminister war; der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes Fritz Tarnow; der Leiter der von SPD und ADGB getragenen Berliner Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik Fritz Naphtali; Vorstandsmitglieder großer Unternehmen sowie Vertreter von Wirtschaftsverbänden Platz nahmen, um über Partei- und Klassengrenzen hinweg aktuelle Probleme zu erörtern. Und Carl Landauer fiel es als prominentem SPD-Mitglied nicht schwer, erstklassige Verbindungen sowohl zu führenden Sozialdemokraten als auch zu leitenden Funktionären der Gewerkschaften und anderer sozialpolitischer Verbände aufzubauen und diese Kanäle ebenfalls zur Beschaffung von Informationen für den *Volkswirt* zu nutzen. In der Gegenrichtung

---

66 *Toni Stolper* 1960 / 1979, S. 83.

67 Ebd., S. 207.

68 Riezler schuf sich in Frankfurt bald einen Freundeskreis „von Gelehrten, fern der Politik", der „an die Stelle der zunächst schmerzlich vermißten Berliner Dienstagabende bei Gustav Stolper" trat (so *Erdmann* 1972, S. 144).

69 Vgl. *Heuss* 1963, S. 377 - 379. Zu Bülows Bedeutung siehe auch *Krüger* 1985, der ihn „zu den herausragenden Gestalten des auswärtigen Dienstes im 20. Jahrhundert" rechnet (ebd., S. 8) und dabei bezeichnenderweise hervorhebt (ebd., S. 12): „Bülows Stärke lag ganz offensichtlich in der zurückgezogenen, fast wissenschaftlichen, planvollen und zügigen Arbeit am Schreibtisch und im Gespräch im kleinen Kreis."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dienten all diese *Volkswirt*-Kontakte ebenso dazu, die jeweilige Meinung des Blattes zu politischen und ökonomischen Fragen zu verbreiten, genauer: sie denen gezielt kundzutun, die in Staat und Wirtschaft das Sagen hatten.[70]

Es lassen sich zumindest zwei Gründe dafür angeben, warum seinerzeit eine solche Kommunikation zwischen Presseleuten und anderen Repräsentanten des öffentlichen Lebens zustandekam und sich bewährte. Zum einen war sie typisch für die Zeit und den Ort des Geschehens: „Das Leben in dem quirligen Berlin der ausgehenden zwanziger Jahre bestand nicht zuletzt in einem unablässigen Strom von Kontakten und Gesprächen", weiß beispielsweise Theodor Eschenburg aus eigener Beteiligung zu berichten.[71] Erfüllt, manchmal geradezu besessen von dem Drang, sich auszutauschen, wie der Lust, sich zu streiten, waren natürlich vor allem die Intellektuellen. Im Unterschied zu heute gab es zwischen Publizisten, Politikern, Wissenschaftlern und Praktikern offenbar weniger Berührungsängste und womöglich mehr Respekt vor der Meinung des anderen.[72] Jedenfalls suchte man das Gespräch und kam sich im Disput näher. Zum anderen waren die Debattierzirkel, die sich um den *Volkswirt* gebildet hatten, insoweit homogen, als die Teilnehmer durchweg aufrechte Republikaner waren. Ein jeder von ihnen wollte unbedingt verhindern, daß der noch junge Weimarer Staat scheiterte, und verteidigte ihn daher gegen Angriffe von links wie von rechts. Dies galt auch und gerade für die ‚Macher' des *Deutschen Volkswirts*. Ihnen ging es nicht nur passiv darum, ihre Leser umfassend und korrekt zu unterrichten. Sie wollten vielmehr mit ihren Glossen, Kommentaren und Artikeln die Welt, in der sie lebten, aktiv beeinflussen, um sie möglichst ihren Idealen und Visionen gemäß zu verändern.[73]

Versucht man zusammenfassend, das Erfolgsrezept des *Deutschen Volkswirts* auf eine kurze Formel zu bringen, so sind es wohl vier Dinge, die sich hier in vortrefflicher Weise ergänzt haben – gediegenes journalistisches Handwerk, großer Sachverstand, wissenschaftliche Akribie und politischer Gestaltungsdrang.

---

70 *Rainer Klump* merkte in der Diskussion an, daß die *Volkswirt*-Kreise damit teilweise Beratungsaufgaben erfüllt haben, die heute üblicherweise wissenschaftliche Gremien oder Institute wahrnehmen, wenn sie von Regierungen oder Interessengruppen konsultiert werden. Ein wesentlicher Unterschied zwischen damals und heute besteht jedoch im Selbstverständnis zumindest der Politikberatung. Während heutigen wissenschaftlichen Ratgebern in der Regel, oft gesetzlich, (wirtschafts)politische Zielpunkte oder gesellschaftliche Wertvorstellungen für ihre Expertisen fest vorgegeben werden, erteilte *Der deutsche Volkswirt* den Politikern – erbeten oder unerbeten – auch systemwidrige und systemverändernde Ratschläge. Was mehr nützt, ist und bleibt umstritten. Jedenfalls gibt es auch in unserer Zeit Stimmen, die eine (Rück-)Entwicklung vom „neutral expert" zum „ideological combatant" beobachten und dies begrüßen; vgl. z. B. *Nelson* 1987.

71 *Eschenburg* 1995, S. 258, siehe auch S. 272 ff.

72 *Karl Häuser* sprach in der Debatte von einem „ethisch motivierten Journalismus", der auch deshalb erfolgreich gewesen sei, weil der Informationsaustausch „mit höchster Diskretion" vor sich ging.

73 *Karl Häuser* konnte dies aufgrund seiner Gespräche mit Toni Stolper voll und ganz bestätigen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

III. *Der deutsche Volkswirt* – ein „Organ, in dem sich Stolper ein Instrument seines politischen und pädagogischen Willens geschaffen hatte"[74]

Unter der Ägide Gustav Stolpers reagierte *Der deutsche Volkswirt* von Anfang an auf alle wirtschaftlichen und außenpolitischen sowie ab 1929 zunehmend auch auf innenpolitische Ereignisse, die für Deutschland von Belang waren. Er berichtete darüber, analysierte und kommentierte sie, und er versuchte, soweit möglich, auf sie Einfluß zu nehmen. Die Palette ökonomischer Themen wird allein schon durch die Titel der zwölf Bände der *Schriftenreihe des Deutschen Volkswirt* ausreichend dokumentiert (vgl. oben S. 109). Ein genaueres Studium der einzelnen Jahrgänge der Zeitschrift verrät darüber hinaus, daß Herausgeber und Redakteure ihrer Wirtschaftspublizistik durchgängig ein festes Ziel gesetzt hatten, das sie unbeirrt verfolgten: Sie wollten dazu beitragen, solche wirtschaftstheoretischen wie wirtschaftspolitischen Konzeptionen in die Praxis umzusetzen, die sie für richtig hielten. Offensichtlich hatten sie dabei gleiche bzw. kompatible Bilder von einer menschenwürdigen Gesellschaft und funktionstüchtigen Volkswirtschaft im Kopf. Der ‚harte Kern' ihres Programms bestand, wie schon einleitend angedeutet, aus drei miteinander verwobenen Elementen – der Einsicht in die Notwendigkeit bzw. Unvermeidbarkeit gewisser Eingriffe des Staates in die Wirtschaft, dem Glauben an ökonomische Sachzwänge (‚Gesetze') und der ordnungspolitischen Vision von einem ‚dritten Weg'.

Genau diese Philosophie vertrat Stolper bereits in seinem Leitartikel zum Thema „Politik und Wirtschaft" im ersten Heft des *Deutschen Volkswirts.*[75] Sie schien ihm von wahrhaft historischer Dimension zu sein, denn: „In Wirklichkeit stellt die immer weiter getriebene gegenseitige Abhängigkeit von Politik und Wirtschaft ein neues Phänomen dar, das in seiner grundsätzlichen Tragweite für das Schicksal der Völker noch wenig begriffen wird."[76] Aufklärung tat demnach not. Und der Beitrag, den Stolper dazu leisten wollte, beruhte auf folgendem geschichtlichen Szenario:

> Bis zum Beginn des letzten Jahrhunderts sei die Wirtschaft weitgehend unabhängig von der Politik gewesen, denn die Individuen waren relativ autark und ihre Marktbeziehungen nur schwach entwickelt. „Erst das 19. Jahrhundert bringt überall mit der Entwicklung des Kapitalismus eine *immer raschere Ausdehnung der Staatsfunktionen* ...", wodurch „die Wirtschaft in immer empfindlichere Abhängigkeit von der Politik" geraten ist. Der Erste Weltkrieg schließlich „vollendet jäh diese Entwicklung", weil „dieser Krieg zum erstenmal in das physische Schicksal jedes einzelnen eingegriffen hat ... Produktion, Verkehr, Absatz, Nahrung, Kleidung, Wohnung, Geldverkehr und Kapitalsverwendung, alles versucht der Staat mit einem Mal seinem Diktat zu unterwerfen. Es war verwirklichter ‚Sozialismus' ... Politik und Wirtschaft waren auf einmal ‚vergesellschaf-

74 So Theodor Heuss im Nachwort zu *Gustav Stolper* 1949, S. 369.

75 *DdV,* 1. Jg., Nr. 1, 1. Oktober 1926, S. 11 - 13.

76 Dieses und die folgenden Zitate ebd., S. 11 (Hervorhebung durch mich).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tet', das Individuum als Selbstzweck ausgelöscht, die Behauptung von Staat und Gesellschaft zum obersten Gesetz erhoben. Zugleich aber auch die Fürsorgepflicht des Staates für seine Bürger, die allgemeine Nährpflicht als Gegenstück der allgemeinen Wehrpflicht statuiert. Der Staat sorgt nicht mehr nur wie in früheren Kriegen für seine Soldaten und überläßt den Bürger seinem Schicksal, er nimmt den Bürger auch außerhalb der Heeresorganisation in Anspruch und sichert seinen Unterhalt. Brotkarte, Kohlenkarte, Kleiderkarte, Mieterschutz sind die Symbole dieser neuen Entwicklungsphase." Besonders im „bolschewistischen Rußland wie im faschistischen Italien ... (werden) Staat und Nation ... als Selbstzweck verabsolutiert, die bürgerliche Freiheit bleibt versagt ... Aber auch in den Demokratien Mittel- und Westeuropas ... bleibt die Abhängigkeit des Individuums von den Geschicken des Staates ... bestehen".[77] Die „Grundlage der bürgerlichen Existenz jedes einzelnen (ist) schwankend und problematisch geworden ..., die vorher in einhundertjähriger allmählicher kapitalistischer Entwicklung als gesichert gegolten hat ... Wir erblicken darin das stärkste Motiv der politischen Entwicklung Europas seit dem Krieg. Ein *neuer Machtbegriff* bildet sich heraus. Mächtig ist nicht mehr der Staat, der über die meisten und stärksten Waffen verfügt, mächtig ist vor allem – und demnächst allein – der Staat, der die wirtschaftlichen und sozialen Existenzgrundlagen der Bürger zu festigen und gegen Angriffe von außen zu verteidigen vermag. Daraus empfängt der Staat die Richtung seines Handelns. Der Staat ist an die Regeln gebunden, die ihm das Lebensinteresse seiner Bürger vorschreibt: Sie erscheinen als *Gesetze der Wirtschaft.* Indem er sein Handeln diesen Gesetzen anpaßt und sie gegenüber dem einzelnen durchsetzt, wird er zum Vollstrecker der *ökonomischen Notwendigkeiten.* Und indem alle Staaten die Wirkung dieser Gesetze auszunützen suchen, um gegeneinander ihre Zwecke zu erreichen, bestimmt ihre *wirtschaftliche Macht* ihre Geltung in der Welt ... Das *wirtschaftliche Gesetz* wird zum allmächtigen Regulator der Beziehungen zwischen den Völkern ... Schritt für Schritt bricht die Auflehnung des militärisch-politischen Machtapparates gegen die *Gebote der Wirtschaft* zusammen". Die „‚Vergesellschaftung' von Politik und Wirtschaft" bewirkt die Statuierung des wirtschaftlichen Gesetzes als zwingender Macht ..." Doch: „Daß dieses Gesetz zur Geltung kommen und sich behaupten kann, das setzt einen bestimmten seelisch-geistigen Zustand der Völker voraus ... Das nationale, sozialistische, religiöse Ideal hat seine Gläubigen, die ihm auch um den Preis wirtschaftlichen Verzichts anhängen. Aber trotz allem, nach einem Jahrzehnt des Todes und der Not, bricht elementar der Lebenstrieb durch: Man will vor allem leben, genießen, sich bewegen.[78] Neue Lebensformen der Massen tauchen auf. Neue Sitten der Geschlechter bilden sich heraus. Die Vergesellschaftung von Politik und Wirtschaft findet ihr Korrelat in einer Vergesellschaftung der Kultur, die notwendigerweise Massenkultur wird oder geworden ist. Man nenne es Sport, Frauentracht, Siedlungsbewegung, Wanderlust; der elementare Lebenstrieb der Massen zeugt täglich neue Formen."

Kurz gesagt: Die ständig voranschreitende Vergesellschaftung von Politik, Wirtschaft und Kultur verleihe – so Stolper – den wirtschaftlichen Gesetzen eine unge-

---

77 Dieses und die folgenden Zitate ebd., S. 12 (Hervorhebungen durch mich).

78 Wohl deshalb nahm sich *Der deutsche Volkswirt* gerade des Themas ‚Automobil' mit Verve an. Über die junge, aufblühende Automobilindustrie bzw. den zukunftsträchtigen Automobilmarkt wurde regelmäßig in allen Jahrgängen aus ökonomischer wie technischer Sicht berichtet.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

heure Macht.[79] Ganz gleichgültig, ob man diese Entwicklung nun begrüße oder beklage, sie sei unabänderlich. Man müsse sich wohl oder übel auf sie einstellen und die Konsequenzen daraus ziehen:[80]

> „Es gibt *weder ein Zurück zum Kapitalismus* der Vorkriegszeit, der nur das Individuum sah und nicht die Bedeutung des Massenschicksals für die Macht und Handlungsfähigkeit der Nation, *noch ein Vorwärts in die bolschewistische Wüste,* die das Individuum und seinen Lebenstrieb unterdrückt zugunsten eines konstruierten Massenideals: Das gesellschaftliche Leben ... ringt nach neuen Formen, die den geänderten Bedingungen der gesellschaftlichen Akzentverteilung, der ‚Massenbreite' angemessen sind ... Wie der ‚Bürger' den Sieg der Massenkultur, so wird der Sozialist diesen höchsten, letzten Sieg des Kapitalismus beklagen. Wie der Nationalist sein heroisches Ideal zusammenbrechen fühlt, so mag der ideologische Pazifist sich enttäuscht fühlen, daß die *wirtschaftliche Vernunft* und nicht eine neue Sittlichkeit die Völker zum Frieden zwingt. Aber eine neue Zeit heischt neue Ideale."

Von der Richtigkeit seiner geschichtlichen Analyse und den daraus gezogenen Schlüssen blieb Stolper bis zum bitteren Ende seiner Berliner Jahre überzeugt. Weder persönliche Niederlagen und antisemitische Schmähungen, die er im politischen Tageskampf einstecken mußte, noch die aus nächster Nähe erlebte Agonie der Weimarer Republik vermochten ihn eines besseren zu belehren. Am 23. Januar 1933, also wenige Tage vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, bekräftigte Stolper erneut seine Ansichten in einem Vortrag zum Thema „Geist und Wirtschaft", der kurz darauf im *Volkswirt* nachzulesen war.[81] Plakativ sprach er nun von drei „Revolutionen" infolge des Ersten Weltkrieges:

- Eine *politische* Revolution habe stattgefunden, weil sich durch den Krieg und seine Nachwirkungen soziale Bindungen und Hierarchien aufgelöst sowie weitreichende Machtverschiebungen vollzogen hätten. Vor allem die staatliche Macht sei nicht mehr militärisch oder dynastisch zu legitimieren. Sie müßte nun „massenmäßig unterbaut sein",[82] denn die Volksmasse sei sich durch die Kriegserfahrung ihrer selbst bewußt und damit handlungsfähig geworden. Parallel dazu habe es

---

79 Die zunehmende Dominanz oder gar aufdringliche Dämonie des Ökonomischen spürten damals freilich nicht nur diejenigen, die – wie Stolper – in diesem Metier zu Hause waren, sondern auch andere Zeitgenossen. So sagte z. B. Thomas Mann in seiner „Deutschen Ansprache", die er im Oktober 1930 in Berlin hielt (*Mann* 1930/1960, S. 871): „Nun geht eine neue Welle wirtschaftlicher Krisis über uns hin und wühlt die politischen Leidenschaften auf; denn man braucht nicht materialistischer Marxist zu sein, um zu begreifen, daß das politische Fühlen und Denken der Massen weitgehend von ihrem wirtschaftlichen Befinden bestimmt wird, daß sie diese in politische Kritik umsetzen, wie wenn ein kranker Philosoph seine physiologischen Hemmungen ohne ideelle Korrektur in Lebenskritik umsetzte. Es heißt wohl zuviel verlangen, wenn man von einem wirtschaftlich kranken Volk ein gesundes politisches Denken fordert."

80 *DdV,* 1. Jg., Nr. 1, 1. Oktober 1926, S. 13 (Hervorhebungen durch mich).

81 *DdV,* 7. Jg., Nr. 17, 27. Januar 1933, S. 527 - 529.

82 Dieses und die folgenden Zitate ebd., S. 527.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

- zum einen eine *gesellschaftliche* Revolution gegeben, die in der veränderten Stellung der Frau wie der Jugend zum Ausdruck komme, vor allem in einem emanzipatorischen Rollenverständnis, und
- zum anderen eine *technisch-naturwissenschaftliche* Revolution, denn die technischen Neuerungen seien nicht mehr wie vor dem Kriege das „Produkt des Genieblitzes", sondern das Ergebnis systematischer naturwissenschaftlicher Forschung.

Alle drei Umbrüche zusammen hätten zu einer „Revolution unserer Lebensformen"[83] geführt, die sich – mit zum Teil „ganz tiefen wirtschaftlichen Wirkungen" – in anderen Ernährungssitten, im Wandel der Frauenmode, im Sport, im Tanz, in der Geschlechtsethik und in der Kunst, dabei insbesondere in der Architektur und Musik, zeige. „Im Politischen und Wirtschaftlichen ... zentriert diese Entwicklung um die Polarität zwischen dem durch den Krieg selbstbewußt gewordenen *Individuum* und der durch den Krieg selbstbewußt gewordenen *Masse.*" Daraus erwüchsen „die entscheidenden Probleme unserer Zeit. Sie liegen erstens in dem Widerspruch zwischen *individueller Freiheit* und *kollektiver Gebundenheit* (in jeglicher Form), sie liegen zweitens in dem *Mißverhältnis zwischen Macht und Verantwortung der Masse.*" Und Stolper hielt nach wie vor beide Probleme für lösbar, denn sie „sind Bildungsprobleme im weitesten Sinn, nicht nur im Erkenntnismäßigen, sondern auch im Moralischen". Also komme es darauf an, die Masse und den „größten Teil ihrer Führerschaft" aufzuklären, ihnen vor allem die inhärenten Prinzipien einer Friedenswirtschaft begreiflich zu machen, damit sie sich (endlich)[84] der Verantwortung gewachsen zeigten, die in einem demokratischen System auf sie zukomme. Und Stolper war trotz der als ungenügend beklagten Volksbildung auch Anfang 1933 noch optimistisch: Die aufklärerische „Gegenbewegung" habe – wenn auch nur zaghaft – „schon eingesetzt".[85] Er glaubte, zum einen eine „Auflockerung des Klassengegensatzes" registrieren zu können, weil sich im Nationalsozialismus lediglich „die Reste eines Vulgär-Marxismus breit machen, den die gebildeten Führer der Sozialdemokratie längst überwunden haben", und zum anderen „eine Umformung unseres Nationalgefühls zu erleben", denn „in demselben Maß, in dem sich vor allem auch durch die Wirkung des ökonomischen Gesetzes die tatsächliche Gleichberechtigung Deutschlands durchsetzt, verliert der Nationalismus sein Angriffsobjekt". Obwohl – wie Stolper einräumte – „der Schrei nach Planwirtschaft" und der „Schrei nach Autorität" in Deutschland nicht mehr zu überhören waren und

---

83 Dieses und die folgenden Zitate ebd., S. 528.

84 Stolper attestierte der damaligen „Führerschicht" generell eine „grauenhafte politische und wirtschaftliche Unbildung ..., die sie jederzeit zur wehrlosen Beute irgendwelcher staatsrechtlichen oder sozialwirtschaftlichen Phantastereien werden läßt" (*DdV,* 7. Jg., Nr. 1, 7. Oktober 1932, S. 12).

85 Dieses und die folgenden Zitate in *DdV,* 7. Jg., Nr. 17, 27. Januar 1933, S. 529. Vgl. auch *Stolpers* bilanzierenden Artikel „Wo stehen wir?" an der Jahreswende 1932/1933 (*DdV,* 7. Jg., Nr. 12/13, 23. Dezember 1932, S. 363 - 370), insbesondere die Abschnitte „Hitlers Glück und Ende" und „Der ‚dialektische Umschlag'" (S. 366 f.).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

obwohl „der Endkampf der Nationalsozialisten um die Macht“[86] begonnen hatte, gab er die Schlacht keineswegs verloren. Er machte allen Demokraten weiterhin Mut: „Aber ich wage die Voraussage, daß, wenn in wenigen Monaten oder Jahren die Krise vorbeigegangen ist, die ganze Literatur zu Makulatur geworden sein wird, die von Zeitenwende und ähnlichem geschwätzt hat . . .“.[87] Doch nur kurze Zeit später mußte Stolper selbst schmerzlich erfahren, wie vergeblich all sein Mühen war. Die neuen Machthaber verboten auch seine Zeitschrift für eine Weile und trieben alsbald ihn und seine Redakteure außer Landes. Die Nazi-Diktatur war – wie sich sogleich erwies – kein bloßer Spuk, der schnell verflog. Es mußten schließlich zwölf schlimme Jahre vergehen, bis sich Stolpers Prognose endlich doch noch erfüllte.

Aus heutiger Sicht fragt man sich natürlich, warum ein Mann wie Stolper, der mitten im politischen Leben stand und vorzügliche Informationsquellen zur steten Verfügung hatte, noch am Vorabend der Hitler-Diktatur daran glauben konnte, daß sich bald alles zum Guten wenden und die Weimarer Republik zu retten sein wird.[88] Am Ende läßt sich dies wohl nur mit Stolpers uneingeschränkt positivem Menschenbild erklären. Sein Freund Theodor Heuss, der ihn vielleicht am besten kannte, sprach von Stolpers „schier kindhaft unverwirrten Gläubigkeit an Menschenrecht und an den rechten Menschen“.[89] Ein derart fester Glaube an die Kraft des menschlichen Verstandes implizierte wohl die Vorstellung, letztlich könne sich einfach niemand logischem Denken und sachlicher Argumentation verschließen. Jedermann sei belehrbar, wenn man sich nur die Mühe mache, die oft komplexen Dinge verständlich zu vermitteln. Daraus ergab sich zwangsläufig jener Erziehungsauftrag, den zu erfüllen sich Intellektuelle vom Schlage Stolpers berufen fühlten.[90] Daß sie dabei neben dem Volk selbst vor allem dessen Repräsentanten

---

86 *DdV*, 6. Jg., Nr. 31, 29. April 1932, S. 1003.

87 *DdV*, 7. Jg., Nr. 17, 27. Januar 1933, S. 529. Dies war der Tenor auch in Carl Landauers Beiträgen. Seinen Aufsatz über „Neue nationalsozialistische Wirtschaftstheorien“ (*DdV*, 5. Jg., Nr. 34, 22. Mai 1931, S. 1141 - 1145) beschloß er beispielsweise mit den Worten: „Eine Partei wie die nationalsozialistische muß dem Gesetz des Extremismus folgen, unter dem sie steht, und sich entweder vor dem Ziel erschöpfen oder, wenn sie ihr Ziel erreicht, ihre zerstörenden Kräfte sich auswirken lassen und schließlich an der Unmöglichkeit dessen, was sie schaffen will, zerschellen“ (ebd., S. 1145).

88 In der Diskussion fragten dies mit kritischem Unterton *Alfred Bürgin* und *Harald Scherf*. Sicher hat Stolper später erkannt, wie übertrieben optimistisch sein Glaube an den Sieg der wirtschaftlichen Vernunft Anfang der dreißiger Jahre war, denn im nachhinein erklärte er sich den schnellen politischen Erfolg der Nationalsozialisten nun damit, daß in der Weimarer Republik die „allgemeine Stimmung viel mehr einer Stärkung des staatlichen Einflusses als einer Rückkehr zu einer freien kapitalistischen Wirtschaft zuneigte . . . , weshalb der Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur auf dem Gebiet der Wirtschaft viel schwächer war als im Bereich der Politik und der Kultur“ (*Gustav Stolper* 1950, S. 137).

89 *Heuss* 1965, S. 168 f.

90 Ein eindrucksvolles Beispiel aus der literarischen Welt jener Zeit ist Thomas Manns schon erwähnte „Deutsche Ansprache“ aus dem Jahre 1930. Von Anfang bis Ende war sie – wie ihr Thema bezeichnenderweise verhieß – „Ein Appell an die Vernunft“ (*Mann* 1930/1960).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

im Visier hatten, entsprach ganz ihrem Gesellschaftsideal. Sie zogen der plebiszitären Massendemokratie ausdrücklich die parlamentarische Führerdemokratie vor. Hierin zeigte sich deutlich ein weiterer Einfluß Friedrich Naumanns, lehrte er doch:[91]

> „Die Masse selbst kann auf direktem Wege nicht herrschen. Das ist technisch unmöglich, denn Herrschen ist ein gelernter Beruf. Das einzige, was die Masse vermag, ist, daß sie auswählen kann, von wem sie beherrscht sein will." Deshalb bedarf auch die Demokratie der „Führer und Herrscher ... Auch die Demokratie schafft eine Art von Oberwelt". An dieser „Aristokratie sieht die Masse, was sie erstreben kann. Dieser Satz gilt von Erziehung, Lebenssitte, Hauseinrichtung, Kleidung, Nahrung, von jeder Verfeinerung und Kunst, von Selbstbewußtsein, Weltanschauung".

Ein solches Demokratieverständnis war unter den Gebildeten, die am Weimarer Staat festhielten, weit verbreitet. Theodor Eschenburg verweist besonders auf Alfred Webers „optimale Lösung des demokratischen Problems", die ihm schon damals „wie eine Offenbarung" vorgekommen sei.[92] Nach Weber müsse „die Kontrolle der aus den jeweiligen Schichten hervorgehenden Führer ‚durch demokratische Revision des Vertrauens, das sie genieße, ... zusammengehen mit selbständiger Entscheidung und Willensbildung der ausgelesenen Führerspitze'". Und von Carl Heinrich Becker, dem bedeutenden, bis 1930 amtierenden preußischen Kultusminister, berichtet Eschenburg:[93] „Er war zwar von der Notwendigkeit der Bildung der Massen überzeugt, doch mit ebensolchem Nachdruck forderte er ‚die Erziehung hochqualifizierter Einzelpersönlichkeiten als Führer der Massen'."

Wie ernst Stolper die Aufgabe nahm, die Menschen für die ‚Führerdemokratie' zu begeistern, bezeugen am besten seine Artikel im *Volkswirt.* Darüber hinaus schöpfte er die agitatorischen Möglichkeiten, die sein Blatt bot, voll aus – etwa in den oben erwähnten ‚Beiräten' seiner Zeitschrift. Daneben versuchte er, gezielt auf seine Leser einzuwirken, um sie, geradezu beschwörend, in die Pflicht zu nehmen, die Augen offen zu halten und dem Ungeist der Zeit wissend die Stirn zu bieten, denn „er spürte" – wie Heuss berichtet hat[94] – „die Bedrohung des deutschen Menschen durch das bloß Emotionale, das nationalistische Ressentiment, die Machtphrase, die Lüge". Deshalb gründete Stolper noch im Herbst 1932 eigens einen „Bund für wirtschaftliche und politische Bildung".[95] Die Leserschaft des *Deutschen Volkswirts* sollte den Kristallisationskern bilden, den man zügig um „Männer und Frauen aus allen Parteilagern und allen Berufsschichten" zu erweitern ge-

---

91 *Naumann* 1913, S. 92 f. *Erich W. Streißler* hielt in diesem Punkt auch den Einfluß Friedrich von Wiesers auf Gustav Stolper für gegeben.

92 *Eschenburg* 1995, S. 182.

93 Ebd., S. 242.

94 Im Nachwort zu *Gustav Stolper* 1949, S. 371.

95 Vgl. vor allem den Gründungsaufruf, beigefügt dem *DdV,* 7. Jg., Nr. 4, 28. Oktober 1932, S. 103 f., sowie *Stolpers* Artikel „Klarheit" in *DdV,* 7. Jg., Nr. 1, 7. Oktober 1932, S. 11 f. Siehe auch *Toni Stolper* 1960 / 1979, S. 301 - 303.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dachte.[96] Dieser sogenannte „Volkswirt-Kreis"[97] sollte „die Kenntnis der ‚reinen Theorie' ebenso wie die Kenntnis der wirtschaftlichen und politischen Wirklichkeit über Deutschland so verbreiten, daß diese Kenntnis zu einer größeren politischen Macht werde, als es heute ihre Unkenntnis ist".[98] Dabei waren – wie es sich für einen deutschen Verein gehört – wohlgeordnete Bahnen vorgesehen: Ein landesweites Netz von Ortsgruppen sollte die Aufklärungsarbeit leisten, d. h. Vortrags-, Diskussions- und Lehrveranstaltungen organisieren, finanziert u. a. durch Mitgliedsbeiträge und koordiniert durch ein eigenes Mitteilungsblatt sowie den *Deutschen Volkswirt,* gleichsam als Zentralorgan. Doch dieser Dammbau kam viel zu spät und war wohl auch zu harmlos, um die Flutwelle nationalsozialistischer Demagogie aufhalten zu können. Ähnlich erging es vergleichbaren Unternehmungen, etwa dem auf Initiative der Berliner Industrie- und Handelskammer und mit Unterstützung des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten (seinerzeit die Wirkungsstätte Alexander Rüstows) gegründeten „Bund für freie Wirtschaftspolitik", dessen Führung dem jungen Theodor Eschenburg anvertraut worden war.[99]

Stolper war natürlich als Zeitungsmann von der meinungsbildenden Kraft der Presse besonders überzeugt. Dennoch versprach er sich für die Zukunft noch mehr von damals relativ jungen Medien wie Radio und Kino.[100] Doch damit überhaupt publizistische Botschaften auf fruchtbaren Boden fallen könnten, müßte – so Stolper – erst einmal „die Schule ihre soziale Bildungsaufgabe" erfüllen, denn an ihr sei zu bemängeln: „Sie lehrt alles mögliche Wissenswerte, nur nicht das Wunder, das in den selbstverständlichsten Marktvorgängen liegt." Solches Wissen sei nun aber unentbehrlich, weil es eben „wirtschaftliche Phänomene gibt, gegen die der Staat ohnmächtig ist". Von der Schule wurde zugleich verlangt, sie möge die jungen Menschen zu guten (oder besseren) Demokraten erziehen, indem sie ihnen ein politisches Basiswissen vermittelt. So schien es zum Beispiel Theodor Eschenburg „eher gefährlich" zu sein, die „Demokratie zur Glaubenssache zu machen". Vielmehr könne die „Anerkennung der demokratischen Ordnung ... nur ... durch Verstehen des Funktionierens und des Sinnzusammenhangs der Organe der demokratischen Obrigkeit erreicht werden".[101] Er plädierte deshalb schon damals für die Einführung des Unterrichtsfaches „Staatsbürgerkunde" und für eine entsprechende Hochschulausbildung der Lehrer.[102]

All diesen Bemühungen, die Menschen dazu zu bewegen, gegen ein autoritäres Staats- und Wirtschaftssystem und für Demokratie und Wirtschaftsfreiheit zu vo-

---

96 *DdV,* 7. Jg., Nr. 4, 28. Oktober 1932, S. 104.

97 Vgl. wegen dieser Bezeichnung z. B. *DdV,* 7. Jg., Nr. 12/13, 23. Dezember 1932, S. 365, und Nr. 19, 10. Februar 1933, S. 601.

98 *DdV,* 7. Jg., Nr. 4, 28. Oktober 1932, S. 103.

99 Vgl. *Eschenburg* 1995, S. 297 f.

100 Dieses und die folgenden Zitate in *DdV,* 7. Jg., Nr. 17, 27. Januar 1933, S. 528.

101 *Eschenburg* 1995, S. 242.

102 Ebd., S. 178 f. und S. 243.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tieren, war eines gemeinsam: Man argumentierte nicht emotional, sondern appellierte an den Verstand der Menschen. Man wollte sie nicht mit irrationalen Mythen oder Utopien beeindrucken, sondern sie durch Fakten und eine nüchterne, objektive Analyse, sprich: durch wissenschaftliches, oft theoretisches Räsonnement gewinnen. Genau dies war die Intention des *Deutschen Volkswirts.*[103] Stolper glaubte tatsächlich:[104]

> „Wäre es so, daß die Massen die Notwendigkeit des ökonomischen Gesetzes und des politischen Ausgleichs etwa so behandeln könnten, wie Fachleute in wissenschaftlichen Diskussionen es tun, wäre es so, daß die Demokratie sich irgendwie den Herrschaftsformen des platonischen Staates annähern könnte, dann gäbe es keine Krise, dann hätten wir ein wohl funktionierendes Gemeinwesen, und die Wirtschaftskrise hätte nie die Intensität angenommen, die sie angenommen hat."

Woher Stolper und seine Redakteure die Zuversicht nahmen, daß ein solches Bildungs- und Diskussionsniveau je erreichbar ist, erhellt vielleicht ein zeittypischer Satz Friedrich Naumanns am besten, in welchem dieser seiner hohen Erwartung an ein „neudeutsches Volk" Ausdruck verlieh:[105]

> „In allerlei Schichten und Berufen leben Männer und Frauen, die sich dem neuen Zeitalter nicht im Trauergewand nahen, sondern einen Glauben haben an die Vernunft, die auch in den wirtschaftlichen Dingen ist, sobald nur die Menschen vernünftig sein und handeln wollen."

Die so beschworene Vernunft ortete man in der Wissenschaft, wobei der *Volkswirt* natürlich vornehmlich die Wirtschaftswissenschaft im Blickfeld hatte. Er nutzte und förderte sie in geradezu symbiotischer Weise. Dies galt sowohl für die empirische als auch für die theoretische Forschung. Wie bereits erwähnt, berichtete er laufend über die Entwicklung der Volkswirtschaft und ihrer Sektoren anhand zahlreicher Daten, die – wo immer es ging – statistisch aufbereitet wurden.[106] Er war ständig bemüht, mehr und besseres Zahlenmaterial zu bekommen, um es auszuwerten und publik zu machen. Darüber hinaus begrüßte und förderte das Blatt, das so stark wie kein anderes Presseorgan in die zeitgenössischen Debatten um die Große Depression involviert war, die sich in Deutschland und Österreich erst allmählich etablierende empirische Konjunkturforschung.[107] Es

---

[103] Sogar mit den verquasten Wirtschaftsdoktrinen des Nationalsozialismus setzte er sich in sachlichem Ton und mit bewundernswerter Geduld auseinander. Vgl. nur *Carl Landauers* Aufsätze „Das nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm" (*DdV,* 4. Jg., Nr. 52, 26. September 1930, S. 1764 - 1768) und „Neue nationalsozialistische Wirtschaftstheorien" (*DdV,* 5. Jg., Nr. 34, 22. Mai 1931, S. 1141 - 1145).

[104] *DdV,* 7. Jg., Nr. 17, 27. Januar 1933, S. 529.

[105] *Naumann* 1913, S. 266.

[106] In gewissem Sinne verwirklichte *Der deutsche Volkswirt* damit eine Idee Friedrich Naumanns. In dem handschriftlichen „Entwurf eines christlich-sozialen Wochenblattes", der sich in seinem Nachlaß fand, notierte Naumann u. a.: „Feststellen dessen, was wirklich ist. Beachtung statistischer Arbeiten. Erziehung zu reellem wirtschaftlichen Denken. Auf diesem Gebiet selbst langweiligere Artikel nicht scheuen" (zitiert nach *Heuss* 1937 / 1968, S. 112 f.).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

berichtete über die jeweils neuesten Forschungstrends in den Vereinigten Staaten und machte sich und seine Leser mit modernen quantitativen Methoden vertraut.[108] Des weiteren kamen die – nicht zuletzt für das Konjunkturgeschehen bedeutsamen – psychologischen Aspekte wirtschaftlichen Handelns im *Volkswirt* ausgiebig zur Sprache. In der Person von Georg Katona stand der Zeitung dafür ein ausgezeichneter Fachmann zur Verfügung. Seine Börsenberichte und Finanzmarkt-Analysen waren stets aktuell und wissenschaftlich fundiert. In ihnen kündigte sich vieles von dem an, was sich später in Katonas „psychological economics" entfalten sollte.

Auf den ersten Blick mag überraschen, daß *Der deutsche Volkswirt* mit gleichem, wenn nicht noch größerem Engagement eine Lanze für die Wirtschafts*theorie* brach, mehr noch, sie als unverzichtbares Rüstzeug des Wirtschaftsjournalismus ansah und jede Woche selbst den Beweis dafür zu erbringen suchte, wie fruchtbar ökonomische Theorie sein kann. Für Stolper schien sie geradezu eine stille Liebe gewesen zu sein. Diesen Eindruck muß man jedenfalls gewinnen, liest man seine Referate oder Diskussionsvoten nach, die er auf Tagungen gehalten bzw. abgegeben hat, beispielsweise auf denen der Friedrich List-Gesellschaft und des Vereins für Socialpolitik, der sich ja in den zwanziger Jahren schon weitgehend in eine (rein) wissenschaftliche Institution verwandelt hatte. Theodor Heuss mutmaßte über die heimlichen Ambitionen seines Freundes:

> „Die ‚Wiener Schule' der Böhm-Bawerk, Menger vermittelte ihm den Sinn für die ökonomische Theorie, und er träumte wohl manchmal davon, auch noch in späteren Jahren, sich an dem eine Zeitlang in der historischen Beschreibung ermatteten, aber dann wieder aufgefrischten internationalen Gespräch über die volkswirtschaftlichen Grundthesen zu beteiligen. Das war ein Wunschtraum ..."[109]

Daß jedoch gleich alle Redaktionsmitglieder so theoriebegeistert wie Stolper waren, hat wohl hauptsächlich mit ihrer einmütigen Opposition zur jüngeren Historischen Schule zu tun, deren ‚Sündenregister' oft genug im *Deutschen Volkswirt*

---

107 *Erich W. Streißler* erinnerte in diesem Zusammenhang an Wilhelm Roscher, der bereits im 19. Jahrhundert die Hoffnung hegte, die Ökonomen könnten eines Tages ihre Konjunkturprognosen so perfektionieren, daß unerwünschte wirtschaftliche Entwicklungen rechtzeitig zum Wohle der Menschheit korrigiert werden können.

108 Beispielsweise ließ sich die Redaktion von Schumpeter, der Ende der zwanziger Jahre zweimal eine Gastprofessur an der Harvard-Universität innehatte, darüber informieren, „wie weit man dort in der Theorie und Praxis der statistischen Erhebungsmethoden fortgeschritten sei, die für jede Konjunkturforschung erst das unentbehrliche Material zu liefern haben" (*Toni Stolper* 1960/1979, S. 221). In diesem Zusammenhang ist überdies aufschlußreich, daß Schumpeter schon frühzeitig Wesley Clair Mitchell in einem Brief vom 30. August 1926 (abgedruckt in *Swedberg* 1994, S. 291 - 293) auf Stolpers Projekt eines *Deutschen Volkswirts* aufmerksam gemacht und ihn um einen Beitrag bzw. um seinen „Rat bei der Suche nach anderen [amerikanischen] Mitarbeitern" (ebd., S. 293) gebeten hatte.

109 Im Nachwort zu *Gustav Stolper* 1949, S. 370. Und Toni Stolper gegenüber bekannte Heuss: „Ich habe Gustl *immer* um einige Grade für gescheiter gehalten als mich, zumal in der Präzision des logischen Denkens – ‚Wiener Schule' dazu ..." (*Heuss* 1970, S. 137).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hergebetet wurde. Insoweit trug das Magazin dazu bei, den Historismus in der deutschen Nationalökonomie weiter zu diskreditieren. Herausgeber und Redaktion sahen

> „in der lange geübten Zurückdrängung des theoretischen, also des grundsätzlichen Denkens in der Wissenschaft selbst, in der allzu sorgsamen Pflege der rein beschreibenden Tätigkeit, die zahllose Einzelheiten sammelt und darüber den Blick auf das ganze versäumt, einen wesentlichen Grund des Übels ...", daß sich „Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspraxis ... weit voneinander entfernt" haben. „Gerade eine untheoretische Wirtschaftswissenschaft, die nichts ist als ein Museum wirtschaftlicher Einzeltatsachen, kann dem Praktiker wenig bieten. Die Erneuerung des theoretischen Denkens in der Wissenschaft hat heute schon eine Besserung eingeleitet. Geblieben aber ist, daß die meisten Professoren der Nationalökonomie keinerlei Einfühlung in die Willensantriebe der Wirtschaft besitzen ... Wenn man den Professoren die Pflicht auferlegt, Wege zu den Leuten der Wirtschaft zu suchen, ... dann darf man auch von den Wirtschaftern verlangen, daß sie mit Theoretikern diskutieren lernen."[110]

Wie wichtig es dem *Volkswirt* erschien, die Kluft zwischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspraxis zu überbrücken, unterstrich Carl Landauer, als er 1928 die „allerletzten Jahre" beschwor, in denen „die Hilflosigkeit einer nur auf Erfahrungen gegründeten Politik" der Konjunkturstabilisierung und Währungssicherung „die *ungeheure praktische Bedeutung der Theorie* deutlich gemacht" habe.[111] Für den *Volkswirt* stand außer Frage, daß die ‚beste' Praxis in einer ‚guten' Theorie steckt. Und will man wissen, welcher Theorie ein solches Prädikat erteilt wurde, braucht man nur einige Leitartikel zu studieren. Darin wurden Kernprobleme der Ökonomie regelmäßig an der berühmten rhetorischen Frage „Macht oder ökonomisches Gesetz?" aufgezäumt, die bekanntlich Eugen von Böhm-Bawerk bereits 1914 in seiner Kontroverse mit Rudolf Stolzmann aufgeworfen und folgendermaßen beantwortet hatte: „auch in den Preis- und Verteilungsfragen wirkt die ‚Macht' offenbar nicht außerhalb und gegen, sondern innerhalb und durch Erfüllung der ökonomischen Preisgesetze."[112] Unter Macht verstand er die „Übermacht" einer der beiden Marktparteien und dachte dabei an auf Machtmittel gestützte „künstliche Eingriffe" wie Wucher und Streik.[113] Als Schüler Böhm-Bawerks war Stolper mit dieser Problematik bestens vertraut und kam in seinen Schriften immer wieder auf sie zurück. Über sie glaubte er den geeigneten Zugang zu den ‚letzten Geheimnissen' der Wirtschaft finden zu können:

> „Der ganze Problemkreis ‚Macht oder ökonomisches Gesetz', wie ihn Boehm-Bawerk umschrieben hat, bekommt für uns eine höchst aktuelle Bedeutung. Es gilt, sich unter geänderten Voraussetzungen mit diesem Problemkreis auseinanderzusetzen: Wie wirkt

---

110 *DdV*, 2. Jg., Nr. 2, 14. Oktober 1927, S. 39. Vgl. auch *Toni Stolper* 1960/1979, S. 33, sowie die zum Teil eigenwilligen Reflexionen von *Arthur Salz* über „Theorie und Praxis in der Wirtschaft" in *DdV*, 2. Jg., Nr. 9, 2. Dezember 1927, S. 269 - 272.

111 *DdV*, 2. Jg., Nr. 30, 27. April 1928, S. 1003 (Hervorhebung im Original).

112 *Böhm-Bawerk* 1914/1975, S. 11.

113 Ebd., S. 4, S. 11 und passim.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sich das ökonomische Gesetz aus und wo verlaufen die Grenzen zwischen ihm und der staatlichen Macht?"[114]

Selbstredend gehörte die Frage „nach dem Verhältnis von Macht und ökonomischem Gesetz" auch zu den „Grundfragen", denen sich der *Volkswirt*-„Bund für wirtschaftliche und politische Bildung" zuwenden sollte.[115]

Stolper und seinen Kollegen ging es dabei im wesentlichen darum, den Spielraum von (exogenen) Machteinflüssen auf die Wirtschaft auszuloten und damit die Grenzen zu bestimmen, die dem (wirtschafts)politischen Handeln durch ökonomische Gesetz- oder Regelmäßigkeiten gesteckt sind. Dies war übrigens ganz im Sinne Böhm-Bawerks gedacht[116] und führte zu der Vorstellung, daß willkürliche Eingriffe in die Wirtschaft den ‚natürlichen' Lauf der Dinge höchstens hemmen oder zeitweise konterkarieren können, daß sich auf Dauer jedoch die ökonomische Ratio durchsetzen werde. Die eigentlich offene Formel ‚Macht oder ökonomisches Gesetz?' verwandelte sich so unversehens in das Dogma von der „Statuierung des wirtschaftlichen Gesetzes als zwingender Macht".[117] Über diesen Lehrsatz herrschte offenbar Einvernehmen in der Redaktion. Er wurde nämlich nicht allein – wie man denken könnte – von dem Liberalen Stolper verkündet, sondern ebenso – und nicht minder offensiv – von dem Sozialisten Landauer vertreten. So erörterte Landauer beispielsweise in einer dreiteiligen Artikelfolge[118] das Problem, „wie weit die Politik in das Wirtschaftsleben eingreifen kann, ohne mit den inneren Gesetzen der Wirtschaft in Konflikt zu geraten", anhand des Zinses und des Lohnes und betonte ausdrücklich, „daß die Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft nicht auf die kapitalistische Verkehrswirtschaft beschränkt" sei.[119] Daß „man den Lohn nicht willkürlich erhöhen könne",[120] ohne Beschäftigung wie Kapitalbildung zu gefährden und damit zugleich Gegendruck auf den Lohn auszuüben, und den Zins nicht einfach „beseitigen (könne), ohne daß die ganze Wirtschaftsrechnung in Unord-

---

114 *DdV,* 7. Jg., Nr. 17, 27. Januar 1933, S. 528. In einem seiner Redebeiträge auf der Eilsener Konferenz der List-Gesellschaft drängte Stolper seine Fachgenossen, „daß wir doch schließlich einmal auch über das Problem Macht oder ökonomisches Gesetz reden müssen ..." (in *Colm/Neisser* 1930, 1. Teil, S. 110).

115 *DdV,* 7. Jg., Nr. 4, 28. Oktober 1932, S. 103. Siehe auch *DdV,* 7. Jg., Nr. 1, 7. Oktober 1932, S. 12.

116 Vgl. *Böhm-Bawerk* 1914/1975, S. 9 f.

117 *DdV,* 1. Jg., Nr. 1, 1. Oktober 1926, S. 12.

118 „Macht und Wirtschaft", in *DdV,* 2. Jg., Nr. 30, 27. April 1928, S. 1003 - 1006; „Wirtschaftsgesetz und Wirtschaftsverfassung", in *DdV,* 2. Jg., Nr. 31, 4. Mai 1928, S. 1044 - 1046; „Der Spielraum der Lohnpolitik", in *DdV,* 2. Jg., Nr. 32, 11. Mai 1928, S. 1079 - 1081. Zu beachten sind in diesem Zusammenhang auch *Schumpeters* Aufsätze „Lohnpolitik und Wissenschaft", in *DdV,* 3. Jg., Nr. 25, 22. März 1929, S. 807 - 810, und „Grenzen der Lohnpolitik", in *DdV,* 3. Jg., Nr. 26, 28. März 1929, S. 847 - 851; beide wiederabgedruckt in *Schumpeter* 1985, S. 185 - 192 bzw. S. 192 - 201.

119 Ebd., S. 1003. Siehe im einzelnen S. 1045 f.

120 Ebd., S. 1004. Siehe im einzelnen S. 1079 - 1081.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nung gerät",[121] habe „die moderne Wirtschaftstheorie" bewiesen. Landauer spielte damit auf die „großartige Gedankenarbeit von J. B. Clark und Böhm-Bawerk",[122] von Schumpeter[123] und ihnen vergleichbaren Theoretikern an. Deren Lehren – etwa die Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung oder die Agiotheorie des Zinses – waren für Landauer passende und bewährte Erklärungsinstrumente, mit denen er in seinen Artikeln fast lehrbuchmäßig hantierte.

Streng ‚akademisch' argumentierte *Der deutsche Volkswirt* auch in den großen Debatten um die sogenannte Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre, wenn es um die Bekämpfung oder Verteidigung konjunkturtheoretischer Schulmeinungen ging. Insoweit war die Zeitschrift auch an diesem wissenschaftlichen Diskurs intensiv beteiligt. Wie sie sich konkret etwa mit der damals wie heute noch gern gescholtenen Deflationspolitik des Reichskanzlers Heinrich Brüning oder der Flut von Plänen und Programmen zur Arbeitsbeschaffung in den Jahren der Massenarbeitslosigkeit auseinandersetzte, interessiert hier im einzelnen nicht.[124] Es reicht, den konjunkturtheoretischen Standpunkt des Blattes grob zu bestimmen. Der Einfluß der österreichischen Schule der Nationalökonomie ist wiederum unverkennbar. Der Herausgeber, die Redakteure und manch anderer Autor vertrauten im allgemeinen den Denkmustern der Überinvestitions- bzw. Unterspartheorie der Konjunktur, wie sie u. a. von Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek vertreten wurde. Die entsprechende ‚Grundsatzerklärung' gab Carl Landauer für den *Volkswirt* ab:

> „Eine einzige Theorie hat bisher eine in sich geschlossene Krisenerklärung geboten. Sie erblickt den Grund, warum es noch niemals eine dauernde prosperity gegeben hat, in der regelmäßigen Ueberanstrengung der Wirtschaftskräfte während der Hochkonjunktur oder, von einer anderen Seite her gesehen, in der übermäßigen Produktion von Gütern für den künftigen Bedarf – übermäßig deshalb, weil ihr kein entsprechender Verzicht der Konsumenten auf gegenwärtige Konsumgüter vorausgegangen ist."[125] Ergo: „Wer sein Urteil aber auf das wissenschaftlich Erkennbare stützt, muß erklären, daß der Krise von heute ein neuer Aufstieg folgen wird, ganz ebenso wie allen Krisen ein Aufstieg gefolgt ist, seit es einen modernen Kapitalismus gibt."[126]

---

121 Ebd., S. 1005. Siehe auch S. 1045.

122 Ebd., S. 1003.

123 Wie sehr sich Schumpeters Ökonomie-Verständnis mit dem des *Volkswirts* deckte, belegt besonders deutlich ein Brief Schumpeters an Stolper vom Dezember 1925, in dem er seine Mitarbeit avisierte: „Es liegt in meinem Plan, regelmäßige Zeitungsartikel meinem Arbeitsprogramm einzufügen ... Ich wünsche einen derartigen Wirkungskreis, und das, was ich dabei eigentlich will, ist, einem weiteren Kreis ökonomisches Denken beizubringen, was in der Form in der Behandlung von Tagesfragen und daraus sich ergebender Hinüberleitung zu immer denselben Grundprinzipien und -tatsachen m.E. am besten geschieht. Und wo könnte ich diesen Wirkungskreis sympathischer finden als bei Ihnen?" (zitiert nach *Toni Stolper* 1960/1979, S. 192).

124 Vgl. dazu z. B. *Sattler* 1982, Kapitel IV; *Wolfgang F. Stolper* 1986, S. 19 - 23; und *Janssen* 1998, Abschnitt 4.2.3.

125 „Der Ursprung der Krisen", in *DdV*, 5. Jg., Nr. 20, 13. Februar 1931, S. 635 - 637, hier S. 636.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Trotz der – zugegebenermaßen – „unerhörten Schwere ... (der) heutigen Krise“[127] rechnete *Der deutsche Volkswirt* – noch Anfang 1932 – damit, daß die nach „herrschender Meinung der Wissenschaft“ zu erwartende ‚Reinigungskrise‘ bevorsteht. Nach Stolper war die „Weltwirtschaft“ sogar schon „mitten in diesem segensvollen Liquidationsprozeß ... und hat seine heilenden Wirkungen deutlich gespürt“.[128] Nur manchmal kamen den Autoren Zweifel, ob die ‚reinigenden‘ oder ‚selbstheilenden‘ Marktkräfte versagen könnten, weil es sich diesmal möglicherweise doch nicht um einen ‚normalen‘ Konjunkturabschwung, sondern um eine „regelwidrige Depression“,[129] eine „Dauerkrise“,[130] oder den „Ausnahmefall ... einer ‚sekundären‘, selbstinduzierten Deflation“[131] handelte, also um ein Ereignis, dem dann nur mit staatlichen Interventionen beizukommen sei.

Die mikroökonomische Prämisse all dieser markttheoretischen Erklärungsansätze, nämlich ein hedonistisch motivierter und rational handelnder *homo oeconomicus,* wurde dabei ohne weiteres akzeptiert. Bei Stolper las sich dies so:[132]

> „Daß dieses [ökonomische] Gesetz zur Geltung kommen und sich behaupten kann, das setzt einen bestimmten seelisch-geistigen Zustand der Völker voraus.“ Und Stolper hielt einen solchen zu seiner Zeit für allgemein verbreitet, denn: „... nach einem Jahrzehnt des Todes und der Not ... bricht elementar der Lebenstrieb der Völker durch: Man will vor allem leben, genießen, sich bewegen.“

Wirtschaftstheoretisch stand also die Redaktion des *Deutschen Volkswirts* fest auf dem Boden der Neoklassik und brach damit einem Denken Bahn, das sich in Deutschland – anders als in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern – immer noch gegen historistische und sozialistische Traditionen zu behaupten hatte. Was Stolper angeht, so ist seine neoklassische Neigung nicht weiter verwunderlich, war er doch Absolvent der österreichischen Grenznutzenschule. Bei Landauer überrascht die gleiche wissenschaftliche Vorliebe insoweit, als er – wie bereits gesagt – seit seiner Studienzeit sozialistischen Ideen anhing und davon nie abgerückt ist.[133] Da er aber kein Marxist und – ebenfalls wie Stolper – kein Freund der Histo-

---

126 „Dauerkrise oder Konjunkturwelle?“, in *DdV,* 5. Jg., Nr. 12, 19. Dezember 1930, S. 370 - 374, hier S. 374.

127 Dieses und das folgende Zitat in *DdV,* 5. Jg., Nr. 20, 13. Februar 1931, S. 635.

128 *DdV,* 6. Jg., Nr. 19, 5. Februar 1932, S. 608. Siehe auch *Stolpers* Artikel „Arbeitsbeschaffung“, in *DdV,* 6. Jg., Nr. 21, 19. Februar 1932, S. 671 - 674, insbesondere S. 672.

129 *Gustav Stolper:* „Regelwidrige Depression“, in *DdV,* 3. Jg., Nr. 23, 8. März 1929, S. 727 f.

130 *Joseph Schumpeter:* „Dauerkrise?“, in *DdV,* 6. Jg., Nr. 13/14, 25. Dezember 1931, S. 418 - 421; wiederabgedruckt in *Schumpeter* 1985, S. 202 - 210.

131 *Wilhelm Röpke:* „Geldtheorie und Weltkrise“, in *DdV,* 5. Jg., Nr. 52, 25. September 1931, S. 1742 - 1747, hier S. 1747.

132 *DdV,* 1. Jg., Nr. 1, 1. Oktober 1926, S. 12.

133 *Norbert Kloten* wies zu Recht darauf hin, daß die liberalistischen Tendenzen in Landauers Denken nach seiner Emigration schwächer wurden und seine Schriften wieder mehr sozialistisches Gedankengut enthielten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

risch-ethischen Schule war, erblickte wohl auch er seine ‚theoretische Heimat' in der neoklassischen Ökonomie. Jedenfalls schätzte er deren Vertreter als die wahren Sachwalter der in Deutschland so lange sträflich vernachlässigten Wirtschaftstheorie.

All dies darf jedoch nicht zu dem Schluß verleiten, *Der deutsche Volkswirt* habe die reine Lehre des Liberalismus verkündet oder das Modell der vollkommenen Konkurrenz zur Grundlage wirtschaftspolitischer Empfehlungen gemacht. Vielmehr verschloß er auch in diesem Punkt die Augen nicht vor bestimmten Tatsachen, die der Erste Weltkrieg geschaffen habe. Stolper sprach vom „gefesselten Kapitalismus", wenn er das deutsche Wirtschaftssystem zu seiner Zeit betrachtete und verstand darunter

> „... ein System eigener Art, in dem sich kapitalistische und staatssozialistische Elemente in einer von keinem anderen Land gekannten und begriffenen Weise unscheidbar durchdringen".[134]

Daher konstatierte er mit Nachdruck:[135]

> „Der Staat als Herr der Wirtschaft hat ... ein Volk gezüchtet, das den Anspruch seiner Sicherung durch den Staat als selbstverständlich betrachtet. Ich glaube, daß dieser Anspruch aus dem Bewußtsein der Massen nie mehr zu verdrängen ist. *Wir kommen zum Zustand der staatenlosen Gesellschaft oder der Gesellschaft im Sinn der Ideale des früheren Liberalismus nie mehr zurück,* denn er müßte die Erinnerung an den Krieg und seine Folgen auslöschen."

Nun fiel es selbst Stolper – und schon gar nicht Carl Landauer – schwer, die ökonomischen Bedingungen, die sich aus dieser Entwicklung ergeben hatten, hinzunehmen und ihnen mitunter positive Seiten abzugewinnen. Dafür sorgte schon ihr soziales Gewissen. Hatten sie doch seit ihren Kindertagen mit angesehen, wie viele Menschen – anders als sie selbst – in Not und Armut leben mußten.[136] Bei Stolper war es „ein den menschlichen Gemeinschaften individuell verpflichteter Liberalismus",[137] bei Landauer ein die Freiheit und Würde des einzelnen Men-

---

134 „Der gefesselte Kapitalismus", in *DdV,* 2. Jg., Nr. 33, 18. Mai 1928, S. 1115 - 1117, hier S. 1115.

135 *DdV,* 7. Jg., Nr. 17, 27. Januar 1933, S. 528 (Hervorhebung durch mich). Siehe auch *Gustav Stolper* 1929 b, S. 7 f.

136 Toni Stolper schilderte in einem Brief vom 3. September 1957 an Karl Häuser eindringlich, wie prägend diese Erfahrung für ihre Generation war: „Furchtbares Unglueck habe ich von Jugend auf mitangesehen, sogar vor dem verzweifelten ersten Krieg und ersten falschen Friedensschluss ... In den Neunzigerjahren wuchs ich in einer Generation auf, der das ‚soziale' Denken zur natuerlichen Lebensuebung wurde. Man ‚sah' die Armut und glaubte einfach nicht mehr, dass sie ein Recht hatte, zu existieren – nur um Willen und Verstand, mit der Traegheit und Blindheit von Jahrhunderten fertig zu werden, handelte es sich. Was ich jetzt im ganzen Westen sehe, ist trotz Kriegen, trotz nachhinkender Einsicht, trotz tragischer Unzulaenglichkeiten der Menschen die Ausfuehrung dieser Vision des ausgehenden 19. Jahrhunderts: dass Armut aus der Gesellschaft verschwinde."

137 *Toni Stolper* 1960 / 1979, S. 12; siehe auch S. 40.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schen wahrender Sozialismus, die ihr Denken und Handeln lebenslang bestimmten. Wie Toni Stolper mehrfach betont hat, ist ihr Mann gerade in seiner sozialen Gesinnung nachweislich von Friedrich Naumann geprägt worden.[138] Schon frühzeitig verinnerlichte er dessen „tief wurzelnde Abneigung gegen die ungeistige materialistische Überspitzung des Vernunftprinzips, wie sie der Vulgär-Marxismus mit dem alten Manchestertum gemein hatte..."[139] In diesem Zusammenhang darf jedoch ein zweiter, gleichgerichteter Einfluß nicht übersehen werden, nämlich der seines akademischen Lehrers Eugen von Philippovich, dem er ja recht nahestand.[140] Philippovichs „innerster Ehrgeiz" habe – wie sich sein Schüler und Mitarbeiter Felix Somary ausgedrückt hat[141] – darin bestanden, „eine Synthese zwischen Adam Smith und Karl Marx zu versuchen". Herausgekommen ist dabei eine bunte Mischung aus liberalen und sozialen Elementen. Die Stichworte, die Philippovich selbst dazu gab, lauten:[142]

> „Widerspruch zwischen zunehmender Ablehnung des wirtschaftlichen Liberalismus und tatsächlicher Ausbreitung des Kapitalismus. Unleugbare Erfolge des Systems der Verkehrsfreiheit, daher Festhalten an dem Grundsatz individueller Verantwortlichkeit. Aber allgemeine Ablehnung des gesellschaftlichen Systems des Individualismus. Beschränkung der individuellen und Ergänzung durch eine soziale Verantwortlichkeit."

In einem nach diesen Grundsätzen gestalteten freiheitlich-demokratischem Sozialstaat sollte – so hatte es Philippovich vorgesehen – teils privat- und teils gemeinwirtschaftlich produziert werden. Monopolstellungen waren möglichst zu beseitigen und die sozialpolitischen Interventionen des Staates darauf auszurichten, „Hilfe zur Selbsthilfe" zu leisten, wenn der einzelne seine Existenz nicht aus eigener Kraft sichern kann. Gerade dieser Solidargedanke lebte in Stolpers Gesellschaftsvision fort.

Alle derartigen Reformideen waren letztlich nur Varianten eines großen Gedankenexperiments, das nach dem Ersten Weltkrieg in der alten wie in der neuen Welt[143] äußerst beliebt war – die Suche nach einem ‚dritten Weg' zwischen Individualismus und Kollektivismus, zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen privater Freiheit und staatlicher Lenkung. Man wollte einen Königsweg ausfindig machen, der die Vorteile polarer Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme so miteinander verbindet, daß die verbleibenden Nachteile per Saldo geringer sind als bei Beschreiten des ‚ersten' oder ‚zweiten Weges'. An dieser Debatte beteiligten sich

---

138 Ebd., S. 91 ff. und S. 234 f.

139 Zitiert nach *Toni Stolper* 1960 / 1979, S. 94.

140 Vgl. ebd., S. 33 f., S. 102 und S. 324.

141 *Somary* 1928, S. 119.

142 *Philippovich* 1910, S. VI.

143 Vgl. hinsichtlich der USA z. B. den Beitrag „Wirtschaft und Politik, Amerikanischer Brief", in *DdV,* 1. Jg., Nr. 25, 18. März 1927, S. 760 - 763, verfaßt von *Josef Redlich,* dem prominenten österreichischen Politiker und Rechtswissenschaftler, der zu jener Zeit als Professor an der *Harvard University* wirkte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gleichermaßen Sachkundige aus dem liberalistisch-individualistischen wie dem sozialistisch-kollektivistischen Lager. Während den einen – beispielsweise Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke, den Mitgliedern der Freiburger Schule und eben Stolper[144] – ein ‚menschlicher' Kapitalismus oder eine soziale Konkurrenzwirtschaft vorschwebte, dachten die anderen – beispielsweise Franz Oppenheimer, Adolf Löwe, Eduard Heimann und eben Landauer – an liberalen Sozialismus oder eine sozialistische Marktwirtschaft. Allemal traf man sich mit solchen Konzeptionen in oder nahe der Mitte. Um von derart konzipierten Mischsystemen behaupten zu können, daß sie tatsächlich reibungslos funktionieren, durften sie nach Auffassung des *Volkswirts* allerdings nicht die ‚ökonomischen Gesetze' verletzen, denn, wie Landauer schrieb:[145] „Beide Wirtschaftsformen stehen unter denselben Gesetzen. Die gleichen Vorgänge sind für beide richtig." So gesehen bilden die ‚ökonomischen Gesetze' gewissermaßen die Schnittmenge zwischen beiden Wirtschaftsordnungen – mit der Konsequenz: Werden sie eingehalten, so ist es nicht nur möglich, sondern gefahrlos oder sogar empfehlenswert, zentralverwaltungswirtschaftliche Elemente in eine Marktwirtschaft bzw. marktwirtschaftliche Elemente in eine Zentralverwaltungswirtschaft einzubauen. Eben dies war die ordnungstheoretische Botschaft des *Deutschen Volkswirts.*[146]

Welche Vorstellungen Stolper mit solch einem ‚dritten Weg' konkret verband, ist entweder ausführlich seinen Artikeln im *Volkswirt* zu entnehmen oder läßt sich komprimiert, aber ebenso gut anhand seiner Äußerungen als Politiker nachvollziehen. Die Deutsche Demokratische Partei hatte 1928 einem Ausschuß unter seinem Vorsitz aufgetragen, ein neues Wirtschaftsprogramm zu entwickeln.[147] Stolper stellte einen Entwurf, der fast ganz aus seiner Feder stammte, am 5. Oktober 1929 auf dem Mannheimer Reichsparteitag in einer mehrstündigen Rede vor.[148] Er erörterte nacheinander folgende Problemfelder: Finanzpolitik, Wirtschaft der öffentlichen Hand (jeweils unter politischem, sozialem, finanziellem und technischem Aspekt), Monopolpolitik, Sozialpolitik (darunter ganz allgemein die „soziale Frage" sowie die speziellen Themen Einkommensverteilung, „demokratische Lohnpolitik", Kapitalbildung, Wohnungswirtschaft) und schließlich Außenhandelspolitik. In den grundlegenden Passagen seiner Rede, in denen er sich übrigens wiederholt

---

144 „Gustav sah immer den Liberalismus als Zukunftsaufgabe, noch nicht jemals gestaltet", schrieb Toni Stolper am 15. März 1983 Karl Häuser.

145 *DdV,* 2. Jg., Nr. 31, 4. Mai 1928, S. 1046.

146 In der „Konzeption" des *Deutschen Volkswirts* von „Staat und Wirtschaft" erblickt Gustav Stolpers ältester Sohn „eine klare Vorwegnahme der sozialen Marktwirtschaft ..." (*Wolfgang F. Stolper* 1986, S. 14, siehe auch S. 16 und S. 24). Abgesehen davon, daß das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in der Literatur unterschiedlich abgegrenzt wird (vgl. nur *Starbatty* 1996), haben deren Vertreter selbst – soweit ich sehe (vgl. z. B. *Müller-Armack* 1973/1974) – Gustav Stolper und/oder den *Deutschen Volkswirt* nicht zu ihren Ideengebern gerechnet. In der Diskussion meines Referates bestätigte dies *Norbert Kloten* insoweit, als er daran erinnerte, wie wenig in „neoliberalen Zirkeln" auf den *Volkswirt* rekurriert wurde.

147 Vgl. im einzelnen *Stephan* 1973, S. 391 - 419; *Schneider* 1978, S. 170 - 175.

148 *Gustav Stolper* 1929 b. Dieser gedruckte Redetext umfaßt 44 Seiten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

auf Friedrich Naumann bezog, rühmte er die freie Wettbewerbswirtschaft insbesondere wegen ihrer unbestreitbaren Leistungsfähigkeit:[149]

> „Daß der Kapitalismus und nur der Kapitalismus imstande ist, ein Maximum an materiellem Reichtum zu schaffen und damit die Grundbedingung für die jeweils erreichbare größte Wohlfahrt des einzelnen, das beweist die Geschichte der kapitalistischen Wirtschaft der letzten hundert Jahre ..."

Doch damit dürfe man sich nicht begnügen, denn ebenso unstrittig sei:

> „ ... das Maß von materiellen Gütern entscheidet nicht allein über den seelischen Zustand der Menschen. Und das ist das Hauptproblem, mit dem wir uns einmal ganz ernsthaft auseinandersetzen müssen."

Dieses „seelische Problem" zu lösen, ohne auf die Effizienz der kapitalistischen Produktionsweise verzichten zu müssen, hielt Stolper für durchaus möglich, wenn sich eine „wirtschaftlich-soziale Weltanschauung der Demokratie" durchsetzen lasse. Was er darunter verstand, fixierte er im Schlußwort seiner Ansprache in zwölf Leitsätzen:[150]

„1. Demokratie glaubt an die Möglichkeit des sozialen und wirtschaftlichen Interessenausgleichs im freien Staat ...
2. Demokratie glaubt an die Schicksalsverbundenheit der Klassen ... In welchem Verhältnis Kapital und Arbeit sich in den Ertrag des gemeinsamen Produkts teilen, bestimmt nicht die Willkür und nicht der Machteinsatz, sondern das unabänderliche wirtschaftliche Gesetz, dem jede Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung unterworfen ist ...
3. Demokratie verwirft den Klassenkampf als Forderung ... Demokratie ist die Gesellschaftsordnung des Friedens und des Ausgleichs ...
4. Demokratie verwirft darum ebenso die Diktatur des Staates wie die Diktatur einer Klasse über die Wirtschaft ... Damit erneuern wir unser Treuebekenntnis zum liberalen Gedanken ...
5. Demokratie als das einzig mögliche Freiheitssystem der Gesellschaft setzt die wirtschaftliche und soziale Freiheit des Individuums voraus ...
6. Demokratie erfordert deshalb als Bedingung und Grundlage ihrer Existenz Privateigentum, ohne das es keine Freiheit des Individuums geben kann ...
7. Demokratie bedeutet die Verpflichtung der Gesellschaft, die Wirtschaft zum höchsten Grad der Entfaltung zu bringen, der jeweils [nach] dem technischen Können erreichbar ist. Das heißt: Demokratische Wirtschaftspolitik sieht eine ihrer vornehmsten Aufgaben in einer immer weiteren Hebung des Bildungsniveaus des Volkes ... Das Bildungsproblem rückt so in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Problems ...
8. Demokratie bedeutet aber auch die Verpflichtung der Gesellschaft, ihre ganze Macht zum unmittelbaren Kampf gegen soziale Notstände aufzubieten, wo sie sich zeigen.

---

149 *Gustav Stolper* 1929 b, S. 27; ebenfalls zitiert von *Toni Stolper* 1960 / 1979, S. 234 f.

150 *Gustav Stolper* 1929 b, S. 36 - 44; wiedergegeben auch im Anhang zu *Toni Stolper* 1960 / 1979, S. 481 - 487.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Haben wir unser nationales, haben wir unser liberales Bekenntnis abgelegt, so schließt dieser Satz unser soziales Bekenntnis ein, ein Bekenntnis ohne Vorbehalt und Einschränkung ...

9. Demokratie verträgt kein Massenelend, sie verfügt über alle Mittel, um Massenelend zu beseitigen ...
10. Demokratie bejaht deshalb den Staat als Vollstrecker ihres sozialen Willens. Wir stellen uns positiv zum Staat. Wir wollen seine Funktionen nicht auf den Nachtwächterdienst beschränken. Er ist uns nicht Selbstzweck, ... aber er ist uns ein notwendiges Instrument für die Erfüllung der Zwecke, die wir der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik, der Kulturpolitik setzen ... Wir mögen den Gedanken des Solidarismus, den Gedanken der Verbundenheit aller Klassen und Stände religiös oder vernunftmäßig erleben ...
11. Aber erblicken wir das Fundament der Demokratie nicht in einer anonymen Masse, sondern in einem Verband selbständig denkender, frei verantwortlicher und frei handelnder Individuen, dann wird uns auch die fundamentale Wichtigkeit eines anderen Postulates erst deutlich – des Postulates eines starken Führertums ...
12. Demokratie glaubt an den freien Menschen, nicht an die staatliche Maschine ..."

Auf dem Parteitag erzielte Stolper „mit seinem Wirtschaftsprogramm einen sensationellen Erfolg", weil er es „verstand ..., mit ökonomischen Richtlinien dem Liberalismus neue Ziele zu stecken".[151] Trotzdem fanden seine Thesen keineswegs nur Zustimmung in der Partei. Es gab auch viel Widerspruch, vor allem von linksliberaler Seite.[152] Stolper trat zwar dafür ein, den Kapitalismus durch wirtschaftsdemokratische Auflagen zu zügeln – er forderte einen starken, aber unbürokratischen Sozial- und Kulturstaat, ein solidarisches Verhalten der Klassen und Stände, eine obligatorische Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn zumindest der Großunternehmen, gesetzlich verankerte Mitwirkungsrechte für Betriebsangehörige, ein verbessertes Schlichtungswesen, öffentliche Maßnahmen zur Beseitigung des „Wohnungselends" und eine die breite Masse entlastende Finanzreform –, doch von extremen sozialistischen Forderungen, die noch im Programm der DDP vom Dezember 1919 standen,[153] wollte er sich verabschieden, etwa von dem Verbot der Monopole, der Aufteilung des Großgrundbesitzes und ähnlichen Sozialisierungs-

---

151 *Stephan* 1983, S. 187. Im Protokoll der Rede heißt es ganz zum Schluß (*Gustav Stolper* 1929 b, S. 44): „Stürmischer, langandauernder Beifall, der sich zu einer brausenden Ovation für den Redner erweitert". Siehe auch *Vogt* 1974/1977, S. 449.

152 Zum Beispiel notierte Ernst Feder, innenpolitischer Redakteur des *Berliner Tageblattes* und DDP-Mitglied, unter dem Datum des 2. August 1929 in seinem Tagebuch nach einem Besuch bei Moritz Julius Bonn, damals Professor an der Handelshochschule Berlin und Mitglied der von Stolper geleiteten Programmkommission der DDP: „... Abends bei Bonn, erklärt, mit der D.D.P. fertig zu sein, die jetzt Stolper (unzuverlässig, entwickelt sich nach rechts, schielt vielleicht auf Reichsbankpräsident oder Reichsfinanzminister) Wirtschaftsprogramm anvertraut, geht auch nicht mehr zum Parteitag" (*Feder* 1971, S. 220). Den Hinweis auf diese Tagebucheintragung verdanke ich *Christian Scheer.* Vgl. auch *Sattler* 1982, S. 96, und *Stang* 1994, S. 47 f., S. 50 und S. 354.

153 Siehe im einzelnen *Treue* 1968, S. 138 - 140; *Stephan* 1973, S. 142 - 152; *Schneider* 1978, S. 57 - 61.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

absichten. Stolper sprach sich entschieden dagegen aus, wirtschaftliche Konzentrationsprozesse jedenfalls zu unterbinden. Die wirtschaftliche Macht, die dadurch entstehe, werde überschätzt, denn: „Der Konsument ist in der kapitalistischen Wirtschaft der wirkliche Diktator. Er zahlt einfach keine höheren Preise, als er zahlen kann."[154] Zudem könnten Monopole, Konzerne und Kartelle der Gesellschaft sogar nützen, sofern sie den technischen Fortschritt vorantreiben. Um den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen zu verhindern, reiche es völlig aus, wenn der Staat große Unternehmen bzw. deren Absprachen oder Zusammenschlüsse beobachte und unter Kontrolle halte. Zu einer wirklichen Diskussion der Stolperschen Konzeption kam es allerdings nicht mehr, zumal die DDP 1930 in der Deutschen Staatspartei aufging. Und einer praktischen Umsetzung bot sich schon wegen der weiteren politischen Entwicklung keinerlei Chance. Entweder ignorierten die Nationalsozialisten das, was der – wie sie ihn abschätzig nannten – „staatsparteiliche Abgeordnete und finanzkapitalistische Zeremonienmeister Dr. Stolper"[155] zu sagen hatte, oder sie reagierten darauf mit Hohn und Spott. Nach einem ‚dritten Weg' Ausschau zu halten erachteten sie angesichts der von ihnen inszenierten „nationalen Erhebung" sowieso für völlig überflüssig.

IV. „Ein Finanzplan – Vorschläge zur deutschen Finanzreform"

Als ersten Komplex nahm sich Stolper in seiner Mannheimer Programmrede die Finanzpolitik vor.[156] Er wiederholte hier im wesentlichen seine „Vorschläge zur deutschen Finanzreform", die er im Sommer zuvor in einer neunteiligen Artikelserie im *Deutschen Volkswirt* gemacht hatte[157] und die kurz darauf – leicht überarbeitet – unter dem Obertitel „Ein Finanzplan" als 8. Band in der *Schriftenreihe des Deutschen Volkswirt* nochmals veröffentlicht worden waren (*Gustav Stolper* 1929 a; vgl. die nachfolgend wiedergegebene Verlagsankündigung). Ein solches Reformkonzept gerade zu diesem Zeitpunkt auszuarbeiten, sah sich Stolper veranlaßt,[158] weil die deutschen Reparationszahlungen infolge des Young-Plans um rund 750 Millionen Reichsmark reduziert werden konnten. Er war besorgt, daß die damit verbundene Entlastung des Staatshaushalts zu nichts anderem als zu willkür-

---

154 *Gustav Stolper* 1929 b, S. 23. Zu diesem Satz vermerkt das Protokoll (ebd.): „Lebhafter Widerspruch".

155 So der Schriftleiter Gustav Schlotterer im *Nationalsozialistischen Wirtschaftsdienst,* Nr. 10, 4. Juli 1932.

156 *Gustav Stolper* 1929 b, S. 9 - 17.

157 *DdV,* 3. Jg., Nr. 38, 21. Juni 1929, S. 1287 - 1291; Nr. 39, 28. Juni 1929, S. 1323 - 1326; Nr. 40, 5. Juli 1929, S. 1363 - 1369; Nr. 41, 12. Juli 1929, S. 1399 - 1401; Nr. 43, 26. Juli 1929, S. 1463 - 1467; Nr. 44, 2. August 1929, S. 1495 - 1497; Nr. 45, 9. August 1929, S. 1527 - 1534; Nr. 46, 16. August 1929, S. 1559 - 1562; Nr. 48, 30. August 1929, S. 1623 - 1627.

158 *Gustav Stolper* 1929 a, S. 9.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Soeben erschienen:

EIN FINANZPLAN

Vorschläge zur deutschen Finanzreform

von

Dr. Gustav Stolper

Aus dem Inhalt:

Die Aufgabe . . . . . .
Die Grundsätze . . . . .
Die Vorschläge . . . . .
Die direkten Steuern .
Der Finanzausgleich .
Die Realsteuern . . . .
Das Tabakmonopol . .
Die Umsatzsteuer . . .
Politische Bilanz . . .

160 Seiten

Gebunden RM 4.50
brosch. RM 3.—

Das Buch faßt in neuer Bearbeitung die im
DEUTSCHEN VOLKSWIRT
unter dem obigen Titel erschienenen Aufsätze zusammen

Die Frankfurter Zeitung schreibt:

Man wird dem Verfasser dankbar nicht nur dafür sein dürfen, daß er das große und schwierige Problem durchdacht und mit Vorschlägen versehen dargestellt hat, sondern man wird sehr gewissenhaft und mit positiver Einstellung zu prüfen haben, was von der Fülle wertvoller Gedanken sich in die Praxis umsetzen läßt.

Bestellungen nehmen der Verlag des
DEUTSCHEN VOLKSWIRT
sowie sämtliche Buchhandlungen entgegen

Quelle: DdV, 4. Jg., Nr. 1, 4. Oktober 1929, S. 13.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lichen Ausgabenänderungen führe, wovon man sich kaum gezielte volkswirtschaftliche Effekte, etwa eine Förderung von Beschäftigung oder Kapitalbildung, versprechen durfte.

Das Thema selbst hatte für Stolper aber schon lange höchste Priorität. Wie bereits dargelegt, erkannte er in der „immer rascheren Ausdehnung der Staatsfunktionen" ein typisches Merkmal des Kapitalismus seit dem 19. Jahrhundert.[159] Seines Erachtens kulminierte diese Tendenz durch den Ersten Weltkrieg darin, daß das Volk nun „den Anspruch seiner Sicherung durch den Staat als selbstverständlich betrachtet" und „dieser Anspruch aus dem Bewußtsein der Massen nie mehr zu verdrängen ist".[160] In der Schlußfolgerung, die daraus zu ziehen sei, wußte sich Stolper völlig einig mit seinem Freund Schumpeter. Beiden ging es „keineswegs um Staat oder Nicht-Staat, sondern um ‚die Grenzen der Wirksamkeit des Staates'".[161] Damit war die Frage nach dem Verhältnis von (Privat-)Wirtschaft und Staat(swirtschaft) neu gestellt. Die strikt liberale Antwort, das Feld der Wirtschaft den Privaten zu überlassen und den Staat auf eine Nachtwächterrolle zu beschränken, erschien obsolet. Eine zeitgemäße Antwort müsse von vornherein darauf abzielen, „wie weit ... die kollektive Bedürfnisbefriedigung durchgeführt werden (soll), weil die private Bedürfnisbefriedigung heute versagt".[162] Dies hieß, dem Staat bestimmte Funktionen auch im Bereich der Wirtschaft ohne Wenn und Aber zuzuweisen und damit zugleich seine ökonomischen Kompetenzen genau abzustecken. Doch das war leichter gesagt als getan, denn die junge Weimarer Demokratie war darauf schlecht vorbereitet. Vor allem fehlte ihr ein geeignetes finanzpolitisches Instrumentarium. Und Versuche, dies zu schaffen, scheiterten teilweise an mangelnder Einsicht in eine solche Notwendigkeit. Das hatte wiederum auch damit zu tun, daß viele Reformbestrebungen für den Fachmann widersprüchlich oder für den Laien undurchsichtig waren. *Der deutsche Volkswirt* wurde nicht müde, die Hindernisse und Widerstände beim Namen zu nennen, die einer durchgreifenden Finanzreform im Wege standen. Doch er glaubte auch zu wissen, wie sie zu überwinden seien. Gleichsam Arm in Arm sollten Wirtschaftspublizistik und Finanzwissenschaft diese Aufgabe meistern. Und wie dies geschehen könnte, hat keiner drastischer als Joseph Schumpeter in einem seiner Beiträge für den *Volkswirt* formuliert:[163]

> „Übrigens liegt die Hauptschwierigkeit der Finanzpolitik heute gar nicht bei den Ausgaben, sondern bei der Unmöglichkeit, die Leute, Minister, Reichstagsmitglieder, Interessenvertreter – von ihren vorgefaßten Meinungen über die Einnahmepolitik abzubringen ... Ebenso wichtig und erzieherisch wertvoll ist die strenge Konzentration der ganzen Einnahme- und Ausgabepolitik im Budgetgesetz. Im Grunde ist das unentbehrliche Vor-

159 *DdV,* 1. Jg., Nr. 1, 1. Oktober 1926, S. 11.

160 *DdV,* 7. Jg., Nr. 17, 27. Januar 1933, S. 528.

161 *Wolfgang F. Stolper* 1986, S. 14.

162 *Gustav Stolper* 1929 b, S. 26.

163 „Finanzpolitik und Kabinettsystem", in *DdV,* 1. Jg., Nr. 28, 8. April 1927, S. 865 - 869, hier S. 867; wiederabgedruckt in *Schumpeter* 1985, S. 70 - 76, hier S. 72 - 74.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

aussetzung jeder geordneten Wirtschaftsführung ... Schwäche der Regierung kann zum Teil auch gutgemacht werden durch finanzpolitische Kultur der Öffentlichkeit ... Wir müssen uns hier mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit mühseliger finanzpolitischer Erziehung des Staatsbürgers im Laufe der Zeit begnügen. Die deutsche Wissenschaft ist nicht schuldlos dabei, denn sie erzieht ja die Interessenvertreter, welche die Meinung der Parteien machen und aus deren Mund die verkehrten Argumente kommen. Sie hat andere große Leistungen aufzuweisen, aber sie lehrt nicht ausreichend die Technik des ökonomischen Denkens."

Schumpeter autorisierte damit zwei ‚Glaubenssätze', die *Der deutsche Volkswirt* – wie nun schon mehrfach demonstriert – seinen Lesern dauernd predigte: daß es ökonomische Gesetze gibt und daß die Menschen dazu erzogen werden können, sie zu respektieren.

Schumpeters Wissenschaftsschelte richtete sich vornehmlich an die Adresse des Faches, das er selbst damals an der Universität Bonn zu lehren hatte – an die Finanzwissenschaft. Christian Scheer hat vor einigen Jahren in einer längeren Studie das Selbstverständnis und den Zustand dieser Disziplin in Deutschland zwischen 1918 und 1933 gründlich analysiert:[164] Die deutsche Finanzwissenschaft war damals noch stark dem Denken der Historischen Schule bzw. dem ihrer Nebenströmungen, z. B. Gottl-Ottlilienfelds ontologischer Volkswirtschaftslehre, verhaftet und hatte deswegen den Anschluß an die internationale, insbesondere finanztheoretische Forschung verloren. Dies bewirkte eine gewisse Desorientierung im Fach. Immer häufiger wurde über das „Wesen" und den Standort der eigenen Disziplin diskutiert, weil einigen Fachvertretern (darunter Schumpeter) schmerzlich bewußt war, mit den herkömmlichen Denkansätzen und Methoden wenig zur finanzpolitischen Lösung aktueller Probleme wie den Inflationsfolgen oder Reparationslasten beitragen zu können. Die wissenschaftliche Behandlung der Staatsausgaben beschränkte sich nach wie vor meist darauf, sie nach verschiedenen formalen und inhaltlichen Merkmalen zu klassifizieren, ihre Entwicklung statistisch zu erfassen und „Deckungsgrundsätze" für die einzelnen Ausgabenarten festzulegen. Darin manifestierten sich Relikte eines kameralistischen Fiskalismus: Der Finanzwissenschaft oblag es, Regeln dafür aufzustellen, wie öffentliche Finanzwirtschaften die Mittel, die sie zur Erledigung der ihnen übertragenen Aufgaben benötigen, sich zu beschaffen, zu verwalten und zu verwenden haben. Die Vorstellung, daß öffentliche Haushalte zum Beispiel Instrumente einer konjunktur- oder beschäftigungsstabilisierenden Politik sein können, war in der deutschen Finanzlehre nur schwach entwickelt. Schumpeters Diktum „*Jede* Finanzpolitik ist auch Wirtschaftspolitik, bewußte oder unbewußte"[165] mußte deshalb provozierend wirken. In der wissenschaftlichen Betrachtung der öffentlichen Einnahmen hatte sich die Blickrichtung bereits stärker verändert. Hypothesen zur allokativen Wirkung der Besteuerung tra-

---

164 *Scheer* 1994; siehe ergänzend *Häuser* 1994.

165 *DdV,* 4. Jg., Nr. 3, 18. Oktober 1929, S. 75, bzw. *Schumpeter* 1985, S. 112. So auch schon in seinem Artikel „Finanzpolitik", in *DdV,* 1. Jg., Nr. 27, 1. April 1927, S. 827 - 830, hier S. 827; wiederabgedruckt in *Schumpeter* 1985, S. 63 - 70, hier S. 64.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ten in den Vordergrund und schmälerten das Interesse an der traditionellen Lehre von den Distributionswirkungen, die sich am Ideal der Steuergerechtigkeit orientierte. Christian Scheer spricht deshalb von der „Ökonomisierung der Steuerlehre" zu jener Zeit.[166] Sie erfolgte vor dem Hintergrund eines neuen Staatsverständnisses nach dem Ersten Weltkrieg. Der obrigkeitliche ‚Vater Staat' war einer demokratischen Republik gewichen, in welcher der Staat nicht bloß über allem ‚thronte', sondern Teil einer Mechanik wurde, die im politischen Raum partikulare Interessengegensätze zu bändigen und sich im Bereich der Wirtschaft nötigenfalls in die Allokation knapper Ressourcen einzuschalten hatte. Um seine ökonomische Aufgabe sachgerecht erfüllen zu können, fehlten dem Staat jedoch, wie gesagt, die erforderlichen Instrumente. Dies galt auch für jenes Werkzeug, über das föderalistische Staaten heute selbstverständlich verfügen – den Finanzausgleich zwischen einander vertikal und / oder horizontal zugeordneten Teilen des Gemeinwesens. Zur Weimarer Zeit wurde er ohne klare Linie praktiziert.[167] „Kaum ein anderes Finanz- und Steuergesetz ist im Verlaufe der Zeit so häufigen Veränderungen unterworfen worden wie das Finanzausgleichsgesetz."[168] Finanzielle Ungleichgewichte zwischen den einzelnen öffentlichen Haushalten waren deshalb nur schwer in den Griff zu bekommen. Sie verschlimmerten sich sogar, als die Finanznot des Deutschen Reiches drückender wurde. Die schließlich vorgenommenen Ausgleichsmaßnahmen fielen überdies halbherzig aus, da sie sich auf die Einnahmenseite der Budgets konzentrierten und eine Umverteilung der staatlichen Aufgaben und Ausgaben vernachlässigten. Zudem gab es noch keine geschlossene Theorie des Finanzausgleichs. Die Finanzwissenschaft vermochte also kaum etwas darüber auszusagen, wie die staatlichen Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen zwischen Reich, Ländern, Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften am besten zu verteilen waren.

Dies alles muß man sich vor Augen halten, will man den Stolperschen Finanzplan verstehen und bewerten. Zunächst einmal: Stolper wollte viel mehr als eine einfache Steuerreform, er peilte einen tiefgreifenden Umbau des öffentlichen Finanzsystems an, der am Ende in eine Verfassungsreform einmünden sollte, die das Reich neu gliedert und in einen dezentralisierten Einheitsstaat verwandelt.[169] Alexander Rüstow sprach von einem „konstruktiven Gesamtplan",[170] Bernhard Harms von einem „weit ausgreifenden und doch in sich geschlossenen Plan".[171] Adolf Löwe nannte es „ein ganz großes Verdienst Dr. Stolpers, mit seinem Plan uns überhaupt wieder einmal das Bild eines großzügigen Finanzprogramms vor Augen ge-

166 *Scheer* 1994, S. 89 - 110. Siehe auch *Scheer* 1998, S. 167 f.

167 Vgl. dazu insbesondere *Schmidt* 1994.

168 *Pagenkopf* 1981, S. 117.

169 Vgl. dazu u. a. *Carl Landauers* Aufsätze „Der deutsche Einheitsstaat", in *DdV,* 2. Jg., Nr. 9, 2. Dezember 1927, S. 267 - 269; „Wie soll der Einheitsstaat aussehen?", in *DdV,* 2. Jg., Nr. 10, 9. Dezember 1927, S. 302 - 305; „Wie kommen wir zum Einheitsstaat?", 2. Jg., Nr. 11, 16. Dezember 1927, S. 332 - 335.

170 Diskussionsbeitrag in *Colm / Neisser* 1930, 1. Teil, S. 480.

171 Ebd., S. 398.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

führt zu haben",[172] und der frühere Reichskanzler und spätere Reichsbankpräsident Hans Luther pries in einem Artikel für den *Volkswirt*[173] Stolpers Vorschläge als „umfassenden Plan ..., der ... auf jeden Fall das Ganze erfaßt, und der, weil er von einem einheitlichen Gedanken beherrscht wird, auch die schöpferische Phantasie in glücklicher Weise anregt". Stolpers derart gerühmter Plan ist am besten zu vermitteln, wenn man seinen Verfasser selbst zu Wort kommen läßt:

1. Die „Finanzreform" ist „das Zentralproblem der Wirtschaft" (*Gustav Stolper* 1929 a, S. 12), denn man muß „von der veränderten quantitativen Bedeutung der öffentlichen Finanzen für die Wirtschaft" als Tatsache ausgehen, da „heute bereits mehr als die Hälfte des gesamten deutschen Volkseinkommens öffentlich, politisch in seiner Höhe und seinem Verwendungszweck bestimmt ist".[174] Das heißt: „Die absolute und relative Höhe der öffentlichen Ausgaben ist eine der hauptsächlichen Bestimmungsgründe des Reallohns der Massen geworden, Art und Gliederung der Einnahmen zum wesentlichen Bestimmungsgrad des Umfangs der Kapitalbildung und ihrer Verwendung" (1929 a, S. 16 f.).
2. Damit eine Volkswirtschaft, in der privates und staatliches Handeln unauflösbar miteinander verquickt sind, möglichst reibungslos funktioniert, ist es zwingend geboten, „ein Finanzsystem zu schaffen" (ebd., S. 16), das diesen Namen verdient. Das heißt:[175] Die „Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden müssen als Einheit begriffen werden". Ein Finanzausgleich zwischen den Körperschaften ist vor allem mit dem Ziel einer klaren Abgrenzung ihrer Aufgaben und einer festen Aufteilung der Quellen für die Finanzierung ihrer Ausgaben gesetzlich zu regeln (1929 a, S. 32 - 35): „Das Reich trägt die äußeren und inneren Kriegslasten ...; ... die Kosten der Außenpolitik und ihrer Vertretung und die Kosten der Wehrmacht. Es trägt die Beiträge zur Sozialversicherung und den Apparat der Finanzverwaltung ... Der Reichsetat ist im großen vor Überraschungen geschützt. Für seine Ausgabenhöhe läßt sich auf mindestens ein Jahrzehnt ein Plan von relativ starker Haltbarkeit entwerfen. Anders steht es mit den Ländern und Gemeinden. Ihr Aufgabenkreis ist nicht fixiert ... Obliegen den Ländern vor allem die Kulturaufgaben, so müssen die Gemeinden die Hauptlast der sozialen Aufgaben des Gemeinwesens tragen." Dies bedeutet für die Verteilung der Staatseinnahmen: „... dem Reich muß daher die alleinige Verfügung über die Steuern bleiben oder zufallen, von deren Art und Höhe das wirtschaftliche Gesamtschicksal wesentlich mitbestimmt wird ... Ländern und Gemeinden ... müssen ... die Steuerquellen zufallen, die in elastischem Grad ausgebeutet werden können, und deren Ausbeutungsgrad für den Gesamtzustand der Wirtschaft belanglos ist. Mit anderen Worten ...: Dem Reich der Ertrag der direkten Personalsteuern [Einkommen- und Vermögensteuer], den Ländern und Gemeinden den Ertrag der Verbrauchssteuern (und der restlichen Realsteuern)."

---

172 Ebd., S. 430.

173 „Finanzreform und Staatsreform", in *DdV,* 4. Jg., Nr. 6, 8. November 1929, S. 171 - 174, hier S. 171. In gleichem Sinne äußerte sich Luther auf der Tagung der List-Gesellschaft in Bad Eilsen; vgl. sein Votum in *Colm/Neisser* 1930, 1. Teil, S. 70 - 76, hier S. 75.

174 *Gustav Stolper* 1929 b, S. 10. Siehe auch *Gustav Stolper* 1929 a, S. 15 f., und 1950, S. 136.

175 *Gustav Stolper* 1929 b, S. 11, siehe auch S. 14 f.; und 1929 a, S. 28.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

3. Derart geordnete Finanzen des Staates sichern zum einen „die Sparsamkeit der öffentlichen Hand" (1929 b, S. 16; siehe auch S. 14) und entsprechen zum anderen „dem Funktionswandel der Finanzpolitik" (1929 a, S. 16), denn die „Finanzpolitik hat längst aufgehört, ein isoliertes Reich moralischer Betrachtung zu bilden", und die „Steuerpolitik hat aufgehört, bloß Instrument fiskalischer Befriedigung zu sein. Sie ist das Instrument geworden, mit dem ein gestaltender Wille das Schicksal der Wirtschaft als Ganzes formen kann" (1929 a, S. 10; siehe auch S. 28). Kurz gesagt: „... die Finanzpolitik (ist) heute das Zentralproblem jeder Wirtschaftspolitik ..." (1929 b, S. 9 f.).
4. Ein finanzpolitisches System solcher Tragweite muß und kann zugleich ökonomischen wie sozialen Zwecken dienen. So bedeutet Steuerpolitik zwar immer „Einkommensverteilung und Einkommensverschiebung aus einem gemeinsamen Sozialprodukt", doch sie muß durch entsprechende Gestaltung zum „Instrument eines wirtschaftlich und sozial zielklaren Verteilungsprozesses werden" (1929 a, S. 29; gleichlautend 1929 b, S. 11). Das erfordert zunächst einmal: „Das künftige Steuersystem muß den Zusammenhang zwischen Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Körperschaften den Massen sinnfällig machen. Es muß den Massen ... deutlich werden, daß jede Ausgabenerhöhung sie selbst zu zahlen haben. Es muß ihnen klar werden, daß jede Ausgabenerhöhung der öffentlichen Hand ihren privaten Spielraum einengt. Es muß ihnen klar werden, daß die Oeffentlichkeit nicht um einen Pfennig mehr ausgeben kann, als der private Bürger dann weniger ausgeben muß" (1929 b, S. 11). Diese Transparenz ist vor allem bei der Finanzierung der Gemeindeausgaben wichtig, weil diese den einzelnen Bürger unmittelbar betreffen.
5. Sodann ist bei der Gestaltung des künftigen Steuersystems zu beachten: „Nicht ob eine Steuer ‚gerecht' oder ‚ungerecht' ist, sondern ob sie die Wirtschaft fördert oder schädigt, das wird offenbar zur entscheidenden Frage" (1929 a, S. 25). In der gegebenen Situation folgt daraus: „Solange die deutsche Wirtschaft, die öffentliche wie private, von Kapitalnot gewürgt ist, müssen die Einkommensbildung und die Spartätigkeit begünstigt, entbehrlicher Genuß [vornehmlich Alkohol und Tabak] stärker belastet werden" (1929 b, S. 12), denn eines steht fest: „Alle Finanzreform ist vergeblich, die uns nicht von der Kapitalnot befreit" (1929 b, S. 17; siehe auch 1929 a, S. 23 f.). Zudem ist es „ein soziales, nicht ein kapitalistisches Postulat, daß der entbehrliche Genuß bis zur Grenze der finanziellen Tragfähigkeit belastet werde, um Einkommen- und Kapitalbildung zu begünstigen" (1929 a, S. 30), weil sich damit wiederum der Spielraum für Lohnerhöhungen vergrößert. Die besondere „soziale Aufgabe der Finanzpolitik" (1929 a, S. 11 und S. 30 - 32; 1929 b, S. 11 - 14) besteht in erster Linie darin, „die Einkommen der breiten Massen (zu) entlasten", etwa indem „das steuerfreie Existenzminimum der Massen scharf hinaufgesetzt wird", um „die Einkommensteuer bei den untersten Stufen (zu) beseitigen und den Arbeitslohn steuerfrei (zu) machen". Aber diese soziale Tat schädigt keineswegs die Wirtschaft, ganz im Gegenteil, sie verschafft ihr „eine lohnpolitische Schonzeit für die Auffüllung des Kapitalfonds ..." (1929 b, S. 12).

Wie sich Stolper die Ausgestaltung eines solchen Finanzsystems im einzelnen dachte,[176] kann hier nur skizziert werden: Da ihm eine Erhöhung der Umsatzsteuer

[176] *Gustav Stolper* 1929 a, S. 36 - 135.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

politisch nicht durchsetzbar erschien, sollte – nach österreichischem Vorbild – ein Tabakmonopol geschaffen werden, das einen Monopolgewinn von rund 1,5 Milliarden Reichsmark im Jahr versprach. Davon waren ein Drittel für das Reich und zwei Drittel für die Länder vorgesehen. Zudem sollten dem Reich die Einkommen- und die Körperschaftsteuer sowie die Zolleinnahmen, den Ländern die gesamte Umsatzsteuer sowie alle Verbrauchsteuern und den Gemeinden die Getränke- sowie die Lohnsummen- und die Grundvermögensteuer zufließen. Insbesondere um die Kapitalbildung anzuregen, sollten die Gewerbe- und die Kapitalertragsteuer abgeschafft und die Progression der Einkommensteuer in den oberen Stufen auf 25% und bei Spitzeneinkommen auf 33 $^1/_3$% begrenzt werden. Stolper hoffte, damit zugleich die Steuermoral heben und die Steuerflucht hemmen zu können. Am unteren Ende der Einkommenskala sollte das steuerfreie Minimum schrittweise von 1.200 auf 3.000 Reichsmark im Jahr erhöht werden, so daß die Arbeiter und Kleinbauern praktisch keine Steuern zu zahlen gehabt hätten. Des weiteren schlug Stolper vor, bei der damaligen Brutto-Allphasen-Umsatzsteuer eine Phasenpauschalierung einzuführen, vor allem um ökonomisch nachteilige Kumulationswirkungen zu vermeiden und „soziale Differenzierungen" zwischen den besteuerten Waren zu ermöglichen. Hinsichtlich der Verwendung der Staatseinnahmen sah er u. a. vor, „für das Reich einen ‚Ausgabenplafond' für die nächsten zehn Jahre festzulegen".[177]

Wolfgang F. Stolper, der sich in seinem Buch über seinen akademischen Lehrer Schumpeter auch ausgiebig mit dem Finanzplan seines Vaters beschäftigt,[178] resümiert, daß dessen „proposal for fiscal reform ... an expression of the Schumpetarian views" war.[179] Dem ist zumindest insoweit beizupflichten, als Schumpeter mit seinen zwischen Oktober 1926 und November 1928 im *Deutschen Volkswirt* erschienenen Beiträgen[180] Stolpers Reformplan wissenschaftlich vorbereiten half und ihn nach dessen Veröffentlichung mit seinen zwischen Oktober 1929 und März 1932 im *Volkswirt* publizierten Artikeln[181] fachlich kommentierte und geschickt unterstützte. Aus dieser ‚Arbeitsteilung' kann man indes nicht ableiten, daß allein Schumpeter die Ideen spendete, die dann Stolper politisch und publizistisch bloß noch zu verwerten brauchte. Vielmehr flochten beide den Strang, an dem sie dann gemeinsam zogen. Die Lektüre ihrer Schriften zur Finanzreform offenbart ein stetes Geben und Nehmen auf beiden Seiten. Dabei sind es drei Grundgedanken gewesen, die alle finanzpolitischen Beiträge Schumpeters im *Volkswirt* durchzogen. Bereits im ersten[182] klangen sie an: Erstens sei es besonders im Hinblick auf ein leistungsfähiges öffentliches Finanzwesen „natürlich Illusion ..., in der heutigen

177 *Gustav Stolper* 1929 a, S. 56. Siehe auch 1929 b, S. 17.

178 *Wolfgang F. Stolper* 1994, Chap. 4.

179 Ebd., S. 356.

180 Allesamt nachgedruckt in *Schumpeter* 1985, S. 55 - 112.

181 Ebd., S. 112 - 150.

182 „Steuerkraft und nationale Zukunft" (op. cit. in Fußnote 60).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Welt Vorkriegsverhältnisse rekonstruieren zu wollen".[183] Zweitens müsse in Anbetracht der veränderten Verhältnisse genau überlegt werden, „was einem Volk an finanzieller Leistung zugemutet werden kann", ohne die „Steuerkraft" künftiger Generationen zu gefährden.[184] Drittens habe man gerade bei der Neuordnung der deutschen Staatsfinanzen zu beachten, daß sie „in einem Lande" geschehen soll, „für das Kapitalbildung eine Lebensfrage ist ...".[185] Alle weiteren finanzpolitischen Artikel dienten Schumpeter im Grunde dazu, diese Thesen mit theoretischen Argumenten oder durch Lehren aus der Geschichte zu erhärten. Er legte dort im einzelnen dar,

- warum „die Finanzpolitik eine Wirtschafts-, Sozial- und überhaupt allgemeine Politik ist ...";[186]
- wie sehr die „Finanzpolitik Sache politischer und sozialer Psychologie ..." zu sein habe, damit vor allem die Steuermoral gestärkt werde und keine Staatsverdrossenheit aufkomme; [187]
- daß der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden völlig neu gestaltet werden müsse, schon um die zerrütteten Finanzen der Kommunen sanieren und ihnen eine Haushaltsautonomie gewähren zu können, die sie endlich und dauerhaft aus der Zwangslage des Bittstellers gegenüber Reich und Ländern befreie;[188]
- wieso die „theoretische Beziehung zwischen Finanzpolitik und Kapitalbildung" die unangenehme Konsequenz habe, daß der Staatshaushalt private Sparfonds tendenziell in Konsumausgaben verwandele;[189]
- daß die (indirekte) Umsatzsteuer, verglichen mit der (direkten) Einkommensteuer, von Vorteil sei, weil sie nur den für Konsumzwecke verwendeten Teil des Einkommens treffe und damit das Sparen fördere;[190] und schließlich,

---

183 Ebd., S. 14 bzw. S. 57.

184 Ebd., S. 13 bzw. S. 56.

185 Ebd., S. 16 bzw. S. 61. Auch Stolper wollte immer wieder bewußt machen, „warum wir, wenn wir in eine Diskussion über Finanzpolitik und Finanzreform eintreten, die Kapitalbildung in das Zentrum unserer Betrachtung rücken" (in *Colm/Neisser* 1930, 1. Teil, S. 390, siehe auch S. 32 - 36).

186 „Finanzpolitik", in *DdV,* 1. Jg., Nr. 27, 1. April 1927, S. 827 - 830; wiederabgedruckt in *Schumpeter* 1985, S. 63 - 70; „Finanzpolitik und Kabinettsystem" (op. cit. in Fußnote 163).

187 „Geist und Technik der Finanzverwaltung", in *DdV,* 1. Jg., Nr. 33, 13. Mai 1927, S. 1028 - 1031; wiederabgedruckt in *Schumpeter* 1985, S. 77 - 83.

188 „Finanzausgleich", in *DdV,* 1. Jg., Nr. 36, 3. Juni 1927, S. 1123 - 1126; wiederabgedruckt in *Schumpeter* 1985, S. 84 - 91. „Finanzausgleich", in *DdV,* 1. Jg., Nr. 37, 10. Juni 1927, S. 1156 - 1159; wiederabgedruckt in *Schumpeter* 1985, S. 92 - 99.

189 „Was vermag eine Finanzreform?", in *DdV,* 4. Jg., Nr. 3, 18. Oktober 1929, S. 75 - 80; wiederabgedruckt in *Schumpeter* 1985, S. 112 - 123.

190 „Wen trifft die Umsatzsteuer?", in *DdV,* 3. Jg., Nr. 7, 16. November 1928, S. 206 - 208; wiederabgedruckt in *Schumpeter* 1985, S. 107 - 112.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

– weshalb die Einkommensteuer, „... unser schönstes und bestes finanzpolitisches Instrument, das Rückgrat unseres – und jedes kultivierten – Steuersystems, ... für die nächste Zeit etwas (zu) entlasten" sei:[191] Als Kind des Frühliberalismus sei sie das ideale Komplement eines Wirtschaftssystems mit automatischer Goldwährung, Gewerbefreiheit und Freihandel gewesen, aber in die „Wirtschaftswelt von heute und morgen" passe sie nicht mehr. Nicht zuletzt der Aspekt der Kapitalbildung spreche für den Übergang zur „Verbrauchseinkommensteuer", denn durch sie werde das Sparen weniger als durch eine direkte Einkommensbesteuerung reduziert.[192]

Dies und anderes mehr trug Schumpeter ideell zu Stolpers Finanzplan bei.

Folgt man dem roten Faden, der die einzelnen Elemente des Plans zusammenbindet, so landet man wie von selbst bei bekannten Grundpositionen, in denen Stolper mit seinem ‚Koautor' Schumpeter weitgehend übereinstimmte: Die „politische Linie" des Plans, schrieb Stolper,[193] „geht davon aus, daß es ökonomische Gesetze gibt, gegen die jede vernünftige Wirtschaftspolitik nur mit Gefährdung ihres eigenen Ziels verstoßen kann ...". Der Staat sei deshalb aber nicht etwa zur Nebenfigur im Wirtschaftsleben degradiert. Gerade wenn er sich an die ökonomischen Gesetze hielte, sei er unentbehrlich und stark. „Die kapitalistische Wirtschaft beruht auf Vertrauen", mahnte Stolper.[194] Solches Vertrauen könne der Staat am besten schaffen und erhalten, indem er ein nach rationalen und möglichst quantifizierten Prinzipien[195] geordnetes und damit für den Bürger durchschaubares Finanzsystem einführt und indem er eine berechenbare Finanzpolitik betreibt. Beides war nach Stolpers Verständnis Vorbedingung sowohl für eine wettbewerbsfähige und florierende Privatwirtschaft als auch für den notwendigen sozialen Ausgleich. Die privaten Haushalte und Unternehmen könnten dann einfach sicherer planen

---

191 „Ökonomie und Soziologie der Einkommensteuer", in *DdV*, 4. Jg., Nr. 12/13, 20. Dezember 1929, S. 380 - 385; wiederabgedruckt in *Schumpeter* 1985, S. 123 - 132. Siehe auch „Was vermag eine Finanzreform?" (op. cit. in Fußnote 189), S. 79 f., sowie *Scheer* 1998, S. 170 f.

192 Nach Schumpeters Ansicht war auch die Erbschaftsteuer dem Sparen sehr abträglich, weshalb deren Steuersätze zu senken oder wenigstens einzufrieren seien. Vgl. seinen Artikel „Erbschaftssteuer", in *DdV*, 3. Jg., Nr. 4, 26. Oktober 1928, S. 110 - 114; wiederabgedruckt in *Schumpeter* 1985, S. 99 - 107. Der Finanzplan Stolpers sah hingegen eine „gewisse Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftssteuer" vor, aber nur deshalb, weil durch den Wegfall oder die Verminderung anderer (Steuer-)Lasten dafür „Raum ... geschaffen" werden könnte (*Gustav Stolper* 1929 a, S. 46).

193 *Gustav Stolper* 1929 a, S. 10.

194 *DdV*, 5. Jg., Nr. 41, 10. Juli 1931, S. 1383.

195 Fest davon überzeugt, daß es die Ökonomie – praktisch wie theoretisch – mit quantitativen Größen zu tun habe, leistete *Der deutsche Volkswirt* hier – wie in seiner Konjunkturanalyse – Pionierarbeit, indem er „wichtiges finanzstatistisches Material" verarbeitete, „das ein weit tieferes Eindringen in die Struktur der öffentlichen Haushalte gestattete, als es bisher möglich war", wie es im Vorspann zu einem Beitrag *Carl Landauers* hieß (*DdV*, 2. Jg., Nr. 51, 21. September 1928, S. 1733 - 1736), der eine „Folge von Artikeln" eröffnete, die „dieses Material für die finanzpolitische Erkenntnis fruchtbar zu machen" versuchten (ebd., S. 1733).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und effizienter handeln. Und alle Anreize, die der Staat den Privaten vor allem zur vermehrten Bildung von Kapital gebe, trügen Früchte, wenn sie die Wirtschaft ankurbeln und das Sozialprodukt vergrößern, was wiederum dem Staat mehr Spielraum ließe, die wirtschaftliche Lage der Bedürftigen durch Umverteilung von Einkommen und Vermögen zu verbessern. Auf diese Weise könne sich das ökonomisch Notwendige mit dem sozial Wünschenswerten in idealer Weise verbinden. Also auch hier ein ‚dritter Weg' aus einem (liberalen) Guß – eine Idee, von der Stolper und *Der deutsche Volkswirt* immer wieder angetan waren!

Stolpers Finanzplan löste eine heftige und kontroverse Diskussion aus. Die Reaktion der Parteien entsprach ihrem jeweiligen weltanschaulichen bzw. politischen Standort.[196] Je weiter sie links oder rechts angesiedelt waren, um so mehr lehnten sie ihn ab.[197] Die Sozialdemokraten hielten die Vorschläge Stolpers angesichts der großen Arbeitslosigkeit für ziemlich verfehlt. Sie verlangten überwiegend, die Staatsausgaben drastisch zu erhöhen. Zugleich bemühte sich der sozialdemokratische Reichsfinanzminister Rudolf Hilferding redlich, den Staatshaushalt zu konsolidieren und dabei einseitige Lösungen zu vermeiden.[198] Es gelang ihm nur mit Mühe, die Koalitionsregierung auf ein gemeinsames Finanzprogramm für das Jahr 1930 einzuschwören, das allerdings im Reichstag scheiterte, woraufhin Hilferding noch im Dezember 1929 von seinem Amt zurücktrat. Sein Programm sah u. a. eine Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern, eine Erhöhung der Bier- und der Tabaksteuer sowie eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer und der Realsteuern vor, was wohl auch in der sozialpolitischen Absicht geschehen sollte, den notwendigen Konsum zu entlasten und den entbehrlichen Verbrauch zu belasten. *Der deutsche Volkswirt* sah in Hilferdings Plan – bei aller, zum Teil scharfer Kritik[199] – einen gewissen Schritt in die richtige Richtung, denn: „Dieser Plan nähert sich schon erheblich unseren Vorschlägen, und wo er etwas anderes dafür einsetzt, besteht offenbar der Vorbehalt, nötigenfalls doch noch auf unsere Vorschläge zurückzugreifen."[200] Ob es für die Vermutung, daß „Hilferding ... im Geiste Stolpers an Reformen arbeitet",[201] tatsächlich Anhaltspunkte gab, oder ob darin nur das Wunschdenken der Redaktion zum Ausdruck kam, ließ sich nicht aufklären. Paul Moldenhauer (DVP), Hilferdings Nachfolger im Amt des Reichs-

---

196 Vgl. zur allgemeinen Orientierung u. a. *Mühlich* 1950, *Maurer* 1973, *Vogt* 1974/1977.

197 Vgl. u. a. *Stolpers* Artikel „Messianismus" in *DdV*, 4. Jg., Nr. 9, 29. November 1929, S. 267 - 269.

198 Siehe *Maurer* 1973, S. 86 - 91; *Möller* 1971, S. 19 - 32, insbesondere S. 26 - 28; *Vogt* 1974/1977, S. 439 - 443.

199 Siehe z. B. *Stolpers* Beitrag „Verantwortung", in *DdV*, 4. Jg., Nr. 11, 13. Dezember 1929, S. 331 - 334.

200 *DdV*, 4. Jg., Nr. 1, 4. Oktober 1929, S. 3. Schon im Jahr zuvor meinte Stolper, unter den gegebenen politischen Bedingungen „Hilferding zubilligen (zu) müssen, daß seine Steuervorschläge alles Lob und jede Unterstützung verdienen ..." (*DdV*, 3. Jg., Nr. 17, 25. Januar 1929, S. 524).

201 *Toni Stolper* 1960/1979, S. 231.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ministers, bemühte sich, dessen Finanzpolitik im wesentlichen fortzusetzen, erlitt aber ebenfalls Schiffbruch[202] und mußte seinen Sessel im Juni 1930 für den DDP-Politiker Hermann Dietrich räumen. Die DDP, also Stolpers Partei, die wie SPD und DVP in der Regierungsverantwortung stand, war auch finanzpolitisch gespalten und setzte sich daher nicht einmütig für den Stolper-Plan ein. Erschwerend kam hinzu, daß ein dem *Volkswirt* durchaus gewogener Parteifreund Stolpers, der preußische Finanzminister Hermann Höpker-Aschoff, gleichzeitig Reformvorschläge gemacht hatte, die aber von Stolpers Vorstellungen zum Teil abwichen und bei weitem nicht so radikal waren.[203]

Der Mann, der in der Weimarer Republik hinter den Kulissen die finanzpolitischen Fäden zog, war ohne Zweifel Johannes Popitz.[204] Im Jahr 1919 hatte er seine Tätigkeit im Reichsfinanzministerium aufgenommen, 1925 wurde er Staatssekretär und blieb in diesem Amt, bis er Ende 1929 gemeinsam mit seinem Chef Hilferding demissionierte. Popitz schätzte Stolper und bezeichnete dessen Plan als „geistvoll und interessant".[205] Er „griff", wie Hildemarie Dieckmann meint, „später wiederholt auf Stolpers Anregungen" zurück.[206] Als sich Popitz um die Jahreswende 1930/1931 grundlegend zur Reform des Finanzausgleichs im Deutschen Reich äußerte, kommentierte Stolper:[207] „Popitz hat sich, wenn man seine programmatische Schrift studiert, unserem ‚*Finanzplan*' bereits recht weit genähert. Daß man das aus seiner Schrift nicht erfährt, kann unsere Genugtuung darüber nicht mindern." Einträchtig arbeiteten die beiden Experten bald darauf in der Studiengesellschaft für den Finanzausgleich zusammen. Und nachdem Popitz Ende 1930 seine Reformvorschläge zu Papier gebracht hatte, schrieb er an Stolper:[208]

> „Es ist mir nun ein aufrichtiges Bedürfnis, gerade Ihnen recht herzlich zu danken für das dauernde lebhafte Interesse, das Sie der Arbeit entgegengebracht haben. Ich weiß sehr wohl, wie stark manche der gemachten Vorschläge durch Ihre Auffassungen und Darlegungen beeinflußt sind."

In der Wirtschaft war das Echo auf Stolpers Finanzplan gleichermaßen geteilt.[209] Der Mittelstand sah seine Interessen am ehesten gewahrt, aber sogar einige Großunternehmer wie Philipp Reemtsma und Hermann Ullstein oder der Industrielle Paul Silverberg vermochten dem Plan positive Seiten abzugewinnen. Und die im Dezember 1929 veröffentlichten Reformvorschläge des Reichsverbandes

---

202 *Der deutsche Volkswirt* mahnte deshalb immer wieder „Die fällige Finanzreform" an (*DdV*, 4. Jg., Nr. 20, 14. Februar 1930, S. 631 - 634).

203 Siehe insbesondere *Stolpers* Artikel „Sprung ins Dunkle? Antwort an Höpker-Aschoff", in *DdV*, 3. Jg., Nr. 51, 20. September 1929, S. 1719 - 1723.

204 Siehe vor allem *Dieckmann* 1960.

205 Ebd., S. 85, Fußnote 253, und S. 109 f.

206 Ebd., S. 110, Fußnote 62.

207 „Finanzausgleich", in *DdV*, 5. Jg., Nr. 21, 20. Februar 1931, S. 667 - 670, hier S. 667.

208 Zitiert nach *Toni Stolper* 1960/1979, S. 269.

209 Vgl. z. B. *Sattler* 1982, S. 96 - 98.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Deutschen Industrie lagen ebenfalls auf Stolpers Linie.[210] Andere Verbände waren dagegen oder hielten sich bedeckt. Auch die Fachwissenschaftler beurteilten den Stolper-Plan unterschiedlich. Schumpeters permanente Schützenhilfe gipfelte Anfang 1930, nachdem sich an der politischen ‚Reformfront' immer noch nichts getan hatte, in einem Beitrag unter der besorgten Kopfzeile „Wenn die Finanzreform mißlingt ...".[211] Auf der großen Konferenz der List-Gesellschaft vom 26. bis 28. Oktober 1929 in Bad Eilsen zum Thema „Kapitalbildung und Steuersystem"[212] erhielt Stolper die Gelegenheit, sein Konzept noch einmal zusammenhängend einem Kreis hochkarätiger Fachleute aus Wissenschaft und Praxis vorzutragen.[213] Stolpers Plan stand im Verlauf der Tagung mehr, als manchem Teilnehmer lieb war, im Mittelpunkt der Diskussion. Die Kontroversen entzündeten sich sowohl an der allgemeinen Frage, ob ein völlig neues Steuersystem her muß, um ökonomisch und sozial notwendige Reformen überhaupt durchführen zu können, als auch an den einzelnen finanzpolitischen Vorschlägen und finanztechnischen Lösungswegen, die Stolper im Auge hatte.[214] In Hinblick auf die praktische Umsetzbarkeit des Planes äußerten vornehmlich die Vertreter der Finanzverwaltung und Finanzgerichtsbarkeit Bedenken. Die Repräsentanten der Kommunen waren nicht zuletzt wegen des geplanten Wegfalls der Gewerbesteuer besorgt, während die der Sozialdemokratie oder den Gewerkschaften nahestehenden Sprecher entweder mehr die konjunkturellen Gefahren betonten, die von steuerbedingten Verbrauchseinschränkungen drohten, oder nicht glauben mochten, daß Steuersenkungen die Kapitalbildung überhaupt und dann noch in dem erforderlichen Umfang fördern würden. Eine Reihe von Wissenschaftlern lobte Stolper, weil er in seinem Plan durchgängig die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge beachtet habe. Ganz in diesem Sinne ermahnte Alexander Rüstow gegen Ende der Aussprache die Teilnehmer:[215] „Das moralische Recht, den Plan zu zerpflücken, haben wir nur insoweit, als wir ihm unsererseits etwas Positives, Aufbauendes entgegenzustellen wissen." Aber solche Glanzlichter waren auch auf dieser Tagung rar. So blieb im Grunde alles beim alten, und Stolper stellte ein halbes Jahr später im *Volkswirt* enttäuscht und resigniert fest, „daß eine wirkliche Finanzreform auch nicht einmal in ihren Grundzügen sichtbar wird".[216]

Seitdem ist die Erinnerung an Stolpers Finanzplan schnell verflogen. Das ‚Dritte Reich' erklärte dessen Schöpfer zur Unperson und überging oder verschwieg sein

---

210 Vgl. vor allem *Stolpers* Artikel „Das Reformprogramm der Industrie", in *DdV,* 4. Jg., Nr. 10, 6. Dezember 1929, S. 299 - 302.

211 *DdV,* 4. Jg., Nr. 22, 28. Februar 1930, S. 695 - 699; wiederabgedruckt in *Schumpeter* 1985, S. 133 - 143.

212 *Colm/Neisser* 1930. Zusammenfassend berichtet *Brügelmann* 1956, S. 102 - 109, über den Verlauf der Konferenz.

213 *Colm/Neisser* 1930, 1. Teil, S. 390 - 398.

214 Siehe im einzelnen ebd., 1. Teil, vor allem S. 398 ff.

215 Ebd., S. 480.

216 *DdV,* 4. Jg., Nr. 26, 28. März 1930, S. 843.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Werk. So konnte es in Deutschland nur im Gedächtnis einiger ehemaliger Weggenossen fortleben, unter ihnen sicher Johannes Popitz, der von 1933 bis 1944 preußischer Finanzminister war und wegen seiner Beteiligung am Widerstand gegen Hitler im Februar 1945 hingerichtet wurde. Aber auch nach dem Ende der Nazi-Herrschaft erinnerte man sich in Deutschland kaum an den Emigranten Stolper und seinen brillanten Finanzplan. Über beide erfuhr und erfährt man wenig oder gar nichts in der finanzwissenschaftlichen und wirtschaftshistorischen Nachkriegsliteratur.[217] Bewahrte nicht die Wissenschaftsgeschichte ein gewisses Interesse daran, dann wären Stolper und seine Leistung wahrscheinlich bald ganz vergessen. Deren Spuren lassen sich eher noch in der finanzpolitischen Praxis nachweisen, obwohl auch dort der Name Stolper längst verblaßt ist. Die Probleme jedenfalls, an deren Lösung er leidenschaftlich arbeitete, gibt es nach wie vor. Mit schöner Regelmäßigkeit werden seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland alle Jahre wieder große oder kleine Finanzreformen gefordert, öffentlich diskutiert, den Wählern versprochen und administrativ vorbereitet, um dann ausgedünnt und aufgeweicht umgesetzt zu werden oder – gegen alle wirtschaftliche Vernunft – ganz zu scheitern, weil sie sich als politisch nicht ‚machbar' erweisen. Gerade erst haben wir wieder ein Lehrstück dieser Art erlebt. Ein älteres führt uns möglicherweise zu Stolper und seinem Finanzplan zurück. Es wurde um die Mitte der fünfziger Jahre aufgeführt, als die Bundesregierung eine Große Steuerreform in Angriff genommen hatte. Aus den „Tagebuchbriefen", die Theodor Heuss seiner besten Freundin Toni Stolper schrieb, wissen wir, daß der Bundespräsident ein „Besuchsgespräch" mit dem damaligen Bundesfinanzminister Franz Etzel am 13. November 1957 dazu nutzte, diesem den Finanzplan seines verstorbenen Freundes Gustav Stolper ans Herz zu legen,[218] wohl weil er meinte, daß Etzel dafür empfänglich sei: „Er hat kombinierende Phantasie und will dem Ministerium Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, die es durch Schäffers Schlauheiten vielfach eingebüßt hat."[219] Leider konnte Heuss nicht den erwünschten Vollzug melden. Am 31. Juli 1959, also eineinhalb Jahre später, schrieb er seiner Briefpartnerin im fernen Amerika: „Ob er [Etzel] inzwischen dazu kam, Gustls ‚Finanzplan' zu lesen, weiß ich freilich nicht."[220] Meines Wissens hat sich Franz Etzel nirgendwo, jedenfalls nicht schriftlich, auf Gustav Stolper berufen, aber womöglich studierte er in aller Stille dessen Finanzplan gründlicher, als man denkt, denn am 7. November 1958 hielt er einen Vortrag über „Die Ziele der Steuerreform", dessen Untertitel bereits Erinnerungen an Stolpers Konzeption wachruft: „Ethische und wirtschaftliche Elemente der

---

217 Noch nicht einmal Harold James erwähnt in seiner umfangreichen Monographie *Deutschland in der Weltwirtschaftskrise, 1924 - 1936* Stolpers Finanzplan, obwohl sie ein langes Kapitel über „Die öffentlichen Finanzen" enthält (*James* 1988, S. 54 - 116). Und Stolpers Name fällt überhaupt nur zweimal und zudem beiläufig (ebd., S. 315 f.).

218 Etzel „ist dankbar, wenn Du ihm Gustls Finanzplan (und evtl. die Mannheimer Rede) schickst" (*Heuss* 1970, S. 280).

219 Ebd., S. 280.

220 Ebd., S. 462.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Finanzpolitik im sozialen Rechtsstaat".[221] Weitere Parallelen drängen sich förmlich auf, vernimmt man die Leitsätze der Etzelschen Steuerreform:[222] Da „in unserer Zeit die Wirtschaftspolitik mit der Finanz- und Steuerpolitik verflochten ist" und die „Gesellschaftsordnung ... und Wirtschaftsordnung sich wechselseitig beeinflussen", müsse eine Steuerreform „das volkswirtschaftlich Notwendige und gesellschaftspolitisch Erforderliche" herbeiführen. Die „gesellschaftspolitischen Gesichtspunkte" bestünden vor allem darin, besonders in „den mittelständischen Bereichen" und den unteren Einkommensklassen „die Steuerlast zu erleichtern" und „einen Beitrag zur Verbesserung unserer Einkommensverteilung und Vermögensbildung ... (zu) leisten". Dies müsse und könne mit den ökonomischen Erfordernissen harmonieren: „Verwaltungsvereinfachung", „Sparsames Haushalten des Staates" und „Sparförderung in einer Vielfalt von Formen", denn eine hohe Sparquote sei unabdingbar, um „einen Zuwachs an Sachkapital zu haben", da wir in Deutschland „zu einer hohen Sachkapitalbildung einfach gezwungen sind", um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Mit anderen Worten: „Investitionen sichern den Wohlstand".

Also auch vor vierzig Jahren ging es immer noch (oder schon wieder) um die Probleme, die Stolper und seine Zeitgenossen dreißig Jahre zuvor in Atem gehalten hatten. Verwunderlich ist daran nicht, daß sich die grundsätzlichen Lösungsvorschläge glichen (denn sie artikulierten beide Male die optimalen finanzpolitischen Rahmenbedingungen einer modernen Marktwirtschaft), sondern daß die Probleme selbst weder damals noch in neuerer und neuester Zeit gelöst werden konnten. Sollte die Dauerbotschaft des *Deutschen Volkswirts,* die Menschen seien belehrbar und würden eines Tages die ökonomischen Gesetze begreifen und befolgen, doch bloß eine weltfremde Illusion gewesen sein und immerfort bleiben?

Literatur

Backhaus, Jürgen G. [1994]: Die Kategorie des Steuerstaates und die moderne Finanzwissenschaft. In: *Rieter* 1994, S. 249 - 282.

Böhm-Bawerk, Eugen von [1914/1975]: Macht oder ökonomisches Gesetz? In: Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, 23. Band, Wien 1914, S. 205 - 271. Nachdruck, mit einer Einführung von Hans-Heinrich Barnikel. Darmstadt 1975.

Brecht, Arnold [1967]: Mit der Kraft des Geistes. Lebenserinnerungen, zweite Hälfte, 1927 - 1967. Stuttgart 1967.

Brügelmann, Hermann [1956]: Politische Ökonomie in kritischen Jahren. Die Friedrich List-Gesellschaft e.V. von 1925 - 1935. Tübingen 1956.

221 *Etzel* 1959.

222 Ebd., S. 27, S. 9, S. 20 - 22, S. 24, S. 26, S. 13 f., S. 12 (Seitenangaben in der Reihenfolge der Zitate).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Buchholz, Werner [1996]: Geschichte der öffentlichen Finanzen in Europa in Spätmittelalter und Neuzeit. Darstellung – Analyse – Bibliographie. Berlin 1996.

Busek, Erhard [1997]: Mitteleuropa. Eine Spurensicherung. Wien 1997.

Colm, Gerhard / *Neisser,* Hans (Hrsg.) [1930]: Kapitalbildung und Steuersystem. Verhandlungen und Gutachten der Konferenz von Eilsen vom 26. bis 28. Oktober 1929. Veröffentlichungen der List-Gesellschaft e.V., 3. Band, 1. und 2. Teil. Berlin 1930.

Curtin, Richard [1984]: Curtin on Katona. In: Contemporary Economists in Perspective. Edited by Henry W. Spiegel and Warren J. Samuels. Greenwich, Connecticut / London 1984, S. 495 - 522.

Dieckmann, Hildemarie [1960]: Johannes Popitz. Entwicklung und Wirksamkeit in der Zeit der Weimarer Republik. Berlin-Dahlem 1960.

Engels, Wolfram / *Froels,* Hartmut (Hrsg.) [1986]: Querschnitte. Sechs Jahrzehnte deutscher Wirtschaftsgeschichte 1926 bis 1986 in „Volkswirt" und „Wirtschaftswoche". Düsseldorf 1986.

Erdmann, Karl Dietrich [1972]: Kurt Riezler – ein politisches Profil, 1882 - 1955. In: Riezler, Kurt: Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. Eingeleitet und herausgegeben von Karl Dietrich Erdmann. Göttingen 1972, S. 17 - 159.

Eschenburg, Theodor [1995]: Also hören Sie mal zu. Geschichte und Geschichten 1904 bis 1933. Berlin 1995.

Etzel, Franz [1959]: Die Ziele der Steuerreform. Ethische und wirtschaftliche Elemente der Finanzpolitik im sozialen Rechtsstaat. Hamburg 1959.

Feder, Ernst [1971]: Heute sprach ich mit ..., Tagebücher eines Berliner Publizisten. 1926 - 1932. Herausgegeben von Cécile Lowenthal-Hensel und Arnold Paucker. Stuttgart 1971.

Fricke, Dieter et al. (Hrsg.) [1968]: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Band I. Berlin (Ost) 1968.

Frye, Bruce B. [1985]: Liberal Democrats in the Weimar Republic. The History of the German Democratic Party and the German State Party. Carbondale and Edwardsville 1985.

Hagemann, Harald / *Krohn,* Claus-Dieter (Hrsg.) [1998]: Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933. München 1998 (in Vorbereitung).

Häuser, Karl [1993]: Toni Stolper. Unveröffentlichtes Manuskript eines Vortrages vom 24. Juni 1993.

– [1994]: Finanzwissenschaft der zwanziger Jahre und das Ende der Historischen Schule. In: *Rieter* 1994, S. 143 - 164.

Heuss, Theodor [1937 / 1968]: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. 3. Aufl., München und Hamburg 1968 (1. Aufl., Stuttgart 1937).

– [1963]: Erinnerungen. 1905 - 1933. 3. Aufl., Tübingen 1963.

– [1964 / 1966]: Profile. Nachzeichnungen aus der Geschichte. Tübingen 1964. Taschenbuch-Ausgabe, o. O. 1966.

– [1965]: Die großen Reden. Der Staatsmann. Tübingen 1965.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

– [1970]: Tagebuchbriefe. 1955 / 1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper. Herausgegeben und eingeleitet von Eberhard Pikart. Tübingen und Stuttgart 1970.

Holl, Karl [1998]: Stolper, Gustav. In: Hagemann / Krohn 1998.

James, Harold [1988]: Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924 - 1936. Aus dem Englischen übersetzt von Werner Stingl. Stuttgart 1988.

Janssen, Hauke [1998]: Nationalökonomie und Nationalsozialismus – Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren. Marburg 1998.

Krüger, Peter [1985]: Vortrag, anläßlich der Gedenkfeier des Auswärtigen Amts zum 100. Geburtstag von Staatssekretär Dr. Bernhard Wilhelm von Bülow (19. Juni 1885 - 21. Juni 1936). Bonn, 18. Juni 1985.

Landauer, Carl [1915]: Die Theorien der Merkantilisten und der Physiokraten über die Oekonomische Bedeutung des Luxus. München 1915.

Mann, Thomas [1930 / 1960]: Deutsche Ansprache. Ein Appell an die Vernunft. Gehalten am 17. Oktober 1930 im Beethovensaal zu Berlin. Berlin 1930; wiederabgedruckt in: Mann, Thomas: Gesammelte Werke in zwölf Bänden. Band XI: Reden und Aufsätze 3, o. O. 1960, S. 870 - 890.

Maurer, Ilse [1973]: Reichsfinanzen und Große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller (1928 - 1930). Bonn und Frankfurt / Main 1973.

Möller, Alex [1971]: Im Gedenken an Reichsfinanzminister Rudolf Hilferding. Informationshefte des Bundesministeriums der Finanzen, Blickpunkt Finanzen, Heft 6. Bonn 1971.

Müller-Armack, Alfred [1973 / 1974]: Die wissenschaftlichen Ursprünge der Sozialen Marktwirtschaft (1973). In: Müller-Armack, Alfred: Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte. Bern und Stuttgart 1974, S. 244 - 251.

Naumann, Friedrich [1913]: Das Blaue Buch von Vaterland und Freiheit. Auszüge aus seinen Werken. Königstein im Taunus und Leipzig 1913.

Nelson, Robert H. [1987]: The Economic Profession and the Making of Public Policy. In: The Journal of Economic Literature, Vol. 25 (1987), S. 49 - 91.

Pagenkopf, Hans [1981]: Der Finanzausgleich im Bundesstaat – Theorie und Praxis. Stuttgart / Berlin / Köln / Mainz 1981.

Pentzlin, Heinz [1980]: Hjalmar Schacht. Leben und Wirken einer umstrittenen Persönlichkeit. Berlin / Frankfurt am Main / Wien 1980.

Philippovich, Eugen von [1910]: Die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Ideen im 19. Jahrhundert. Sechs Vorträge. Tübingen 1910.

Reuter, Franz [1934]: Schacht. Leipzig 1934.

Rieter, Heinz (Hrsg.) [1994]: Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XIII: Deutsche Finanzwissenschaft zwischen 1918 und 1939. Berlin 1994.

Rieter, Heinz [1996]: Walter Bagehot – Politiker, Ökonom und Publizist im Viktorianischen Zeitalter. In: Vademecum zu einem Klassiker der Banktheorie und Geldpolitik. Herausgegeben von Bertram Schefold. Düsseldorf 1996, S. 45 - 111.

Rieter, Heinz / *Schlüter-Ahrens,* Regina [1998]: Landauer, Carl. In: Hagemann / Krohn 1998.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sattler, Barbara [1982]: „Der Deutsche Volkswirt" 1926 - 1933. Kieler Dissertation, 1982.

Scheer, Christian [1994]: Die deutsche Finanzwissenschaft 1918 - 1933 – Ein Überblick. In: *Rieter* 1994, S. 11 - 141.

– [1998]: Steuerpolitische Ideale – gestern und morgen. In: Steuersysteme der Zukunft. Herausgegeben von Gerold Krause-Junk. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. 256. Berlin 1998, S. 155 - 198.

Scherhorn, Gerhard [1998]: Katona, George. In: Hagemann / Krohn 1998.

Schmidt, Karl-Heinz [1994]: Der Wandel der Staatsform und die Entwicklung des Finanzausgleichs in der Zwischenkriegszeit (1918 - 1939). In: Rieter 1994, S. 165 - 197.

Schneider, Werner [1978]: Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik, 1924 - 1930. München 1978.

Schumpeter, Joseph A. [1985]: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik. Herausgegeben und eingeleitet von Wolfgang F. Stolper und Christian Seidl. Tübingen 1985.

Somary, Felix [1928]: Philippovich von Philippsberg, Eugen. In: Deutsches Biographisches Jahrbuch. Herausgegeben vom Verbande der Deutschen Akademien. Überleitungsband II: 1917 - 1920. Stuttgart, Berlin und Leipzig 1928, S. 119 - 120.

– [1994]: Erinnerungen eines politischen Meteorologen. Mit einem Vorwort von Wolfgang Somary. München 1994.

Stang, Joachim [1994]: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918 - 1933. Düsseldorf 1994.

Starbatty, Joachim [1996]: Soziale Marktwirtschaft als Forschungsgegenstand: ein Literaturbericht. In: Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. (Hrsg.): Soziale Marktwirtschaft als historische Weichenstellung. Bewertungen und Ausblicke. Eine Festschrift zum hundertsten Geburtstag von Ludwig Erhard. Düsseldorf 1996, S. 63 - 98.

Stephan, Werner [1973]: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918 - 1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei. Göttingen 1973.

– [1983]: Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland. Ein Liberaler in vier Epochen. Düsseldorf 1983.

Stolper, Gustav [1929 a]: Ein Finanzplan. Vorschläge zur deutschen Finanzreform. Schriftenreihe des Deutschen Volkswirt, Band 8, Berlin 1929.

– [1929 b]: Die wirtschaftlich-soziale Weltanschauung der Demokratie. Programmrede von Dr. Gustav Stolper auf dem Mannheimer Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei am 5. Oktober 1929. Berlin 1929.

– [1949]: Die deutsche Wirklichkeit. Ein Beitrag zum künftigen Frieden Europas. Aus dem Englischen übersetzt von Toni Stolper. Hamburg 1949.

– [1950]: Deutsche Wirtschaft, 1870 - 1940. Kaiserreich – Republik – Drittes Reich. Stuttgart 1950.

Stolper, Gustav / *Häuser,* Karl / *Borchardt,* Knut [1964]: Deutsche Wirtschaft seit 1870. Tübingen 1964.

Stolper, Toni [1960 / 1979]: Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit. Wien – Berlin – New York. Gustav Stolper, 1888 - 1947. 4. Aufl., Stuttgart 1979 (1. Aufl., Tübingen 1960).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Stolper, Wolfgang F. [1986]: Gustav Stolper und „Der deutsche Volkswirt" 1926 bis 1933. In: *Engels / Froels* 1986, S. 13 - 25.

– [1994]: Joseph Alois Schumpeter. The Public Life of a Private Man. Princeton, New Jersey 1994.

Strauss, Herbert A. / *Röder,* Werner (Eds.) [1983]: International Biographical Dictionary of Central European Emigrés 1933 - 1945. Vol. II / Part 2: L-Z. The Arts, Sciences, and Literature. München / New York / London, Paris 1983.

Swedberg, Richard [1994]: Joseph A. Schumpeter. Eine Biographie. Aus dem Englischen übersetzt von Johannes B. Pankau. Stuttgart 1994.

Treue, Wolfgang [1968]: Deutsche Parteiprogramme seit 1861. 4. Aufl. Zürich, Berlin, Frankfurt 1968.

Vogt, Martin [1974 / 1977]: Die Stellung der Koalitionsparteien zur Finanzpolitik 1928 - 1930. In: Mommsen, Hans / Petzina, Dietmar / Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Band 1. Düsseldorf 1974; Taschenbuchausgabe, Kronberg / Ts. und Düsseldorf 1977, S. 439 - 462.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Keynes in den Niederlanden

Von *Willem Albeda* und *Gerrit Meijer,* Maastricht

In diesem Aufsatz werden einige Anmerkungen über den Einfluß keynesianischer Ideen auf das theoretische Denken und die Wirtschaftspolitik in den Niederlanden gemacht.

In den dreißiger Jahren gibt es in der Theorie zwei Entwicklungen, die kurz unserer besonderen Aufmerksamkeit bedürfen. Die erste Entwicklung ist die in der Geld- und Konjunkturtheorie in den Niederlanden. Eine ausführliche Übersicht über die Vor- und Nachkriegsdiskussion ist bei *F. J. de Jong* (1973) zu finden. Die Hauptpersonen vor dem Weltkrieg sind *M. W. Holtrop* (1928, 1933 in *Hayek,* Hg., 1933, 1972) und *J. G. Koopmans* (1933, in *Hayek,* Hg., 1933) mit dem bahnbrechenden Werk auf dem Gebiet der Geldumlaufgeschwindigkeit bzw. der Theorie des neutralen Geldes. Für eine herausragende Zusammenfassung (auf Englisch) sei auf *F. J. de Jong* (1973) verwiesen.

Mit der zweiten Entwicklung ist der Name *J. Tinbergen* (1936, *Klaassen* c. s.,1959, *Knoester* and *Wellink,* 1993, 2. Kapitel) eng verbunden. Dieser hat zur selben Zeit wie Keynes derartige Gedanken hervorgehoben. Sein Vorschlag vor der Vereinigung für Volkswirtschaftslehre (Vereniging voor de Staathuishoudkunde) von 1936 brachte kaum etwas makroökonomisches und gedanklich Neues, aber er durchbrach die seiner Meinung nach in den dreißiger Jahren vorherrschenden Ideen, die nur durch Einsparungen und Einfrierung der Löhne wirtschaftliche Genesung zu bringen versprachen.

Keynes selber stand dem empirisch-modellmäßigem Ansatz von Tinbergen skeptisch gegenüber. Sein Kommentar dazu war: „... that this brand of statistical alchemy is ripe to become a branch of science, I am not yet persuaded." (*Keynes* 1940).

Keynes Theorie und die damit zusammenhängende Wirtschaftspolitik wurde vor dem Zweitem Weltkrieg in den Niederlanden kaum Aufmerksamkeit geschenkt (*G. M. Verrijn Stuart,* 1952, S. 907/8). Lediglich *Greidanus* (1936, 1939 auf Englisch publiziert) beachtete Keynes Hauptwerk, indem er eine ausführliche und kritische Betrachtung in der niederländischen wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschrift *De Economist* veröffentlichte. In dieser Zeitschrift ist auch eine sehr kritische Betrachtung zur Vollbeschäftigungspolitik von *W. Röpke* (1938) publiziert worden. In der politischen Praxis war übrigens keine Sprache von einer reinen An-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

passungspolitik. So wurde eine Politik der öffentlichen Auftragsvergabe verfolgt (*Klein,* 1973 und *Pen,* 1996, S. 161).

Nach dem Zweiten Weltkrieg wuchs das Interesse an volkswirtschaftlichen Fragen. Man könnte von einer „Emanzipation der Volkswirtschaftslehre" (*Mooij,* 1994, S. 151) sprechen. Probleme der Wirtschaftsordnung und -politik standen, nachdem die Wirtschaft wieder aufgebaut werden mußte, im Vordergrund. Die Diskussion über die Vor- und Nachteile der keynesianischen Vollbeschäftigungspolitik nahmen dabei einen wichtigen Platz ein.

Nach dem Zweitem Weltkrieg fand ein radikaler Wandel in dem institutionellen Aufbau der Wirtschaftsordnung statt (*F. Hartog,* 1964, 1973, *F. J. De Jong* in *Holtrop* 1972, S. IX - XXIV):

1. Auf dem Gebiet der Geldpolitik wurde die niederländische Zentralbank 1948 verstaatlicht. Ihre Aufgabe besteht darin, den Geldwert in der Weise zu regulieren, wie es für den Wohlstand des Landes als förderlich erachtet wird, um damit die Währung soweit wie möglich zu stabilisieren. Die Geldpolitik der Zentralbank ist nicht unabhängig. Der Finanzminister kann der Zentralbank Richtlinien auferlegen „in order to co-ordinate the monetary and financial policy of the Government with the policy of the Bank, whenever he deems it necessary. The Minister shall, after having heard the Bank Council, issue to the Governing Board such directives as he thinks necessary for attaining the purpose" (*De Jong,* S. XI; Article 26 Bank Act 1948). Auf diese Weise wurde das Machtverhältnis zugunsten des Finanzministers formal festgelegt.

2. 1947 wurde der Zentrale Planungsausschuß gegründet. Der erste Direktor war der spätere Nobelpreisträger Tinbergen. Die Aufgabe des Zentralen Planungsausschusses besteht in der Vorbereitung der Wirtschaftspolitik. Auf Anfrage gibt er auch Auskunft über die möglichen Konsequenzen politischer Maßnahmen. Jedes Jahr wird ein zentraler Wirtschaftsplan publiziert.

3. Der Sozial- und Wirtschaftsrat (SER) wurde 1950 als eine neue Institution eingerichtet. Diese wurde als die höchste Instanz in dem System der öffentlichen Industrieorganisationen (P.B.O.), gegründet. Zur selben Zeit wurde er auch ein Beratungsgremium für Wirtschafts- und Sozialpolitik. In dieser Funktion spielt es auf Beraterebene eine bedeutende Rolle in der Vorbereitung der Politik. Die Zusammensetzung des Gremiums wird von drei Parteien mitbestimmt. Die Mitglieder werden durch die Gewerkschaften, die Arbeitgeberverbände und den Staat ernannt.

Anhand dessen wird deutlich, daß die Auseinandersetzung über die beste Wirtschaftsordnung die sozialistische Idee von Planung und den Korporatismus bevorzugte. 1952 fand ein Wandel zugunsten einer mehr globalen Planung statt. Der Wechsel von Kriegs- zu Friedenswirtschaft erfolgte in vielen Bereichen. Dies führte allerdings nicht unbedingt zur Akzeptanz und Anwendung von z. B. ordoliberalen Ideen. Im Gegensatz dazu verkündete der Wirtschaftsminister *J. Zijlstra*

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

(1956), daß er ein Gegner des „Neoliberalismus" sei, weil dieser für ihn nicht praktikabel war. Zijlstra war in bezug auf die Konjunkturpolitik ein Anhänger des rechten Flügels der Keynesianer. In der Zeit von 1952 bis 1982 hatte er eine führende Position im politischen Entscheidungsprozeß inne.

In Verbindung mit der Diskussion über die Wirtschaftsordnung und Theorie wurde in der Nachkriegszeit eine größere Aufmerksamkeit auf das Hauptwerk von Keynes gerichtet. Dies geschah vor allen Dingen in Zusammenhang mit der weiteren Ausarbeitung der Geld- und Konjunturtheorie der Vorkriegszeit und den aktuellen Problemen auf dem Gebiet der Geld- und Konjunkturpolitik. Das Resultat lief auf eine Synthese hinaus, wobei Elemente des Gedankengutes von Keynes in der Geld- und Konjunkturtheorie in die in den dreißiger Jahren in den Niederlanden entwickelte Geld- und Konjunktheorie integriert wurden. An dieser Diskussion beteiligen sich *Goedhart* (1947), *Holtrop* (1928, 1933, 1954, 1972), *Kessler* (1958), *Koopmans* (1933, 1954), *Kreukniet* (1952), *F. J. de Jong* (1973), *Pen* (1961, 1985), *F. de Roos* (1951), *Tinbergen* (1954), *Witteveen* (1949, 1952, 1954, 1956) und *Zijlstra* (1948).

Von ihnen hatten Holtrop, Witteveen und Zijlstra nach dem Zweitem Weltkrieg politische Ämter inne. Holtrop war Präsident der niederländischen Zentralbank (1946 - 1967). Witteveen war Finanzminister von 1967 bis 1971. Zijlstra war Wirtschaftsminister (1952 - 1959), Premierminister (1966 - 1967), Finanzminister (1959 - 1963) und Präsident der niederländischen Zentralbank (1967 - 1981/2). Zijlstra (1985) nannte seine Geldpolitik „moderaten" Monetarismus, welcher der niederländischen monetären Schule und nicht der amerikanischen monetären Schule entsprach. In seinen Jahresberichten ist er (*Zijlstra* 1985, *Goedhart* c. s. 1985) an sich sehr kritisch in bezug auf die Amtsführung der Finanzminister Witteveen (1967- 1971) und Duisenberg (1973-1977), die noch stark von einseitigen keynesianischen Ideen bezüglich der Staatsfinanzen beeinfluszt waren. Der letztere nahm 1982 Zijlstras Platz als Präsident der niederländischen Zentralbank ein. Diese Funktion hat er bis heute inne.

Eine neue Generation von Ökonomen wie *Tinbergen* oder auch *Zijlstra* (1948, 1956), *Pen* und *Witteveen* (1949, 1952, 1956) ging davon aus, daß Vollbeschäftigung mit Hilfe der Instrumente der keynesianischen Politik möglich war (*De Vries,* 1995, S.1).

Auch in der Praxis der Finanzpolitik spielte Keynes Gedankengut eine große Rolle. Von 1961 bis zum Ende der siebziger Jahre war der strukturelle Haushaltsrahmenplan, auch Zijlstra-Rahmenplan genannt, die Grundlage des Haushaltsplanes in den Niederlanden. Ausgangspunkt war ein mittelfristig gleichbleibendes Haushaltsdefizit. In den sechziger Jahren handelte es sich um ein gleichhohes Defizit in Gulden, während in den siebziger Jahren das Defizit als Prozentsatz vom Volkseinkommen berechnet wurde (*Zijlstra* 1962, in *Goedhart* 1966).

Diese Anwendung entpuppte sich als realitätsfern, als Ende der siebziger Jahre, der tatsächliche jährliche Überschuß zunehmend die strukturell als wünschenswert

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

betrachtete Höhe überschritt. Ein Richtungswechsel wurde notwendig, nachdem aufgrund des Finanzierungsdefizits noch keine Vollbeschäftigung hergestellt werden konnte.

Könnte man sagen, daß in den Niederlanden wie im übrigen Europa, die keynesianische Politik fehlschlug? Vielleicht kommt man zum Schluß, daß dies nicht der Fall war. Vielmehr kann von einem Ende auf die permanente (und nicht allzeit gerechtfertigte) Berufung auf Keynes gesprochen werden. An sich war Keynes Lösung nicht für die Nachkriegszeit bestimmt, oder anders ausgedrückt, in den sechziger und siebziger Jahren konnte man sich nicht auf Keynes berufen, im Hinblick auf ein Festhalten an einer expansiven Finanzpolitik während einer Zeit, in der Vollbeschäftigung verwirklicht wurde (in den Niederlanden vor allem durch stetig wachsenden Export). Konsequentes Anwenden der keynesianischen Ideen in den sechziger Jahren hat ein Haushaltsdefizit verursacht.

Die Stagflation in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre verdeutlichte, daß man sich in einer anderen Welt als in den dreißiger Jahren befand. Die stets schneller zunehmende Arbeitslosigkeit schien dies nicht zu implizieren. Muß man nicht mit einer Budgetkürzung auf Arbeitslosigkeit reagieren? Oder muß man zumindest nicht vorsichtig mit einer zu restriktiven Finanzpolitik sein?

1990 sagte Langman (Wirtschaftsminister 1971 - 1973), daß die Nachkriegszeit bis „spät in die siebziger Jahre" von keynesianischen Ideen geprägt war. Noch in den Jahren zwischen 1973 - 1977 sagte Duisenberg, daß es die Aufgabe seines Ministeriums sei, aufgrund der Rezession die anderen Ministerien anzuhalten, soviel Geld wie möglich auszugeben (*Langman* in *Van Sinderen* 1990, S.7). Auch zwischen 1977 - 1981 herrschte anfänglich noch keynesianischens Gedankengut vor. Allerdings waren die öffentlichen Finanzbehörden zu dem Schluß gekommen, daß strukturelle Probleme die Ursache waren, welche sich nicht durch die Schaffung des Finanzierungsdefizits schließen ließen.

Finanzminister Frans Andriessen (1977 - 1980) versuchte 1979, entgegen der im Kabinett vorherrschenden Meinung, die Richtung zu ändern: es war sein (vorläufiger) politischer Untergang. Kurz danach fand ein Richtungswechsel, auch im politischen Denken, statt. Das Kabinett Van Agt-2 und -3 und die drei Kabinette Lubbers hatten das keynesianische Gedankengut hinter sich gelassen.

Literatur

Bosman, H. W. J. c. s. (1965), Monetaire opstellen, Agon Elsevier, Amsterdam / Brussel.

Buitelaar, P. (1987), Overheidsfinanciën en economische politiek, Van Gorcum, Assen / Maastricht

Goedhart, C. (1952), Honderd jaar openbare financiën, in De Economist, S. 958 - 995.

– (Hg.) (1966), Opstellen over openbare financiën, Agon Elsevier, Amsterdam / Brussel.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

– c. s. (Hgs.) (1985), Jelle Zijlstra A Central Banker's View, Martinus Nijhoff Publishers, Dordrecht / Boston / Lancaster.

Greidanus, Tj. (1936), De ontwikkeling van Keynes' economische theorieën in De Economist, Jg. 85, S. 697 - 738.

– (1939), The Development of Keynes' Economic Theories, P. S. King and Son Ltd, London.

Hartog, F. (1964), Economic Policy in the Netherlands, in E. S. Kirschen (ed.), Economic Policy in Our Time, Vol. III, North-Holland Publishing Company, Amsterdam.

– (1973), Economische stelsels, Wolters-Noordhoff, Groningen.

Hayek, F. A., (Hg.), (1933), Beiträge zur Geldtheorie, J. Springer, Wien.

Holtrop, M. W. (1928), De omloopsnelheid van het geld, Paris, Amsterdam.

– (1933), Die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes, in F. A. Hayek (Hg.) (1933).

– (1972), Money in an Open Economy, H. E. Stenfert Kroese N.V., Leiden

Jong, F. J. de (1973), Developments of Monetary Theory in the Netherlands, University Press, Rotterdam.

Kessler, G. A. (1958), Monetair evenwicht en betalingsbalansevenwicht, H. E. Stenfert Kroese, Leiden.

Keynes, J. M. (1940), Comment, Economic Journal, Vol. 50, S. 154 - 156.

Klaassen, H. L. / *Koyck,* L. M. / *Witteveen,* H. J. (eds.) (1959), Jan Tinbergen: Selected Papers, North-Holland Publishing Company, Amsterdam.

Klein, P. W. (1973), Depressie en beleid in de jaren dertig, in J. van Herwaarden (Hrsg.), Opstellen over geschiedenis en maatschappij, Universitaire Pers Rotterdam.

Knoester, A. / *Wellink,* A. H. E. M. (eds.) (1993), Tinbergen Lectures on Economic Policy, North-Holland Publishing Company, Amsterdam etc.

Koopmans, J. G. (1933), Zum Problem des neutralen Geldes, in F. A. Hayek (Hg.) (1933).

Koopmans, J. G. / *Holtrop,* / *Witteveen,* H. J. / *Tinbergen,* J. (1954), Monetaire uiteenzettingen, Economisch-Statistische Berichten, Rotterdam.

Kreukniet, P. B. (1952), Conjunctuurtheorie en conjunctuurpolitiek in honderd jaren van De Economist, Jg. 100, S. 912 - 923.

Mooij, J. (1994) Denken over Welvaart, Vereniging voor de Staathuishoudkunde 1849 - 1994, Lemma, Utrecht.

Pen, J. (1961), MV versus C+I: een standpunt, in Bosman, H. W. J. c. s. (1965).

– (1985). Among Economists, North-Holland Publishing Company, Amsterdam.

– (1996), Werkloosheid toen en nu: zestig jaar theorie, in: Jaarboek 1995 / 1996 Koninklijke Vereniging voor de Staathuishoudkunde, ESB, Rotterdam.

Röpke, W. (1938), Vollbeschäftigung, De Economist, Jg. 870, S. 501 - 519.

Roos, F. de (1951), De betrekkingen tussen sparen en investeren, Erven Bohn, Haarlem.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sinderen, J. van (Hg.), Het sociaal-economisch beleid in de tweede helft van de twintigste eeuw, Wolters-Noordhoff, Groningen.

Tinbergen, J. (1936), Preadvies Vereniging voor de Staathuishoudkunde, Martinus Nijhoff 's Gravenhage.

Verrijn Stuart, G. M. (1952), Honderd jaar geld- en bankwezen, in De Economist Jg. 100, De Erven F. Bohn N. V., Haarlem, S. 880 - 911.

Vries, B. de (1995), Een halve eeuw werk, werk en de werking van de arbeidsmarkt, OCFEB, Den Haag.

Witteveen, H. J. (1949), De huidige stand der conjunctuurtheorie, De Erven F. Bohn N. V., Haarlem.

– (1952), Conjunctuurtheorie en conjunctuurpolitiek, De Erven F. Bohn N. V., Haarlem.

– (1956), Structuur en conjunctuur, De Erven F. Bohn N. V., Haarlem.

Zijlstra, J. (1948), De omloopsnelheid van het geld en zijn betekenis voor geldwaarde en monetair evenwicht, H. E. Stenfert Kroese, Leiden.

– 1956), Economische orde en economische politiek, H. E. Stenfert Kroese, Leiden.

– (1962), Möglichkeiten und Grenzen der Konjunkturpolitik, in C. Goedhart (Hg.), 1966, Opstellen over openbare financiën, Agon / Elsevier, Amsterdam, S. 21 - 34.

– (1985), Gematigd monetarisme, H. E. Stenfert Kroese B. V., Leiden / Antwerpen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der augenblickliche Stand der dogmenhistorischen Lehre an deutschsprachigen Universitäten (1976 - 1995): Fortführung einer Erhebung[1]

Von *Jürgen Backhaus* und *Nadine Jeserich,* Maastricht

Die Studie hatte das Ziel, die Entwicklung der theoriegeschichtlichen wirtschaftswissenschaftlichen Lehrveranstaltungen an deutschsprachigen Hochschulen zu dokumentieren. Es handelt sich um eine Vollerhebung in dem Sinne, daß alle Hochschulen, die zum Erhebungszeitpunkt über wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge verfügten, in die Untersuchung einbezogen wurden. Die Erhebungsunterlagen enthielten einen Erhebungsbogen, der fragte, ob theoriegeschichtliche Lehrveranstaltungen seit dem Sommersemester 1976 stattgefunden hätten, mit wievielen Wochenstunden sie dotiert waren, wie der Name des Veranstalters und die Bezeichnung der Veranstaltung lautete, und in welchem Sinne die Veranstaltung(en) prüfungsrelevant war(en).

Die Unterlagen wurden Ende Juni 1996 an die betreffenden Hochschulen versandt und am 20. 1. 1997 endgültig ausgewertet.

Von den insgesamt 80 angeschriebenen Hochschulen (65 in Deutschland, 8 in Österreich, 6 in der Schweiz und eine in Italien) antworteten 74, was einer Rücklaufquote von 92% entspricht. Von den 74 Fakultäten, die geantwortet hatten, konnten 55 positiv über theoriegeschichtliche Lehrveranstaltungen berichten, also rund 74%. Unter diesen befanden sich vier Universitäten, die darauf hinwiesen, sie integrierten theoriegeschichtliche Themen in andere Lehrveranstaltungen.[2] Vier weitere Universitäten teilten mit, sie erwögen Aspekte der Theoriegeschichte vermehrt zu betonen, bzw. planten eine Einrichtung eines Wahlfaches Wirtschaftsgeschichte einschließlich Dogmengeschichte.

Zwischen 1976 und 1996 waren theoriegeschichtliche Lehrveranstaltungen an den deutschsprachigen Hochschulen keine Ausnahme. Wir haben nicht weniger als 1064 Lehrveranstaltungen ermittelt, mit insgesamt 2516 Wochenstunden.

---

1 Vgl. *Backhaus* (1982).

2 Dies geschieht nicht nur an diesen vier Universitäten, sondern vielerorts. Insofern wird mit unserer Erhebung das Ausmaß der dogmenhistorischen Lehre an deutschsprachigen Universitäten systematisch unterschätzt. Vgl. hierzu explizit *Krelle* 1997. In seiner Vorlesung über Konjunkturtheorie etwa geht Krelle an der Universität Bonn auf die Theorien Wicksells, Mises, Röpkes, Spiethoffs, Schumpeters, Jöhrs und Schmölders ein, um nur einige zu nennen. Die meisten hiervon kommen in Schumpeters „History of Economic Analysis" vor.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Lehrveranstaltungen sind überwiegend in Vorlesungsform abgehalten worden. Es gibt aber Ausnahmen: Zum Beispiel theoriegeschichtliche „Übungen", Schwerpunktseminare und Kolloquien. Die Erhebungen lassen keine genauen Rückschlüsse darauf zu, zu welchem Zeitpunkt im Studium die Veranstaltungen stattfinden. Einzelne Fakultäten bieten Theoriegeschichte als Einführungsvorlesung oder im Grundstudium an, während sie an anderen Universitäten den Studenten im Haupstudium vorbehalten sind.

Die Lehrveranstaltungen gelten fast im gleichen Maße als Haupt- und Nebenfach und werden zum größten Teil obligatorisch verlangt. Einige Universitäten gaben nur an, daß die Veranstaltungen obligatorisch seien, an anderen Fakultäten sind sie in unterschiedlichen Abstufungen (zum Beispiel Wahlpflichtfach) fakultativ.

Regelmäßigkeit und Kontinuität der Lehrveranstaltungen sind offenbar weitgehend eine Funktion der personellen Zusammensetzung der Fakultäten. Lücken traten überwiegend dann auf, wenn Professoren emeritiert wurden oder die Hochschule wechselten. Es bieten aber immerhin achtzehn Hochschulen seit mindestens zehn Jahren regelmäßig theoriegeschichtliche Lehrveranstaltungen an, fünf sogar kontinuierlich seit 1976. Drei weitere Hochschulen berichten allerdings, daß sie diese im folgenden Semester aufgrund ihrer personellen Situation, bzw. fehlendem Interesse der Studenten nicht mehr anbieten werden.

Die Inhalte der Lehrveranstaltungen haben wir versucht aus den ausgewiesenen Titeln zu erschließen, wo nähere Beschreibungen nicht vorhanden waren. Diese Methode läßt aber nur eine Grobaufteilung zu.

Die meisten Lehrveranstaltungen waren als allgemeiner Überblick angelegt. Es wurden insgesamt 497 ermittelt. Diese Kategorie war gefolgt von 164, die sich besonderer Fragestellungen in dogmengeschichtlicher Sicht widmeten, 134 Lehrveranstaltungen, die einzeldisziplinäre Ansätze behandelten, 143 Lehrveranstaltungen stuften wir als abschnitts- oder epochenbezogen ein und 98 Lehrveranstaltungen rückten eine bestimmte Person in den Mittelpunkt der Betrachtung.

Am häufigsten innerhalb der Kategorie der allgemeinen Lehrveranstaltungen tauchten die Kurstitel „Dogmengeschichte" und „Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen bzw. der Volkswirtschaftslehre" auf. Es finden sich ferner die Bezeichnungen „Wissenschaftsgeschichte", „Theoriegeschichte" und „Geschichte der Wirtschaftstheorie".

Unter den besonderen Veranstaltungen zur Dogmengeschichte fassen wir personenbezogene Ansätze, epochenbezogene Ansätze, auf Einzeldisziplinen bezogene Ansätze und die Verfolgung besonderer Fragestellungen zusammen.

Karl Marx und J. M. Keynes sind mit weitem Abstand die beliebtesten Themen im Rahmen personenbezogener Ansätze. Weiterhin werden Vorlesungen über J. A. Schumpeter, A. Smith, W. Sombart, A. Marshall, J. S. Mill und M. Weber erwähnt.

In der Regel handelt es sich bei den abschnitts- und epochenbezogenen Veranstaltungen um den Versuch, die gesamte dogmengeschichtliche Vorlesung in ein-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zelne, chronologisch vorgegebene Abschnitte einzuteilen. Es finden sich aber auch andere Beispiele, wie etwa „Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts", „Einführung in die neoklassische Theorie" oder „Vom Merkantilismus zur klassischen Nationalökonomie".

Die Kurstitel zu einzeldisziplinären Ansätzen zeigen, daß oft besondere Fragestellungen verfolgt wurden, zum Beispiel „BWL-Grundlagen Wirtschaftsgeschichte", „Einführung in die Unternehmensgeschichte", „Geschichte der Geldtheorie", „Geschichte der Wachstums- und Entwicklungstheorie" oder „Geschichte wirtschaftspolitischer Konzeptionen" .

Es zeigte sich auch, daß sehr unterschiedliche Fragestellungen theoriegeschichtlich angegangen werden können, etwa „Gesellschaftliche Arbeit und ökonomische Theorie", „Beschäftigung und Arbeitswelt im 19. und 20. Jahrhundert", „Politische Ökonomie" oder ein Seminar „Macht und ökonomisches Gesetz".

Die Mitarbeit an der Umfrage lag überwiegend bei Dozenten, die die dogmengeschichtliche wirtschaftswissenschaftliche Lehrveranstaltung an ihrer Hochschule anbieten oder angeboten haben. Es antwortete aber auch immerhin in sieben Fällen der Dekan persönlich.

Literatur

Backhaus, Jürgen, Theoriegeschichte – Wozu? Eine theoretische und empirische Untersuchung, in: Harald Scherf (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie III. Berlin: Duncker & Humblot 1983 (Schriften des Vereins für Socialpolitik N. F. 115/III), S. 139 - 167.

Krelle, Wilhelm, History of Economic Thought: Is it an Important Ingredient of Teaching Economics?, Paper read at Maastricht University, 20th February 1997.

Schumpeter, Joseph Alois, History of Economic Analysis, New York: Oxford University Press, 1954.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-49610-5 | Generated on 2025-09-10 15:47:17
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/